

Berichte

Band 4



Bundesamt
für Bauwesen und
Raumordnung

*Regionale Aspekte des wirtschaftlichen und
sozialen Wandels in den neuen Ländern*

*Regionalbarometer neue Länder
Vierter zusammenfassender Bericht*

Bonn 2000

Umschlagfoto:

Potsdam, April 1992

Sanierungsarbeiten im Holländischen Viertel in Potsdam
(Presse- und Informationsamt der Bundesregierung)

**Herausgeber, Herstellung
und Selbstverlag**

Bundesamt für
Bauwesen und Raumordnung

Die vom Autor vertretene Auffassung ist nicht
unbedingt mit der des Herausgebers identisch.

Schriftleitung

Prof. Dr. Wendelin Strubelt
Dr. Hans-Peter Gatzweiler
Dr. Robert Kaltenbrunner

Schutzgebühr 12,00 DM
zuzüglich Versandkosten

Bearbeitung

Dr. Steffen Maretzke
Katrin Meyer

Auszugsweiser Nachdruck
mit genauer Quellenangabe gestattet.
Es wird um Zusendung
von zwei Belegexemplaren gebeten.

Vertrieb

Selbstverlag des Bundesamtes
für Bauwesen und Raumordnung
Am Michaelshof 8, 53177 Bonn
Postfach 20 01 30, 53131 Bonn
Telefon: 0 18 88 - 4 01 - 22 09
Telefax: 0 18 88 - 4 01 - 22 92
E-Mail: Selbstverlag@bbr.bund.de

und Buchhandel

Fotos

Presse- und Informationsamt
der Bundesregierung

ISSN 1436 – 0055 (Schriftenreihe)
ISBN 3 – 87994 – 054 – 1

Inhalt

Wendelin Strubelt	1989 – 1999 Rückblick und Ausblick	1
Steffen Maretzke	Einleitung	3
Hansjörg Bucher	Entwicklungstrends der ostdeutschen Bevölkerungs- und Siedlungsstruktur	7
Petra Huege	Zehn Jahre ökonomische Transformation in Ostdeutschland – eine Bilanz	13
Jens Kurnol Gerhard Wagner Gerd Würdemann Michael Zarth	Ausgewählte Aspekte der Entwicklung im Infrastrukturbereich	27
Mathias Metzmacher Matthias Waltersbacher	Wohnungsbestand und Wohnungsversorgung im Transformationsprozeß der neuen Länder	39
Diethard Rach Renate Müller-Kleißler	Strukturen und Trends auf den regionalen Wohnbaulandmärkten	55
Fabian Dosch Gisela Beckmann	Strukturen und Trends auf den regionalen Gewerbebaulandmärkten	61
Markus Eltges	Förderpolitik für die neuen Länder	67
Ferdinand Böltken	Angleichung ist keine Einbahnstraße: Einige Befunde zur Entwicklung der subjektiven Wohlfahrt in Ost- und Westdeutschland in den 90er Jahren	81
	Auswahlbibliographie zum Thema „Regionalbarometer neue Länder“	89

1989 – 1999

Rückblick und Ausblick

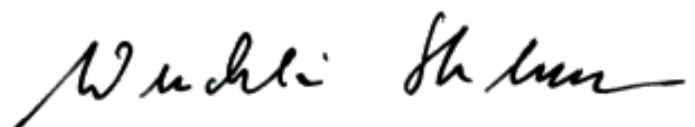
Ende 1999 jährte sich zum zehnten Male der Fall der Mauer in Berlin. Dies markiert einen entscheidenden Wendepunkt am Ende des 20. Jahrhunderts, der auch für diejenigen, die mit der räumlichen Entwicklung, ihrer Darstellung und Analyse befasst sind, einen wichtigen Einschnitt darstellt. Für Deutschland bedeutete es das endgültige Ende der Nachkriegszeit – mit der deutschen Einheit am 1. Oktober 1990, die mit dem Fall der Mauer ihren Anfang genommen hatte. Damit verband sich ein neuer räumlicher Zuschnitt Deutschlands, signalisiert durch ein neues Ost-West-Gefälle, das das Nord-Süd-Gefälle der alten Bundesrepublik überlagerte. Die damit verbundene Dynamik der räumlichen Entwicklung war Anlass genug, mit den östlichen Nachbarn Deutschlands, die im gleichen Zeitraum eine vermutlich noch stärker akzentuierte Entwicklung nahmen, einen Rückblick auf die Entwicklung der letzten Jahre zu wagen. So trafen sich auf Einladung des BBR Experten aus Polen, Tschechien, der Slowakei, Ungarn und Slowenien Anfang November in Berlin zu dem 1. Bau-Raum-Gespräch unter dem Thema „1989 – 1999. Zehn Jahre regionale und lokale Veränderungen und Entwicklungen in Mittel- und Osteuropa – ein kleiner Abschnitt am Ende eines ganzen Jahrhunderts“. *Zwar standen die Ausführungen der eingeladenen Experten im Vordergrund dieses Symposiums, aber auch die räumlichen Entwicklungen des vereinigten Deutschlands in den letzten zehn Jahren waren Gegenstand einer schriftlichen Präsentation, die mit diesem Bericht einer breiteren Öffentlichkeit präsentiert werden sollen. Über die Tagung selbst wird in einer gesonderten Dokumentation – es handelt sich im Wesentlichen um englische Texte – berichtet werden.*

Ohne der Dokumentation dieser Tagung vorzugreifen, können aus den Berichten der Experten zwei zentrale Ergebnisse destilliert werden. Einmal zeigt sich nach der Wende 1989 eine räumlich differenzierte Entwicklung ab, in der sich viele historische Grenzziehungen, die in der Nachkriegszeit nach 1945 fast vergessen schienen, wieder mit Vehemenz in den Vordergrund schieben und die räumliche Entwicklung strukturieren. Zum anderen handelt es sich in nahezu allen Ländern, teilweise verbunden mit der ersten Tendenz, um beachtliche Polarisierungsprozesse zwischen den prosperierenden Räumen, vornehmlich den Metropolen einerseits und den peripher ländlich gelegenen Räumen oder Räumen alter Industrialisierung andererseits. Eine solche Entwicklung wurde in den Ländern des früheren Ostblocks durch gezielte Ausgleichsmaßnahmen überdeckt.

Die daraus zu schließenden Folgerungen, nämlich welche Strategien verfolgt werden sollten, die des Ausgleichs oder der räumlichen Konzentration, wurden kontrovers diskutiert. Damit wurde ein Thema wieder aufgegriffen, das die Diskussion um Perspektiven der Raumentwicklung seit eh und je geprägt hat – nicht zuletzt auch direkt nach der deutschen Wiedervereinigung. Man wäre fast versucht zu sagen, nichts Neues unter der Sonne, aber dem ist nicht so.

Für die räumliche Entwicklung der neuen Länder der Bundesrepublik Deutschland stellte sich zum Beispiel nicht die Möglichkeit eines „Entweder – oder“, sondern eines „Sowohl – als auch“. Und damit ist das eigentliche Thema von Raumentwicklung angesprochen, nämlich das Herunterbrechen von übergreifenden Zielen auf die räumlichen Gegebenheiten vor Ort. Dies erfolgt nicht durch simpel gestrickte Konzepte, sondern muss sich dem Konglomerat von historischer Entwicklung über Zeit, von Querbeziehungen über den Raum und von Perspektiven für die Zukunft stellen. Die neuen Länder der Bundesrepublik hatten dabei die Chance, auf einen „ready-made-state“ zurückgreifen zu können, während sich die anderen Länder des ehemaligen Ostblocks erst mühsam aus den alten Strukturen entwickeln mussten. Angesichts der alten Planungseuphorien und -zwänge stand man in diesen Ländern gerade der regionalen Koordinierung (= Planung) und ihren Ansätze eher skeptisch gegenüber. Hier eine zukünftige Balance zwischen den Einflüssen globaler und nationaler Rahmensetzung einerseits und den örtlichen – regionalen Gegebenheiten andererseits zu finden, ist eine dringende Zukunftsaufgabe bei unseren Nachbarn, aber auch bei uns selbst.

Für uns in der Bundesrepublik, alt wie neu, gilt es die eigene Lage weiterhin genau zu beobachten, sie darzustellen und zu analysieren und darüber zu berichten. Eigentlich auch eine „alte“ Aufgabe, die sich jedoch immer wieder als dringend und unumgänglich darstellt. Dazu soll dieser Bericht beitragen. Der wissenschaftliche Bereich des BBR hat dazu seit langem wichtige Vorarbeiten geleistet und wird dies auch in Zukunft sicher stellen, als „Kontinuität im Wandel“, auch wenn Kontinuitäten durchaus nicht gradlinig sein müssen. Das vorliegende Regionalbarometer ist ein Teil dieser Bemühungen. Vermutlich nicht der letzte.



Einleitung

Steffen Maretzke

Seit dem Fall der Mauer im Jahr 1989 sind bereits zehn Jahre vergangen. Die deutsche Einigung wurde vollzogen, begleitet von einschneidenden politischen, wirtschaftlichen und sozialen Veränderungen. Zudem wurden auf dem Gebiet der DDR die früheren Bundesländer wieder errichtet, verbunden mit der Wiederbelebung fast vergessener regionaler Identitäten. Die Erwartungshaltungen der Menschen an die deutsche Einigung waren anfangs sehr hoch, nicht zuletzt geweckt durch die versprochenen „blühenden Landschaften“, auf die man nach Ansicht der verantwortlichen politischen Akteure nicht lange warten müsse. Die tatsächliche Entwicklung zeigt nun, daß die Realisierung des ostdeutschen Transformationsprozesses eine sehr schwierige Aufgabe ist, die sich nur in einer eher langfristigen Perspektive erfolgreich bewältigen läßt.

Dieser Bericht diskutiert vor allem regionale Aspekte dieses wirtschaftlichen und sozialen Wandels in den neuen Ländern seit 1989/90. Auf der Grundlage einer Analyse ausgewählter wirtschaftlicher und sozialer Trends wird gezeigt, welche Erfolge und Schwierigkeiten diesen tiefgreifenden Anpassungsprozeß prägen, wie man bei der Umsetzung des raumordnerischen Ziels zur Schaffung relativ gleichwertiger Lebensbedingungen vorangekommen ist und wie die Menschen in Deutschland diesen Wandel reflektieren.

Spürbarer Wandel wirtschaftlicher und sozialer Strukturen, ...

Oberflächlich betrachtet zeigt sich, daß die neuen Länder bei der Bewältigung des Transformationsprozesses bereits viele Fortschritte gemacht haben. Die anfänglich extrem starken Abwanderungen der Ostdeutschen in den Westen haben sich spürbar verringert, und die ostdeutschen Binnenwanderungen konzentrieren sich wieder stärker auf die ostdeutschen Regionen (vgl. Beitrag von Bucher). Nicht zuletzt dank der massiven finanziellen Transfers zugunsten der neuen Länder – inzwischen sind den ostdeutschen Regionen fast zwei Billionen DM zugeflossen (vgl. Beitrag von Eltges), ergänzt durch umfangreiche EU-Fördermittel – wurden die regionalen Strukturen in den unterschiedlichsten Bereichen modernisiert. Sie haben sich damit

dem Weststandard weiter angenähert, verbunden mit einer spürbaren Verbesserung der Lebensbedingungen für die ostdeutsche Bevölkerung. Hervorzuheben sind in diesem Zusammenhang u. a.:

- der Ausbau und die Modernisierung der Infrastruktur (Telekommunikation, Verkehrsinfrastruktur, Energieversorgung, Abwassersysteme u. a. m.), wobei zahlreiche infrastrukturelle Ausstattungslücken beseitigt wurden;
- die weit vorangeschrittene Sanierung des Wohnungsbestandes, bei einer allgemeinen Verbesserung der Wohnungsverorgung;
- die Beseitigung vieler Umweltschäden;

November 1989



- die Erneuerung und Modernisierung des veralteten, z. T. völlig verschlissenen Kapitalstocks¹ in vielen Unternehmen u. a. m.

Von der Treuhand (THA) wurden innerhalb von nur vier Jahren über 20 000 Unternehmen, Unternehmens- bzw. Betriebsteile sowie andere Vermögenobjekte privatisiert, reprivatisiert, kommunalisiert sowie, wenn es unumgänglich war, liquidiert.² Eine derartige Leistung hatten viele der THA anfangs nicht zugetraut. Sie ist auch deshalb beachtlich, weil die Erfahrungen in den mittel- und osteuropäischen Ländern zeigen, daß dort die Privatisierung alles andere als ein Selbstdäuer ist.

Im Ergebnis des bisherigen Strukturwandels und der Entwicklung einer leistungsfähigeren, modernen Infrastruktur (vgl. Beitrag von Kurnol u. a.) haben die ostdeutschen Regionen inzwischen eine deutlich verbesserte Position im Wettbewerb der Regionen. Die ostdeutschen Kommunen verfügen meist über ausreichende Flächenpotentiale für die Ansiedelung von Gewerbe und für den Wohnungsneubau, so daß von daher kaum noch Investitionshemmnisse bestehen (vgl. die Beiträge von Rach, Müller-Kleißler und Dosch, Beckmann). Auch der Wohnungsbestand wurde umfangreich modernisiert. Nicht nur die Qualität der Wohnsubstanz, auch die Wohnraumversorgung je Einwohner hat sich den westdeutschen Verhältnissen weiter angenähert. Im Umland der ostdeutschen Zentren entfaltete sich, stimuliert durch großzügige Steuererleichterungen, eine Welle des Wohnungsneubaus, von der man zu DDR-Zeiten nur träumen konnte (vgl. Beitrag von Metzmacher, Waltersbacher). Viele Ostdeutsche

können sich endlich ihren Traum von den eigenen vier Wänden (in Form eines Ein-, Zweifamilien- oder Reihenhauses) außerhalb der Zentren verwirklichen. Dieser grundsätzlich positive Wandel spiegelt sich erwartungsgemäß auch in den Einschätzungen der Ostdeutschen zu Entwicklung ihrer Lage wider (vgl. Beitrag von Böltken).

Man kann also mit Fug und Recht behaupten, daß der Strukturwandel in den neuen Ländern bereits spürbar vorangekommen ist. Die gesamtwirtschaftliche Produktivität, gemessen am Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen, aber auch die Einkommen der Ostdeutschen haben sich seit 1991 deutlich erhöht (vgl. Tab. 1).

Dies wird besonders an der verbesserten Einkommenssituation der ostdeutschen Rentner deutlich. Wurden ihre Renten in der DDR nur willkürlich, d. h. in unregelmäßigen Abständen angehoben, wobei ihre Renten deutlich unter dem Einkommensniveau der Erwerbstätigen lagen, so konnten sie seit 1990 eine beachtliche Zunahme ihres Realeinkommens verbuchen. Zudem partizipieren sie nun – im Gegensatz zu DDR-Zeiten – in geregelter Form an den künftigen Einkommenssteigerungen der Erwerbstätigen.

Die durchschnittlich verfügbaren Altersrenten³ beliefen sich beim Inkrafttreten der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion zur Jahresmitte 1990 in Westdeutschland auf monatlich 1 558 DM (Männer) bzw. 658 DM (Frauen), in Ostdeutschland auf 739 DM bzw. 524 DM. Das Ost-West-Verhältnis bei den Renten der Männer betrug 47 %, bei den Frauen indes 80 %⁴ – hier wurde der westdeutsche Durchschnittswert

(1) Nach Berechnungen des ifo-Instituts sind von 1991 bis 1998 rund 1,3 Bio. DM in neue Anlagen investiert worden.

(2) Nicht eingeschlossen sind hier die ca. 25 000 Objekte, die im Rahmen der sogenannten Kleinen Privatisierung einen neuen Eigentümer fanden.

(3) Nach Abzug der Eigenbeiträge der Rentner zur Kranken- und zur Pflegeversicherung. Vgl. Bedau, Klaus-Dietrich.: Zur materiellen Lage der Senioren in West- und Ostdeutschland. In: DIW-Wochenbericht 37/99

(4) Vgl. Nierhaus, Wolfgang: Höhere Rentenanpassung in Ostdeutschland erforderlich? In: ifo Schnelldienst, Nr. 19/99

Tabelle 1
Wichtige gesamtwirtschaftliche Größen im Ost-West-Vergleich

	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998
	Westdeutschland = 100 ¹							
Bruttoinlandsprodukt (BIP) je Einw.	31,3	38,9	47,7	52,3	55,4	56,8	56,7	56,1
Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen	31,0	43,5	53,1	56,0	57,3	59,4	60,4	59,5
Ausrüstungsinvestitionen je Einwohner	63,6	75,3	99,5	111,5	110,2	111,3	102,1	
Bauinvestitionen je Einwohner	67,2	100,9	130,8	163,7	174,5	178,4	175,4	164,3
Privater Verbrauch je Einwohner	50,0	58,7	64,1	67,1	69,6	71,2	72,6	
Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit je Arbeitnehmer	46,7	60,7	67,9	70,5	72,5	73,6	74,4	73,9
Nettolohn- und -gehaltsumme je Arbeitnehmer	54,7	67,7	75,6	78,3	82,4	84,3	85,4	
Lohnstückkosten ²	150,6	139,4	128,0	126,0	126,5	124,0	123,2	124,0

¹ alle Angaben in jeweiligen Preisen

² Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit je Arbeitnehmer bezogen auf das BIP je Erwerbstätigen

durch die „Hausfrauenrenten“ (niedrige Renten an Frauen mit kurzer Versicherungszeit) nach unten gezogen. Von 1991 bis 1996 sind die in den neuen Bundesländern gezahlten Renten jährlich zweimal, in den letzten Jahren – wie seit langem in Westdeutschland – jährlich einmal erhöht worden. Am Ende des vergangenen Jahres lagen die ostdeutschen Durchschnittsrenten sogar um 3 % (Männer) bzw. 35 % (Frauen) über den westdeutschen Vergleichswerten.⁵ Hier wirkte sich positiv aus, daß die Versicherungszeiten in den neuen Ländern im Mittel um sechs Jahre (Männer) bzw. neun Jahre (Frauen) länger sind als im alten Bundesgebiet. In finanzieller Hinsicht haben die ostdeutschen Rentner damit von der deutschen Vereinigung stärker profitiert als ostdeutsche Arbeitnehmer, die ihren Arbeitsplatz behalten oder einen neuen gefunden haben.

Angesichts dieser Zahlen spürt man bei Westdeutschen oft ein gewisses Unbehagen über das Rentenniveau der Ostdeutschen. Unberücksichtigt bleibt in diesen Diskussionen jedoch meist, daß die Ostdeutschen – einmal abgesehen davon, daß auch sie sich ihre Rentenansprüche erarbeiten mußten – in einem wesentlich stärkeren Maße als westdeutsche Rentner auf diese Einkommensart angewiesen sind. Ihre Rente wird nicht so stark durch zusätzliche Einkommen (Betriebsrenten und/oder z. T. Einkünfte aus Privatvermögen⁶) aufgebessert. Während im Westen anfang 1998 fast die Hälfte der Senioren-Haushalte über ein Bruttogeldvermögen von mindestens 350 000 DM verfügte, lagen fast 90 % der ostdeutschen Senioren-Haushalte unter diesem Wert.⁷ Diese Disparitäten sind noch immer signifikant für die unterschiedliche Vermögenssituation der Haushalte in den alten und neuen Ländern (vgl. Abb. 1).

... aber noch immer kein sich selbst tragender Aufschwung in Sicht

Noch immer beruhen diese vielen positiven Veränderungen auf keiner sich selbst tragenden Entwicklung. Der bisherige Strukturwandel ging vor allem mit einem flächendeckenden Beschäftigungsabbau und einer starken Deindustrialisierung der ostdeutschen Regionen einher (vgl. Tab. 2). Neue, moderne Arbeitsplätze sind zwar entstanden, sie reichen jedoch bei weitem nicht aus, um die zahlreich weggebrochenen Arbeitsplätze zu ersetzen. Zudem

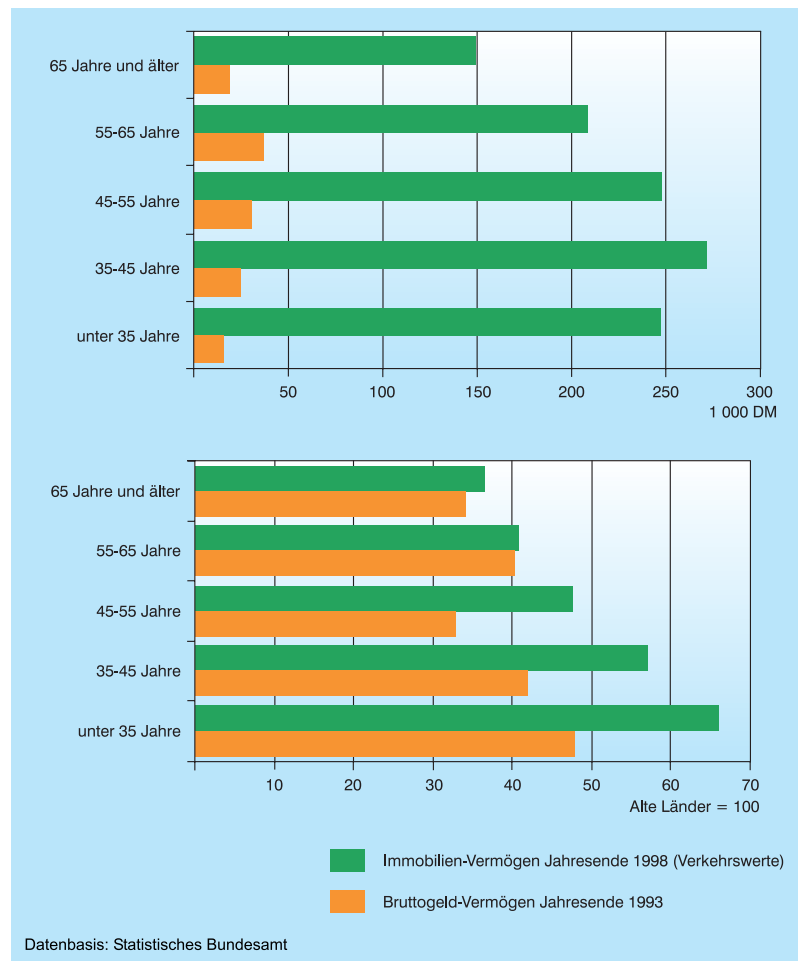


Abbildung 1
Durchschnittliches Geld- und Immobilienvermögen der privaten Haushalte in den neuen Ländern, nach Altersklassen

war der ostdeutsche Unternehmenssektor (ohne Wohnungsvermietung) selbst 1997 noch im Durchschnitt um ca. ein Viertel geringer als im Westen mit Sachkapital ausgestattet.

Tabelle 2
Zur Entwicklung auf dem ostdeutschen Arbeitsmarkt

	1989	1990	1994	1998
	in 1 000 Personen			
Inländische Erwerbspersonen	9 858	9 164	7 798	7 757
Registrierte Arbeitslose	0	241	1 142	1 375
Erwerbstätige Inländer	9 858	8 923	6 659	6 382
Selbständige und mithelfende Familienangehörige	187	252	501	545
Arbeitnehmer	9 671	8 671	6 155	5 837
Einpendler abzüglich Auspendler	2	-68	-326	-327
Erwerbstätige im Inland	9 860	8 855	6 330	6 055
Entlastung durch arbeitsmarkt- und sozialpolitische Maßnahmen*	0	543	1 873	982

* Beschäftigungsäquivalent
Quellen: Statistisches Bundesamt; Bundesanstalt für Arbeit.

Ein großes Problem ist in diesem Zusammenhang auch, daß die Einkommen der Ostdeutschen bisher schneller gestiegen sind als die Produktivität⁸ der Unternehmen. Daher stehen diese Unternehmen nach wie vor unter einem erheblichen Rationalisierungsdruck. Eine größere Zahl von ihnen ist alles andere als gefestigt und läuft noch immer Gefahr, vom Markt verdrängt zu werden.⁹ Was das für die Arbeitsplätze bedeutet, zeigt die folgende, stark vereinfachte Rechnung. Angenommen, die ostdeutschen Unternehmen hätten die 98er Wertschöpfung mit westdeutscher Produktivität erbracht, dann hätten sie dafür 41 %, d. h. 2,4 Mio. Erwerbstätige weniger benötigt. Welche soziale Brisanz allein in dieser Feststellung liegt, braucht man wohl nicht näher zu erläutern.

Auch die zwischenzeitlich recht beachtlichen Wachstumsraten des Bruttoinlandsproduktes haben sich wieder verringert. Sie liegen seit 1997 sogar niedriger als im Westen (vgl. Beitrag von Huege). Offensichtlich hat sich der ostdeutsche Transformationsprozeß und damit auch der Angleichungsprozeß zwischen Ost und West erheblich verlangsamt. Angesichts niedrigerer Wachstumsraten des Bruttoinlandsproduktes in den neuen Ländern öffnet sich die Schere zwischen den alten und neuen Ländern sogar wieder.

Offensichtlich können die neuen Länder ihre latenten strukturellen Probleme kurzfristig nicht aus eigener Kraft bewältigen, so daß sie noch einige Zeit auf massive Transferzahlungen angewiesen sind. Die Politik bleibt also gefordert, den noch unvollendeten ostdeutschen Strukturwandel weiter voranzutreiben. Dabei geht es vor allem um einen Ausgleich von Standortnachteilen und um die Abfederung der nach wie vor höheren Risikoanfälligkeit ostdeutscher Unternehmen, solange diese sich noch nicht voll im Markt etabliert haben. Das Engagement der Politik sollte dabei als „Hilfe zur Selbsthilfe“ angelegt sein, zeitlich befristet und degressiv gestaltet.

Seit 1997 hat die Politik eine Reihe von Entscheidungen getroffen, die ihr Handeln noch effizienter machen soll. Hierzu gehört die Konzentration der Förderung auf diejenigen Wirtschaftsbereiche, die am stärksten von Standortnachteilen betroffen sind – also die im überregionalen Wettbewerb stehenden Unternehmen des verarbeitenden Gewerbes und der produktionsnahen Dienstleistungsbereiche. Ebenso ist die

Substitution von Sonderabschreibungen durch Investitionszulagen zu bewerten, auch wenn die Anhebung der Zulagensätze dem Ziel einer degressiven Ausgestaltung der Förderung widerspricht. Und schließlich zeichnet sich ab, daß die Sonderförderung-Ost zunehmend in die allgemeine Regional- und Mittelstandsförderung eingebunden wird. Zuletzt gab es im Rahmen der Förderung für Unternehmen durch den Bund nur noch zwölf Programme (von insgesamt fast 400), die allein in Ostdeutschland angeboten wurden. Nur bei drei weiteren Programmen erhielten ostdeutsche Antragsteller besondere Vergünstigungen.¹⁰ Die weitere Ausgestaltung der Förderpolitik für die neuen Länder sollte künftig stärker an den regionalen Entwicklungspotentialen ansetzen. Experten geben in diesem Zusammenhang zu bedenken, daß „... früher oder später die flächendeckende Förderung in eine selektive Regionalförderung überführt werden muß, weil sich nicht alle ostdeutsche Regionen gleichermaßen entwickeln. Zudem ist mit Wirtschaftsförderung auf Dauer immer weniger auszurichten, wenn es um die Stärkung der Wettbewerbskraft der Unternehmen geht. Sie kann sogar Gewöhnungseffekte zur Folge haben.“¹¹

Vor diesem Hintergrund stellt sich also die Frage, wie lange noch eine flächendeckende Förderpolitik betrieben werden kann, während sich der ostdeutsche Wirtschaftsraum immer weniger einheitlich darstellt. Diese Frage muß in absehbarer Zeit beantwortet werden. Leider ist für die Beantwortung dieser Frage keine Persönlichkeit oder Institution in Sicht, die in der Lage wäre, die richtigen Antworten zu geben. Die Bewältigung des deutschen Einigungsprozesses hat daher wohl auch künftig viel mit dem Prinzip „Learning by doing“ zu tun.

Um wenigstens aus den zurückliegenden Entwicklungen die richtigen Schlußfolgerungen ableiten und möglicherweise Korrekturen in bezug auf die bisherige Politik vornehmen zu können, ist es notwendig, diese Veränderungen in ihren raumrelevanten Auswirkungen zu untersuchen. Diesem Anliegen widmet sich dieser Bericht, der die regionalen Spuren des bisherigen ostdeutschen Transformationsprozesses in Ost und West in den Mittelpunkt der Diskussion stellt. Da sich alle Bereiche des gesellschaftlichen und privaten Lebens im Raum konzentrieren, können dabei naturgemäß nur ausgewählte Bereiche in ihrem Wandel differenzierter analysiert und bewertet werden.

(5) Weil das Beitragsaufkommen in den neuen Ländern nicht ausreicht, um die in der Rentenversicherung erforderlichen Leistungen allein zu finanzieren, sind nicht unbeträchtliche Zuweisungen aus dem alten Bundesgebiet notwendig. Vgl. Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung: Materialband zum Sozialbudget 1997, S. 331

(6) Bedau, Klaus-Dietrich: Zur materiellen Lage der Senioren in West- und Ostdeutschland. In: DIW-Wochenbericht 37/99

(7) Schichtung der Seniorenhaushalte (Haushalte mit einer Bezugsperson im Alter von 65 oder mehr Jahren) am Jahresanfang 1998 nach der Höhe des Immobilienvermögens. Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des DIW

(8) Gemessen an der Bruttowertschöpfung je Erwerbstätigen

(9) Gesamtwirtschaftliche und unternehmerische Anpassungsschritte in Ostdeutschland; ebd., S. 443

(10) Gesamtwirtschaftliche und unternehmerische Anpassungsschritte in Ostdeutschland; ebd., S. 434

(11) Gesamtwirtschaftliche und unternehmerische Anpassungsschritte in Ostdeutschland; ebd., S. 443

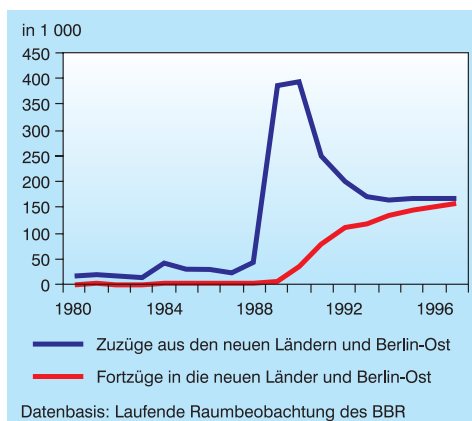
Entwicklungstrends der ostdeutschen Bevölkerungs- und Siedlungsstruktur

Hansjörg Bucher

Die Zeit nach 1989 war auf dem Gebiet der Bevölkerungsentwicklung das ereignisreichste Jahrzehnt in diesem Jahrhundert. Die Öffnung der Grenzen, die deutsche Einigung und der wirtschaftliche Transformationsprozess führten zu gravierenden Veränderungen in den Lebensbedingungen der Menschen Ostdeutschlands und – weniger stark – auch Westdeutschlands. Die Reaktionen auf die veränderten Rahmenbedingungen betrafen auch und besonders demographische Verhaltensmuster (vgl. Tab. 1). Historische Vergleiche mit früheren Umbruchsituationen wie den beiden Weltkriegen und der Weltwirtschaftskrise belegten, dass niemals zuvor so scharfe Strukturbrüche stattfanden wie im Zuge der deutschen Einigung. Praktisch alle demographischen Ereignisse waren davon berührt, jedoch unterschiedlich schnell und stark.

- Am schnellsten und spektakulär setzte eine **Ost-West-Wanderungswelle** ein: 1989 und 1990 jeweils rund 400 000, 1991 noch einmal 250 000 Personen, seither immer unter 200 000, meist zwischen 160 000 und 170 000 Fortzügen (vgl. Abb. 1).

Abbildung 1
Ost-West-Wanderungen 1980–1997



- Die nächste heftige Reaktion in den neuen Ländern betraf die **Familienbildung**, dabei die Scheidungen stärker als die Eheschließungen. Beide gingen stark zurück, vom Ausgangsniveau 1988 sanken die Scheidungen auf weniger als ein Fünftel in drei Jahren, die Eheschließungen sanken auf ein Drittel innerhalb vier Jahren. Beide stiegen seit 1992/1993 wieder an, jedoch lediglich bis auf etwa die Hälfte des 1988 erreichten Niveaus.

- Die dritte und langfristig bedeutsamste Reaktion war der extreme Rückgang der **Geburten**, von knapp 216 000 im Jahr 1988 auf unter 80 000 im Jahr 1994. Innerhalb von sechs Jahren sank somit die Zahl der jährlich Geborenen um 60 %. Zwischenzeitlich stieg die Zahl der Geburten wieder an, auf knapp 103 000 im Jahr 1998. Dies entspricht etwa dem Niveau von 1991.

Zwei weitere demographische Ereignisse haben ihre Größenordnung erheblich verändert, jedoch nicht schockartig mit späterer Trendumkehr. Vielmehr handelt es sich um stetige Veränderungen über das gesamte Jahrzehnt hinweg, wobei ein Bruch oder eine erneute Trendumkehr auch in Zukunft nicht erwartet wird.

- Die **Wanderungen von West- nach Ostdeutschland** waren jahrzehntelang praktisch bedeutungslos. Im Jahr 1988 zogen lediglich zweieinhalbtausend von über 61 Mio. Personen aus der Bundesrepublik in die DDR. 1991 zogen bereits über 80 000, 1993 knapp 120 000 Menschen in die neuen Länder. Inzwischen ist eine Größenordnung von etwa 160 000 erreicht, und der Regierungsumzug von Bonn nach Berlin könnte – neben der ökonomischen Erstarkung – ein weiterer Pull-Faktor für Wanderungen in die neuen Länder sein.
- Die Zahl der **Sterbefälle** sank zwischen 1988 und 1996 von 213 000 auf unter



Mauerspechte in Berlin 1989



Tabelle 1
Demographische Bruchstellen der deutschen Einigung in den neuen Ländern

Ereignisse	Ausgangs-jahr	Jahr der extremen Abweichung	relative Veränderung	
	Bewegungen in 1 000		in %	in Jahren
Ost-West-Wanderungen	1988 43,3	1989 388,4	797	1
Ehescheidungen	1988 49,4	1991 9,0	-82	3
Eheschließungen	1988 137,2	1992 48,2	-65	4
Geburten	1988 215,7	1994 78,7	-64	6
Sterbefälle	1988 213,1	1996 174,5	-18	8
West-Ost-Wanderungen	1988 2,5	1997 157,3	6192	9

Quelle: Statistische Jahrbücher der Bundesrepublik Deutschland

175 000, ein Rückgang um knapp ein Fünftel. Dahinter stehen bedeutsame Veränderungen in der Lebenserwartung. Seit Mitte der 70er Jahre hatte sich zwischen Ost- und Westdeutschland eine Lücke aufgetan, die 1989 bei Frauen wie Männern ca. zweieinhalb Jahre betrug. Die geschlechtsspezifische sog. Übersterblichkeit der Männer betrug dagegen in beiden deutschen Staaten sechseinhalb Jahre. Seit der Einigung hat insbesondere die Alterssterblichkeit stark abgenommen, bei den Frauen stärker als bei den Männern, in den Agglomerationen (insbesondere an den Standorten der medizinischen Infrastruktur) stärker als in den ländlich geprägten Regionen.

Die skizzierten teils schockartigen Veränderungen der demographischen Dynamik führten bereits zu erheblichen strukturellen Veränderungen der Bevölkerung Deutschlands. Diese betreffen die Zusammensetzung (nach Alter, Geschlecht und Nationalität) sowie die räumliche Verteilung. Derzeit und in der nächsten Zukunft wird mit einer Konsolidierung der demographischen Entwicklung gerechnet. Voraussetzung hierfür ist der Abbau der regionalen Disparitäten im Allgemeinen und des ökonomischen Gefälles im Besonderen. Erwartet werden Angleichungsprozesse zwischen ost- und westdeutschen Verhaltensmustern (z. B. bei der Lebenserwartung), Stabilisierung bei neuen Mustern in Ostdeutschland (z.B. Suburbanisierung um die großen Städte) und schließlich das Verschwinden eini-

gungsbedingter Besonderheiten (z. B. das weltweit einmalig niedrige Fertilitätsniveau).

Bezüglich der Dynamik der regionalen Bevölkerungsentwicklung und deren Ursachen bildeten sich im Zeitraum 1991 bis 1997 insgesamt fünf Regionstypen aus (vgl. Karte 1). In Westdeutschland gab es nur Kategorien mit Bevölkerungszuwächsen. Alle Regionen verzeichneten Wanderungsgewinne, einige hatten zusätzlich Geburtenüberschüsse; einige hatten zwar Sterbeüberschüsse, die jedoch von den Wanderungsgewinnen mehr als ausgeglichen wurden. In Ostdeutschland hatten nur Berlin und der westliche Teil Brandenburgs Bevölkerungsgewinne zu verzeichnen. Die wesentliche Bestimmungsgröße der Bevölkerungsdynamik waren dort die Sterbeüberschüsse. Diese wurden in einigen Regionen durch Wanderungsgewinne abgeschwächt, in anderen Regionen dagegen durch Wanderungsverluste noch verstärkt. In wenigen Regionen des Nordostens übertrafen die Wanderungsverluste sogar noch die Sterbeüberschüsse. Die wichtigsten Charakteristika der frühen 90er Jahre waren

- die Ost-West-Verlagerung der Bevölkerung von den neuen in die alten Länder;
- räumliche Dekonzentrationsprozesse in Westdeutschland und Konzentrationsprozesse in Ostdeutschland;
- die beschleunigte Alterung der ostdeutschen Bevölkerung;
- die Internationalisierung der demographischen Entwicklung durch hohe Außenwanderungsgewinne.

Eine jüngst fertig gestellte Bevölkerungsprognose des BBR belegt die Stabilität dieser Tendenzen auch in der Zukunft. Die Bevölkerung Deutschlands wächst weiterhin, jedoch mit abnehmender Geschwindigkeit. Zwei Ursachen sind dafür verantwortlich: Die Sterbeüberschüsse werden größer, die Wanderungsgewinne werden kleiner, bleiben aber immer noch größer als die Sterbeüberschüsse. Bis zum Jahr 2015 werden knapp 83,5 Mio. Einwohner prognostiziert. Gegenüber dem Jahresende 1996 ist dies ein Zuwachs um knapp 1,5 Mio. Personen oder 1,8 %. Die Dynamik der Bevölkerungsentwicklung ist aus dem Ausland importiert, denn ohne Zuwanderungen würde die Bevölkerung im gleichen Zeitraum um fast 4,3 Mio. Menschen abnehmen.

Hinter der skizzierten Gesamtentwicklung steht eine Vielzahl von räumlichen Entwicklungsmustern mit Regionen wachsender

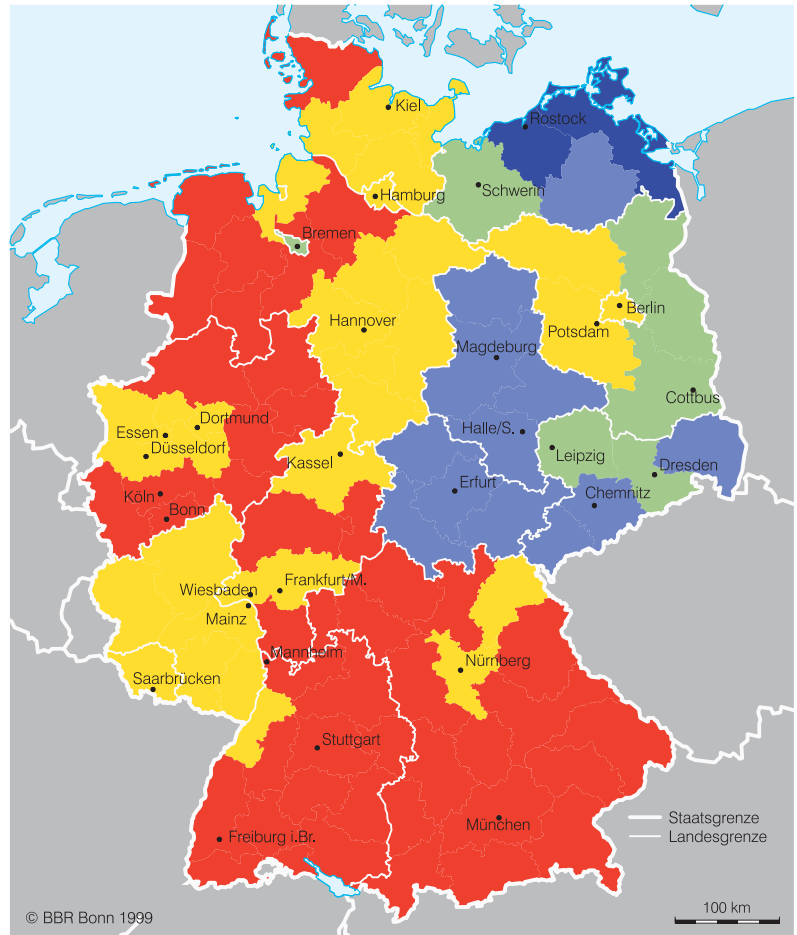
und abnehmender Bevölkerungen. In ihnen läßt sich eine Systematik erkennen, die sich an nicht-demographischen Merkmalen festmachen läßt. Dazu zählen die Siedlungsstruktur und die ökonomische Leistungskraft der Regionen. Die einigungsbedingten demographischen Strukturbrüche werden die Bevölkerungsentwicklung der neuen Länder noch über Jahrzehnte hinweg beeinflussen.

Ost- und Westdeutschland zeigen (Ausnahme: die altindustrialisierten Regionen des Westens) gegenläufige Entwicklungen (vgl. Karte 2). Obwohl die Sterbeüberschüsse ein gesamtdeutsches Phänomen werden, haben sie in Ostdeutschland eine andere Qualität: Sie können dort – bis auf wenige Ausnahmen und im Gegensatz zum Westen – nicht durch Wanderungsgewinne ausgeglichen werden. Einige Regionen werden sogar weiterhin Nettoabwanderungen haben, jedoch in erheblich geringerem Umfang als bisher und mit sinkender Tendenz.

In Westdeutschland wird die Bevölkerung von ca. 64,4 Mio. (Ende 1996) um gut 2,7 Mio. oder 4,3 % zunehmen. Denn einem noch relativ geringen Sterbeüberschuß von 41 je 1 000 der Ausgangsbevölkerung stehen dort Wanderungsgewinne – aus dem Ausland wie auch aus Ostdeutschland – von fast 84 je 1 000 gegenüber. Die Bevölkerung Ostdeutschlands nimmt dagegen ab, um knapp 1,3 Mio. Personen oder gut 7 %. Hauptursache sind die Sterbeüberschüsse im Gefolge des historischen Geburtenrückgangs nach 1989. Trotz des erwarteten Wiederanstiegs der Fruchtbarkeit führen die natürlichen Bewegungen der Geburten und Sterbefälle zu einer Minderung der Bevölkerung um fast 10 % in diesen 19 Jahren. Die Binnenwanderungsverluste in Richtung Westdeutschland fallen da kaum noch ins Gewicht, zumal sie nunmehr durch Außenwanderungsgewinne mehr als kompensiert werden.

Die Gesamtschau legt bereits den ersten regionalen Trend offen, eine **Westverlagerung der Bevölkerung**. Der Anteil Ostdeutschlands an der Gesamtbevölkerung wird sinken. Der zweite regionale Trend betrifft Veränderungen der Siedlungsstruktur. Im Westen werden im großen wie im kleinen Maßstab **Dekonzentrationsprozesse** erwartet. Im Osten laufen dagegen großräumig Konzentrationsprozesse, während kleinräumige Dekonzentrationsprozesse gerade begonnen haben und sich verstärken werden (vgl. Tab. 2).

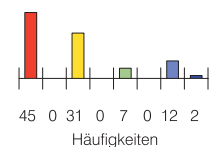
Karte 1
Dynamik der räumlichen Bevölkerungsentwicklung und deren Ursachen, 1991–1997



Typen der Regionen entsprechend der Beiträge der natürlichen und der Wanderungssalden 1991-1997 zur Bevölkerungsentwicklung 1991-1997

Bevölkerungszunahme

- Wanderungsgewinn > Geburtenüberschuß
- Geburtenüberschuß > Wanderungsgewinn
- Wanderungsgewinn > Sterbeüberschuß
- Geburtenüberschuß > Wanderungsverlust



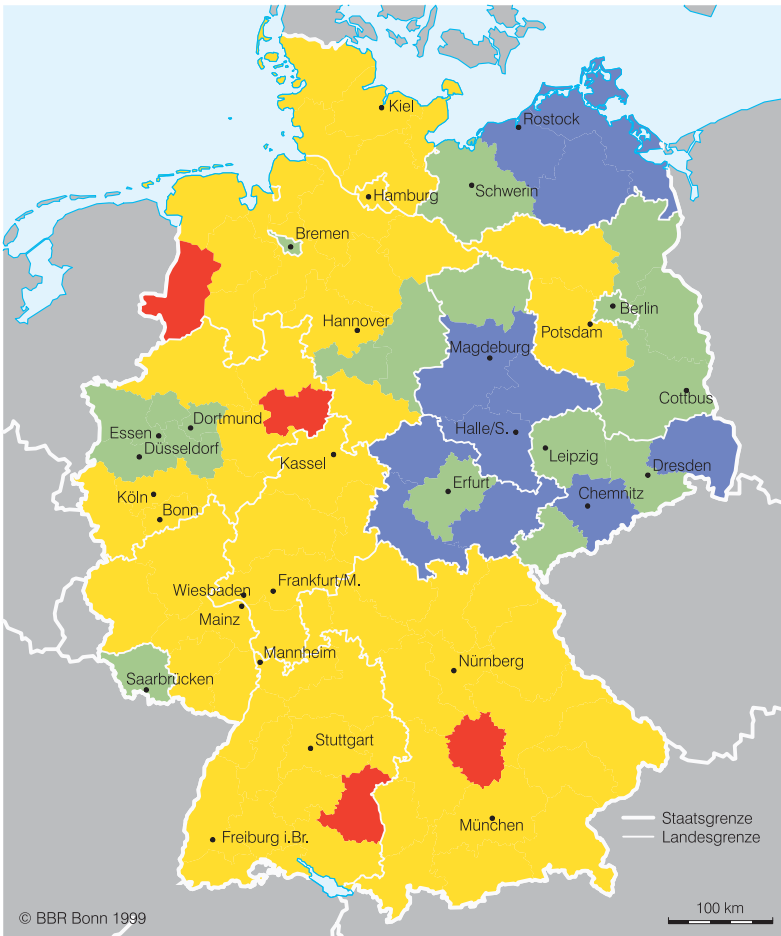
Bevölkerungsabnahme

- Sterbeüberschuß > Wanderungsgewinn
- Wanderungsverlust > Geburtenüberschuß
- Sterbeüberschuß > Wanderungsverlust
- Wanderungsverlust > Sterbeüberschuß

Datenbasis: Laufende Raumbeobachtung des BBR, Raumordnungsregionen 1.1.1996

Die großräumige Konzentration des Westens nimmt leicht ab. Der Anteil der Personen, die in Agglomerationen leben, sinkt zugunsten der verdichteten und der ländlichen Räume. Dahinter steht ein aktiver Disurbanisierungsprozess, hervorgerufen durch Wanderungen von den höher verdichteten in die weniger verdichteten Regionen. Eine weitere, jedoch passive Disurbanisierung findet statt, weil die Agglomerationen überproportional an den Ster-

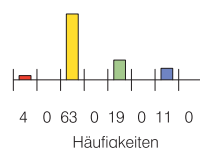
Karte 2
Dynamik der räumlichen Bevölkerungsentwicklung und deren Ursachen, 1997–2015



Typen von Regionen entsprechend der Beiträge der natürlichen und der Wanderungssalden 1997-2015 zur Bevölkerungsentwicklung 1997-2015

Bevölkerungszunahme

- Wanderungsgewinn > Geburtenüberschuß
- Geburtenüberschuß > Wanderungsgewinn
- Wanderungsgewinn > Sterbeüberschuß
- Geburtenüberschuß > Wanderungsverlust



Bevölkerungsabnahme

- Sterbeüberschuß > Wanderungsgewinn
- Wanderungsverlust > Geburtenüberschuß
- Sterbeüberschuß > Wanderungsverlust
- Wanderungsverlust > Sterbeüberschuß

Datenbasis: BBR-Bevölkerungsprognose 1996-2015/BWVP, Raumordnungsregionen 1.1.1996

beüberschüssen teilhaben, weshalb ihr Bevölkerungsanteil ebenfalls sinkt. In den Agglomerationen leben zwar ca. 53 % der Bevölkerung, auf diese konzentrieren sich aber 63 % aller westdeutschen Sterbeüberschüsse.

Der ostdeutsche Anteil der Bevölkerung in den Agglomerationen nimmt zwar leicht zu, bleibt aber unter dem westdeutschen Anteil. In den Agglomerationen werden knapp 49 % aller Ostdeutschen leben. In

absoluten Zahlen nimmt die Bevölkerung dort zwar ab, aber die verstäderten und die ländlichen Regionen verlieren noch mehr Bevölkerung. In kleinräumiger Sicht verlieren die Kernstädte durchweg Anteile zu Gunsten ihres Umlandes.

Die Betrachtung jener Altersgruppen, die den Suburbanisierungsprozess schwerpunktmäßig tragen, verdeutlicht den Bedeutungszuwachs der Kern-Rand-Wanderungen am gesamten Mobilitätsgeschehen. 1991 wanderten in sämtlichen Kreistypen Familien ab, dabei hatten die Kernstädte innerhalb der ostdeutschen Agglomerationen noch die geringsten relativen Wanderungsverluste. Bis 1997 wurden dort die Abwanderungen nicht nur erheblich größer, Kernstädte waren überhaupt die einzigen Gebietskategorien mit Nettowanderungsverlusten.

Altersstrukturelle Veränderungen verlaufen in Ost und West teils ähnlich, teils gegensätzlich. Im Osten, der bei der Einigung jünger war, verläuft die Alterung aus mehreren Gründen beschleunigt.

- Der Geburtenrückgang führte zu einer schwächeren Besetzung der nachgeborenen Jahrgänge seit 1991. Obwohl die Fertilität in Ostdeutschland wieder zunimmt, ist doch die Lücke zum Westen noch so groß (vgl. Abb. 2), dass sie die Alterung dort beschleunigt. Ein struktureller sog. Echoeffekt dämpft allerdings diese Entwicklung: Mitte der 70er Jahre war die Fertilität in der DDR zeitweilig angestiegen. Die damalige kleine Baby-Boom-Generation kommt nunmehr in die Elternphase und läßt auch höhere Geburtenzahlen erwarten.
- Die steigende Lebenserwartung, bedingt durch einen Rückgang der Sterblichkeit bei den Altersjahrgängen ab 50 Jahre, führt zu nunmehr stärkeren Besetzungen der höheren Altersgruppen. Dieses Potential ist bei weitem noch nicht ausgeschöpft, wie der regionale Ost-West-Vergleich zeigt (vgl. Abb. 3). Eine weiter sinkende Alterssterblichkeit ist daher sehr plausibel.
- Die Binnenwanderungen sind altersselektiv. Wanderungsverluste betreffen vornehmlich die jungen Erwerbsfähigen zwischen 18 und 30 Jahren. Allerdings zeigen sich bedeutende regionale Unterschiede, die am siedlungsstrukturellen Gefälle entlang verlaufen (vgl. Tab. 3).
- Die internationalen Wanderungen dämpfen dagegen den Alterungsprozess,

Tabelle 2
Die Entwicklung der räumlichen Bevölkerungsverteilung 1990–2015

Regions-/Kreistyp	Bevölkerungsanteil ¹ (in %)						1990–1997		1997–2015	
	1990		1997		2015		in Prozentpunkten			
	Neue Länder ²	Alte Länder	Neue Länder	Alte Länder	Neue Länder	Alte Länder	Neue Länder	Alte Länder	Neue Länder	Alte Länder
Agglomerationsräume	45,8	54,3	46,8	53,6	48,7	52,8	1,0	-0,7	1,9	-0,8
Kernstädte	58,5	44,6	57,6	43,1	56,1	41,6	-0,9	-1,5	-1,5	-1,5
hochverdichtete Kreise	3,1	36,1	3,1	36,7	3,0	37,0	0,0	0,6	-0,1	0,3
verdichtete Kreise	16,9	15,3	16,9	15,9	17,0	16,8	0,0	0,6	0,1	0,9
ländliche Kreise	21,5	4,0	22,4	4,3	23,9	4,6	0,9	0,3	1,5	0,3
Verstädterte Räume	33,8	34,7	33,1	35,2	31,7	35,9	-0,7	0,5	-1,4	0,7
Kernstädte	25,2	15,8	23,7	15,1	21,3	14,7	-1,5	-0,7	-2,4	-0,4
verdichtete Kreise	38,8	57,8	39,1	58,2	39,4	58,2	0,3	0,4	0,3	-0,1
ländliche Kreise	36,0	26,4	37,2	26,7	39,4	27,1	1,2	0,3	2,2	0,4
Ländliche Räume	20,4	11,0	20,1	11,2	19,6	11,3	-0,3	0,2	-0,5	0,1
ländliche Kreise höherer Dichte	40,4	69,9	40,3	70,1	39,5	70,1	-0,1	0,2	-0,8	0,0
ländliche Kreise geringerer Dichte	59,6	30,1	59,7	29,9	60,5	29,9	0,1	-0,2	0,8	0,0
Insgesamt	22,8	77,2	21,3	78,7	19,5	80,5	-1,5	1,5	-1,8	1,8

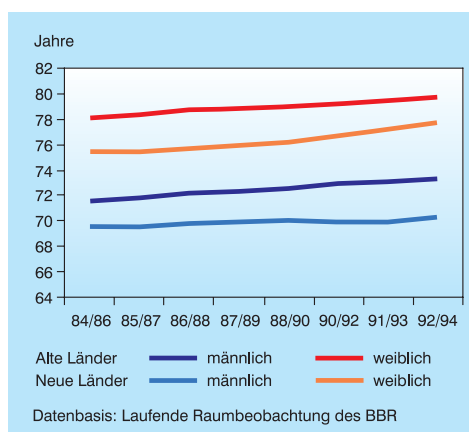
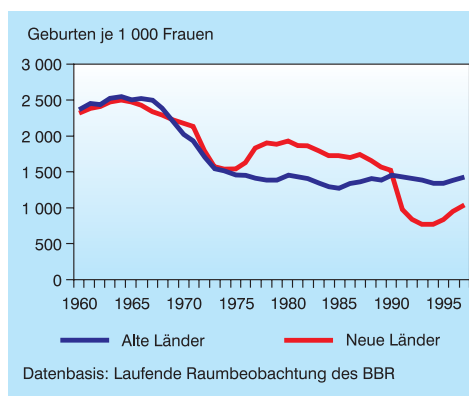
¹ Die Anteile der Regionstypen beziehen sich auf die Spaltensummen (= in % der alten oder neuen Länder). Die Anteile der Kreistypen beziehen sich auf den übergeordneten Regionstyp (= in % der großräumigen Kategorie). Die Anteile der alten bzw. neuen Länder beziehen sich auf die Bundesrepublik Deutschland.

² Das Land Berlin ist komplett den neuen Ländern zugerechnet.

Quellen: Laufende Raumbewachung des BBR; BBR-Bevölkerungsprognose 1996–2015/BVWP

weil die Zuziehenden in der Regel jünger sind als die ansässige Bevölkerung. Der Osten partizipiert jedoch unterproportional an den Zuwanderungen.

Der Alterungsprozess Westdeutschlands läuft zwar bereits seit Jahrzehnten, seine stärkste Dynamik wird jedoch erst für die zwanziger Jahre des nächsten Jahrhunderts erwartet, wenn die Baby-Boom-Generation in Rente geht. Großräumig zeigt der Prozess der künftigen Alterung uneinheitliche Tendenzen. Dünn besiedelte Regionen haben im Westen leicht höhere Zuwachsraten als die hochverdichteten Regionen, ihr Anteil an den Alten nimmt geringfügig zu. Im Osten werden dagegen gravierende Unterschiede in der Dynamik erwartet: hohe Zuwächse in den ländlich geprägten Regionen, dagegen niedrige Raten in den Regionen mit großen Verdichtungsräumen. Innerhalb der Agglomerationen altert das Umland stark, die Kernstädte schwächer. Dies ist eine Spätfolge der Suburbanisierung seit den 1960er Jahren. Im Westen ist dieses intraregionale Gefälle der Alterungsdynamik weit größer als im Osten. Da diese Dynamik im Westen gerade gegenläufig, im Osten gleich gerichtet zum bisherigen Gefälle verläuft, ist im Westen langfristig mit einer Nivellierung regionaler Unterschiede beim Anteil der Hochbetagten zu rechnen, im Osten dagegen mit einer Verstärkung.



Der letzte Großtrend der Bevölkerungsentwicklung schließlich ist deren **Internationalisierung** durch die Außenwanderungsbewegungen. Dies ist nicht neu. 1970 fiel

Tabelle 3
Binnenwanderungssaldo
der Wohnungswanderer
(unter 18 plus 30- bis
50-Jährige), 1991 und 1997

Kreistypen	Alte Länder			Neue Länder*		
	1991	1997	1991–97	1991	1997	1991–97
	Saldo je 1 000 Ew		Verände- rung**	Saldo je 1 000 Ew		Verände- rung**
Agglomerationsräume						
Kernstädte	-3,9	-6,1	-2,2	-5,7	-17,1	-11,4
hochverdichtete Kreise	4,6	3,2	-1,4	-7,5	9,9	17,4
verdichtete Kreise	12,3	8,3	-4,0	-8,7	15,2	23,9
ländliche Kreise	12,6	10,2	-2,4	-6,0	27,4	33,4
Verstädterte Räume						
Kernstädte	-6,7	-13,0	-6,3	-16,7	-28,2	-11,5
verdichtete Kreise	4,5	-0,6	-5,1	-10,0	4,2	14,2
ländliche Kreise	2,7	4,1	1,4	-10,4	10,6	21,0
Ländliche Räume						
ländliche Kreise höherer Dichte	6,5	4,7	-1,8	-8,9	-5,1	3,8
ländliche Kreise geringerer Dichte	8,2	5,6	-2,6	-15,3	-3,3	12,0

* Neue Länder inkl. Berlin
** gemessen in Promillepunkten
Quelle: Laufende Raum-
beobachtung des BBR

die westdeutsche Fertilitätsrate unter das Bestandserhaltungsniveau. Seit fast 30 Jahren sind deshalb die Außenwanderungen der Motor der Bevölkerungsdynamik in der (alten) Bundesrepublik Deutschland. Denn zwar verlor die Bevölkerung in den 1980er Jahren eine dreiviertel Million Personen durch Sterbeüberschüsse, doch kamen gleichzeitig über 3 Mio. Menschen durch Zuwanderung ins Land (vgl. Abb. 4).

Die Bedeutung der Außenwanderungen gegenüber den natürlichen Bewegungen wächst mit abnehmender Regionsgröße. Zuziehende Ausländer bevorzugen als Wohnstandorte die hochverdichteten Regionen und dort wiederum die Kernstädte. Bei den Fortzügen ist diese räumliche Konzentration noch stärker ausgeprägt. Außenwanderungen tragen somit zur Verschärfung des siedlungsstrukturellen Gefälles bei.

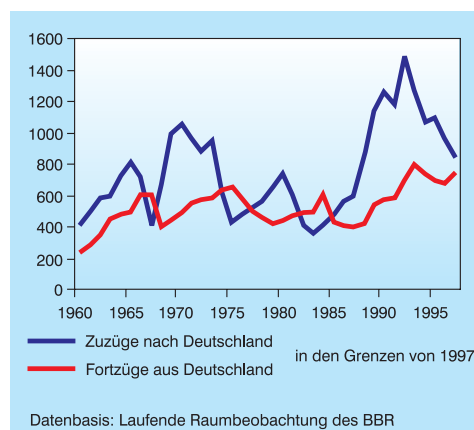
Der Zustrom von Aussiedlern aus Osteuropa fügte seit Ende der 1980er Jahre diesen

bekanntesten Mustern neue hinzu. Überproportional beteiligt an den Aussiedlerzuwanderungen ist der Nordwesten Deutschlands, dort wiederum sind es die weniger verdichteten bis ländlichen Kreise. Die bisherige Konzentration der internationalen Wanderungen auf die Agglomerationen werden durch die Aussiedlerströme abgeschwächt, da deren bevorzugte Zielregionen nur eine mittlere Verdichtung aufweisen.

Es spricht vieles dafür, daß Deutschland – wie meist in der Vergangenheit – Nettozuwanderungsland bleiben wird. Denn angesichts der vor allem in der Dritten Welt und zum Teil auch in Osteuropa sowie der ehemaligen Sowjetunion gravierenden ökonomischen und ökologischen Probleme dürfte das Zuwanderungspotenzial auch künftig sehr groß sein und noch weiter wachsen. Die Osterweiterung der EU wird die Zuwanderung zunächst eher noch verstärken, während sie langfristig zu einem Abbau der Disparitäten und damit zu einer Beseitigung von Wanderungsmotiven führen sollte.

Die Zuwanderungen verteilen sich sehr unterschiedlich auf die einzelnen Regionen. Die Dominanz der süddeutschen Agglomerationen als Zuzugsregionen ist schwächer, der Nordwesten – und dort insbesondere Gebiete geringerer Dichte – werden zunehmend Zielgebiete von Außenwanderungen bzw. deren Folgewanderungen. Die neuen Länder werden von Zuzügen weit unterdurchschnittlich betroffen sein, insbesondere wenn man vom Sonderfall Berlin ab-
sieht.

Abbildung 4
Internationale Wanderung
1960–1997



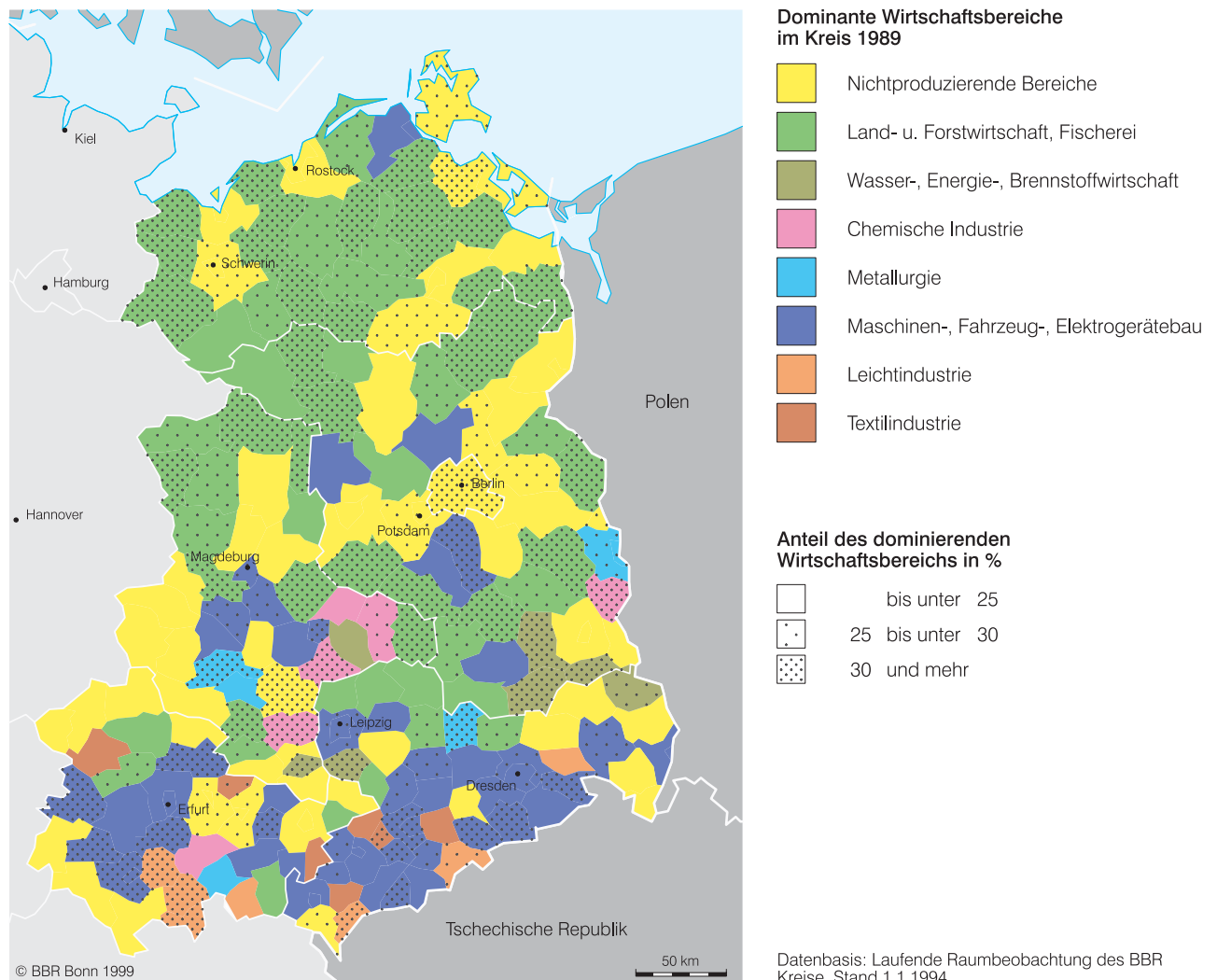
Zehn Jahre ökonomische Transformation in Ostdeutschland – eine Bilanz

Petra Huege

Mit der plötzlichen Veränderung der Rahmenbedingungen für Ostdeutschland und durch die Konfrontation mit westlichen, an marktwirtschaftlichen Gestaltungsprinzipien orientierten Volkswirtschaften kam es zu einem Zusammenbruch der ostdeutschen Wirtschaft. Die mangelnde Konkurrenzfähigkeit ostdeutscher Produkte und Produktionsverfahren auf den westlichen Märkten in Verbindung mit dem Verlust der traditionellen Absatzmärkte in Osteuropa führte zu großen Nachfrageausfällen. Gravierende Folgen hatte diese Entwicklung insbesondere für den Arbeitsmarkt. Hier kam es innerhalb kürzester Zeit zu enormen Freisetzungen von Arbeitskräften und einer bis heute anhaltenden hohen Arbeitslosigkeit.

Die Anpassungsprobleme der ostdeutschen Wirtschaft im Transformationsprozeß rührten hauptsächlich aus der veralteten Infrastruktur, der geringen Produktivität sowie der mangelnden Wettbewerbsfähigkeit der heimischen Unternehmen auf westlichen Märkten her. Ein hoher Anpassungsbedarf resultierte auch aus der Verteilung der Unternehmensstandorte in der ehemaligen DDR. Standortentscheidungen wurden zu Zeiten der DDR nicht unter dem Gesichtspunkt günstiger Standortfaktoren und einzelbetrieblicher Standortanforderungen getroffen. Ergebnis dieser politisch geprägten Standortpolitik waren Monstrukturierungen sowie eine Verteilung der Unternehmensstandorte, deren Liefer- und Absatzbeziehungen mit einem hohen

Karte 1
Wirtschaftsstruktur der DDR, 1989



Transport- und Kommunikationsaufwand verbunden waren (vgl Karte 1).¹

In dem Umstrukturierungsprozeß hat sich die Übernahme der institutionellen und organisatorischen Rahmenbedingungen Westdeutschlands positiv ausgewirkt. Im Gegensatz zu Erfahrungen in anderen Transformationsländern, wo sich ungeklärte Rechtsverhältnisse in einem schleppenden Investitionsverhalten niederschlugen, bestand diesbezüglich in Ostdeutschland von der ersten Stunde an Rechtssicherheit. Anders stellte sich jedoch die Situation in Sachen Eigentumsverhältnisse dar. Die unklaren Verhältnisse führten hier zu Investitionsverzögerungen. Allerdings wurde mit dem Gesetz „zur Beseitigung von Hemmnissen bei der Privatisierung von Unter-

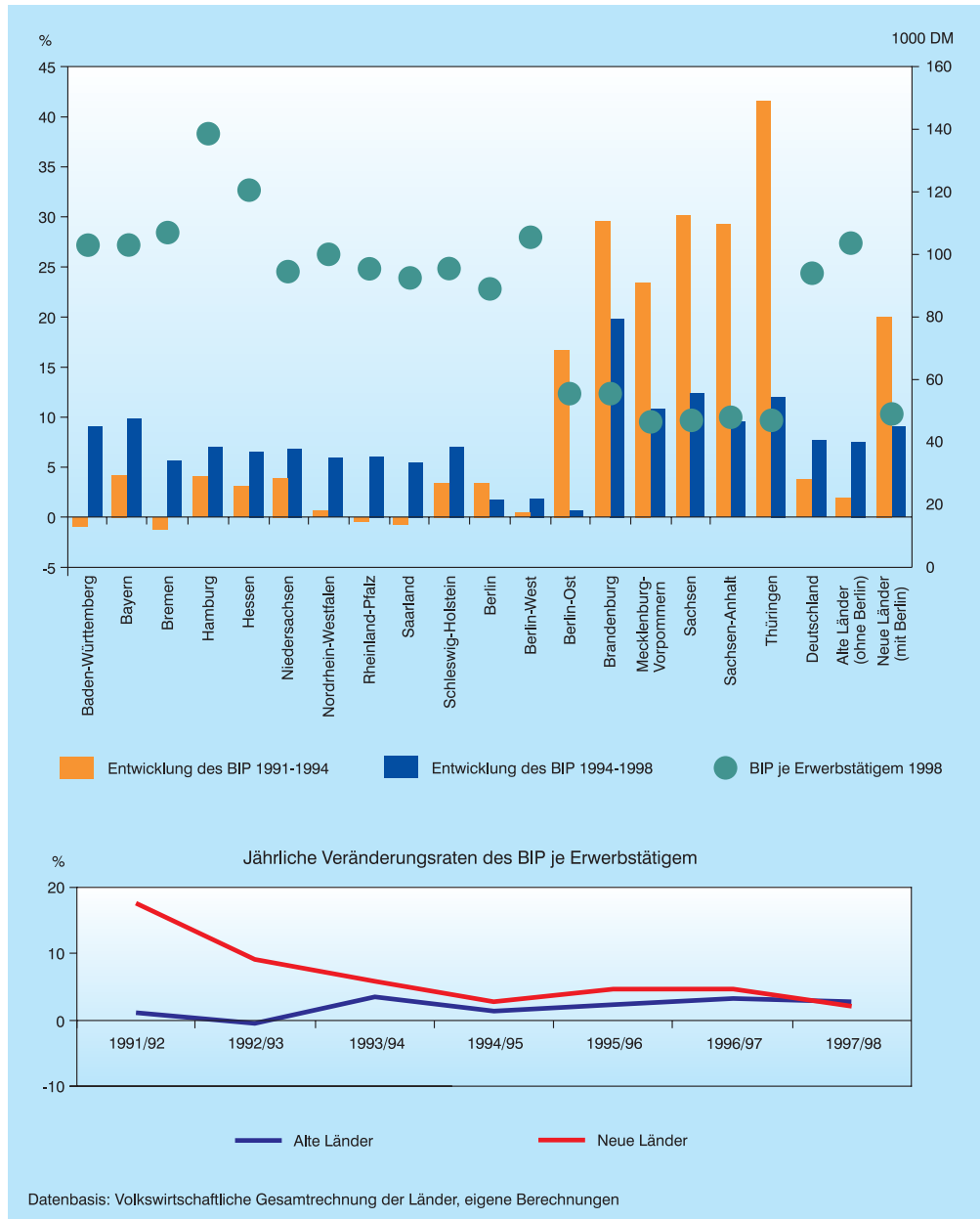
nehmen und zur Förderung von Investitionen und Investitionsvoraussetzung“ vom 14.7.1992 Abhilfe geschaffen.

1 Wirtschaftliche Entwicklung, Unternehmensgründungen und Investitionen

Nach einer deutlichen Aufwärtsbewegung zu Beginn des Umstrukturierungsprozesses – flächendeckend in allen neuen Ländern – ließ die Dynamik des wirtschaftlichen Aufschwungs mit Einsetzen der schlechten konjunkturellen Entwicklung in Westdeutschland nach. Bereits nach 1994 liegen die Zuwächse des Bruttoinlandsproduktes unter der 5 %-Marke, und im Jahr 1998 entwickelt sich das wirtschaftliche Wachstum

(1) Vgl. IWH (Hrsg.): Wechselbeziehungen zwischen Transfers, Wirtschaftsstruktur und Wachstum in den neuen Bundesländern; Sonderheft 4/97, S. 38 f.

Abbildung 1
Entwicklung des Bruttoinlandsproduktes 1991–1998



im Westen erstmals wieder günstiger als in Ostdeutschland. Im bisherigen Anpassungsprozeß hat sich unter den ostdeutschen Ländern vor allem in Thüringen und Brandenburg die Wirtschaftskraft besonders dynamisch entwickelt. Allerdings sind in allen ostdeutschen Bundesländern auch 1998 noch die Niveauunterschiede zur westlichen Wirtschaftskraft deutlich ausgeprägt. Seit 1996 hat sich die Leistungskraft in Ostdeutschland bei etwas mehr als der Hälfte des Westniveaus eingependelt und stagniert seither auf diesem Niveau (vgl. Abb. 1). Zu Beginn der Wiedervereinigung betrug dieser Anteil rund 41 %.

Das Wachstum der ostdeutschen Bruttowertschöpfung je Erwerbstätigen in den einzelnen Sektoren Land- und Forstwirtschaft, Produzierendes Gewerbe, Handel und Verkehr sowie Dienstleistungen folgt einem ähnlichen Entwicklungsmuster. Die Dynamik war zu Beginn des ökonomischen und gesellschaftlichen Umstrukturierungsprozesses am größten und verlief mit zweistelligen Wachstumsraten. In der zweiten Hälfte der 90er Jahre liegen die Zuwächse dagegen nur noch geringfügig über dem westlichen Niveau oder im Falle der Sektoren Handel und Verkehr und Dienstleistungsunternehmen und private Dienstleistungen sogar darunter. Zum Teil sind die geringeren Produktivitätsfortschritte der binnenorientierten Branchen Ausdruck des fehlenden Wettbewerbsdrucks überregionaler Konkurrenten. Die größten Zuwächse der Produktivität gab es in den Sektoren mit den größten Beschäftigungsverlusten. So hat sich die Bruttowertschöpfung je Erwerbstätigen der Landwirtschaft und des Produzierenden Gewerbes im Zeitraum von 1991 bis 1998 um rund 150 % erhöht (vgl. Abb. 2). Hiervon weicht die Produktivitätszunahme des Produzierenden Gewerbes in Mecklenburg-Vorpommern mit rund 70 % deutlich ab.

Im Zuge des Transformationsprozesses hat sich die ostdeutsche Wirtschaftsstruktur gravierend verändert. Die Wirtschaftsstruktur, die sich durch die zentrale Planung zu Zeiten der DDR herausgebildet hatte, unterschied sich 1989/90 noch wesentlich von dem marktwirtschaftlich organisierten Teil Deutschlands und entsprach dem Stand der Industrieländer Anfang der 70er Jahre. Die Anteile des Produzierenden Gewerbes und der Land- und Forstwirtschaft lagen deutlich über dem Niveau der Industrienationen, während der Dienstleistungssektor

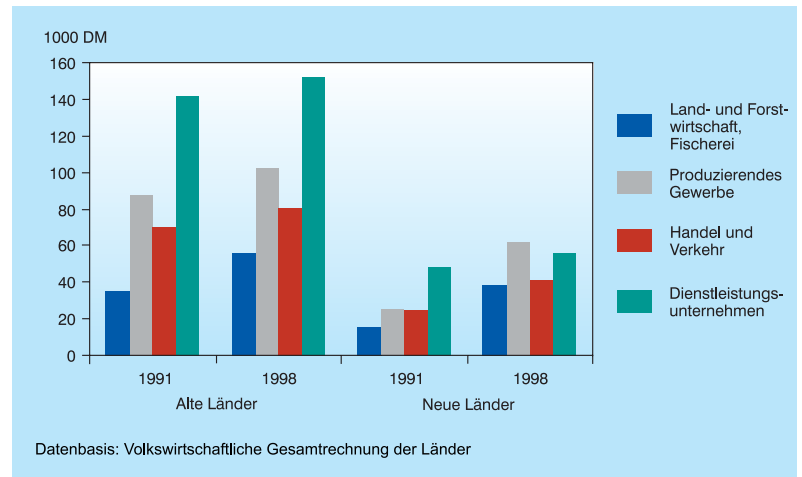


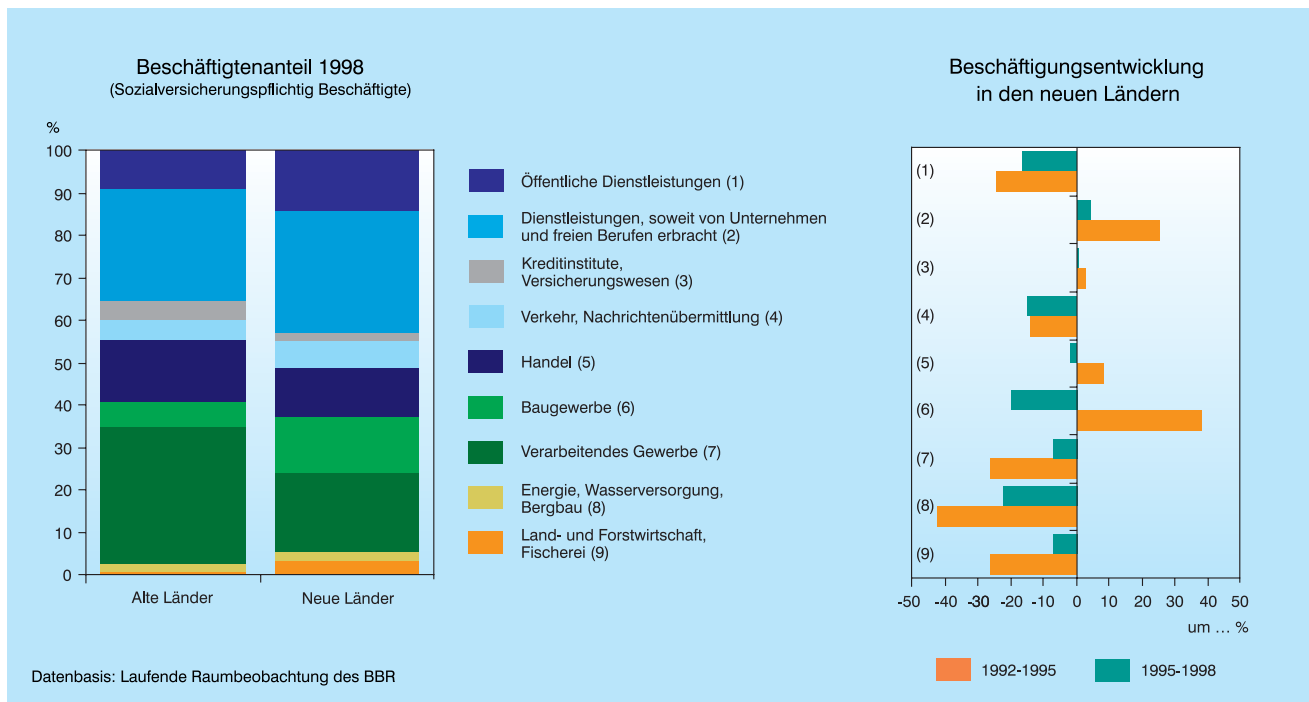
Abbildung 2
Bruttowertschöpfung je Erwerbstätigem nach Sektoren

dagegen nur schwach ausgeprägt war. Dabei ist zu berücksichtigen, daß in der DDR eine Reihe von Dienstleistungen von den in großen Kombinatensystemen organisierten Produktionsunternehmen selbst ausgeführt wurden, während im Westen eigenständige Unternehmen diese Leistungen erbrachten.

Heute haben sich die Strukturen der ostdeutschen Wirtschaft im Hinblick auf den primären, sekundären und tertiären Sektor den westlichen Verhältnissen wesentlich angenähert (vgl. Abb. 3). Allerdings liegt mit einem Anteil von 3 % der ostdeutsche primäre Sektor noch deutlich über dem in Westdeutschland (0,9 %), und der sekundäre Sektor ist mit 33 % im Vergleich zur Bedeutung dieses Sektors im Westen mit rund 40 % unterrepräsentiert (vgl. Tab. 1). Das Tempo des Strukturwandels hat sich zwar deutlich verlangsamt, ist aber immer noch höher als im Westen. Die Dynamik in den einzelnen Branchen wird dabei im wesentlichen durch die regionalen Nachfrageverhältnisse, die Wettbewerbsbedingungen in den einzelnen Branchen sowie das Engagement der ausländischen Unternehmen bestimmt.

Im sekundären und tertiären Sektor bestehen jedoch deutliche intrasektorale Unterschiede zwischen Ost und West. So ist im ostdeutschen sekundären Sektor das Baugewerbe zu Lasten des verarbeitenden Gewerbes überrepräsentiert. Mit einem Anteil von 12 % ist die Bedeutung dieser regional ausgerichteten Branche auch 1998 unverändert hoch und beträgt nahezu das Doppelte zum westlichen Vergleichswert. Vor allem im Umland der dichter besiedelten Regionen und den ländlichen Räumen liegt

Abbildung 3
Sektoraler Strukturwandel in den alten und neuen Ländern 1992–1998



der Anteil höher und hat im Laufe des Transformationsprozesses an Bedeutung gewonnen. Die Entwicklung der Baubranche zu einem der bedeutendsten Wirtschaftszweige rührt in erster Linie aus dem Aufholbedarf bei infrastrukturellen Einrichtungen sowie bei Wohn- und Geschäftsbauten her.

Auch innerhalb der Dienstleistungen zeigen sich Unterschiede zwischen Ost und West. Der im Vergleich zum Westen hohe Anteil des öffentlichen Sektors in Ostdeutschland ist auf die niedrigere Zahl der Beamten zurückzuführen. Wegen der fehlenden Sozialversicherungspflicht erscheint diese Beschäftigtengruppe nicht in der Beschäftigtenstatistik. Des Weiteren sind die hohen Zuwächse der privaten Dienstleistungen unmittelbar nach der Wiedervereinigung in erster Linie auf organisatorische Änderungen innerhalb des Dienstleistungssektors zurückzuführen und damit hauptsächlich statistischer Natur. Trotz stattfindender Angleichungsprozesse besteht somit noch immer ein struktureller Anpassungsbedarf.

Die schwache industrielle Basis bildet zum gegenwärtigen Zeitpunkt eines der größten Probleme der neuen Länder in dem ökonomischen Umstrukturierungsprozess. Vor allem unter dem Gesichtspunkt eines sich an westliche Verhältnisse annähernden, transferunabhängigen Einkommensniveaus ist

der Aufbau industrieller Arbeitsplätze eine zwingende Voraussetzung. Auch unter dem Gesichtspunkt der Tertiärisierung der Arbeitswelt ist eine ausreichende Anzahl an industriellen Arbeitsplätzen von großer Bedeutung. So belegen Untersuchungen, daß die Entwicklung der Dienstleistungsbranche nicht unabhängig von der Industrie verläuft. Insbesondere die Expansion der unternehmensnahen Dienstleistungen erfordert eine stabile industrielle Basis.²

Die starken Zuwächse der Branchen mit überwiegend regionaler Ausrichtung, wie beispielsweise der Baubranche, können nur einen geringen Beitrag zu einer langfristig sich selbsttragenden wirtschaftlichen Entwicklung leisten. Neben schwach ausgeprägten Multiplikatoreffekten auf zusätzliche Beschäftigung besteht hier wegen der fehlenden überregionalen und internationalen Konkurrenz zudem ein geringer Druck zu Innovationen. Eine stabile und tragfähige ökonomische Entwicklung in Ostdeutschland macht eine solide industrielle Basis und die Einbindung in die internationale Arbeitsteilung sowie die Präsenz auf überregionalen Absatzmärkten unerlässlich. Großer Aufholbedarf besteht in diesem Zusammenhang bei der Herstellung der Konkurrenzfähigkeit ostdeutscher Unternehmen auf ausländischen Märkten sowie der Attraktivität Ostdeutschlands für ausländische Investoren.

(2) Vgl. Seitz, H.: Quo Vadis Berlin? Eine ökonomische Analyse. In: Äußere und innere Integration der Wirtschaft. Hrsg.: R. Pohl. – Berlin 1997, S. 9 ff.

Tabelle 1
Wirtschaftsstruktur und Beschäftigungsentwicklung nach siedlungsstrukturellen Gebietstypen

Regions- und Kreistyp alte und neue Länder Deutschland	Beschäftigungsentwicklung				Sektorale Wirtschaftsstruktur*					
	Anteil Beschäftigte 1998	1989– 1998		1992–1998	Primä- rer Sektor (PRI)	Sekun- därer Sektor (SEK)	Tertiä- rer Sektor (TER)	PRI	SEK	TER
		in %	um ... %							
Alte Länder		2	-6	-1317	0,9	40,5	58,6	-10	-17	3
Agglomerationsräume	56,5	0	-7	-892	0,7	36,9	62,3	-7	-20	3
Kernstädte	30,7	-4	-10	-702	0,4	30,3	69,3	-11	-24	-1
Hochverdichtete Kreise	17,3	4	-5	-176	1,0	46,4	52,6	-4	-17	10
Verdichtete Kreise	6,8	10	-1	-14	1,4	41,9	56,8	-6	-13	10
Ländliche Kreise	1,7	12	0	-1	1,8	41,0	57,2	-12	-9	8
Verstädterte Räume	33,4	5	-5	-345	1,1	45,0	53,9	-12	-13	4
Kernstädte	7,7	-1	-8	-138	0,4	33,1	66,5	-8	-20	0
Verdichtete Kreise	17,9	5	-4	-171	1,1	48,0	50,8	-10	-13	6
Ländliche Kreise	7,8	10	-2	-36	1,8	49,6	48,6	-14	-10	7
Ländliche Räume	10,1	6	-4	-81	1,3	45,3	53,4	-14	-12	5
Ländliche Kreise höherer Dichte	7,2	6	-4	-65	1,2	44,6	54,2	-14	-13	5
Ländliche Kreise geringerer Dichte	2,9	8	-3	-16	1,7	47,0	51,4	-14	-10	6
Neue Länder		-40	-11	-737	3,0	33,0	64,0	-31	-20	-5
Agglomerationsräume	47,6	-40	-12	-392	2,1	30,5	67,4	-24	-23	-6
Kernstädte	29,2	-41	-19	-393	0,6	24,6	74,9	-3	-33	-13
Hochverdichtete Kreise	1,3	-39	12	8	4,3	45,1	50,6	23	1	22
Verdichtete Kreise	7,3	-42	-4	-17	4,4	45,3	50,3	-21	-14	11
Ländliche Kreise	9,8	-31	2	9	4,4	35,2	60,4	-34	-6	11
Verstädterte Räume	33,3	-39	-12	-255	3,2	35,7	61,1	-29	-21	-4
Kernstädte	10,3	-28	-22	-175	0,8	23,8	75,4	-29	-38	-15
Verdichtete Kreise	11,9	-43	-7	-49	3,7	41,7	54,7	-22	-16	4
Ländliche Kreise	11,1	-42	-4	-30	4,8	40,4	54,8	-34	-13	7
Ländliche Räume	19,1	-41	-7	-90	5,0	34,6	60,4	-38	-9	-2
Ländliche Kreise höherer Dichte	8,0	-41	-12	-63	3,4	37,5	59,1	-27	-16	-8
Ländliche Kreise geringerer Dichte	11,1	-41	-4	-27	6,2	32,5	61,4	-42	-2	2
Deutschland		-11	-7	-2054	1,4	38,8	59,8	-21	-17	1

* Primärer Sektor: Beschäftigte des Wirtschaftszweiges Land-, Forstwirtschaft und Fischerei; Sekundärer Sektor: Beschäftigte der Wirtschaftszweige Energie und Bergbau, verarbeitendes Gewerbe, Baugewerbe; Tertiärer Sektor: Beschäftigte der Wirtschaftszweige Handel, Verkehr und Nachrichtenwesen, Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe, Sonstige unternehmerische Dienstleistungen; Organisationen ohne Erwerbscharakter und Haushalte, Gebietskörperschaften und Sozialversicherungen

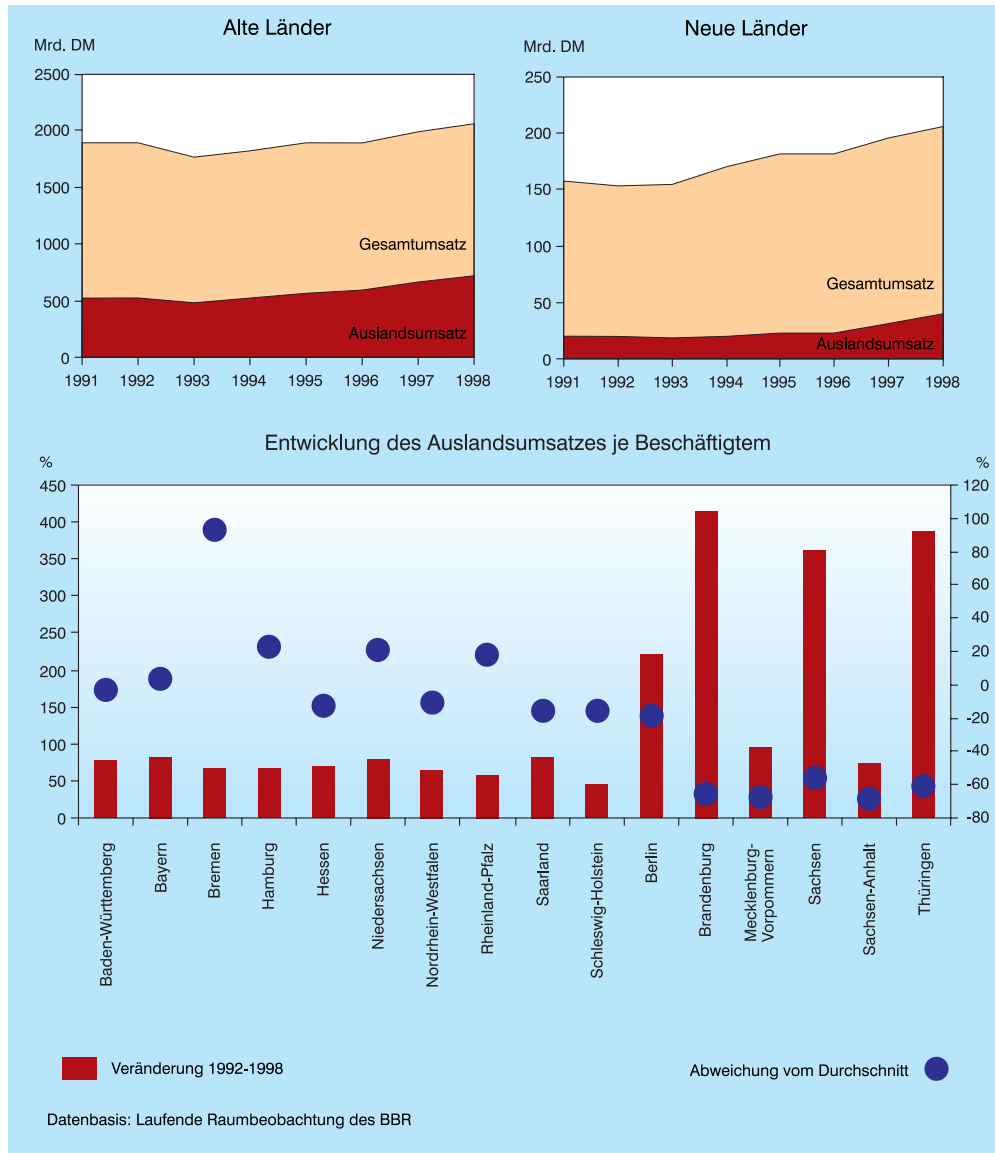
Quelle: Laufende Raumbearbeitung des BBR, eigene Berechnungen

Mit den Aufbaufortschritten der ostdeutschen Wirtschaft hat sich auch der Umsatz der dortigen Unternehmen für die im Ausland abgesetzten Produkte positiv entwickelt. Im Zeitraum von 1991 bis 1998 hat sich der ostdeutsche Auslandsumsatz in etwa verdoppelt und ist damit stärker gestiegen als der Gesamtumsatz der ostdeutschen Unternehmen (vgl. Abb. 4). Am stärksten sind die Umsätze – sowohl Gesamt- als auch Auslandsumsatz – der thüringischen und sächsischen Unternehmen gestiegen. Infolge der größeren Wachstumsdynamik

des Auslandsumsatzes hat sich die ostdeutsche Exportquote – als Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz – auf 19 % erhöht. Gemessen an der westdeutschen Exportquote von knapp 35 % besteht hier jedoch noch ein großer Anpassungsbedarf.

In der Umsatzentwicklung des Westens kommt einerseits die schlechte konjunkturelle Entwicklung nach 1992 zum Tragen und andererseits die ausgeprägte Exportorientierung der Wirtschaft. Sowohl Auslands- als auch Gesamtumsatz haben sich hier weniger dynamisch entwickelt als im

Abbildung 4
Entwicklung von Gesamtumsatz und Auslandsumsatz des Verarbeitenden Gewerbes sowie des Bergbaus und der Gewinnung von Steinen und Erden



Osten. Der Gesamtumsatz liegt im Jahr 1998, nach einem Rückgang bis zum Jahr 1993, lediglich geringfügig über dem Niveau von 1991. Unter dem Gesichtspunkt der Konkurrenzfähigkeit auf ausländischen Absatzmärkten haben sich in Westdeutschland vor allem die süddeutschen Länder Bayern und Baden-Württemberg positiv entwickelt. Hier haben die Umsatzentwicklungen zu einem überdurchschnittlichen Anstieg der Exportquote geführt.

Erkennbare Angleichungstendenzen zwischen Ost- und Westdeutschland zeigen sich bei der Entwicklung des Auslandsumsatzes der Unternehmen im Produzierenden Gewerbe, bezogen auf die dort Beschäftigten. Lag diese Größe zu Beginn des Transformationsprozesses bei rund 15 % des westlichen Niveaus, so liegt dieser Anteil 1998 bereits bei knapp 50 %. Allerdings dürfte das deutliche Wachstum in den er-

sten Jahren nicht auf die Entwicklung des Absatzes der ostdeutschen Produkte im Ausland zurückzuführen zu sein, sondern in erster Linie auf den massiven Abbau von Arbeitsplätzen im ostdeutschen sekundären Sektor.

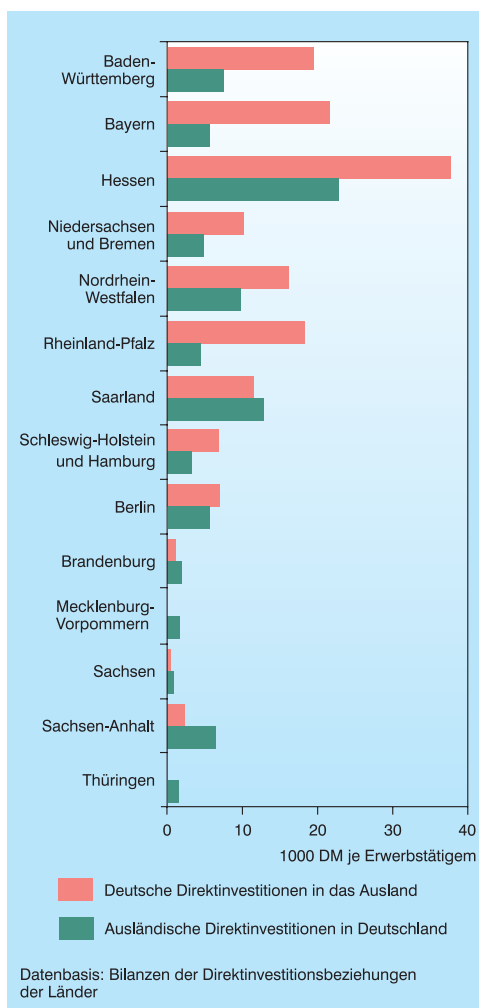
Die Entwicklung und Struktur der Direktinvestitionen – sowohl vom Ausland nach Ostdeutschland als auch ostdeutscher Unternehmen ins Ausland – ist deutlich vom Stand und Dynamik der ostdeutschen Wirtschaft geprägt.³ Im Gegensatz zu Westdeutschland und anderen Industrienationen weist die Bilanz der Direktinvestitionen einen passiven Direktinvestitionssaldo auf. Das geringe Engagement ostdeutscher Unternehmen im Ausland ist in erster Linie auf die schwache ökonomische Basis zurückzuführen. So erreichen 1997 die ostdeutschen Direktinvestitionen je Erwerbstätigen nur weniger als 5 % des westlichen

(3) Die folgenden Angaben zu Ostdeutschland beziehen sich auf Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen, Berlin wird nicht mitberücksichtigt.

Wertes. Besser stellt sich die Situation bei Betrachtung des ausländischen Investitionsengagements in Ostdeutschland dar. Mit den kontinuierlichen ausländischen Kapitalzuflüssen, vor allem in den letzten Jahren, sind die ausländischen Investitionen je Erwerbstätigen auf rund 26 % des westlichen Durchschnitts angewachsen.

Die anfängliche allgemeine Zurückhaltung ausländischer Investoren in Ostdeutschland trotz umfangreicher öffentlicher Investitionshilfen läßt sich in erster Linie auf die unzureichende Infrastrukturausstattung in den Jahren unmittelbar nach der Vereinigung zurückführen. In entwickelten Volkswirtschaften zählt sie unverändert zu den wichtigsten einzelbetrieblichen Standortfaktoren. Daneben ist die Zurückhaltung zum Teil auch in den unzureichenden Absatzmöglichkeiten ausländischer Produkte begründet, denn das Gros der Direktinvestitionen, insbesondere zwischen industrialisierten Ländern, wird zur Sicherung

Abbildung 5
Direktinvestitionen 1992–1997
je Erwerbstätigen 1997



Das neue Werk der BAYER-AG in Bitterfeld

und Schaffung von Absatzmärkten vorgenommen.⁴

Die Einbindung in die internationale Arbeitsteilung über Direktinvestitionen ist mit deutlichem Abstand zu den anderen ostdeutschen Ländern in Sachsen-Anhalt am weitesten vorangeschritten (vgl. Abb. 5). Das Investitionsvolumen je Erwerbstätigen liegt hier bereits seit 1995 über dem Engagement der schleswig-holsteinischen Unternehmen – dem Schlußlicht im westdeutschen Ranking. Auch für ausländisches Kapital besitzt Sachsen-Anhalt eine größere Attraktivität als eine Reihe von westdeutschen Ländern. 1997 weisen nur noch die strukturstarken Länder Baden-Württemberg und Hessen unter den Flächenländern einen höheren Investitionswert je Erwerbstätigen auf. In den übrigen neuen Bundesländern sind die Unterschiede zu Westdeutschland allerdings noch deutlich ausgeprägt.

(4) Vgl. Huege, P.: Direktinvestitionen in der Standortdebatte. In: Informationen zur Raumentwicklung, Bonn (1999), Heft 1, S. 28 f.

Einen weiteren Entwicklungsgpaß bildete der ostdeutsche Kapitalstock zu Beginn der Wiedervereinigung. Zur Vermeidung von Versorgungsgpässen zu Zeiten der DDR wurden Investitionen in erster Linie zur Erweiterung des Kapitalstocks vorgenommen und nicht zu dessen Erneuerung. Entsprechend hoch waren die Defizite in diesem Bereich gegenüber dem westlichen Niveau nicht nur in quantitativer Hinsicht, sondern auch unter qualitativen Gesichtspunkten. Der größte Teil der Investitionen in den ersten Jahren des Transformationsprozesses floß notwendigerweise in kapitalintensive Erneuerungsmaßnahmen und nicht in beschäftigungswirksamere Erweiterungsinvestitionen.

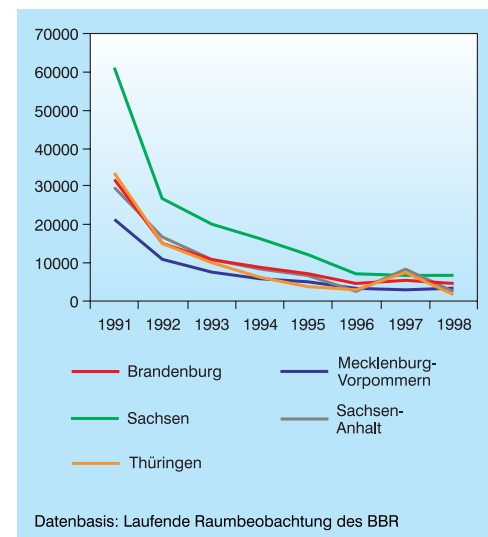
Entsprechend dem großen Aufholbedarf in Ostdeutschland war die Investitionsintensität zu Beginn des Umstrukturierungsprozesses durch eine enorme Entwicklungsdynamik gekennzeichnet. Mit Ausnahme von Sachsen und Thüringen stieg bis zur Mitte der 90er Jahre in den neuen Ländern die Investitionsintensität von Jahr zu Jahr an. Mit rund 44 000 DM je Beschäftigten in Sachsen-Anhalt und 41 000 DM je Beschäftigten in Mecklenburg-Vorpommern liegt die Investitionsintensität in diesen Ländern 1995 rund viermal so hoch wie im westdeutschen Durchschnitt. Allerdings geht aus einer Befragung des ifo-Instituts zur Investitionstätigkeit ostdeutscher Unternehmen im Ergebnis hervor, daß sich die Investitionsintensität im Jahr 1998 sowie in den erwarteten Werten für das Jahr 1999 auf ein normales Niveau einpendelt. Der stattfindende Normalisierungsprozeß wird dabei noch von einer Reihe laufender bzw. im Aufbau befindlicher Großprojekte und konjunkturinduzierter Investitionen abgedeckt. Bei der Mehrzahl der Wirtschaftszweige hat sich nach dieser Umfrage die abnehmende Investitionsintensität bereits ab 1996 bemerkbar gemacht.⁵

Unter langfristigen Wachstumsperspektiven interessiert vor allem die Frage, in welche Branchen die Investitionsmittel geflossen sind. Um eine rasche Wettbewerbsfähigkeit der ostdeutschen Unternehmen zu erreichen, ist der Ausbau und die Erneuerung des Kapitalstocks in den Branchen mit überregionaler Bedeutung – also der Industrie – erforderlich. Infolge des großen Anpassungsbedarfs der neuen Länder an Infrastrukturausstattung zu Beginn des Transformationsprozesses floß ein großer Teil der investierten Mittel allerdings in regional ausgerichtete Bereiche wie Bauge-

werbe, Handel, Energie- und Wasserversorgung sowie Verkehr und Dienstleistungen und nicht in die unter Wachstums- und Beschäftigungsgesichtspunkten wichtigen Industriezweige.⁶

Merkliche Veränderungen vollzogen sich auch im Hinblick auf Größe und Anzahl der ostdeutschen Unternehmen. Unmittelbar nach der Vereinigung setzte eine große Welle von Neugründungen ein (vgl. Abb. 6), hauptsächlich in den Bereichen, in denen aufgrund einer bestehenden Unterversorgung zu Zeiten der DDR ein entsprechend hoher Nachholbedarf bestand. So gehörten z. B. das Handwerk, freie Berufe und Dienstleistungen sowie das Baugewerbe und der Handel zu den bevorzugten Branchen. Unter dem Gesichtspunkt eines dauerhaften Wirtschaftswachstums dürfen die Wirkungen dieser Neugründungen jedoch nicht überschätzt werden, da es sich größtenteils um Branchen mit hauptsächlich regionalem Absatzgebiet handelt.⁷

Abbildung 6
Nettoanmeldungen – Bilanz der Gewerbean- und -abmeldungen 1991–1998



Im Laufe der 90er Jahre hat sich die Bilanz der Gewerbean- und -abmeldungen im Osten kontinuierlich verschlechtert. Die geringere Anzahl der Nettoanmeldungen resultiert aus dem Rückgang der Gewerbeanmeldungen sowie den anhaltenden Zuwäuschen der Gewerbeabmeldungen bzw. deren Stagnation auf hohem Niveau in den letzten Jahren. Während zu Beginn des Umstrukturierungsprozesses die Zahl der Nettoanmeldungen z. T. deutlich höher lag, belaufen sich die Gewerbeanmeldungen seit

(5) Vgl. Neue Bundesländer: Industrieinvestitionen auf dem Weg zum „Normalniveau“. In: ifo-Schnelldienst 8/99

(6) Vgl. ebd.

(7) Vgl. Vgl. IWH (Hrsg.): Wechselbeziehungen zwischen Transfers, Wirtschaftsstruktur und Wachstum in den neuen Bundesländern; Sonderheft 4/97, S. 39 f.

1996 nur noch in einer Spanne von rund 1 750 in Thüringen und 6 700 in Sachsen über den Gewerbeabmeldungen. Im Laufe des ökonomischen Umstrukturierungsprozesses hat sich das Verhältnis der Gewerbean- und -abmeldungen in Thüringen am deutlichsten verschlechtert.

Trotz der insgesamt positiven Entwicklung des Gründungsgeschehen liegt auch 1996 noch die Selbständigenquote in Ostdeutschland unter der im Westen. Mit einem Durchschnittswert von 7 % beträgt der Anteil der Selbständigen an den Erwerbstätigen im Osten etwas mehr als 60 % vom westdeutschen Vergleichswert mit 11 %.

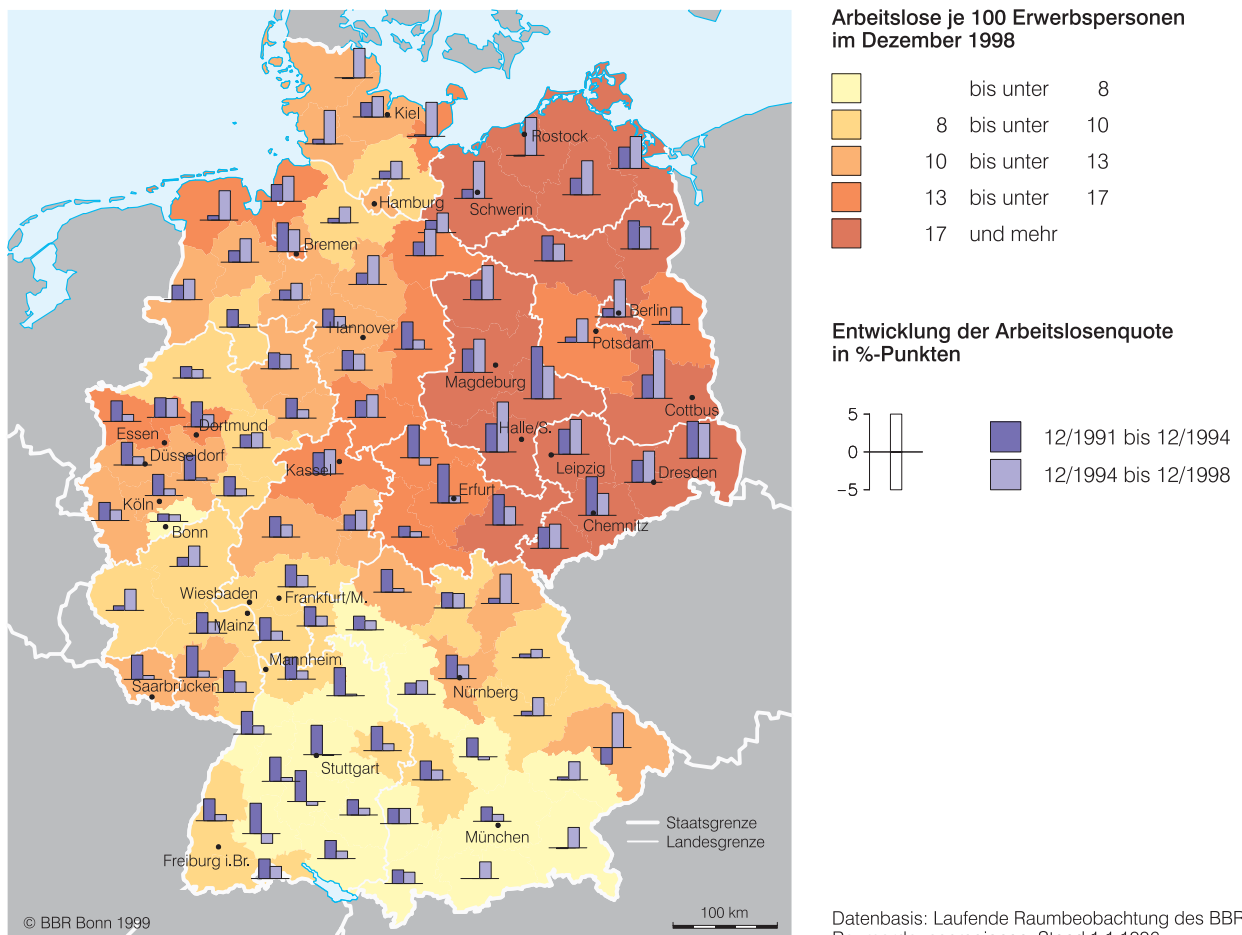
Der Anstieg der Gewerbeabmeldungen in Ostdeutschland ist in erster Linie auf zwei Gründe zurückzuführen. Zum einen nehmen mit der Zahl der Gewerbeabmeldungen bei gleichem Ausscheidungsrisiko die Gewerbeabmeldungen zu. Zum anderen sind neu gegründete Unternehmen mit einem höheren Risiko behaftet als diejenigen, die sich bereits schon seit längerer Zeit am Markt etabliert haben. Vor allem in den

ersten Jahren der Übergangsphase von der Plan- zur Marktwirtschaft dürfte dieses unternehmerische Ausscheidungsrisiko in Ostdeutschland noch höher ausgefallen sein als in Westdeutschland. Vor dem Hintergrund der besonderen Situation in Ostdeutschland und dem allgemein höheren Risiko neu gegründeter Unternehmen darf somit die Zunahme der Gewerbeabmeldungen nicht überbewertet werden.

2 Arbeitsmarkt und Beschäftigung

Insbesondere auf dem Arbeitsmarkt schlagen sich die positiven Entwicklungen beim Aufbau der ostdeutschen Wirtschaft nur zögerlich und mit unterschiedlicher Intensität in den Arbeitslosenzahlen der einzelnen Regionen und der Betroffenheit der verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen nieder (vgl. Karte 2). Die nachlassende Dynamik des wirtschaftlichen Aufbauprozesses und der verringerte Einsatz arbeitsmarktpolitischer Instrumente hat in der zweiten Hälfte der 90er Jahre nach einem anfänglichen Rückgang der Arbeitslosen-

Karte 2
Arbeitslosigkeit 1998



zahlen zu einem erneuten Anstieg geführt. Im Dezember 1998 liegt die Zahl der Arbeitslosen in Ostdeutschland mit über 1,4 Mio. Betroffenen auf hohem Niveau und um rund 18 % höher als zu Beginn des Transformationsprozesses. Im Vergleich zur westdeutschen Arbeitslosenquote von 10 % liegt die ostdeutsche mit über 18 % deutlich darüber.

Am günstigsten fällt die Arbeitsmarktbilanz mit einer Arbeitslosenquote von 13,8 % in der Raumordnungsregion Südthüringen aus. Für einen Großteil der Regionen in

Brandenburg ist die unmittelbare Nähe zur Bundeshauptstadt Berlin mit positiven Auswirkungen auf die lokale Arbeitssituation verbunden. Vor allem in den Raumordnungsregionen Havelland-Fläming und Oderland-Spree liegen die Arbeitslosenquoten mit rund 15 bzw. 16 % unter dem Durchschnitt. Anders stellt sich die Situation in den Regionen entlang der polnischen Grenze dar. Aufgrund der mangelnden Standortattraktivität dieser Räume für Unternehmen – mit Ausnahme der Grenzregionen in Brandenburg – ist die Si-

Tabelle 2
Struktur der Arbeitslosigkeit nach siedlungsstrukturellen Gebietstypen

Regions- und Kreistyp Alte und Neue Länder	Arbeitslose		Arbeitslosen- quote		Anteil arbeitsloser Frauen an insgesamt		Anteil arbeitsloser Jugendlicher an insgesamt		Anteil arbeitsloser Älterer an insgesamt		Anteil Langzeit- arbeits- loser an insge- samt
	12/98	1991– 1998	12/98	1991– 1998	12/98	1991– 1998	12/98	1991– 1998	12/98	1991– 1998	12/98
	in 1 000	in %	in %	in %- Punk- ten	in %	in %- Punk- ten	in %	in %- Punk- ten	in %	in %- Punk- ten	in %
Alte Länder											
Agglomerationsräume	1 517,9	63,6	10,4	3,9	42	-2,7	10	-3,0	24	12,9	38
Kernstädte	785,5	66,5	12,4	5,1	40	-3,0	10	-2,6	23	11,5	38
Hochverdichtete Kreise	475,6	59,9	8,9	3,1	45	-2,0	10	-3,4	27	15,3	38
Verdichtete Kreise	203,1	58,6	8,8	2,8	45	-3,1	11	-3,3	25	13,4	34
Ländliche Kreise	53,7	74,7	8,9	3,3	44	-3,5	13	-3,4	21	11,3	30
Verstädterte Räume	931,1	75,8	9,9	3,9	45	-2,8	12	-4,0	22	11,1	34
Kernstädte	181,8	89,9	12,7	5,9	42	-4,7	11	-4,0	21	10,1	37
Verdichtete Kreise	507,7	74,5	9,3	3,6	46	-2,7	12	-4,0	23	11,4	34
Ländliche Kreise	241,6	69,2	9,8	3,6	45	-1,7	12	-4,1	21	11,3	31
Ländliche Räume	283,9	62,4	9,9	3,4	44	-1,7	12	-4,0	21	10,7	27
Ländliche Kreise höherer Dichte	197,5	66,6	9,7	3,6	44	-1,7	12	-4,1	21	10,8	28
Ländliche Kreise geringerer Dichte	86,4	53,6	10,1	3,2	42	-1,6	13	-3,8	20	10,6	25
Neue Länder											
Agglomerationsräume	638,1	31,7	17,3	6,1	49	-6,9	11	-3,9	21	16,9	33
Kernstädte	362,4	32,5	17,1	6,1	45	-5,9	11	-3,6	20	15,6	33
Hochverdichtete Kreise	20,1	24,6	18,4	6,9	60	-7,0	9	-4,3	20	17,4	36
Verdichtete Kreise	114,1	35,1	18,5	7,6	56	-8,5	10	-4,3	21	18,5	34
Ländliche Kreise	141,6	28,1	16,9	4,9	53	-8,0	11	-4,0	22	19,0	31
Verstädterte Räume	516,9	30,8	19,4	7,8	54	-8,2	10	-5,8	22	19,4	34
Kernstädte	123,3	22,0	18,6	6,8	52	-8,9	10	-6,4	23	20,7	37
Verdichtete Kreise	199,4	31,4	19,5	8,0	56	-8,3	10	-5,1	21	18,9	34
Ländliche Kreise	194,1	36,4	19,7	8,3	54	-7,7	10	-6,3	22	19,2	33
Ländliche Räume	309,4	20,4	19,1	6,3	53	-7,4	11	-5,3	19	17,1	31
Ländliche Kreise höherer Dichte	115,7	16,6	17,6	5,6	54	-9,9	11	-5,5	21	19,4	31
Ländliche Kreise geringerer Dichte	193,7	22,8	20,1	6,8	53	-6,0	11	-5,2	18	15,8	31

Quelle: Laufende Raumbeobachtung des BBR, eigene Berechnungen

tuation auf dem Arbeitsmarkt trotz umfangreicher Fördermaßnahmen nach wie vor angespannt. In diesem Korridor liegen die Arbeitslosenquoten über dem Durchschnitt. Auch in Sachsen-Anhalt kommt der Aufholprozeß nur schleppend voran. Hier ist die Betroffenheit von Arbeitslosigkeit flächendeckend mit über 21 % deutlich höher als in den anderen Bundesländern.

Unter siedlungsstrukturellen Gesichtspunkten weisen vor allem dichter besiedelte ostdeutsche Räume eine günstigere Arbeitsmarktbilanz auf. Insbesondere in den Verdichtungsräumen mit den Zentren Potsdam, Erfurt, Dresden, Gera und Leipzig liegen die Arbeitslosenquoten unter dem ostdeutschen Durchschnitt. Unter dem Aspekt der Entwicklungsdynamik in den 90er Jahren haben sich dagegen die Agglomerationsräume am ungünstigsten entwickelt. In der Tendenz sind mit zunehmender Dichte der Besiedlung die Arbeitslosenquoten am stärksten angestiegen.

Im Westen zeigt sich bei der Verteilung der Arbeitslosigkeit nach Siedlungstypen ein anderes Bild (vgl. Tab. 2). Entgegengesetzt zu den Entwicklungen im Osten ist in den westdeutschen Agglomerationen und Kernstädten die Arbeitslosigkeit am höchsten. Auch die günstigere Entwicklung der Kernstädte gegenüber den weniger dicht besiedelten Räumen und den Umlandregionen der Kernstädte im Laufe der 90er Jahren hat an dieser Situation wenig geändert.

Unmittelbar nach der Vereinigung zwischen Ost- und Westdeutschland waren vor allem die weiblichen Arbeitnehmerinnen von hohen Arbeitsplatzverlusten betroffen. Zu Zeiten der DDR waren Männer wie Frauen nahezu gleichberechtigt auf dem Arbeitsmarkt. Mit der Wiedervereinigung hat sich die Situation für die weiblichen Arbeitskräfte deutlich verschlechtert, und es kam hier sehr schnell zu einem Angleichungsprozeß an den westlichen Teil Deutschlands. Im Jahr 1993 lag der Anteil

der arbeitslosen Frauen – mit Ausnahme von Berlin – zum Teil deutlich über der 60 %-Marke. Aktuell bewegt sich dieser Anteil in einer Größenordnung von 51 % bis 55 %. Frauen im ländlichen Raum und den weniger dicht besiedelten Räumen waren von dem Anstieg der Arbeitslosigkeit besonders betroffen. Der leichte Rückgang des weiblichen Anteils an allen Arbeitslosen in den letzten Jahren ist allerdings nicht in gleichem Maß auf die Integration von Frauen in den Arbeitsmarkt zurückzuführen. Vielmehr schlagen sich in dieser Entwicklung zum einen Veränderungen des Erwerbsverhalten der ostdeutschen Frauen (vgl. Abb. 7) – dem Rückzug in die Stille Reserve – und zum anderen der überproportionale Anstieg der männlichen Arbeitslosen in Ostdeutschland nieder.

Weitere deutliche Abweichungen zu den Arbeitsmarktstrukturen in Westdeutschland gab es zu Beginn des Transformationsprozesses bei der Gruppe der älteren Arbeitnehmer über 55 Jahre. Der Anteil dieser Altersgruppe lag 1993 mit rund 8 % deutlich unter dem westdeutschen Vergleichswert mit 20 %. Im wesentlichen ist diese Erscheinung auf den umfangreichen Einsatz arbeitsmarktpolitischer Instrumente zurückzuführen. Mit dem Auslaufen der Altersübergangsregelungen für ältere ostdeutsche Arbeitnehmer stieg ihr Anteil an den Arbeitslosen kontinuierlich auf das Westniveau an.

Unverändert hoch hält sich über den gesamten Zeitraum hinweg der Anteil der Langzeitarbeitslosen (vgl. Abb. 8). Im Jahr 1998 ist im Durchschnitt der neuen Bundesländer nahezu ein Drittel der Arbeitslosen mindestens seit einem Jahr von Arbeitslosigkeit betroffen. Lag der Anteil dieser im besonderen Maß betroffenen Arbeitslosen zu Beginn des Transformationsprozesses vor allem in den dichter besiedelten Raumordnungsregionen mit den Zentren Leipzig, Erfurt, Chemnitz, Schwerin, Dresden und

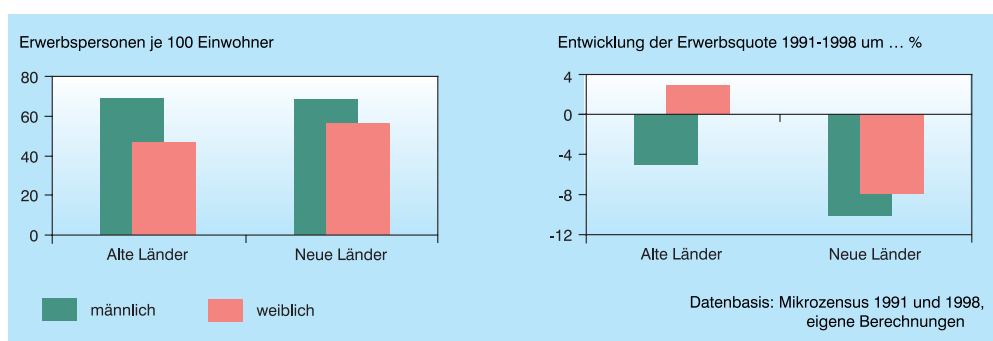
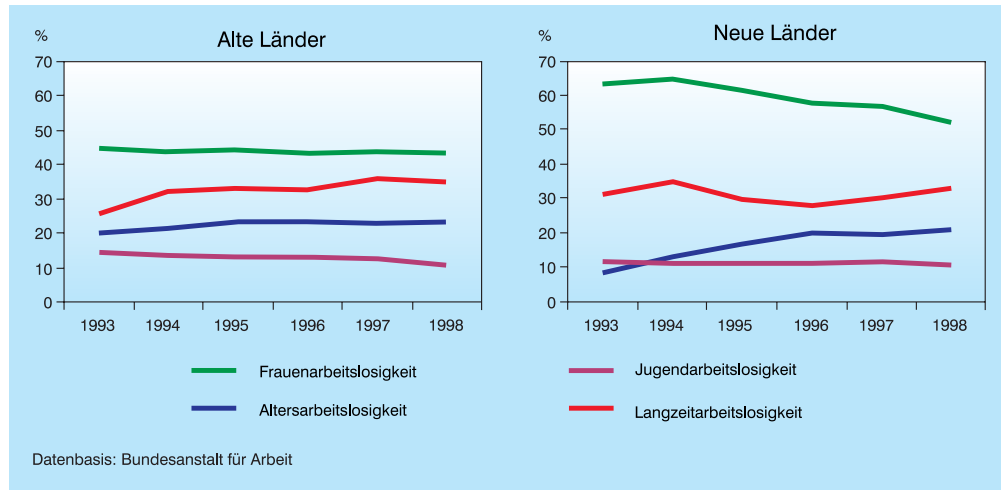


Abbildung 7
Erwerbsbeteiligung
der Bevölkerung 1998

Abbildung 8
Strukturelle Komponenten
der Arbeitslosigkeit
1993–1998

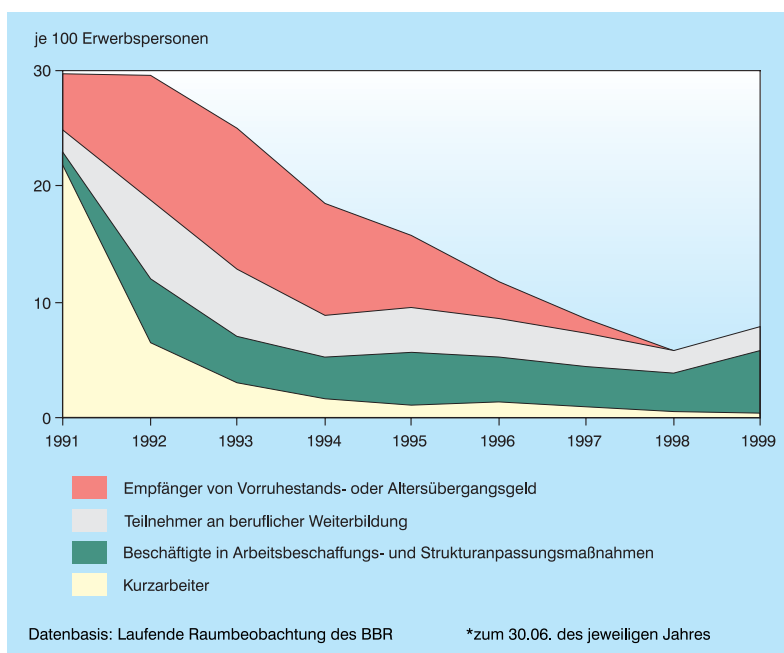


Gera unter dem Durchschnitt, so hat sich gerade hier in den letzten Jahren der Anteil dieser Problemgruppe in einer Bandbreite von knapp vier bis sieben Prozentpunkten erhöht.

Auch in Westdeutschland kam es mit der letzten Rezession zu einem spürbaren Anstieg der Langzeitarbeitslosen. Im Jahr 1998 beträgt der durchschnittliche westdeutsche Anteil der Langzeitarbeitslosen 35 % gegenüber 25 % zu Beginn der 90er Jahre. Vor allem in den strukturstarken Regionen hat der Anteil der Langzeitarbeitslosen, ausgehend von einem unterdurchschnittlichen Niveau zu Beginn der 90er Jahre, deutlich zugenommen.

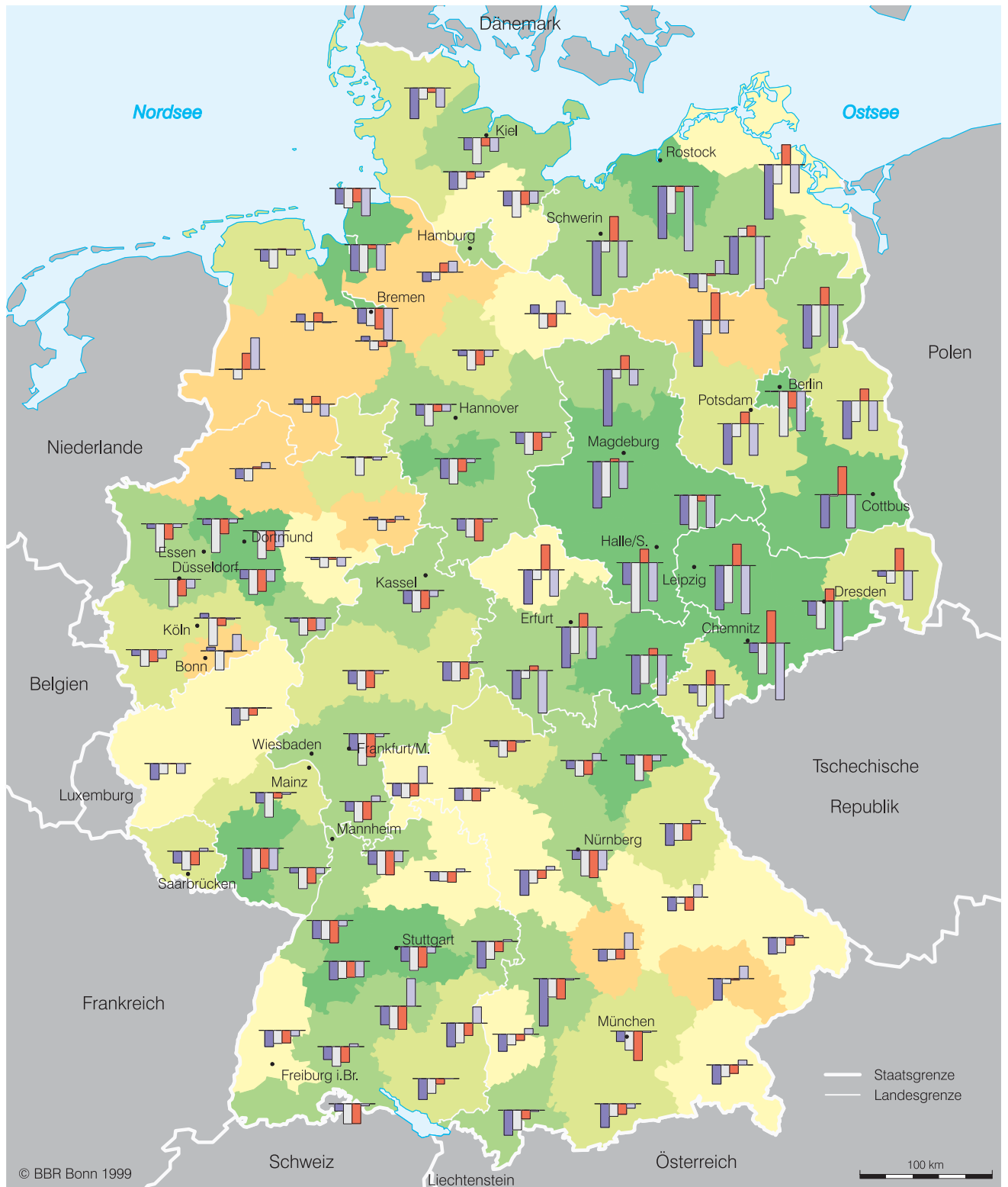
Mit den Veränderungen der Organisations- und Produktionsweisen der Unternehmen in den neuen Ländern wurden auch neue Anforderungen an die Qualifikationen der ostdeutschen Arbeitnehmer gestellt. Um die Chancen der ostdeutschen Arbeitnehmer, auf dem ersten Arbeitsmarkt einen angemessenen Job zu finden, zu erhöhen, wurden vor allem in den ersten Jahren des Transformationsprozesses in großem Umfang Maßnahmen zur Weiter- und Fortbildung und Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen durchgeführt. Im Jahr 1992 befanden sich rund 880 000 Personen in den arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen, davon knapp 500 000 in Fortbildungs- und Umschulungsmaßnahmen. 1997 befanden sich dagegen nur noch 355 000 Teilnehmer in arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen (vgl. Abb. 9).

Abbildung 9
Entwicklung der arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen in den neuen Ländern
1991–1999*



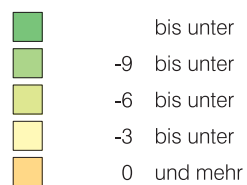
Parallel zu der Zunahme der Arbeitslosigkeit hat sich ein gravierender Arbeitsplatzabbau vollzogen. Vor allem in den ersten Jahren des ökonomischen Anpassungsprozesses gingen mit über 2,5 Millionen rund 30 % der ostdeutschen Arbeitsplätze verloren. In den Jahren von 1992 bis 1998 wurden im Saldo noch weitere 700 000 bzw. 11,1 % der Arbeitsplätze in Ostdeutschland abgebaut (vgl. Karte 3). Nach einer leichten Besserung des Stellenabbaus bis zur Mitte der 90er Jahre hat er in den letzten Jahren wieder an Dynamik gewonnen. Vor allem die Industrie war von dieser Entwicklung betroffen. Hier sind nach 1992 aufgrund des ausgeprägten Wettbewerbsdrucks immer noch über 370 000 Jobs und damit über die Hälfte Stellen abgebaut worden. Um diesen massiven Stellenverlust zu kompensieren, reichten die neu geschaffenen Jobs in der Baubranche und im Bereich der privaten Dienstleistungen nicht aus.

Karte 3
Beschäftigtenentwicklung 1992 bis 1998

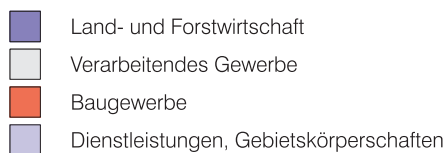


Entwicklung der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten 1992 bis 1998 in %

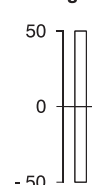
Gesamt



nach Sektoren



Beschäftigte in %



Ab 1992 vollzog sich der Abbau der Industriearbeitsplätze nicht in allen Räumen mit gleicher Intensität. So verlief in den industriell geprägten Raumordnungsregionen Süd- und Nordthüringen der anhaltende Arbeitsplatzabbau im verarbeitenden Gewerbe von 1992 bis 1998 im Vergleich zu den anderen ostdeutschen Räumen vergleichsweise moderat. In beiden Fällen liegen die einstelligen Rückgänge deutlich unter den durchschnittlichen Abnahmen Ostdeutschlands von rund 25 %. Daneben ging der Abbau der industriellen Arbeitsplätze auch in einigen strukturschwächeren Regionen wie Lausitz-Spreewald (-1,2 %) sowie in der Region Altmark (-7,5 %) glimpflicher vonstatten, und im Fall der Region Mecklenburgische Seenplatte (7,2 %) ist dieser Wirtschaftszweig sogar expandiert.

Unter siedlungsstrukturellen Gesichtspunkten sind vor allem die Kernstädte Ostdeutschlands von den starken Beschäftigungseinbrüchen betroffen. Von 1992 bis 1998 war hier der Rückgang der Arbeitsplätze deutlich höher als in den weniger dicht besiedelten Räumen und im Falle des Verarbeitenden Gewerbes sogar mehr als doppelt so hoch wie im Umland der Kernstädte. Damit folgt die kleinräumige Beschäftigungsentwicklung in den neuen Ländern dem Trend, der im Westen bereits schon seit den 70er Jahren zu beobachten ist und auch bis in die Gegenwart anhält. Auch in Westdeutschland liegt im Untersuchungszeitraum die Zahl der abgebauten Arbeitsplätze in den Kernstädten deutlich über dem Durchschnitt der alten Länder.⁸

In den 90ern führte der zunehmende internationale Wettbewerbsdruck, vor allem in den Industriezweigen Maschinenbau, Elektrotechnik und Straßenfahrzeugbau, auch in den alten Bundesländern zu einem deutlichen Arbeitsplatzabbau. Hier hat sich im Laufe der 90er Jahre die Zahl der Arbeitsplätze im Saldo um 1,3 Mio. reduziert. Ohne Abzug der neu geschaffenen Arbeitsplätze im tertiären Sektor liegt der Arbeitsplatzabbau sogar bei über 1,7 Mio. Vor allem die wirtschaftsstarken süddeutschen Bundesländer waren von diesem Beschäftigungseinbruch betroffen. Allerdings führte im Westen die positive konjunkturelle Entwicklung seit 1997 zu über 100 000 neuen Arbeitsplätzen im industriellen Bereich, während im Osten hier noch weitere knapp 40 000 Stellen abgebaut wurden.

3 Fazit

Trotz eines sichtbaren Aufholprozesses steht, zehn Jahre nach der Öffnung der Mauer, das wirtschaftliche West-Ost-Gefälle noch immer für das vorherrschende Disparitätenmuster in der Bundesrepublik. So belegen z. B. die anhaltend hohen Transferzahlungen nach Ostdeutschland und die großen Arbeitsmarktungleichgewichte in Ostdeutschland einen noch mehr oder weniger großen Anpassungsbedarf. In keinem Fall kann von einer selbsttragenden ökonomischen Basis in Ostdeutschland gesprochen werden.

Die Aussichten, daß der Anpassungsprozeß mittelfristig abgeschlossen ist, wird durch die nachlassende Entwicklungsdynamik des wirtschaftlichen Wachstums und der anhaltend hohen Arbeitslosigkeit geschmälert. Während zu Beginn des Transformationsprozesses der ökonomische Aufholprozeß mit zweistelligen Wachstumsraten verlief, sind die Unterschiede zwischen der Entwicklung in Ost und West in den letzten Jahren deutlich geringer geworden. Im Jahr 1998 liegt das Wirtschaftswachstum der alten Länder sogar über dem der neuen.

Ein weiteres Hemmnis beim Aufbau einer wettbewerbsfähigen Wirtschaft in Ostdeutschland stellt die derzeitige Branchen- und Betriebsgrößenstruktur dar, die sich im Zuge der Entwicklungen deutlichen Veränderungen unterworfen hat: Der industrielle Sektor ist deutlich zurückgegangen und der Anteil kleinerer Unternehmen liegt mit der Zerschlagung der großen Industriekombinate infolge der Privatisierung und der zahlreichen Neugründungen im Vergleich zum Westen deutlich höher. Eine erfolgreiche Einbindung in die internationale Arbeitsteilung sowie der Absatz konkurrenzfähiger Produkte auf überregionalen Märkten erfordern jedoch eine ausreichende exportorientierte industrielle Basis sowie eine gewisse Unternehmensgröße, denn kleinere Betriebe sind nur bedingt zur Herstellung großer Losgrößen und damit zur Senkung der unternehmerischen Herstellkosten in der Lage.⁹ Auch unter diesen Gesichtspunkten besitzt der industrielle Aufbau in Ostdeutschland nach wie vor erste Priorität.

(8) Vgl. hierzu auch Maretzke, Steffen; Huege, Petra: Ungleichgewichte am Arbeitsmarkt im Spiegel der Entwicklung von Arbeitskräfteangebot und -nachfrage. In: Informationen zur Raumentwicklung, Bonn (1997), Heft 1/2, S. 89 ff.

(9) Vgl. IWH (Hrsg.): Wechselbeziehungen zwischen Transfers, Wirtschaftsstruktur und Wachstum in den neuen Bundesländern; Sonderheft 4/97, S. 42 f.

Ausgewählte Aspekte der Entwicklung im Infrastrukturbereich

Jens Kurnol
Gerhard Wagner
Gerd Würdemann
Michael Zarth

Die quantitativen und qualitativen Defizite in der Infrastrukturausstattung waren kurz nach der Wende eines der Hauptprobleme, das die ostdeutschen Regionen lösen mussten, um den Transformationsprozess erfolgreich angehen zu können. Ausgehend von der These, dass eine gute Infrastrukturausstattung für die erfolgreiche Entwicklung einer Region eine notwendige, aber keine hinreichende Voraussetzung ist, galt es sehr kurzfristig u. a., den hohen Verschleißgrad vieler Infrastrukturbereiche (u. a. Verkehrsnetz, Leitungssysteme) zu überwinden und vorhandene Ausstattungslücken (z. B. in der Kommunikationsinfrastruktur) zu beseitigen um den potenziellen Investoren attraktive Standortbedingungen bieten zu können. Am Beispiel des Strukturwandels im Bereich der Energieversorgung wird zudem deutlich, dass infolge der Integration des ostdeutschen Wirtschaftsraums in einen neuen, den EU-Wirtschaftsraum, die Infrastruktur-Systeme z. T. an völlig neue Strukturen angepasst werden mussten.

Die Modernisierung der Infrastruktur wurde in den neuen Ländern sehr zügig in Angriff genommen. Von den Milliarden an Geldern, die der Bund, die EU, die Länder und Gemeinden in den letzten Jahren in den ostdeutschen Transformationsprozess investierten, wurde ein beachtlicher Anteil unmittelbar für den Aufbau und die Modernisierung der Infrastruktur ausgegeben (vgl. Beitrag Eltges in diesem Heft). Ergänzt wurden diese Investitionen durch das massive finanzielle Engagement vieler privater Unternehmen.

Allein im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ wurden im Zeitraum 1991 bis 1998 9,5 Mrd. DM an Bundesmitteln zum Ausbau der wirtschaftsnahen Infrastruktur zur Verfügung gestellt. Die Mittel dienen u. a. der Erschließung von Industrie- und Gewerbegebieten einschließlich des Brachflächenrecyclings, der Errichtung oder dem Ausbau von Verkehrsanbindungen sowie Abwasserbeseitigungs- und -reinigungsanlagen, Ausbildungs- und Fortbildungs- und Umschulungsstätten bis hin zu Gewerbe- und Technologiezentren. Daneben können auch Einrichtungen im Zusammenhang mit dem Fremdenverkehr geför-

dert werden. Die Inanspruchnahme der Infrastrukturförderung der Gemeinschaftsaufgabe erfolgt regional in unterschiedlicher Intensität, wobei das räumliche Muster sowohl vorhandene Ausstattungsdefizite als auch regionalpolitische Förderstrategien der Länder widerspiegelt (vgl. auch Beitrag Eltges).

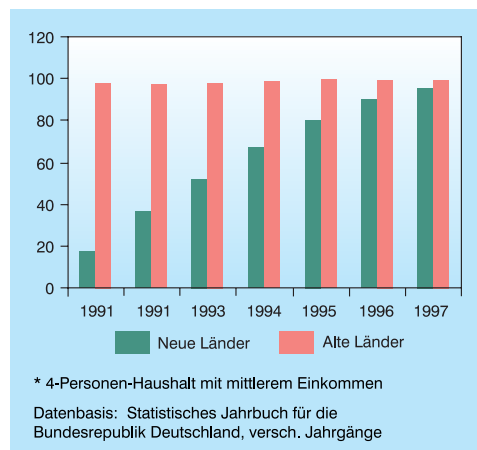
Im Ergebnis dieser zahlreichen Aktivitäten haben die ostdeutschen Regionen bei der Ausstattung mit Infrastruktur inzwischen deutlich aufgeholt. Auch im Bereich der Stadtentwicklung mit all ihren Facetten, d. h. von der Städtebauförderung und dem Wohnungswesen bis hin zur kleinräumigen, wirtschaftsnahen Infrastruktur, haben sich bereits viele positive, unmittelbar sichtbare Veränderungen vollzogen. In vielen Fällen ist heute daher weniger die Verfügbarkeit von Infrastruktur an sich, sondern die preisgünstige Versorgung von Interesse. Dies trifft vor allem auf Ver- und Entsorgungseinrichtungen aus den Bereichen Energie, Wasser und Abfall zu, die zum Kernbereich unternehmensnaher Infrastruktur zählen. Auch die Verkehrs- und Kommunikationsinfrastruktur, die eine notwendige Voraussetzung für den wirtschaftlichen Aufbau der neuen Länder ist, wurde grundlegend erneuert und erheblich verbessert. Die enormen Fortschritte im Bereich der Telekommunikation sind nur ein Beleg für diese rasante Entwicklung.

Immense Fortschritte bei der Telekommunikation

Noch im Jahre 1989 unterschied sich der Ausbaustand der ostdeutschen Telekommunikation fundamental von der in den alten Ländern. So hatten vor der Wende rechnerisch 100 von 1000 Einwohnern in der DDR einen Telefonanschluß, während es in der BRD ca. 500 waren. Zu diesem quantitativen Nachholbedarf kam noch ein qualitativer hinzu, denn zwei Drittel der technischen Anlagen waren älter als 40 Jahre. Öffentlicher Mobilfunk und Kabelfernsehen waren überhaupt nicht vorhanden. Die erforderliche Ausbaupolitik des Bundes (bzw. der Bundespost und später der Deutschen Telekom) hat sich in Ostdeutschland – wie auch zuvor in den alten Ländern – an den normativen Vorstellungen des Gemeinwohlaufrags orientiert.

Zwischen 1990 und 1997 hat die Deutsche Telekom insgesamt 50 Mrd. DM in den neuen Ländern investiert. Innerhalb dieser sieben Jahre wurde die Zahl der analogen Telefonanschlüsse von 1,8 Mio. auf 7,6 Mio. mehr als vervierfacht. Hinzu kommen noch mehr als eine Million ISDN-Kanäle. Mobilfunk und Datendienste stehen flächendeckend zur Verfügung, 4,6 Mio. Haushalte sind inzwischen mit Kabelfernsehen versorgt. Damit verfügen die neuen Länder nunmehr über eine Telekommunikationsinfrastruktur auf höchstem technologischem Niveau. Während die Wartezeit auf einen Telefonanschluß vor 1990 teilweise mehr als zehn Jahre betrug, erhalten die Bürger heute – unabhängig vom Wohnort – innerhalb von fünf Tagen einen Anschluß. Damit hat sich die Ausstattung der ostdeutschen Haushalte mit Telefonen dem westdeutschen Vergleichswert fast angeglichen (vgl. Abb. 1).

Abbildung 1
Telefonanschlüsse
je 100 Haushalte*



1996 erfolgte eine Änderung der verfassungsrechtlichen Bestimmungen, wonach Telekommunikationsdienstleistungen nun auch privatwirtschaftlich erbracht werden können. In einem weiteren Schritt sind 1998 EU-weit die Staatsmonopole für den Sprachtelefondienst und die Telekommunikationsnetze gefallen. Angesichts der bisherigen Erfolge bei der Angleichung des ostdeutschen Versorgungsniveaus an die westdeutsche Entwicklung liegt der Schwerpunkt raumordnerischer Betätigung in diesem Themenfeld deshalb nicht (mehr) in der Angleichung der Zugangsbedingungen zwischen Ost und West, sondern allgemein zwischen nachfragestarken und nachfrageschwächeren Gebieten. Es ist nicht auszuschließen, dass bei einer über den Wettbewerb geregelten Versorgung mit Telekommunikationsdienstleistungen we-

gen der hohen potenziellen Nachfrage zunächst die Ballungsräume durch neue Anbieter und mit höherwertigen Leistungen (z. B. DSL) erschlossen werden. Dadurch steigt die hohe Standortattraktivität dieser Räume für kommunikationsintensive Unternehmen weiterhin an, während umgekehrt Räume ohne diese Zugangsmöglichkeiten eine relative Verschlechterung ihrer Standortgunst erfahren.

Aber nicht nur im Bereich der Telekommunikation hat sich in den letzten Jahren viel verändert. Am Beispiel der Entwicklungen im Bereich der Energieversorgung, der Verkehrsinfrastruktur sowie der Forschung, Hochschulen und Bildung soll im Folgenden beispielhaft aufgezeigt werden, wie vielfältig die in Angriff genommenen Projekte strukturiert sind und welche enorme finanzielle Mittel zur Modernisierung dieser Teilbereiche der Infrastruktur bereits geflossen sind.

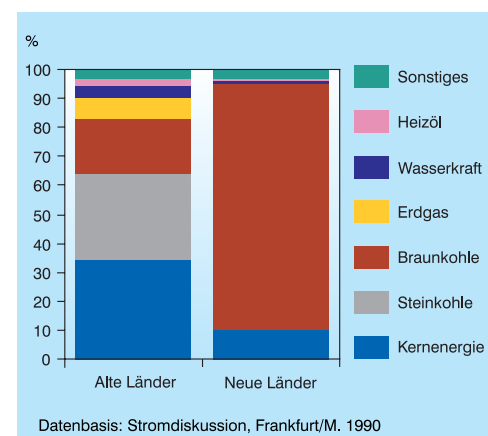
Energieinfrastruktur

Zwischen den alten und neuen Bundesländern gab es vor der Wende in der Energieversorgung erhebliche Unterschiede hinsichtlich

- des Brennstoffeinsatzes in der Wärmeversorgung,
- der Einsatzenergien in der Stromerzeugung
- des Aufbaus der Stromversorgung sowie
- der technischen Effizienz und Umweltverträglichkeit.

Braunkohle war im Jahr 1990 die dominierende Einsatzenergie in der Stromerzeugung der neuen Bundesländer (vgl. Abb. 2). Während in den alten Bundesländern die

Abbildung 2
Einsatzenergien zur Stromerzeugung 1990



Stromerzeugung hauptsächlich auf dem Einsatz von Steinkohle (29,9 %), Kernenergie (34 %) und Braunkohle (18,8 %) beruhte, resultierte die Stromerzeugung in den neuen Bundesländern zu 85 % aus der Verstromung von Braunkohle.

Da Anlagen zur Entschwefelung und Entstickung kaum existierten, war der Schadstoffausstoß extrem hoch. Der jährliche Schwefeldioxid-Ausstoß in der Stromerzeugung je Einwohner war mehr als zehnfach höher als in den alten Bundesländern.

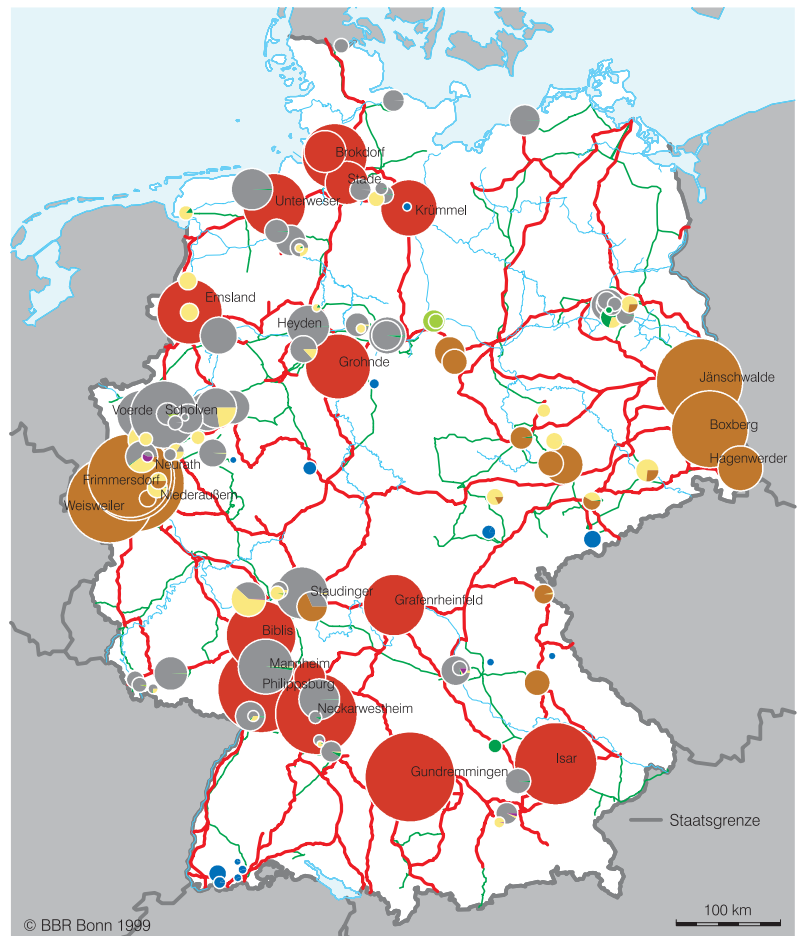
Die Umstrukturierung und Modernisierung der Stromerzeugung ist gekennzeichnet durch eine Diversifizierung (Vielfalt) der Einsatzenergien und durch eine erhebliche Effizienzsteigerung der neu errichteten Kraftwerke. Die Folge war eine drastisch gesunkene Nachfrage nach Braunkohle. Die Förderung sank in den neuen Bundesländern von fast 200 Mio. t im Jahre 1990 auf weniger als 50 Mio. t jährlich, von denen der ganz überwiegende Teil auf die Verstromung entfällt. Bis heute sind zwölf der 1990 existierenden Tagebaue geschlossen worden. Im Jahre 2000 werden nur noch fünf Tagebaue im Osten übrig bleiben. Die ostdeutschen Atomkraftwerke wurden sogar vollständig vom Netz genommen (vgl. Karte 1).

Rückläufig waren auch die Absatzzahlen der Braunkohle in der Wärmeversorgung. Von den Haushalten, die nicht an ein Fernwärmenetz angeschlossen sind, besitzen heute neun von zehn eine Gas-, Öl- oder Elektroheizung. Der Kohleofen hat ausgedient. Im Jahre 1990 lag der Anteil der mit Kohleöfen beheizten Wohnungen noch bei über 50 %. Im Ergebnis dieses veränderten Verhaltens der ostdeutschen Haushalte ging die Brikettproduktion um 90 % zurück, 23 der 24 Brikettfabriken wurden geschlossen.

Eine grundlegende Änderung gab es im Neuaufbau der Stromversorgung. Während die öffentliche Stromversorgung in den alten Bundesländern keine zentrale Organisation mit zentraler Weisungsbefugnis kennt, wurde die Stromversorgung in den neuen Bundesländern vor der Wende zentral staatlich gesteuert. Die Privatisierung der ostdeutschen Stromversorgung und die Restitution der Stadtwerke führte zu einem dreistufigen Versorgungssystem wie im Westen:

- überregionale Stromversorgung: sie erfolgt durch ein Verbundunternehmen, die Vereinigten Energiewerke AG (VEAG), im Westen sind es sieben Ver-

Karte 1 Öffentliche Stromversorgung

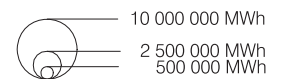


Kraftwerke ab 100 MW Bruttoengpassleistung 1996

Eingesetzte Energieträger bzw. deren Anteile an der Brutto-Stromerzeugung

■ Steinkohle	■ Kernenergie
■ Braunkohle	■ Wasser
■ Heizöl	■ Müll
■ Erdgas	■ Sonstige

Darstellung proportional zur Brutto-Stromerzeugung in MWh



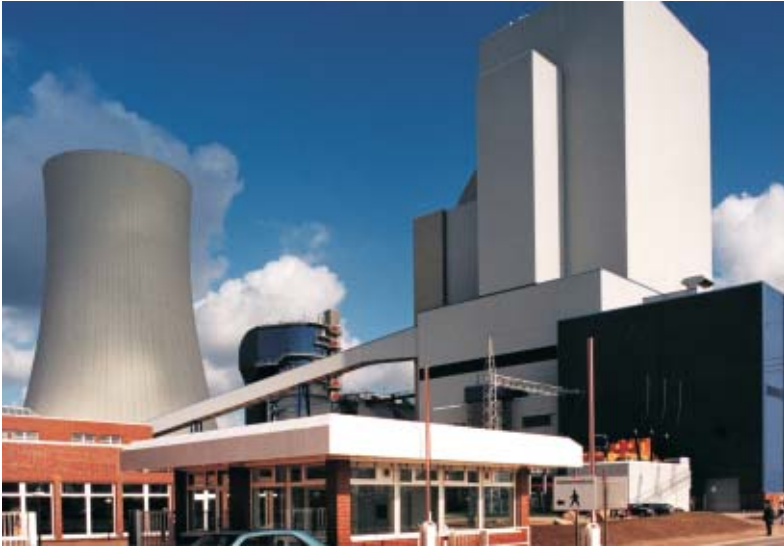
Hochspannungsleitungstrassen nach Spannungsebenen 1998

— 380 kV-Leitungstrassen
— 220 kV-Leitungstrassen

Datenbasis: Arbeitskarte Elektrizitätsversorgung 1 : 200000 1987 der BfLR, Karte "Deutsches Verbundnetz", 1998 der Deutschen Verbundgesellschaft e.V., Statistik für das Jahr 1996 der Vereinigung Deutscher Elektrizitätswerke e. V.

bundunternehmen, das Strom hauptsächlich aus großen Braunkohlekraftwerken erzeugt und diesen meist über weite Strecken transportiert, um ihn an regionale oder lokale Energieversorgungsunternehmen weiterzuleiten oder an Industrie oder Haushalte direkt zu liefern.

- regionale Stromversorgung: das sind 13 regionale Energieversorgungsunternehmen (im Westen sind es 39), die überwiegend den ländlichen Raum mit kleinen und mittleren Städten versorgen und den Strom entweder über die VEAG beziehen oder selber erzeugen.



Rostock, Steinkohlekraftwerk, 1994 eingeweiht

- lokale Stromversorgung: das sind über 140 Stadtwerke (im Westen sind es rund 650 Stadtwerke), die überwiegend Strom von anderen Energieversorgungsunternehmen beziehen, ihn weiterverteilen und im Querverbund meist Fernwärme und Erdgas anbieten.

Zum Neuaufbau der Stromversorgung gehört auch die Integration der überregional bedeutsamen Verbundnetze. Bis zum Jahr 1995 arbeiteten die ost- und westdeutschen Netze getrennt, weil sie nicht kompatibel waren bzw. die nötigen Verbindungsstellen fehlten. Erst nach dem Bau der 380-kV-Verbindungen zwischen Helmstedt und Wolmirstedt, Rednitz und Rentendorf, Mecklar-Vieselbach und Krümmel-Schwerin sowie weiteren Modernisierungsmaßnahmen konnten beide Verbundnetze parallel betrieben werden. Die neuen Bundesländer, die früher in das osteuropäische Verbundnetz (VES) integriert waren, sind durch diese Höchstspannungsverbindungen in das transeuropäische Verbundnetz (UCPTE) voll eingebunden.

Durch die Neugründung der Stadtwerke ist das dezentrale Element der Strom- und Wärmeversorgung im Osten gestärkt worden, d. h. die rationelle und umweltfreundliche Energieerzeugung und -umwandlung sowie Energieverwendung am Ort des Verbrauchs. Die Kommunen haben hier – wie im Westen – eine Schlüsselfunktion. Als Eigentümer der Stadtwerke, als Konzessionsgeber, als Träger der Bauleitplanung, als Träger der Stadterneuerung und als Energie-Großverbraucher haben die Kommunen nun auch im Osten einen maßgeb-

lichen Einfluss auf die Modernisierung der vorhandenen Anlagen und den weiteren Ausbau einer effizienten und siedlungsstrukturell angepassten Strom- und Wärmeversorgung.

Auf Grund des für die neuen Bundesländer in den Jahren 1992–1995 aufgelegten Fernwärmesaniierungsprogramms sind die hohen Anteile der Fernwärme erhalten geblieben. 1990 waren etwa 23 % des Wohnungsbestandes (d. h. ca. 1,6 Mio. Wohnungen) an die Fernwärme angeschlossen, in den alten Bundesländern seinerzeit nur knapp 9 %. Die weitreichenden Finanzierungshilfen haben in den neuen Ländern auch zu einer Erhöhung des Anteils moderner, besonders effizienter Produktionstechnologien, wie der Kraft-Wärme-Kopplung, geführt, die dort im Jahre 1990 nur einen Anteil von etwa 20 % hatten. Bundesweit wird die Fernwärme heute zu über 70 % in Anlagen der Kraft-Wärme-Kopplung erzeugt. Heizwerke und die Einspeisung von industrieller Abwärme decken den Rest.

Im Zuge der Modernisierung und Effizienzsteigerung ist besonders der Einsatz von Gas- und Dampfturbinen (GuD)-Kraftwerke als Kraft-Wärme-Kopplungs-Anlagen zu nennen. Ihnen werden in einem liberalisierten Energiemarkt auf Grund vergleichsweise niedriger Investitionen, kurzer Bau- und Amortisationszeiten große Chancen eingeräumt. Im Osten ersetzen sie meistens die mit Braunkohle befeuerten großen Heizwerke, die den Emissionsvorschriften nicht mehr genügen und auf Grund ihres Alters und schlechten technischen Zustandes nicht nachrüstbar waren. Im Westen werden zunehmend mehr Heizkraftwerke zu GuD-Anlagen umgerüstet oder Neuanlagen errichtet. Insgesamt sind in der Stromversorgung bundesweit derzeit GuD-Kraftwerke mit einer elektrischen Leistung von rund 5 000 MW in Betrieb, das entspricht einer Leistung von etwa vier Kernkraftwerken.

Einen weiteren wesentlichen Beitrag zur Erhöhung des Anteils der Kraft-Wärme-Kopplung leisten die Blockheizkraftwerke (BHKW). Sie sind von ihrer Leistungsklasse her (0,02–10 MW el) viel kleiner als die GuD-Kraftwerke (20–500 MW el) und bilden in der Summe – neue und alte Bundesländer zusammengenommen – eine elektrische Leistung von über 2 200 MW. BHKW's sind vor allem wegen ihrer siedlungsstrukturellen Anpassungsfähigkeit und ihrer Möglichkeiten des flexiblen Leistungs-

baus für die kleinräumige Erschließung vorhandener Wärmepotenziale besonders geeignet. Vielfach sind in den neuen Bundesländern zentral gespeiste Fernwärmenetze in mehrere Nahwärmeinseln zerlegt worden, um verbrauchernah BHKW mit einer niedrigeren Vorlauftemperatur zu installieren. Das ist in der Regel erheblich kostengünstiger und erfordert weit weniger Planungs- und Ausführungszeiten.

Die Zahl der installierten BHKW bezogen auf 100 000 Einwohnern wächst in den neuen Bundesländern inzwischen ähnlich stark wie in den alten Bundesländern. Dabei ist zu berücksichtigen, daß dort bis Anfang der 90er Jahre praktisch kein BHKW installiert war. 1998 sind von den rund 4 600 BHKW-Anlagen 630 BHKW's oder 14 % in den neuen Bundesländern in Betrieb (vgl. Karte 2).

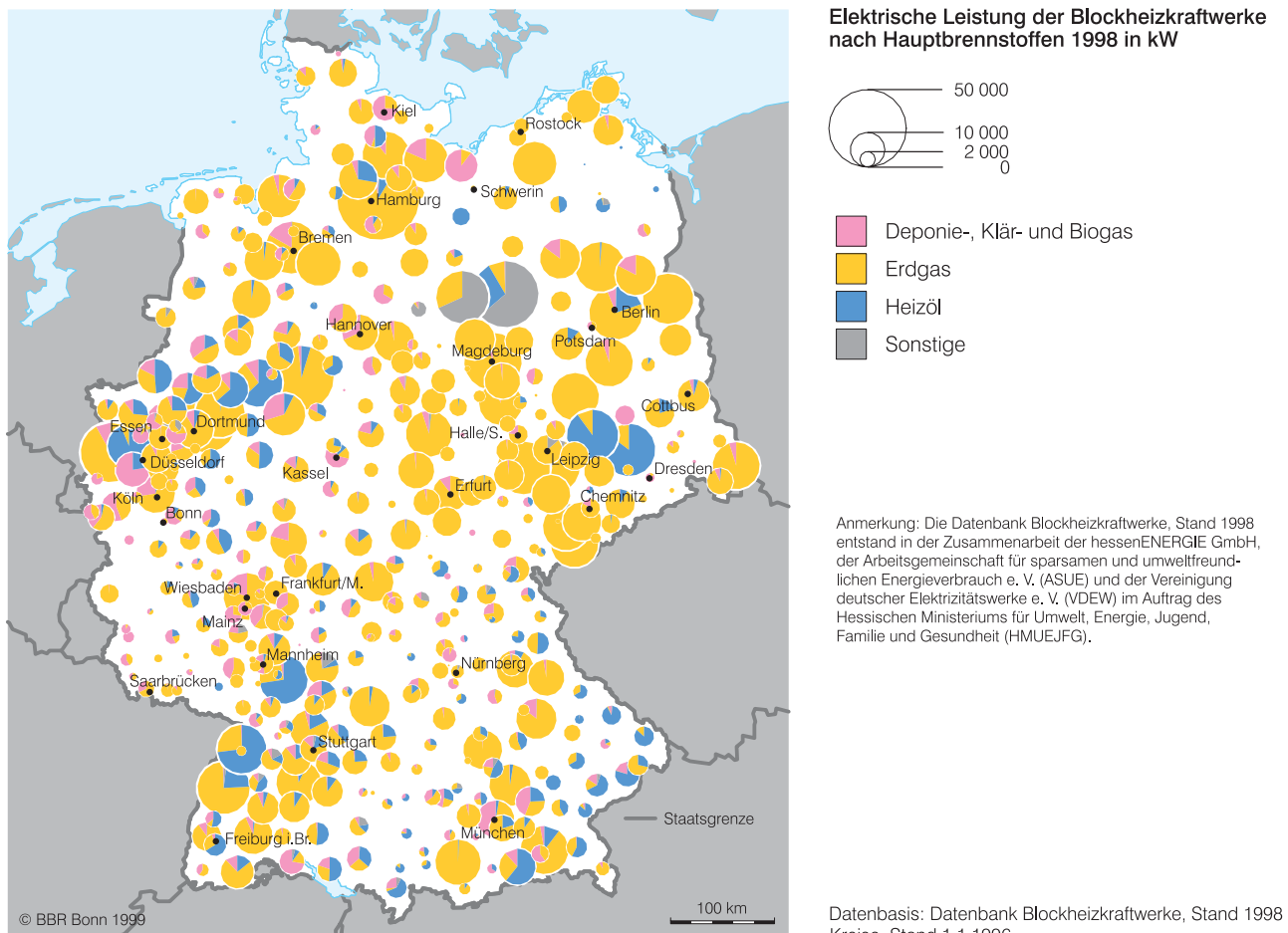
Ein weiteres Element der dezentralen Stromversorgung sind die Windkraftanlagen, die nun auch flächendeckend in den ostdeutschen Regionen anzutreffen sind. Der erzeugte Strom wird zum überwiegenden Teil von den Betreibern selbst genutzt und der Überschuss in das öffentliche Netz

eingespeist. Technische Entwicklungen haben es möglich gemacht, daß die Windkraftanlagen nicht nur in den windreichen Küstenregionen (Jahresdurchschnittswert zwischen 6,0 und 6,5 m/s), sondern auch im Binnenland errichtet und effizient betrieben werden können.

Mit der 1997 in Kraft getretenen baurechtlichen Privilegierung von Windkraftanlagen erfolgt die Windenergienutzung nicht mehr projektbezogen im Rahmen von Raumordnungs- und Genehmigungsverfahren. Es ist nunmehr eine Aufgabe der Regional- und Bauleitplanung geworden. Dabei kommt auch der integrierten Landschaftsplanung eine wichtige Rolle zu; denn die neue Privilegierungsregelung steht unter Planungsvorbehalt. Durch diese Privilegierungsregelung wurde mehr Planungssicherheit hergestellt. Diese Regelung trägt ebenso wie die Förderprogramme einzelner Bundesländer zum raschen Ausbau der Windenergienutzung bei.

In den neuen Bundesländern liegen die Strompreise im Durchschnitt um 12 % über

Karte 2 Blockheizkraftwerke



den westdeutschen Vergleichswerten (vgl. Karte 3). Dieser Niveauunterschied ist auf die enormen Investitionen für Restrukturierung und Reorganisation einer im Wesentlichen auf Braunkohle basierenden Stromversorgung zurückzuführen. Um eine ausreichend hohe Verstromung ostdeutscher Braunkohle sicherzustellen, gibt es – ähnlich wie die auslaufende Regelung für die Steinkohleverstromung im Westen (Wegfall des Kohlepennings 1996) – eine Sonderregelung für die ostdeutsche Braunkohle. Sie wird bis zum Jahre 2003 in Kraft bleiben und die Durchleitung von preisgünstigerem Strom aus den alten Bundesländern oder aus den angrenzenden Ländern weitgehend verhindern.

Für stromintensive Branchen (Stromverbrauch je Umsatz), die in Ostdeutschland auf Grund ihrer relativ gering veredelten Produktionsortimente ein höheres Gewicht haben, ergibt sich aus dieser Sonderregelung ein gravierender Wettbewerbs-

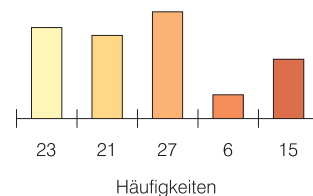
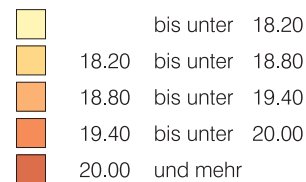
nachteil. So benötigt z. B. die ostdeutsche chemische Industrie je TDM Umsatz fast das Doppelte an Strom wie die westdeutsche chemische Industrie (400 zu 205 kWh/TDM). Gegenüber dem bundesdeutschen Durchschnitt ist die Stromintensität der Länder Brandenburg und Sachsen-Anhalt um mehr als das Doppelte, die der Länder Sachsen und Thüringen um das 1,2fache höher.

Hinzu kommt, dass die ostdeutschen Produzenten im Durchschnitt mit einer geringeren Rentabilität arbeiten. Ein Auffangen dieser sich zu ihren Ungunsten verschiebenden Preisrelationen fällt ihnen deshalb ungleich schwerer. Das bedeutet, dass die Liberalisierung des Strommarktes die Wettbewerbsnachteile der stromintensiven ostdeutschen Industrie zusätzlich verschärft und den Anpassungsdruck der ostdeutschen Stromversorgung bei Wegfall der Schutzmaßnahmen („Marktprivilegien“) erhöht.

Karte 3 Strompreise



Durchschnittlicher Strompreis repräsentativer Betriebe 1998 in Pf/kWh



Anmerkung: Durchschnittlicher Strompreis aus dem Mittel eines Kleinbetriebs, zweier Mittelbetriebe und eines Großbetriebes.

Datenbasis: Bundesverband der Energie-Abnehmer e.V. Analyseregionen des BBR, Stand 1.1.1996

Die Verkehrsinfrastrukturinvestitionen des Bundes

Neben einem ausreichenden Flächenangebot, qualifizierten Arbeitskräften, Ver- und Entsorgungseinrichtungen sowie einer ausreichenden Zugangsmöglichkeit zu modernen Kommunikationstechnologien ist die Bedeutung der Verkehrsinfrastruktur für die Standortattraktivität einer Region unbestritten. Sie beeinflusst zum einen das Niveau der wirtschaftlichen Aktivität und zum anderen die Herausbildung regionaler Branchenprofile, weil die einzelnen Branchen sehr unterschiedliche Ansprüche an die Verkehrsinfrastruktur stellen.

Mit der Herstellung der Einheit Deutschlands veränderten sich die Anforderungen an die ostdeutsche Verkehrsinfrastruktur. Zum einen nahm der Verkehr, insbesondere auf den in der Vergangenheit schwach frequentierten Ost-West-Verbindungen, zu. Andererseits kam es zu einer zügigen Angleichung des ostdeutschen Motorisierungsgrades an das westdeutsche Niveau. Dem aus dieser Entwicklung resultierenden enormen Verkehrszuwachs stand in den neuen Bundesländern aber ein quantitativ und qualitativ unzureichender Ausbauzustand der Verkehrswegenetze gegenüber. Es fehlten vor allem ausreichende und leistungsfähige Verkehrswege zwischen den alten und den neuen Ländern, die für das Zusammenwachsen der beiden Teile Deutschlands und für die wirtschaftliche Entwicklung in Ostdeutschland unverzichtbar waren.

Um diese Engpässe in der ostdeutschen Verkehrsinfrastruktur schnellstmöglich beseitigen und eine weitere Angleichung der ostdeutschen an die westdeutschen Lebensverhältnisse erreichen zu können, beschloss das Bundeskabinett im April 1991 das Investitionsprogramm *Verkehrsprojekte Deutsche Einheit* (VDE), das mit einem Volumen von rund 70 Mrd. DM (Preisstand 1997) ausgestattet wurde und neun Schienen-, sieben Autobahnprojekte mit jeweils etwa 2 000 km Länge sowie ein Wasserstraßenprojekt umfaßt. Über dieses Programm wird ein Großteil der Verkehrsinvestitionen in den neuen Bundesländern finanziert (vgl. Karte 4), wobei die Realisierung dieser Verkehrsprojekte vorrangig erfolgt.

Bis Ende 1997 wurden rund 25,6 Mrd. DM in die VDE investiert, davon 17 Mrd. in Schienen-, über 8 Mrd. DM in Autobahnprojekte und rund eine halbe Mrd. DM in

das Wasserstraßenprojekt. Mit diesen Investitionen wurden rund 1 150 km Eisenbahnstrecken modernisiert, rund 70 km Autobahnen neu- und rund 370 km ausgebaut. Weitere 480 km Autobahnen (BAB) sind im Bau. Mit ihrer Fertigstellung ist – zumindest in wesentlichen Teilen – bis Anfang des nächsten Jahrzehnts zu rechnen. Nach Abschluss dieser Arbeiten wird das BAB-Netz im Jahr 2012 voraussichtlich rund 13 100 km umfassen.

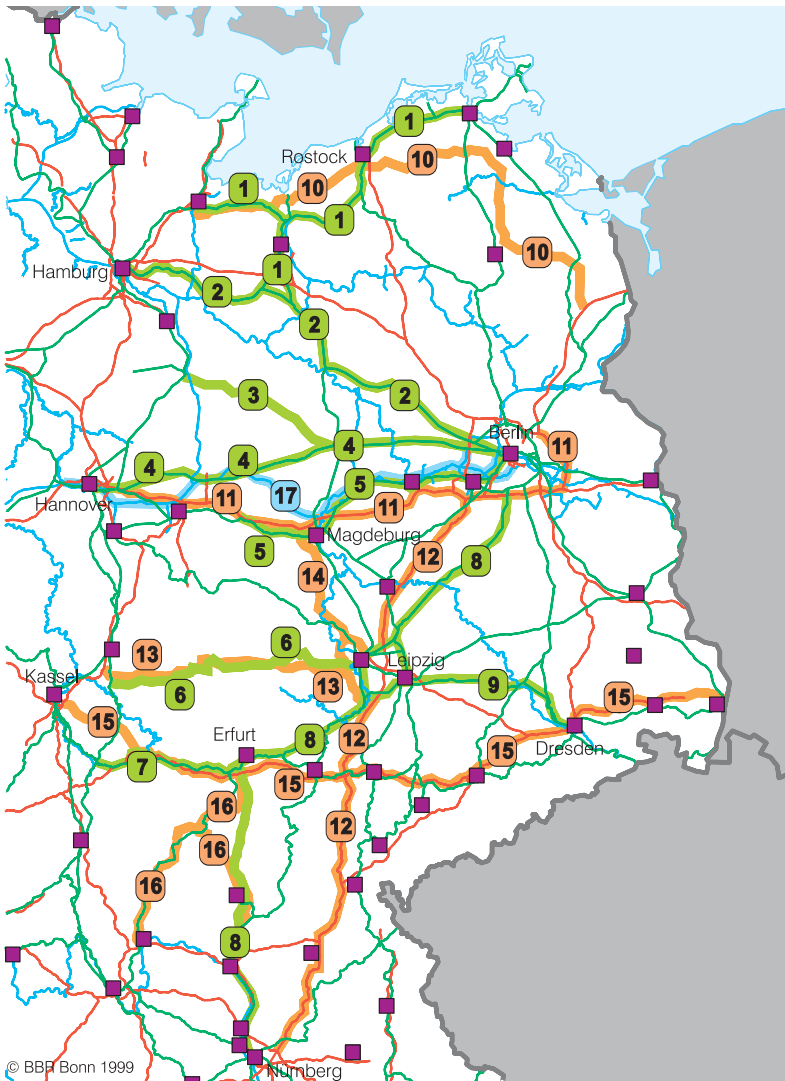
Investitionsschwerpunkte sind:

- der weitere Ausbau des Schnellfahrnetzes der Eisenbahn mit einem Projektumfang von rund 2 200 km Neu- und Ausbaustrecken sowie die Aufnahme des Hochgeschwindigkeitsverkehrs in den neuen Bundesländern. In Deutschland soll ein Schnellfahrnetz (über 200 km/h) von ca. 3 200 km entstehen, das zugleich einen wesentlichen Beitrag zum Aufbau des geplanten europäischen Hochgeschwindigkeitsnetzes leisten wird.
- bei den Bundesstraßen liegt, wie in der Vergangenheit, der Schwerpunkt beim Bau von Ortsumgehungen. Mit Investitionen von rund 1 Mrd. DM wurden bis Ende 1997 über 30 Ortsumgehungen sowie weitere Bundesstraßenabschnitte fertiggestellt. Weitere 44 Ortsumgehungen sowie Bundesstraßenabschnitte mit einem Volumen von rund 1,2 Mrd. DM werden im Verlaufe dieses Jahres in Bau sein.
- bei den Bundeswasserstraßen der Ausbau der Wasserstraßen-West-Ost-Verbindung von Hannover über Magdeburg nach Berlin (VDE Nr. 17) mit einem geplanten Investitionsvolumen von rund 4,5 Mrd. DM. Der Ausbau erfolgt schrittweise von West nach Ost. Schwerpunkt sind der Mittellandkanal und das Wasserstraßenkreuz Magdeburg. Die Schleuse Rothensee ist im Bau, das Wasserstraßenkreuz und die Doppelschleuse Hohenwarthe (Baubeginn 1998 mit Investitionen in Höhe von rund 275 Mio. DM) sollen 2003 fertiggestellt sein.

Um die Planungen für die Verkehrsinfrastrukturvorhaben in den neuen Bundesländern zu beschleunigen, wurden folgende Maßnahmen durchgeführt:

1. im Dezember 1991 wurde vom Deutschen Bundestag mit Zustimmung des Bundesrates das „Gesetz zur Beschleunigung der Planungen für Verkehrswege in den neuen Ländern sowie im

Karte 4 Verkehrsprojekte Deutsche Einheit



Verkehrsprojekte Deutsche Einheit

- Wasserstraße
- Straße
- Schiene
- Oberzentrum
- Bundeswasserstraße
- Bundesautobahn
- Strecke des Schienenpersonenfernverkehrs

Datenbasis: Laufende Raumeobachtung des BBR, Bundesministerium für Verkehr



Am Bahnstreckenabschnitt Hagenow/L. – Holthusen, August 1996



Dömitz, Elbbrücke



Neubau der Bundesautobahn A 20 bei Wismar, August 1995

Land Berlin (Verkehrswegeplanungsbeschleunigungsgesetz) beschlossen. Damit soll in den neuen Ländern einerseits der Zeitraum von der Entscheidung zum Bau großer Verkehrsprojekte bis zu ihrer Verwirklichung verkürzt werden, gleichzeitig sollen aber die rechtsstaatlich gebotenen Möglichkeiten zur Wahrung öffentlicher und privater Belange in den Planungsverfahren in vertretbarer Weise erhalten bleiben.

2. Gründung von Planungsgesellschaften, die einen Beitrag zum effektiven Ablauf der Planungs- und Bauverfahren nicht

nur in den neuen Ländern, sondern auch in den alten leisten. Diese Gesellschaften koordinieren die Planungen für die genannten Schienenprojekte und sind für deren Realisierung und Überwachung beim Bau zuständig.

Neben den Verkehrsprojekten Deutsche Einheit wurden noch viele andere Investitionen realisiert: So wurden beispielsweise im Schienenverkehr weitere Strecken mit einer Länge von rund 500 km elektrifiziert. Die Lückenschlüsse zwischen den alten und neuen Ländern Hof-Plauen, Hochstadt-Marktzeuln-Camburg, Mell-

richstadt–Rentwertshausen, Coburg–Sonneberg und Bad Harzburg–Stapelburg sind durchgängig in Betrieb.

Die Maßnahmen am übrigen Netz der Bundeswasserstraßen konzentrierten sich neben den Vorbereitungen für den erforderlichen Ausbau auf dringende Erhaltungs- und Neubauarbeiten an Schleusen und Wehren, auf Fahrrinnenvertiefungen sowie auf die Ufersicherung. Einschließlich des VDE-Projekts wurden in die Bundeswasserstraßen der neuen Bundesländer rund 1,6 Mrd. DM investiert.

Die Verkehrsinfrastruktur aus heutiger Sicht

Die Anbindung der deutschen Regionen an das großräumige Verkehrsnetz ist aus europäischer Sicht überdurchschnittlich (vgl. Tab. 1). Dies trifft besonders auf die Verdichtungsräume zu, da diese vorrangig an die großräumigen Verkehrswege angebunden sind. So ist für das räumliche Muster bei der überregionalen Erreichbarkeit der ostdeutschen Regionen zu den drei nächsten nationalen oder ausländischen Ballungsräumen ebenso wie in Westdeutschland ein Zentrum-Peripherie-Gefälle prägend. Bei der Pkw-Erreichbarkeit reicht die Spannweite der ostdeutschen Werte von 85 Minuten für Leipzig bis zu 235 für Bergen (vgl. Karte 5). Auf Grund der Zentrenorientierung des Fernverkehrsnetzes der Deutschen Bahn AG und regionaler Unterschiede in der Anbindung an die Haltepunkte des IC-Netzes sind die regionalen Disparitäten beim Schienenverkehr etwas stärker ausgeprägt. Die ostdeutschen Regionalwerte streuen von 62 Minuten für Leipzig bis zu 208 für Suhl.

Erwartungsgemäß besitzen die ostdeutschen Agglomerationsräume auch eine gute Erreichbarkeit der europäischen Metropolen im Luft-Verkehr, während ländliche Regionen, die nicht im unmittelbaren Einzugsbereich eines großen Flughafens liegen, schlechte Werte erreichen. Die Erreichbarkeit von Flughäfen ist insbesondere für den Geschäftsreiseverkehr wichtig und stellt daher ein Kriterium für die Standortwahl von Unternehmenszentralen dar. Nur wenige ostdeutsche Regionen unterschreiten bei diesem Indikator den Durchschnitt von 289 Minuten. Auch fällt auf, dass bei den hier betrachteten Erreichbarkeitsindikatoren sowohl Minimum als auch Maximum der ostdeutschen Regionen

Tabelle 1
Ausgewählte sachkapitalorientierte Infrastrukturbereiche im Ost-West-Vergleich

Indikator	Ost	West
	in Minuten	
Erreichbarkeit im Pkw-Verkehr 1997		
Minimum	85	51
Maximum	235	179
Durchschnitt	121	92
Variationskoeffizient	21,9	27,8
Erreichbarkeit im Schienenverkehr 1998		
Minimum	62	32
Maximum	208	262
Durchschnitt	115	83
Variationskoeffizient	27,4	36,2
Erreichbarkeit europäischer Zentren 1998		
Minimum	234	197
Maximum	407	322
Durchschnitt	289	250
Variationskoeffizient	8,2	9,9
Lkw-Fahrzeit zu KLV-Terminals 1997		
Minimum	3	3
Maximum	152	104
Durchschnitt	46	31
Variationskoeffizient	54,9	49,7

Quelle: Laufende Raumbbeobachtung des BBR

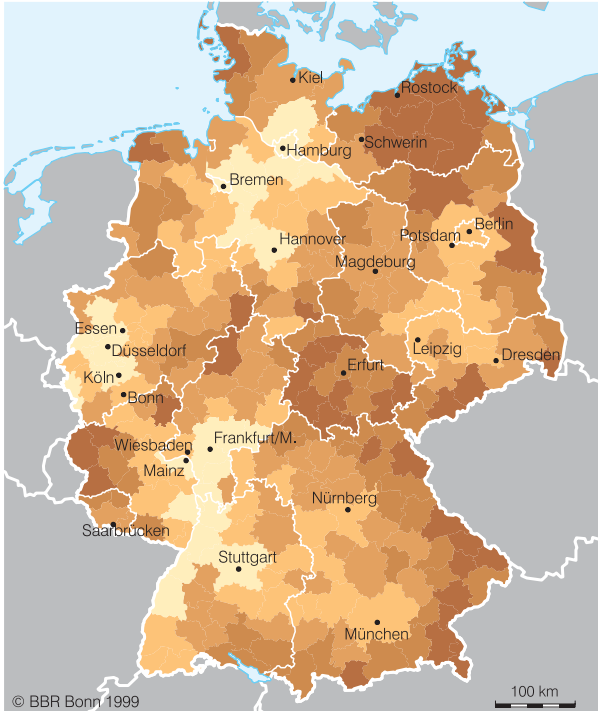
deutlich über den entsprechenden westdeutschen Vergleichswerten liegen. Hierfür sind in erster Linie die geographische Lage und das Fehlen osteuropäischer Zentren in ökonomisch vertretbarer Nähe ursächlich.

Im Zuge der Globalisierung und technologischer Veränderungen beim großräumigen Warenaustausch ist die Lage zu den Umschlagplätzen des Kombinierten Ladungsverkehrs der Bahn (KLV-Terminals) sowohl aus betriebswirtschaftlichen als auch ökologischen Gesichtspunkten bedeutsam. Ebenso wie in Westdeutschland bestehen in Ostdeutschland beträchtliche regionale Unterschiede bei der Erreichbarkeit von KLV-Terminals, denn diese können, bedingt durch das begrenzte Umschlagaufkommen, nur an wenigen ausgewählten Standorten rentabel betrieben werden. Es ist zu befürchten, dass es mit zunehmender Entfernung für die verladende Wirtschaft uninteressant wird, den Warentransport von der Straße auf die Schiene zu verlagern.

Infolge von Auflösungen und Zusammenlegungen hat sich die Zahl der betriebenen bzw. geplanten KLV-Terminals in den letzten Jahren ständig vermindert, so dass der

Karte 5 Erreichbarkeit

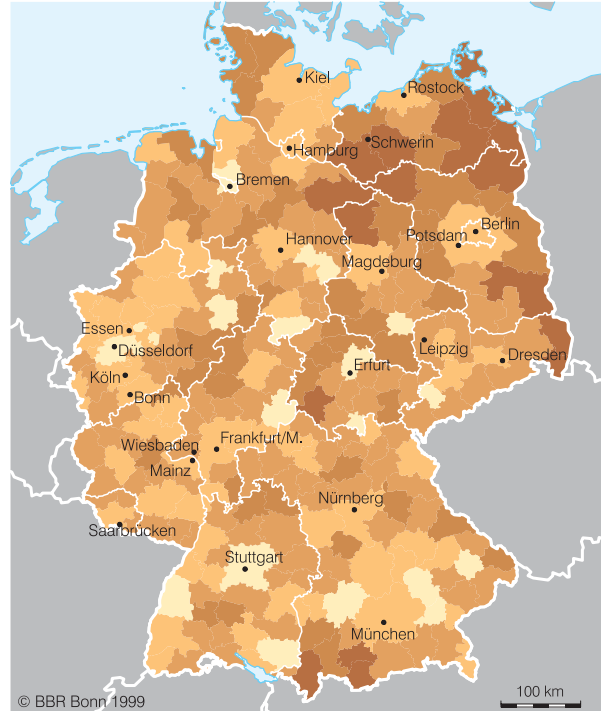
Schienerverkehr



Erreichbarkeit der 3 nächsten nationalen oder internationalen Agglomerationsräume im Schienenverkehr 1998 in Minuten

Lightest yellow	bis unter 60	Minimum:	32
Light yellow	60 bis unter 90	Maximum:	262
Yellow	90 bis unter 120	Durchschnitt:	109
Orange	120 bis unter 150		
Dark orange	150 und mehr		

KLV-Terminals



LKW-Fahrtzeit zum nächsten KLV-Terminal 1997 in Minuten

Lightest yellow	bis unter 15	Minimum:	3
Light yellow	15 bis unter 30	Maximum:	152
Yellow	30 bis unter 60	Durchschnitt:	45
Orange	60 bis unter 90		
Dark orange	90 und mehr		

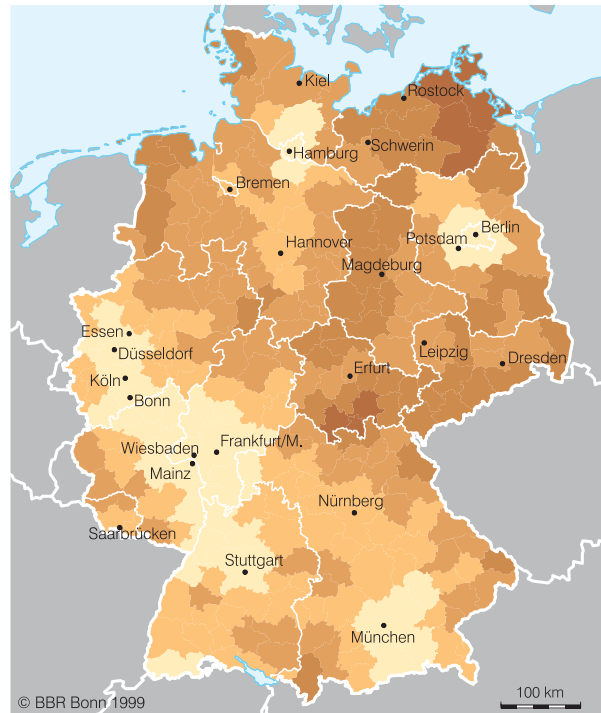
PKW-Verkehr



Erreichbarkeit der 3 nächsten nationalen oder internationalen Agglomerationsräume im PKW-Verkehr 1997 in Minuten

Lightest yellow	bis unter 60	Minimum:	51
Light yellow	60 bis unter 90	Maximum:	235
Yellow	90 bis unter 120	Durchschnitt:	111
Orange	120 bis unter 150		
Dark orange	150 und mehr		

Kombinierter PKW-/Luftverkehr



Durchschnittliche Fahr- und Flugzeit zu 41 europäischen Agglomerationsräumen 1998 in Minuten

Lightest yellow	bis unter 240	Minimum:	197
Light yellow	240 bis unter 270	Maximum:	407
Yellow	270 bis unter 300	Durchschnitt:	274
Orange	300 bis unter 330		
Dark orange	330 und mehr		

hier berechnete Indikator von allen Erreichbarkeitsindikatoren die größte Streuung besitzt. Die Spannweite der ostdeutschen Werte reicht von 3 Minuten für Sonneberg bis zu 152 für Pasewalk.

Hochschulen und Bildung

Der strukturelle Wandel und die zunehmende Bedeutung neuer Technologien haben dazu geführt, dass die Versorgung mit innovationsfördernder Infrastruktur und Bereiche wie Information und Qualifikation ein für die regionale Wettbewerbsfähigkeit zentraler Faktor geworden sind. Der Aus- und Neubau der Hochschulen sowie der wissenschaftlichen Forschung wurde daher im Zuge der deutschen Einheit stetig fortgeführt. Allein der Bund hat im Zeitraum 1991–1998 rund 20 Mrd. DM in Ostdeutschland für den Bereich Forschung und Hochschule investiert. Auf einen ostdeutschen Einwohner entfällt somit ein Betrag von 1 120 DM gegenüber 880 DM in Westdeutschland.

Inzwischen wurden auch zur Verbesserung des Wissenstransfers zwischen Forschung und Wirtschaft an fast allen Hochschulen und Forschungseinrichtungen entsprechende Transfer- und Kontaktstellen eingerichtet. Die Spannweite der institutionalisierten Ansätze reicht von der zusätzlichen Wahrnehmung der Transferfunktion durch einzelne Mitarbeiter bis zur mit mehreren Mitarbeitern besetzten Transferstelle. Ostdeutschland verfügt über ein nahezu ubiquitäres Angebot an Transferinfrastruktur, wozu u. a. das Netz an Patentinformationsstellen, die Vielzahl an Technologieagenturen und die verschiedenen Beratungsstellen von Organisationen der Wirtschaft wesentlich beitragen. Auch erreicht Ostdeutschland mit mehr als 50 in Betrieb gegangenen Technologie- und Gründerzentren eine höhere Besatzdichte als Westdeutschland. Im ostdeutschen Durchschnitt liegt der Personaleinsatz in Wissenstransferinstitutionen daher mit 7,7 Personen je 10.000 Erwerbspersonen deutlich über dem westdeutschen Vergleichswert (5,3). Gemessen am Variationskoeffizienten sind die regionalen Unterschiede in Ostdeutschland weniger stark ausgeprägt als in Westdeutschland (vgl. Tab. 2).

Die regionale Verteilung der verschiedenen Transfer- und Forschungseinrichtungen reflektiert den Besatz mit forschungsintensiven Wirtschaftszweigen (vgl. Karte 6) und lässt eine Konzentration auf die Verdichtungsräume erkennen. In Ostdeutschland

erreichen neben Berlin hauptsächlich Regionen aus dem stärker industrialisierten Süden (z. B. Dresden oder Leipzig) ein vergleichsweise hohes Ausstattungsniveau. Im Zusammenhang mit Hochschulen erfahren Transferstellen und Innovationszentren aber auch im ländlichen Raum eine zunehmende Ausbreitung.

Der Bereich der beruflichen Bildung ist ein zentrales Element der regionalen Wettbewerbsfähigkeit. Die Situation auf dem ostdeutschen Ausbildungsstellenmarkt hat sich in den letzten Jahren – u. a. bedingt durch die gestiegene Nachfrage – weiter verschlechtert (vgl. Tab. 2). Im Durchschnitt der Jahre 1995–1997 kamen in Ostdeutschland rechnerisch gerade 93 Ausbildungsplätze auf 100 Bewerber, im Zeitraum 1994–1995 hielten sich Angebot und Nachfrage in etwa die Waage. Wie an dem niedrigen Variationskoeffizienten von 5,2 % erkennbar, bestehen kaum regionale Unterschiede. Allerdings hat sich auch im Westen die Angebots-Nachfrage-Relation deutlich zu Ungunsten der jugendlichen Ausbildungsplatzbewerber entwickelt: Kamen im Durchschnitt der Jahre 1994–1995 noch 115 Plätze auf 100 Jugendliche, sind es inzwischen gerade noch 102.

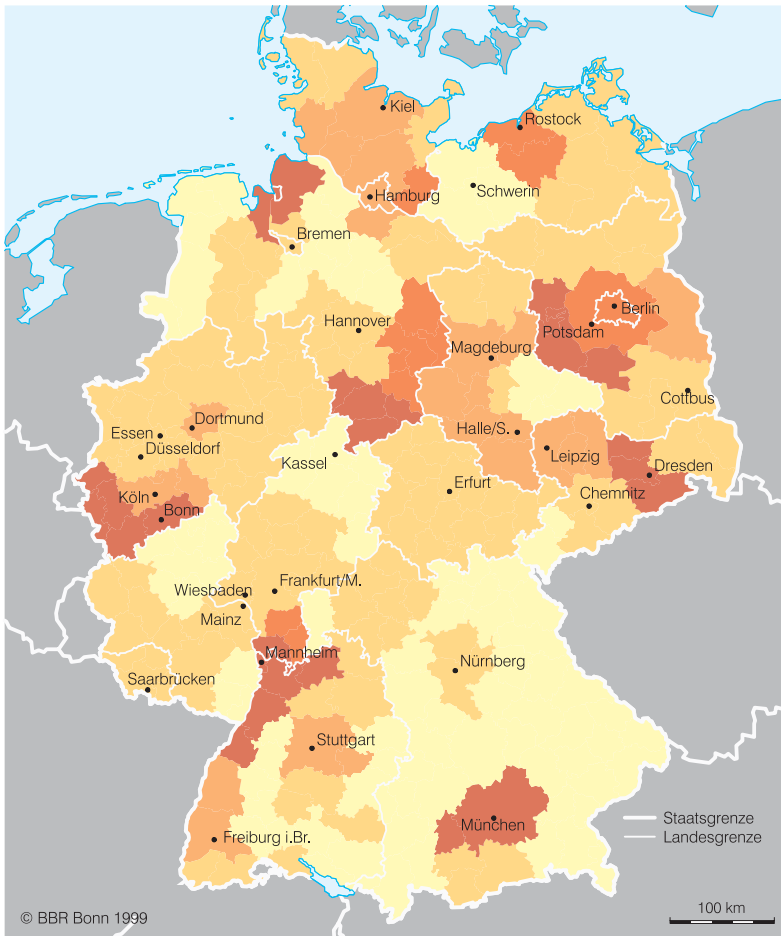
Ein etwas anderes Bild ergibt sich beim Angebot an überbetrieblichen Ausbildungsstätten. Diese Einrichtungen dienen der er-

Tabelle 2
Ausgewählte humankapitalorientierte Infrastrukturbereiche im Ost-West-Vergleich

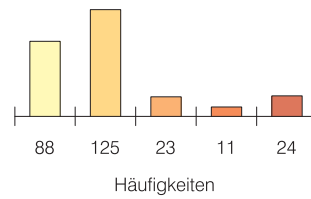
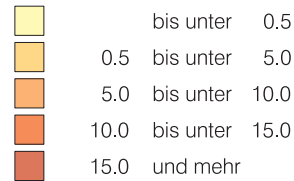
Indikator	Ost	West
Personaleinsatz in Wissenstransferinstitutionen je 10 000 Erwerbspersonen		
Minimum	0,37	0,01
Maximum	24,1	40,5
Durchschnitt	7,7	5,3
Variationskoeffizient	123,6	190,8
Betriebliche Ausbildungsplätze je 100 Nachfrager 1995–1997		
Minimum	78	87
Maximum	98	121
Durchschnitt	93	102
Variationskoeffizient	5,2	5,0
Überbetriebliche Ausbildungsplätze je 100 Nachfrager 1995		
Minimum	0,7	0,4
Maximum	46,4	37,2
Durchschnitt	19	17
Variationskoeffizient	74,8	44,0

Quelle: Laufende Raumbbeobachtung

Karte 6 Personaleinsatz in Wissenstransferinstitutionen



Personaleinsatz in Wissenstransferinstitutionen 1997/1998 je 10.000 Erwerbspersonen



Minimum: 0.0
 Maximum: 40.5
 Durchschnitt: 4.1

Datenbasis: BMWi
 Arbeitsmarktregionen, Stand 1.1.1998

gänzenden Berufsausbildung und beruflichen Weiterbildung. Im Gegensatz zu Westdeutschland werden sie in Ostdeutschland, wo im Durchschnitt auf 100 Nachfrager rund 19 Plätze kommen (Westdeutschland: 17), in einem großen Umfang auch zur

Kompensation fehlender betrieblicher Ausbildungsplätze eingesetzt. Da überbetriebliche Ausbildungsstätten in der Regel einen überregionalen Einzugsbereich haben, sind die Unterschiede im Versorgungsniveau auf regionaler Ebene recht deutlich. Erkennbar ist dies an der Spannweite der Regionalwerte, die in Ostdeutschland von 0,7 Plätzen je 100 Nachfrager bis zu 46,4 Plätzen reicht.

Suhl, Azubi in der Waffenfabrik



Fazit

Trotz erkennbarer Fortschritte beim Ausbau der ostdeutschen Infrastruktur bestehen in einzelnen Bereichen immer noch regionale Ausstattungsunterschiede. Für das regionale Muster ist ein Stadt-Land-Gefälle prägend. Dies ist nicht überraschend, sondern entspricht dem aus Westdeutschland bekannten Disparitätenmuster bei der Ausstattung mit Infrastruktur. Die mit dem Infrastrukturausbau angelegten Entwicklungsperspektiven sind eine wichtige Grundlage für den wirtschaftlichen Aufbau der neuen Länder und leisten einen wichtigen Beitrag zum Abbau des West-Ost-Gefälles.

Wohnungsbestand und Wohnungsversorgung im Transformationsprozeß der neuen Länder

Mathias Metzmacher
Matthias Waltersbacher

Obwohl die „Lösung der Wohnungsfrage“ in der DDR zu einer zentralen gesellschaftlichen Aufgabe erhoben wurde, waren sowohl der Wohnungsbestand als auch die Wohnungsversorgung mit zu einem Symbol des Systemversagens geworden.

Die tristen und baufälligen Häuser in den Altbauquartieren einerseits und die monotonen Plattenbausiedlungen auf der anderen Seite machten die Mißstände im Wohnungswesen der DDR für jeden augenfällig. Viel zu stark wurden die Investitionen auf den Neubau konzentriert, insbesondere seit den Neubauprogrammen in Plattenbauweise ab 1970. Die notwendige Instandhaltung und Modernisierung im größtenteils verstaatlichten Altbaubestand unterblieben; die Altbauwohnungen gerieten wegen ihrer völlig unzureichenden Ausstattung bei den Bewohnern immer mehr in Verruf. Zwar gab es gegen Ende der 80er Jahre auch in der DDR partielle Kurskorrekturen in der Bestandspolitik, die aber angesichts des eingetretenen Substanzverlustes beinahe zu spät kamen.

Auch hinter der mehr oder weniger grauen Fassade sah es vielfach nicht besser aus: Trotz einer aufwendigen Verteilungsbürokratie mußten bis in die 80er Jahre hinein junge Paare lange auf eine eigene Wohnung warten und Familien in viel zu kleinen Wohnungen nach Zuteilungsnormen leben, die überdies allgemein übliche Mindeststandards nicht annähernd erfüllten. Eine freie Wohnungswahl war für die Mieter in der DDR angesichts des allgemeinen Wohnungsmangels und der staatlichen Wohnraumverwaltung nicht oder nur mit erheblichen Einschränkungen gegeben.

Anhand einiger zentraler Merkmale zum Wohnungsbestand und zur Wohnungsversorgung wird im folgenden beschrieben, welche Entwicklung die Transformation des Wohnungswesens in den neuen Ländern genommen hat, wie sich die Situation im Vergleich zu den alten Ländern darstellt und welche Entwicklungsperspektiven abzusehen sind.

Wohnungsbestand

Die in den vergangenen Jahren bereits erreichte Angleichung in der Wohnungsversorgung zwischen Ost und West erscheint

um so bemerkenswerter, als die Voraussetzungen hierfür wesentlich von der Langlebigkeit des vorhandenen Wohnungsbestandes bestimmt sind, der historische Wohnungsbauepochen gleichsam konserviert, sofern nicht erhebliche Anpassungen oder Erweiterungen erfolgen. Insofern ist die Transformation des Wohnungswesens in den neuen Ländern auch im „historischen“ Kontext zu betrachten.

Unmittelbar nach dem Krieg waren die Wohnverhältnisse in Deutschland noch durch die Kriegszerstörungen (vor allem im Westen) und durch allgemeine Mangelwirtschaft gekennzeichnet. In West- wie in Ostdeutschland waren in großem Umfang Flüchtlinge neu unterzubringen. Der vorhandene, intakte oder wieder herzurichtende Wohnungsbestand wurde zumindest im Mietsektor durch die Wohnraumverwaltung zentral bewirtschaftet. Noch bis weit in die 50er und 60er Jahre hinein unterschieden sich die Wohnverhältnisse zwischen Ost und West vermutlich nicht so stark, wie es in den Folgejahren eindeutig der Fall war. Dies lag unter anderem daran, daß es neben den Kriegsschäden auch viele Bestände gab, die wenig in Mitleidenschaft gezogen waren und die zudem auch in der DDR noch lange Zeit von Privateigentümern bewirtschaftet wurden. Doch recht bald öffnete sich die Schere in der Qualität des Wohnungsbestandes und auch der Wohnungsversorgung immer offensichtlicher, da der Altbaubestand in der DDR zunehmend vernachlässigt wurde. Zudem war bis zu den großen Neubauprogrammen die Bautätigkeit in der DDR weitaus geringer als in der alten Bundesrepublik, wo der Wiederaufbau und auch die Eigentumbildung unter anderem durch den sozialen Wohnungsbau massiv gefördert wurden.

Das private Einzeleigentum im Wohnungssektor wurde durch die DDR formal nie abgeschafft, und auch die Entwertung des privaten Miethausbesitzes durch das Einfrieren der Mieten auf dem Vorkriegsstand geschah nur schrittweise, so daß der Prozeß der Überführung des Privateigentums in die staatliche Wohnraumverwaltung in der DDR ein länger andauernder, nicht vollständig abgeschlossener Prozeß war. Darüber hinaus gab es auch in der DDR einen erheblichen Anteil selbstnutzender Eigen-

tümer und eine gewisse Bautätigkeit im Eigenheimbereich. Letztlich wurden aber doch viele private Miethausbesitzer, deren Bestände in den alten Ländern immer die Basis des Wohnungsmarktes bildeten, durch die restriktiven Rahmenbedingungen der Wohnungsbewirtschaftung wie Materialknappheit und staatlich verordnete Niedrigmieten zur Aufgabe ihrer Bestände gezwungen. Diese wurden durch die kommunalen Wohnungsverwaltungen (KWV) bewirtschaftet.

Mit der im Einigungsvertrag geregelten Rückgabe des staatlich verwalteten Privateigentums an die früheren Eigentümer begann der komplizierte und bis heute noch nicht abgeschlossene Prozeß der Eigentumsveränderungen im Wohnungsbestand der neuen Länder. Davon betroffen sind in erster Linie die vor 1949 errichteten Mehrfamilienhäuser, die von den kommunalen Wohnungsverwaltungen bewirtschaftet wurden, aber auch Immobilien privater Eigentümer. Bei den älteren Mietwohnungen der Baujahre bis 1968 hatte im Jahr 1992 der kommunale Wohnungsbestand noch einen Anteil von über 60 %; nur knapp 21 % waren bei privaten Eigentümern verblieben. Bis 1997 hat sich eine massive Umschichtung der Eigentumsverhältnisse zugunsten der privaten Eigentümer vollzogen, die nun einen Anteil von knapp 47 % erreichen. Zunehmend finden auch Transaktionen zwischen privaten Eigentümern statt, was die Dynamik der Eigentumsveränderungen im privaten Bestand noch erhöht. Die Besitzstruktur ist hier recht kleinteilig (Einzeleigentümer, Erbengemeinschaften), was auch dadurch unterstrichen wird, daß viele Eigentümer selbst im eigenen Gebäude wohnen. Sehr stabil sind die Besitzverhältnisse der Wohnungsgenossenschaften, die für die Wohnungsversorgung

der neuen Länder eine wichtige Rolle spielen.

Seit 1990 wurden die kommunalen Wohnungsunternehmen neu gegründet und ihnen der ehemals staatlich verwaltete Bestand von den Kommunen übertragen. Neben den während der DDR-Zeit gebauten Wohnungen in Typen- oder Plattenbauweise und den Wohnungsbeständen der Zwischenkriegszeit sind die kommunalen Wohnungsgesellschaften auch Verwalter von Wohngebäuden aus der Zeit bis 1918, die (noch) nicht an die privaten Eigentümer zurückgegeben sind. Denn nach wie vor ist ein erheblicher Teil des älteren Geschoßwohnungsbestandes mit Rückübertragungsansprüchen behaftet; diese Quote ist von 20,9 % im Jahr 1994 lediglich auf 16,5 % im Jahr 1996 zurückgegangen. Während die privaten Wohnungen mittlerweile kaum noch restitutionsbehaftet (1996: 1,7 %) und die Genossenschaftswohnungen restitutionsfrei sind, waren 1996 noch rund 38 % des kommunalen Wohnungsbestandes von Rückübertragungsansprüchen betroffen. Dadurch konzentrieren sich bei den kommunalen Wohnungsunternehmen in besonderem Maße die Wohnungsbestände mit hohem Instandsetzungs- und Modernisierungsbedarf und mit ungeklärten Eigentumsverhältnissen.

Es ist unverkennbar, daß zehn Jahre nach Beginn des Transformationsprozesses die Unterschiede im Wohnungsbestand zwischen Ost und West deutlich geringer wurden. Dies ist auf die Umschichtung der Eigentumsverhältnisse und eine vermehrte Eigentumbildung, die hohe Neubautätigkeit sowie die umfangreichen Instandsetzungen und Modernisierungen im vorhandenen Wohnungsbestand zurückzuführen. Nach wie vor weist der Wohnungsbestand aber noch erhebliche Ost-West-Unterschiede auf. Charakteristisch für die Unterschiede im Wohnungsbestand der alten und neuen Länder sind Gebäudegröße, Baualterszusammensetzung und Größenstruktur der Wohnungen (vgl. Tab. 1).

Die Gebäude mit ein bis zwei Wohneinheiten, hauptsächlich die klassischen Ein- und Zweifamilienhäuser, machen in den alten Ländern rund 48 % des gesamten Wohnungsbestandes aus, während ihr Anteil in den neuen Ländern mit 34,2 % deutlich darunter liegt. In diesen Werten manifestiert sich die jahrzehntelange, breit angelegte und geförderte Eigentumbildung in den alten Ländern. Während sich der Anteil

Abbildung 1
Entwicklung der Eigentumsverhältnisse im älteren Geschoßwohnungsbestand der neuen Länder

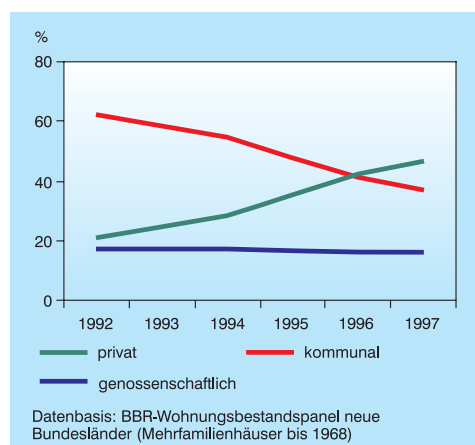


Tabelle 1
Eckwerte zur Wohnungsbestandsstruktur 1998

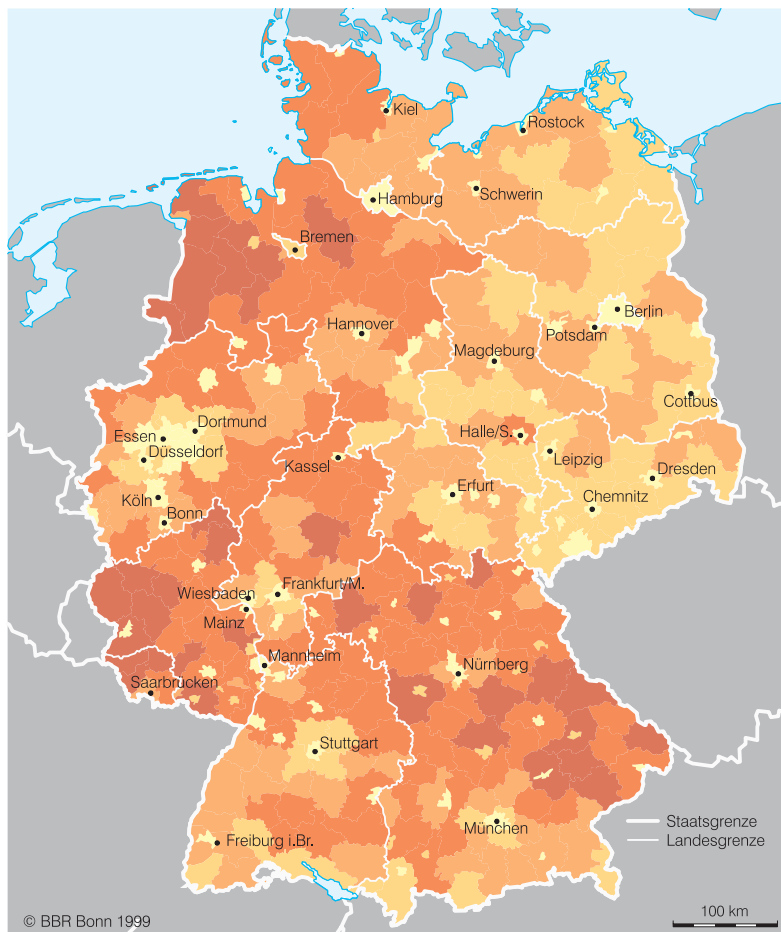
	Deutsch-land	Alte Länder	Neue Länder
Wohneinheiten (WE) in Wohngebäuden (in 1 000)	36 547	29 257	7 290
darunter in Wohngebäuden nach der Anzahl der Wohnungen im Gebäude (Anteil in %)			
mit 1 und 2 WE	45,2	47,9	34,2
mit 3–6 WE	22,8	23,8	18,9
7 und mehr WE	32,0	28,3	46,9
darunter in Wohngebäuden nach Baujahr			
bis 1900	9,0	7,4	15,7
1901–1918	6,9	5,9	10,6
1919–1948	13,4	11,9	19,5
1949–1978	48,5	53,7	27,7
1979–1990	14,0	13,1	17,5
1991 und später	8,2	8,0	9,0
bewohnte WE nach Größe in %			
unter 60 m ²	23,8	20,7	37,6
60– 80 m ²	26,2	25,4	29,8
80–100 m ²	17,5	18,5	13,1
über 100 m ²	32,5	35,4	19,5

Datenbasis: Statistisches Bundesamt, Mikrozensus 1998

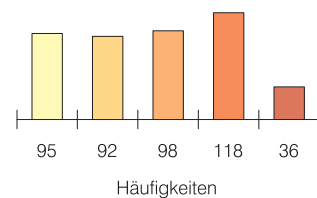
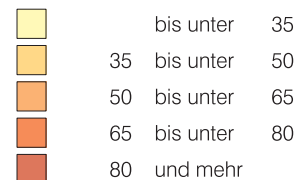
der Mehrfamilienhäuser mit drei bis sechs Wohnungen zwischen den alten und neuen Ländern nicht so stark unterscheidet, wird der Wohnungsbestand in den neuen Ländern durch die großen Mehrfamilienhäuser mit sieben und mehr Wohnungen dominiert, was hauptsächlich auf die seit den 70er Jahren in großem Umfang verwirklichteten Neubauvorhaben in Plattenbauweise zurückgeht.

Insgesamt ist als Resultat der „Bauhistorie“ der alten Bundesrepublik und der DDR der Anteil der Wohnungen in Ein- und Zweifamilienhäusern in den alten Ländern mit rund 50 % weitaus höher als in den neuen Ländern. In den alten Ländern erreichen die Anteile der Wohnungen in Ein- und Zweifamilienhäusern in den Umlandkreisen und den ländlichen Kreisen mehr als 60 %, während es in den neuen Ländern rund 20 Prozentpunkte weniger sind. Vor allem in den Kernstädten (die in den alten Ländern allerdings im Zuge der Eingemeindungen mehr „Umland“ mit einschließen) sind Wohnungen in Ein- und Zweifamilienhäusern nur wenig vertreten. Damit sind die Unterschiede in der Wohnungsbe-

Karte 1
Struktur des Wohnungsbestandes



Anteil von Wohnungen in Ein- und Zweifamilienhäusern 1997 an allen Wohnungen in %



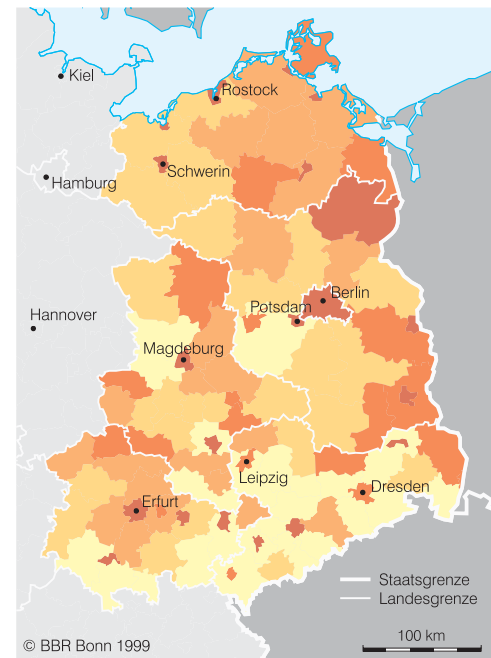
© BBR Bonn 1999

Datenbasis: Laufende Raumbbeobachtung des BBR Kreise, Stand 1.1.1996

standsstruktur zwischen alten und neuen Ländern weniger an die Siedlungsstruktur gebunden, sondern in ihrem Gesamtniveau vor allem durch eine weitaus höhere Bedeutung des Geschosswohnungsbaus in den neuen Ländern geprägt. Über die letzten Jahre der Wohnungsmarkttransformation hinweg war die Wohnungsbauintensität in den neuen Ländern deutlich höher als in den alten Ländern. Dies ist auch Ergebnis der erheblichen steuerlichen Anreize zugunsten des Wohnungsneubaus in den neuen Ländern und hat die anfängliche Wohnungsknappheit mit entschärft. Im Zuge der hohen Bautätigkeit vor allem im Geschosswohnungsbau hat sich zwischenzeitlich die Struktur des Wohnungsbestandes zwischen den alten und neuen Ländern aber nicht weiter angeglichen, sondern sogar noch weiter auseinanderentwickelt (vgl. Tab. 2). Seit 1998 ist jedoch sowohl in den alten als auch in den neuen Ländern die Neubautätigkeit im Ein- und Zweifamilienhausbereich höher als bei Geschosswohnungen. Bei weiterhin hohen Fertigstellungsraten dürfte sich die Struktur daher künftig auch in den neuen Ländern zugunsten der Ein- und Zweifamilienhäuser verschieben.

Zwischen den städtebaulichen Leitbildern und Wohnungsbauformen in der alten Bundesrepublik und der DDR bestanden phasenweise bemerkenswerte Parallelen. Auch

Karte 2
Wohnungen in Montagebauweise



Anteil von Wohnungen in Gebäuden, die in Montagebauweise errichtet wurden in %, 1995

	bis unter	18
	18 bis unter	23
	23 bis unter	28
	28 bis unter	40
	40 und mehr	

Datenbasis: Statistisches Bundesamt, Gebäude- und Wohnungszählung in den neuen Bundesländern und Berlin (Ost) Kreise, Stand 1.1.1996

in den alten Ländern sind ein erheblicher Teil der Mietwohnungsbestände aus den 60er und 70er Jahren im Kontext großer, uniform gestalteter und genormter (Groß-) wohnsiedlungen entstanden. Sie erlangten jedoch bei weitem nicht die Bedeutung, die die Wohnungen in Plattenbauweise für den gesamten Wohnungsbestand in der DDR hatten. Die „Platte“ war für den Wohnungsneubau in der DDR seit 1970 dominierend und wurde damit mehr und mehr das prägende Bestandssegment.

Bevor die typische Plattenbauweise ab 1970 in breitem Umfang zum Einsatz kam, wurden bereits seit den 50er Jahren im Wohnungsneubau der kommunalen Wohnungsverwaltungen und der Genossenschaften überwiegend Typenbauten unter Verwendung industriell vorgefertigter Bauelemente errichtet (sog. Block- oder Streifenbauweise). Sie zählen damit auch zu den Wohnungen in Montagebauweise. Der Haupt-

Tabelle 2
Wohnungsbestand und Bautätigkeit nach Siedlungsstrukturtypen

	Wohnungsbestand 1997	Wohnungsfertigstellungen 1995–1997		
		gesamt	neue Ein- und Zweifamilienhäuser	neue Mehrfamilienhäuser
		je 1 000 EW		
	Wohnungen in Ein- und Zweifamilienhäusern			
	Anteil in %			
Alte Länder	49,7	17,3	7,1	10,0
Kernstädte	22,8	11,9	2,1	9,5
„Umland“	62,1	19,2	8,7	10,4
Ländliche Räume	65,1	21,1	11,4	9,3
Neue Länder	31,1	22,4	8,3	14,0
Kernstädte	9,5	22,2	3,1	19,0
„Umland“	44,7	24,4	11,8	12,4
Ländliche Räume	46,3	18,2	9,2	8,7
Deutschland	45,5	18,4	7,4	10,9
Kernstädte	19,3	14,5	2,4	11,9
„Umland“	58,9	20,1	9,2	10,7
Ländliche Räume	58,8	20,1	10,7	9,1

Quelle: Laufende Raumbewertung des BBR, eigene Berechnungen

anteil liegt aber bei den „klassischen Plattenbauten“.

Die räumliche Verteilung der Wohnungen in Montagebauweise ist ein deutliches Spiegelbild der Wohnungsbautätigkeit in der DDR. Schwerpunkte des Wohnungsbaus waren neben Berlin und den Bezirksstädten als mittlerer räumlicher Ebene der Administration vor allem industriell bedeutende Standorte. Auch die Bezirke im Norden der DDR waren im Zuge des Infrastrukturausbaus und der „nachholenden“ Industrialisierung in der DDR deutlich gegenüber den altindustriell geprägten Regionen im Süden durch eine hohe Wohnungsbautätigkeit begünstigt.

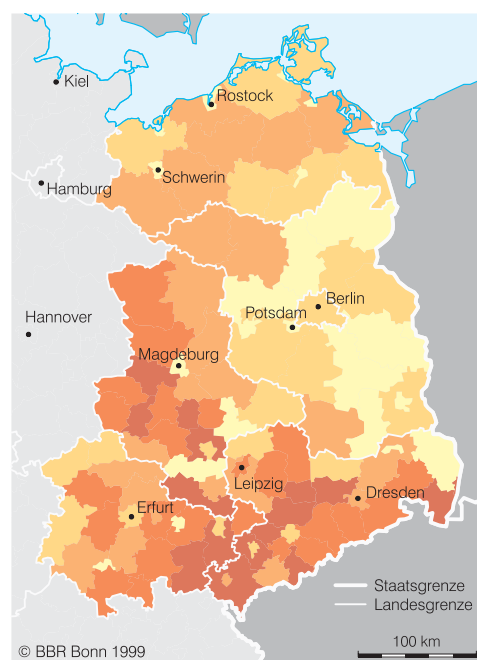
Nachdem der ostdeutsche Wohnungsmarkt in den ersten Jahren der Transformationsphase noch von allgemeiner Wohnungsknappheit geprägt wurde, sind nunmehr in strukturschwachen Regionen durch den anhaltenden Bevölkerungsrückgang teilweise Angebotsüberhänge entstanden. Einige solcher Regionen sind gerade von besonders hohen Anteilen an Plattenbauwohnungen gekennzeichnet (zum Beispiel der Landkreis Uckermark mit der Industriestadt Schwedt, der den höchsten Anteil von Plattenbauwohnungen aufweist). Hier sind die Leerstände in der „Platte“ teilweise so hoch, daß – allerdings unter Anlegung strenger Kriterien – mit öffentlichen Mitteln der Teilabriss („Rückbau“) einiger Plattenbaubestände erfolgt. In Regionen mit höherer Nachfrage stellen die Plattenbauwohnungen aber ein unverzichtbares Potential für die Wohnungsversorgung dar. Hier werden vielfältige, oft innovative Maßnahmen zugunsten der Wohnungsbestände, des Wohnumfeldes und der Infrastruktur dieser Wohnsiedlungen wirksam, um die mittlerweile in einer Konkurrenzsituation zu anderen Wohnungsangeboten stehenden Wohnsiedlungen in Plattenbauweise nachhaltig aufzuwerten und die Bewohnerschaft zu stabilisieren. Einige dieser Projekte sind so ambitioniert und erfolgreich, daß aus einer „Anpassung an Standards in den alten Ländern“ eine eigenständige Strategie geworden ist, die Wohnungsmarkttransformation mit überkommenen Wohnungsbeständen offensiv anzugehen.

Den jeweiligen Schwerpunkten der Wohnungsbaupolitik entsprechend, unterscheidet sich auch die Baualterszusammensetzung des Wohnungsbestandes in den alten und neuen Ländern nach wie vor erheblich. In den neuen Ländern sind die Anteile der

Altbauwohnungen aus den Baujahren bis 1918 mit rund 25 % wesentlich höher als in den alten Ländern. Auch die Baujahrgänge der Zwischenkriegszeit sind in den neuen Ländern stärker vertreten. In den alten Ländern wurde über die Hälfte des heutigen Wohnungsbestandes zwischen 1949 und 1978 gebaut, während sie in den neuen Ländern nur 28 % ausmachen. Hier sind die Baujahrgänge ab 1979 etwas stärker vertreten.

Obwohl sich angesichts der unterlassenen Instandhaltung und Modernisierung die Defizite in der Ausstattung und die Schäden an der Bausubstanz besonders auf die Altbauten konzentrierten und ein enger Zusammenhang zum Gebäudealter bestand, kann der Wohnungsbestand der neuen Länder mit seinem hohen Anteil von Altbauwohnungen keineswegs als überaltert bezeichnet werden (vgl. Tab. 3).

Im Zuge eines technokratisch geprägten Verständnisses wurden die Altbauten während der DDR-Zeit – wie vielfach auch im früheren Bundesgebiet bis in die 70er Jahre



Karte 3
Altbauwohnungen
der Baujahre bis 1918

Anteil der bis zum Baujahr 1918 errichteten Wohnungen in %, 1995

	bis unter	23
	23 bis unter	30
	30 bis unter	37
	37 bis unter	43
	43 und mehr	

Datenbasis: Statistisches Bundesamt, Gebäude- und Wohnungszählung in den neuen Bundesländern und Berlin (Ost) Kreise, Stand 1.1.1996

Tabelle 3
Ausstattung und Modernisierungsstand des älteren Geschloßwohnungsbestandes in den neuen Ländern

Bewohnte Wohnungen	insgesamt	nach Baualter		nach Eigentümer		
		bis 1948	1949–1968	privat	kommunal	genossen- schaftlich
Anteile in %						
Nach Ausstattung 1997						
Küche, Bad, WC, moderne Heizung	73,9	68,4	82,9	80,9	62,4	80,7
Küche, Bad, WC, ohne moderne Heizung	22,1	25,6	16,3	14,5	32,9	18,1
Küche, Bad oder WC fehlen	4,0	5,9	0,8	4,6	4,7	1,1
Nach Modernisierungsstand 1995						
Vollmodernisiert	18,0	14,3	24,7	20,8	12,3	26,5
Grund-/teilmmodernisiert	41,3	36,1	50,5	35,0	38,1	61,2
Unmodernisiert	40,7	49,7	24,8	44,2	49,6	12,3
Nach Modernisierungsstand 1997						
Vollmodernisiert	37,3	31,1	47,4	43,9	27,8	40,7
Grund-/teilmmodernisiert	36,2	34,3	39,3	34,4	31,8	48,6
Unmodernisiert	26,5	34,6	13,2	21,7	40,4	10,6

Datenbasis: BBR Wohnungsbestandspanel für die neuen Bundesländer

hinein – systematisch entwertet. In scharfem Kontrast dazu zeigen die seit 1990 wieder instandgesetzten und modernisierten Altbauten in den neuen Ländern, daß es praktisch keinerlei Grenzen für das Gebäudealter gibt, wenn man nur die Bausubstanz hinreichend instand hält. Dies läßt sich in den neuen Ländern für die älteren Mietwohnungen der Baujahre bis 1968 eindrucksvoll nachvollziehen.

Als Folge der jahrzehntelang auf den Neubau konzentrierten Wohnungspolitik wies 1992 ein Fünftel des Altbaus schwere Gebäudeschäden auf. Besonders betroffen waren die vor 1918 errichteten Gebäude mit einem Anteil von über 25 %. Zugleich bestand ein erhebliches Ausstattungsdefizit. Im gleichen Jahr war ein Viertel des Altbaus ohne Bad oder ohne WC. Die Wohnungen des älteren Neubaus waren in dieser Hinsicht bereits komplett ausgestattet. Eine moderne Heizung (Etagen-, Zentral- oder Fernheizung) fehlte allerdings auch hier noch in zwei Fünfteln der Wohnungen, im Altbau sogar in drei Vierteln.

1997 sind von den älteren Mietwohnungen der Baujahre bis 1968 bereits knapp 74 % voll ausgestattet, d. h. sie verfügten über Küche, Bad, WC und eine moderne Heizung. 22 % der Mietwohnungen hatten noch eine Ofenheizung. Ausgesprochene Substandardwohnungen, bei denen Küche, Bad oder WC in der Wohnung fehlen, sind 1997 nur noch zu 4 % unter den älteren

Mietwohnungen zu finden. Bei den nach 1968 überwiegend in Plattenbauweise gebauten Mietwohnungsbeständen gehört eine Vollausstattung in der Regel zum Standard, ebenso bei den Neubauten seit 1990. Damit ist der Ausstattungsstandard der Wohnungen in den neuen Ländern insgesamt sehr weit vorangeschritten, so daß die weitere Entwicklung in erster Linie von der Modernisierung der Vorkriegswohnungen und der Entwicklung beim selbstgenutzten Eigentum abhängt.

Die Erneuerung des Wohnungsbestandes und die Qualität des Wohnungsangebotes bemißt sich aber nicht nur nach der Ausstattung der Wohnungen. Neben den unmittelbar wohnungsbezogenen Ausstattungsmerkmalen wurden viele Wohnungen und Gebäude nicht nur einer Grundinstandsetzung unterzogen, sondern es wurden auch Modernisierungen vorhandener Bauteile vorgenommen (Wärmedämmung, Einbau neuer Fenster und Türen, Erneuerung der Sanitär- und Elektroinstallation usw.). In die Modernisierungstätigkeit einbezogen wurden nicht nur die Altbauwohnungen mit Ausstattungs- und Instandhaltungsdefiziten, sondern auch jüngere Bestände, vor allem der Nachkriegszeit und die Plattenbauwohnungen.

Die wichtigsten Instrumente, mit denen die Instandsetzung und Modernisierung der Wohnungsbestände in den neuen Ländern gefördert wurden, sind der in seiner Ausge-

staltung speziell auch auf den Bestandserhalt ausgerichtete soziale Wohnungsbau, das Wohnraummodernisierungsprogramm der bundeseigenen Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) sowie die umfangreichen steuerlichen Vergünstigungen im Rahmen des Fördergebietgesetzes, insbesondere die Sonderabschreibungen. Alleine durch das KfW-Wohnraummodernisierungsprogramm, das eine enorme Breitenwirkung entfaltet hat, wurden über 3,3 Mio. Wohnungen instandgesetzt oder modernisiert, was ungefähr der Hälfte des gesamten Wohnungsbestandes entspricht.

Auch rund zehn Jahre nach Beginn der Wohnungsmarkttransformation werden sowohl der Wohnungsneubau als auch die Modernisierung der Wohnungsbestände in den neuen Ländern in besonderer Weise gefördert, obwohl sich partiell deutliche Angebotsüberhänge zeigen. Allerdings liegt der Schwerpunkt der Förderung nun eindeutig bei den Bestandsinvestitionen. Hierzu wird unter anderem das KfW-Wohnraummodernisierungsprogramm weiter fortgeführt. Mit der auf Investitionszulagen umgestellten Förderung werden gerade die Bestandsinvestitionen der Eigentümergruppen besonders begünstigt, die den größten Teil der bislang vernachlässigten Wohnungsbestände auf sich vereinigen.

Die durchgreifende Verbesserung des Wohnungsangebots war nur durch die massive Förderung von Bund und Ländern mittels einer ganzen Reihe von Instrumenten möglich. Dadurch – und dies ist durchaus als eine Besonderheit des Transformationsprozesses in den neuen Ländern im Vergleich zu anderen Transformationsstaaten Ostmitteleuropas zu werten – wird die Wohnungsmarkttransformation auch von angebotsorientierten Strategien getragen, die um nachfrageorientierte Instrumente ergänzt werden. Dies bedeutet im Ergebnis, daß von der Qualität des Wohnungsangebotes her die Grundlagen für eine Verbesserung der Wohnsituation in einer großen Breite gegeben sind.

Untersuchungen zur Veränderung der Wohnungsbelegung in verschiedenen Wohnungsteilmärkten und zur Versorgung verschiedener Haushaltstypen mit Wohnungen zeigen, daß es in Folge der Eigentumsumschichtungen und der Modernisierungstätigkeit sowie daraus resultierender Mietsteigerungen einerseits selektive Prozesse der Belegung gibt, bei der ökonomisch benachteiligte Haushalte auf



Marktgasse Meißen 1994
und 1998

schlechter ausgestattete Wohnungen verwiesen werden. Andererseits läßt sich aber auch beobachten, daß aufgrund der durch die Förderung erreichten Breite der Modernisierungstätigkeit das gesamte Spektrum der Haushalte an der Verbesserung der Wohnungsqualität partizipiert.

Das Problem des Wohnungsbestandes in den neuen Ländern besteht damit keineswegs in einer generellen Überalterung. Es zeichnet sich vielmehr ab, daß in den neuen Ländern noch längere Zeit eine Spaltung des Wohnungsangebotes in grundlegend modernisierte Bestände aus allen Baualterklassen und in nach wie vor unmodernisierte Bestände mit teilweise schwerwiegenden Gebäudeschäden weiterbestehen wird. Solche Wohnungsbestände sind zu meist Altbauten der ältesten Baualterklasse mit einem besonders hohen Instandsetzungs- und Modernisierungsaufwand, bei denen die notwendigen Investitionen auch



Büttner Straße,
Görlitz, 1990 und 1998

mit der staatlichen Förderung nicht zu stimulieren sind. Aber auch ein Teil der Plattenbauwohnungen wird hierzu gehören.

Charakteristisch für den Transformationsprozeß am Wohnungsmarkt der neuen Länder ist eine rasche Veränderung sowohl der Qualität des Wohnungsangebotes als auch der individuellen Nachfragesituation. Hierzu gehört auch der Dualismus zwischen den modernisierten und unmodernisierten Wohnungsbeständen und ihrer Belegung sowie eine deutliche Veränderung von Nachfragepräferenzen. In den alten Ländern hat sich in einem jahrzehntelangen Prozeß ein Wohnungsangebot herausgebildet, dass durch eine Vielzahl von Über-

gangsstadien zwischen „alt“ und „modernisiert“ charakterisiert werden kann.

Angesichts seiner Langlebigkeit ist der vorhandene Gebäude- und Wohnungsbestand nämlich insbesondere unter marktförmigen Bedingungen einer Bewertung im Sinne von Produktzyklen unterworfen; darüber hinaus ist die Abfolge von Modernisierungen auch Ergebnis einer begrenzten Lebensdauer bestimmter Bauteile. So sind in den alten Ländern die komplett, aber einfach ausgestatteten Wohnungen aus der Wiederaufbauphase der 50er Jahre in einfacher Wohnlage an „normale“ Mittelschichtshaushalte ohne größere Investitionen kaum noch zu vermieten. In den neuen Ländern wiederum werden nunmehr vollmodernisierte Wohnungen in innerstädtischen Altbauquartieren angeboten, die jetzt am Anfang eines neuen Produktzyklus stehen, da zum einen die wichtigsten Bauteile physisch total erneuert sind (z. B. neueste Heizungsanlagen und Wärmeschutz) und zum anderen die oft großzügigen Grundrisse und die ansprechende Architektur der Gründerzeit verbunden mit den städtebaulichen Qualitäten genau den Geschmack und die Bedürfnisse vieler Haushalte treffen. Gerade bei der Modernisierung des ostdeutschen Wohnungsbestandes als einem zentralen Teil des gesamten Transformationsprozesses wird deutlich, wie aus einer angeblichen „Überalterung“ eine rundum modernisierte Struktur wird, weil neue Produktzyklen in Gang gebracht werden.

Es ist aber durchaus zu erwarten, daß hinsichtlich der Ausstattung und der Modernisierung des Wohnungsbestandes sehr bald eine Angleichung zwischen Ost und West sowie Überholeffekte eintreten werden. Bei der Versorgung mit Wohnfläche und der Eigentumsbildung wird dieser Angleichungsprozeß, angesichts der geringeren Kaufkraft im Osten, dagegen wohl noch längere Zeit dauern. Langfristig wird auch die Heterogenität des Wohnungsangebotes in den neuen Ländern zunehmen, wenn man einmal von einigen Regionen mit besonders dominanten Bestandsstrukturen abieht.

Wohnungsversorgung

Die Wohnungsversorgung der Bevölkerung der DDR unterschied sich 1989/1990 im Vergleich zu derjenigen in den alten Ländern durch:

- weitaus kleinere Wohnungen,
- weitaus geringere Pro-Kopf-Wohnflächen,
- schlechter ausgestattete Wohnungen,
- einen weitaus geringeren Anteil von Eigentümerhaushalten,
- einen höheren Anteil von Mieterhaushalten in Geschoßwohnungen und
- eine sehr viel niedrigere Miete.

Die Wohnungsmarktentwicklung in den alten Ländern zeigt, daß Wohnungsversorgung mit sich wandelnden Ansprüchen und Erwartungen an das Gut Wohnung verbunden ist, was allgemein mit dem Lebenszykluskonzept erklärt werden kann (vgl. Übersicht 1).

Während die noch kinderlosen Singles und Paare deutliche Präferenzen an den Standort bezüglich seiner Zentralität haben, sind die Paare mit Kindern an ruhigeren Wohnstandorten und einem praktisch-komfortablen Heim interessiert. Mit zunehmendem Alter wächst das Beharrungsvermögen: Man möchte die vertraute Umgebung nicht mehr wechseln.

Aufgrund der sich wandelnden Ansprüche und Präferenzen ergeben sich mehrere Umzugsvorgänge, die Mobilität der Haushalte ist dementsprechend hoch.

Für die ehemalige DDR mit einer zentralistisch geregelten Wohnungspolitik waren Wohnraumsprüche nur normativ fixiert über die Haushaltsgröße. Bei der Wohnungsvergabe wurden Haushalte bevorzugt, die folgende Attribute erfüllten: jung, verheiratet, mit Kindern.

Die Versorgung mit Wohnraum erfolgte somit vor dem Hintergrund eines sich einmalig definierenden und sich dann nicht mehr ändernden Anspruchs auf eine Drei- bzw. Vier-Raum-Wohnung. Idealisiert kann die Wohnraumversorgung folgendermaßen gekennzeichnet werden (vgl. Übersicht 2).

Verheiratete Paare mit einem Kind waren mit der Zuweisung einer Drei-Raum-Wohnung (Zentralheizung, Warmwasser) versorgt. Weitergehende Ansprüche bezüglich Wohnungsgröße, Wohnstatus, Wohnumfeld und Standort wurden negiert. Demzufolge belegen zu Beginn der 90er Jahre zwei Drittel der Haushalte gemietete Wohnungen in

Familien-Lebensphase	Wohnstatus	Gebäudealter	Bevorzugter Standort
Single	kleine Mietwohnung	alt	Innenstadt
noch kinderloses Ehepaar	Mietwohnung	alt	Innenstadt
Ehepaar mit Kleinkindern	gemietetes Haus	ziemlich neu	mittlerer und äußerer Ring der Kernstadt
Ehepaar mit Schulkindern	eigenes Haus	neu	Stadttrand oder Vororte
wieder kinderloses Ehepaar	eigenes Haus	noch neu	Vororte
Alter	eigenes Haus	noch neu	Vororte

Übersicht 1

Wohnansprüche nach dem Lebenszykluskonzept

Gebäuden mit drei und mehr Wohnungen (vgl. Abb. 2).

In den alten Ländern leben dagegen nur etwa die Hälfte der Haushalte in Geschoßwohnungen, wobei Singles und Zwei-Personen-Haushalte häufiger, Haushalte mit drei und mehr Personen¹ eher seltener Geschoßwohnungen belegen. Die Theorie des Familien-Lebenszyklus wird hier empirisch untermauert.

Für die neuen Länder ist festzustellen, daß der Anteil von Haushalten, die in Ein- und Zweifamilienhäusern leben, zwar mit der Haushaltsgröße zunimmt, aber nur bei sehr großen Haushalten die 50 %-Marke übersteigt. Sowohl Singles als auch Paare und Familien wohnen mehrheitlich in Geschoßwohnungen, wobei Plattenbauwohnungen die Wohnform für ein Viertel der Bevölkerung der DDR ist. In manchen Städten erreicht der Anteil von Plattenbauwohnungen 75 % und mehr.

Da die Wohnfläche von Ein- und Zweifamilienhäusern 100 m² nicht unterschreitet, die Geschoßwohnungen in der Regel nur

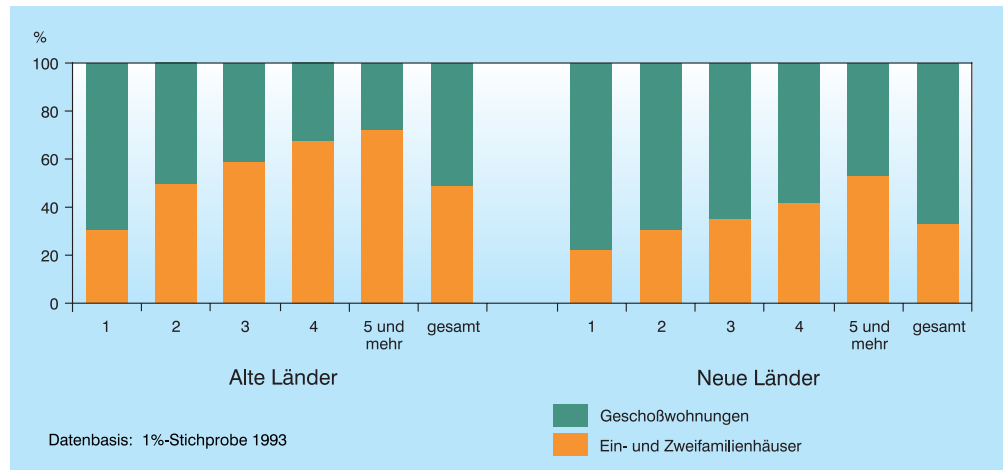
(1) Dahinter stehen in der Regel Familien.

Übersicht 2

Idealtypische Wohnraumversorgung in der DDR

Haushalt	Wohnstatus	Wohnungsgröße	Gebäudealter
jung, noch nicht verheiratet	bei den Eltern	beliebig	beliebig
jung, verheiratet, Kinder	Mietwohnung	3-bis 4-Raum	neu
restliche Haushalte	Mietwohnung	beliebig, nur wenig Ein-Raum-Wohnungen	alt

Abbildung 2
Haushalte nach der
Haushaltsgröße
in Wohngebäuden 1993



zwischen 60 und 80 m² groß sind, ist der Unterschied im Wohnstatus im Ost-West-Vergleich mit entscheidend für die unterschiedliche Inanspruchnahme von Wohnfläche.

Wohnflächen

Die Unterschiede in der Größe der Wohnungen sind dann besonders hoch, wenn Bestände verglichen werden, die zu Zeiten der Teilung gebaut wurden. Im Gesamtdurchschnitt ist demgegenüber auch der Altbau bis Baujahr 1948 berücksichtigt, der auf der Basis des einheitlichen Wirtschaftsraumes vor der Teilung entstanden ist.

Die kurz vor Mauerfall gebauten Mietwohnungen in der DDR sind zu über drei Viertel kleiner als 60 m². 60 bis unter 80 m² groß sind gut 20 % der Wohnungen, größere Wohnungen mit 80 m² und mehr wurden kaum mehr erstellt. Dagegen sind die Mietwohnungen, die in den alten Ländern zu dieser Zeit gebaut wurden, zu jeweils ca. einem Drittel unter 60 m², 60 bis unter 80 m² oder größer als 80 m² (vgl. Abb. 3).

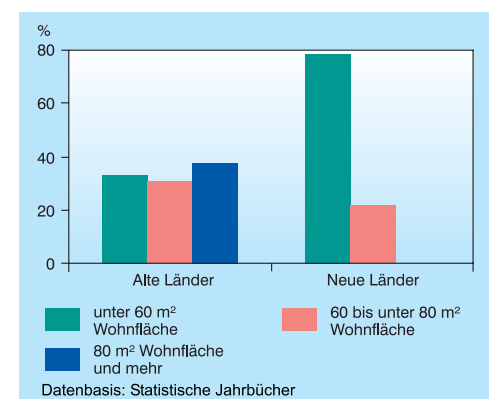
Nach der amtlichen Statistik hatten die Wohnungen auf dem Gebiet der ehemaligen DDR im Jahre 1989 eine durchschnittliche Größe von 64,3 m², was eine Pro-Kopf-Wohnfläche von 27,4 m² bedeutete. Im Vergleich dazu lag die Pro-Kopf-Wohnfläche in den alten Ländern 1987 bei 35,5 m², die durchschnittliche Wohnungsgröße bei 86 m².

Die Größe der Wohnung und die Pro-Kopf-Wohnfläche sind in den neuen Ländern seit 1989 deutlich angestiegen. Die Steigerungsraten belaufen sich im Zeitraum von 1989 bis 1998 auf 14,3 bzw. 22,6 %. Abbildung 4 macht aber auch deutlich, daß im selben Zeitraum die Wohnflächenversorgung auch

in den alten Ländern weiter gestiegen ist, und zwar um 5,9 % bei der Wohnungsgröße und um 15,8 % beim Pro-Kopf-Konsum. Der Abstand zwischen den alten und neuen Ländern konnte deswegen nur geringfügig verringert werden. Erreichte die durchschnittliche Wohnungsgröße in den neuen Ländern 1989 nur knapp 75 % des Wertes in den alten Ländern, so liegt die Anpassungsquote 1998 bei knapp 81 %. Ähnlich entwickelte sich auch der Niveauunterschied bei der Pro-Kopf-Wohnfläche. 1989 lag der Wert in den neuen Ländern bei 77 % des entsprechenden Wertes der alten Länder, 1998 bei 82 %.

Aufgrund des langsamen Anpassungstempos ist keine rasche Angleichung der Wohnflächenversorgung zwischen den alten und neuen Ländern zu erwarten. Dieser anhaltenden Disparität liegen vor allem strukturelle Verschiedenheiten zugrunde, so z. B. eine unterschiedliche Siedlungsstruktur, ein abweichendes Verhältnis zwischen Mieter- und Eigentümerhaushalten oder eine

Abbildung 3
Größenstruktur des Mietwohnungsneubaus
1984–1987



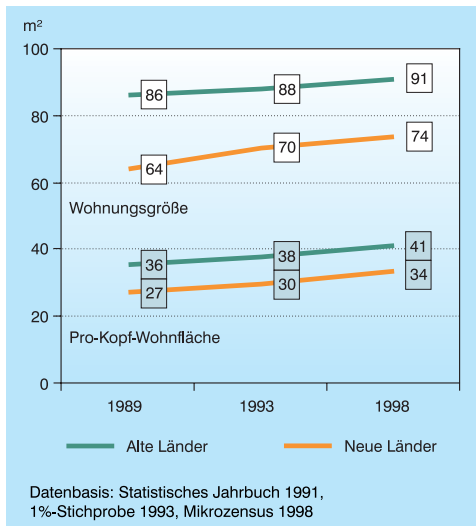


Abbildung 4
Wohnungsgröße und Pro-Kopf-Wohnfläche 1989, 1993 und 1998

unterschiedliche Haushaltsgrößenstruktur. Bereinigt man die Wohnflächenversorgung um diese Struktureffekte, so ergeben sich modifizierte Annäherungswerte zwischen Ost und West.

Haushaltsgrößenstruktur

Die Abbildung 5 gibt die Entwicklung der Haushaltsgrößen zwischen 1990 und 1998 getrennt nach alten und neuen Ländern wieder. Sie verdeutlicht, daß sowohl in West- als auch in Ostdeutschland kleine Haushalte dominieren. Bereits 1990 waren fast zwei Drittel der Haushalte Ein- und Zwei-Personen-Haushalte. Bis 1998 ist eine weitere Zunahme zu verzeichnen.

Deutlich zu erkennen ist die Annäherung der Haushaltsgrößenstruktur der neuen Länder an die der alten Länder. Vor allem die Zunahme kleiner Haushalte und die Abnahme von Haushalten mit drei und mehr Personen sind Zeichen einer Angleichung, wobei der Anteil von Zwei-Personen-Haushalten in den neuen Ländern bereits höher liegt. Die Abbildung 5 läßt auch die Hypothese zu, daß die Angleichung bereits abgeschlossen wäre, wenn in den alten Ländern seit 1990 keine weitere Entwicklung stattgefunden hätte. Die Anteilswerte der verschiedenen Haushaltsgrößen in den neuen Ländern 1998 ähneln frappierend den Angaben für die alten Länder zum Zeitpunkt 1990. Ausnahmen bilden die Zwei-Personen- und die Fünf-und-mehr-Personen-Haushalte.

Da die Pro-Kopf-Wohnfläche bei kleinen Haushalten deutlich höher liegt als bei großen, wirken sich Verschiebungen in der Struktur der Haushaltsgröße automatisch auf den personenbezogenen Wohnflächenkonsum aus.

Eigentümerquote

In der DDR war die Eigentümerquote aus ideologischen Gründen sehr gering. Ein- und Zweifamilienhäuser wurden in den 40 Jahren DDR nur in bescheidenem Umfang gebaut. Dagegen breitete sich im früheren Bundesgebiet die Auffassung vom Wohnen in den eigenen vier Wänden vor allem im ländlichen Raum bereits in den 50er Jahren aus. Staatliche Interventionen zum Erreichen einer höheren Eigentümerquote erfolgten bis heute mit unterschiedlichem Erfolg. Die 1996 eingeführte Eigenheimzulage, in deren Rahmen alle Bevölkerungsschichten progressionsunabhängig mit gleichhohen staatlichen Finanzmitteln beim Bau oder Kauf von Eigentum unterstützt werden, erreicht vor allem Haushalte mit geringerem Einkommen. Damit bestehen günstige Rahmenbedingungen für die Erhöhung der Eigentumsquote in den neuen Ländern, was sich auch an der sehr ho-

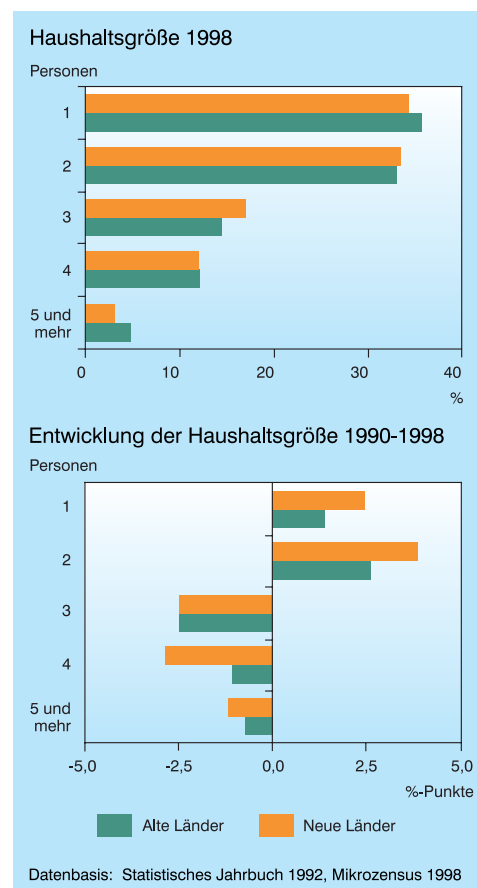


Abbildung 5
Entwicklung der Haushalte nach der Zahl der Personen

hen Inanspruchnahme dieser Fördermittel zeigt. Begünstigend wirken auch die niedrigeren Bodenpreise, höhere Anteile von ländlichen Räumen sowie die starke Konkurrenz internationaler Anbieter auf den regionalen Wohnungsmärkten.

Die Eigentümerquote der neuen Länder hat sich zwischen 1993 und 1998 bereits von 24,1 auf 29,4 % erhöht. Im gleichen Zeitraum ist die Quote in den alten Ländern von 44,1 auf 46,9 % gestiegen, was angesichts niedriger Zinsen, eines hohen Anteils von Babyboomer-Haushalten und stagnierender Baupreise ein eher bescheidener Anstieg ist.²

Der Anstieg der Eigentümerquote ist in den neuen Ländern in erster Linie auf die Eigentumsbildung von Familien zurückzuführen (vgl. Abb. 6). Seit 1993 hat sich der Abstand zu den alten Ländern bei Drei-Personen-Haushalten um mehr als ein Drittel, bei den Vier-Personen-Haushalten fast um die Hälfte reduziert. Dagegen ist der Unterschied in der Eigentümerquote bei Zwei-Personen-Haushalten nur unwesentlich geringer geworden, bei Single-Haushalten hat sich der Abstand zwischen Ost und West sogar vergrößert.

Aufgrund der stärkeren Zunahme von Ein- und Zwei-Personen-Haushalten hat die starke Eigentumsbildung der größeren ostdeutschen Haushalte nur eine abgeschwächte Wirkung auf die generelle Entwicklung der Eigentumsquote in den neuen Ländern.

Pro-Kopf-Wohnflächen nach Haushaltsgröße und Wohnstatus

Die Haushaltsgröße und der Wohnstatus – Eigentümer- oder Mieterhaushalt – haben sich in den Jahren nach dem Mauerfall in den neuen Ländern somit stark verändert. In manchen Teilbereichen ist eine Angleichung an die alten Länder sehr weit vorangeschritten. Vor diesem Hintergrund ist eine weitere Wohnflächenanalyse nach diesen Strukturgrößen sinnvoll, um davon unabhängig Anpassungseffekte erkennen zu können.

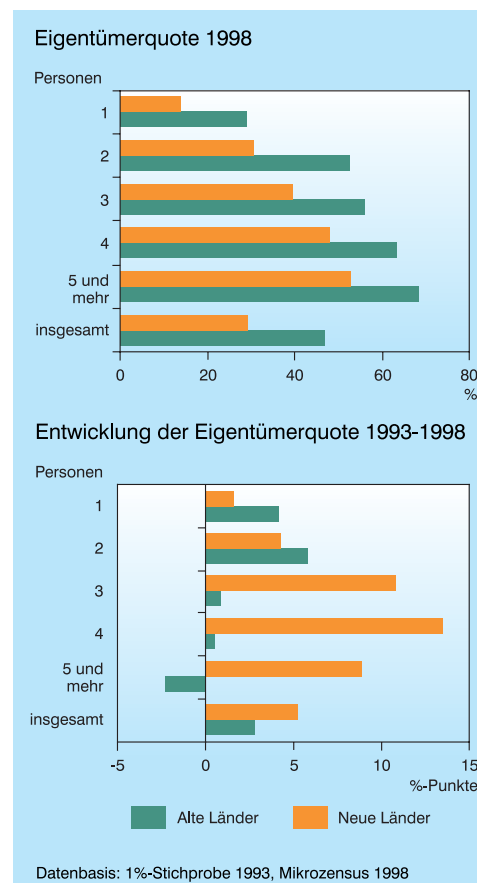
Die Abbildung 7 zeigt die Wohnflächeninanspruchnahme der Haushalte in den alten und neuen Ländern, differenziert nach Größe und Wohnstatus. Für beide Teilgebiete gilt, daß die Pro-Kopf-Wohnfläche mit größer werdendem Haushalt deutlich sinkt. Weiterhin ist festzustellen, daß Mieterhaushalte weniger Fläche je Haushaltsmitglied zur Verfügung haben als Eigentümerhaushalte. Der Abstand zwischen Mieter- und Eigentümerhaushalten ist über alle Haushaltsgrößen im Ost-West-Vergleich ähnlich hoch. Er ist bei Ein-Personen-Haushalten am deutlichsten ausgeprägt und verringert sich mit zunehmender Haushaltsgröße. Dies gilt für die alten und neuen Länder gleichermaßen.

Der Ost-West-Unterschied ist 1998 bei Eigentümern etwas höher als bei Mietern. Im Schnitt haben Eigentümerhaushalte in den alten Ländern etwa 23 % mehr Wohnfläche pro Kopf zur Verfügung, während dieser Vergleichswert bei Mieterhaushalten bei 20,6 % liegt. Bei einer Differenzierung nach der Haushaltsgröße liegt der Wert nie über 20 %, er schwankt zwischen 14 und 20 %. Der größere Abstand im Gesamtdurchschnitt ist deswegen auf den größeren Anteil von Single-Haushalten im Westen zurückzuführen, die den Durchschnittswert nach oben ziehen.

Im Vergleich zu den Ergebnissen der 1 %-Stichprobe von 1993 zeigt sich, daß vor allem in Westdeutschland bei den kleineren Eigentümerhaushalten ein Anstieg des Pro-Kopf-Wohnflächenkonsums zu verzeich-

(2)
Neue Länder inkl. Gesamt-Berlin, Basis: Eigentümerhaushalte gegenüber Hauptmieterhaushalten

Abbildung 6
Entwicklung
der Eigentümerquote
nach der Haushaltsgröße



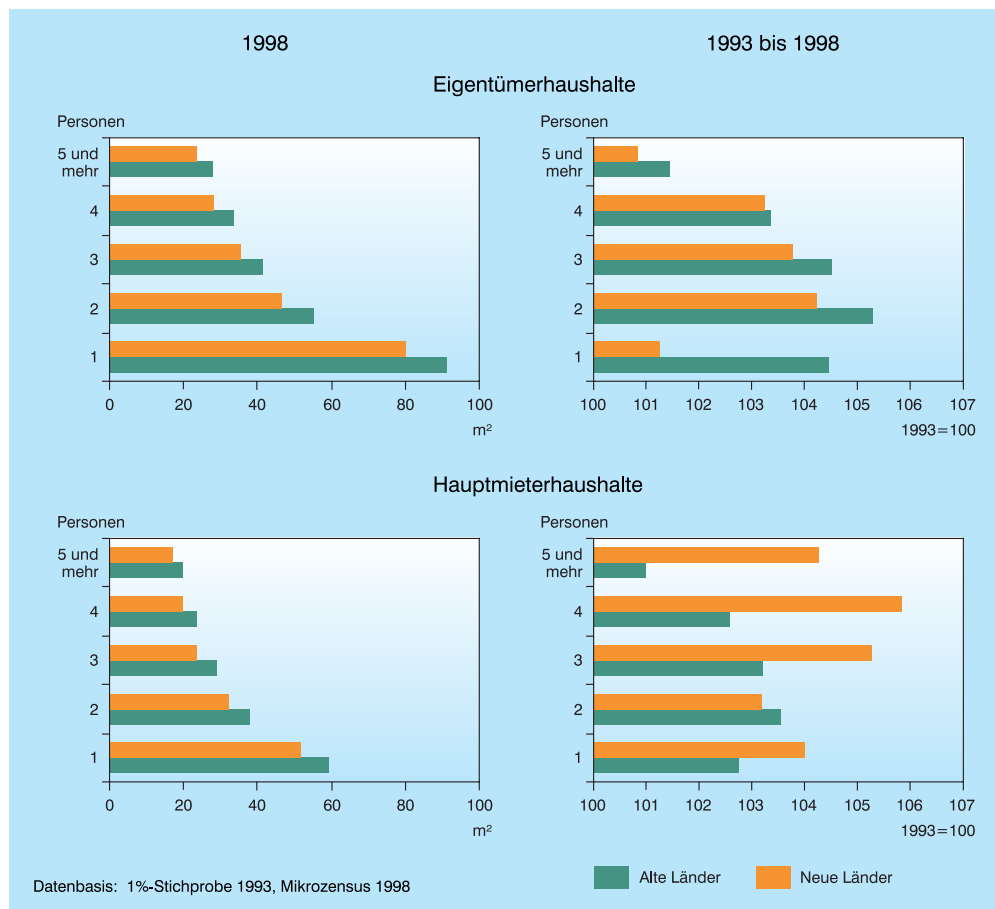


Abbildung 7
Entwicklung der
Pro-Kopf-Wohnfläche
nach Wohnstatus und
Haushaltsgröße 1993–1998

nen ist. Vor allem Paare haben hier die höchsten Zuwächse. Dagegen verringert sich der Wohnflächenzuwachs bei Eigentümerhaushalten mit drei und mehr Personen deutlich. Bei ganz großen Haushalten ist eine Stagnation erkennbar. Für die Mieterhaushalte ist insgesamt eine verlangsamte Entwicklung der Wohnflächen-Inanspruchnahme erkennbar. Vor allem die kleineren Mieter-Haushalte realisieren weit geringere Zuwächse an Wohnfläche als vergleichbare Eigentümerhaushalte.

Im Gegensatz dazu ist die Entwicklung in Ostdeutschland durch starke Wohnflächenausweitung bei großen Mieterhaushalten gekennzeichnet. Vor allem Drei- und Vier-Personen-Haushalte haben Zuwächse von über 5 % zu verzeichnen. Diese Zunahme ist weitaus stärker als in den alten Ländern, so daß für Mieterhaushalte der Abstand in der Wohnflächenversorgung zwischen Ost und West abgenommen hat. Dagegen sind die Zuwächse der ostdeutschen Eigentümerhaushalte eher verhalten. Der Unterschied zwischen Ost und West hat im wesentlichen bei den kleineren Haushalten zugenommen.

In den neuen Ländern führt der Angebotsüberhang auf dem Mietwohnungsmarkt zu Wahlmöglichkeiten der Mieterhaushalte, die zunehmend sanierte Altbauten oder Neubauten der 90er Jahre gegenüber den Plattenbauwohnungen mit ihren geringen Wohnflächen bevorzugen. Die starken Wohnflächenzuwächse zeigen auch, daß die überhitzten Neuvermietungen zu Beginn der 90er Jahre einer marktgerechten Einordnung gewichen sind.

In den neuen Ländern ist zwar eine wachsende Nachfrage nach freistehenden Häusern oder Reihenhäusern vorhanden. Aufgrund unsicherer wirtschaftlicher Rahmenbedingungen (Arbeitsplatzsicherheit, Nettolohnentwicklung etc.) wird aber ein weitreichendes kosten- und flächensparendes Bauen akzeptiert. Aus diesem Grunde wird der Abstand zwischen West und Ost im Eigenheimsektor eher größer. Studien zum Eigentumserwerb in den neunziger Jahren belegen, daß der Wohnflächenkonsum in den neuen Ländern sowohl beim Neuerwerb mit 115 m² als auch beim Gebrauchtenerwerb (88 m²) deutlich geringer als in den alten Ländern ist (135 bzw. 115 m²). Kleine-

re Objekte und niedrigere Bodenpreise sowie eine höhere Anbieterkonkurrenz führen dazu, daß in Ostdeutschland die Aufwendungen für den Erwerb eines Neubaus nur etwa 83 % des entsprechenden Wertes der alten Länder ausmachen.

Mietentwicklung und Mietbelastung

1990 bestanden in den neuen Ländern historisch niedrige Mieten. Aus politisch-ideologischen Gründen wurden sie im Verlauf der Geschichte der DDR auf einem unrealistisch niedrigen Niveau gehalten, wodurch eine Kostendeckung für die Eigentümer auch nicht annähernd erreicht werden konnte.

Allen Akteuren der Wohnungspolitik war daher klar, daß die DDR-Mieten schrittweise an die „Marktmieten“ des früheren Bundesgebietes angeglichen werden mußten. Dies geschah über eine Reihe von Verordnungen, aufgrund derer die Grundmieten von zunächst unter 1 DM auf gut 4 DM (1994) und 5–6 DM (1996) stiegen.

Neben den eigentlichen Kosten für das Anmieten einer Wohnung sind auch die Nebenkosten zur Bewirtschaftung der Gebäude ständig angestiegen. Die kalten Betriebskosten (vor allem Müll, Wasser, Abwasser, Straßenreinigung) haben sich in den neuen Ländern beispielsweise von 1992 1,40 DM je m² auf 1996 1,79 DM je m² verändert. Zusammen mit der Nettokaltmiete ergeben sie die Bruttokaltmiete (die Kosten für das Wohnen ohne Heizung und Warmwasser), die mittlerweile einen Wert von knapp unter 9 DM erreicht hat. Ende 1998 wird in den alten Ländern eine durchschnittliche Bruttokaltmiete je m² Wohnfläche von 10,59 DM erreicht; in den neuen Ländern 8,83 DM, was knapp 84 % des Wertes der alten Länder entspricht.

Die absolute Bruttokaltmiete beläuft sich in den alten Ländern im Durchschnitt auf 753 DM, was einer Mietbelastung von 24,6 % des Haushaltsnettoeinkommens entspricht. In den neuen Ländern beträgt der durchschnittliche Bruttokaltmietzins 573 DM (Mietbelastung 23,0 %). Für den Wohnungsbestand, der in den letzten beiden Jahren neu belegt wurde, ergeben sich Bruttokaltmieten von 11,28 DM (alte Länder) bzw. 9,47 DM je m² (neue Länder) Wohnfläche bzw. ist die Mietbelastungsquote dieser Haushalte (26,4 % für die alten Länder und 27,6 % für die neuen Länder)

nun bereits höher als im Westen. Sie müssen bei aktuellen Einzügen mittlerweile mehr als ein Drittel ihres monatlichen Haushaltsnettoeinkommens für die Miete und die kalten und warmen Nebenkosten aufwenden.

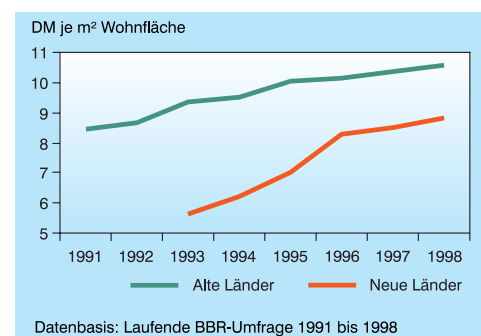
Entwicklung der Bruttokaltmiete in den 90er Jahren

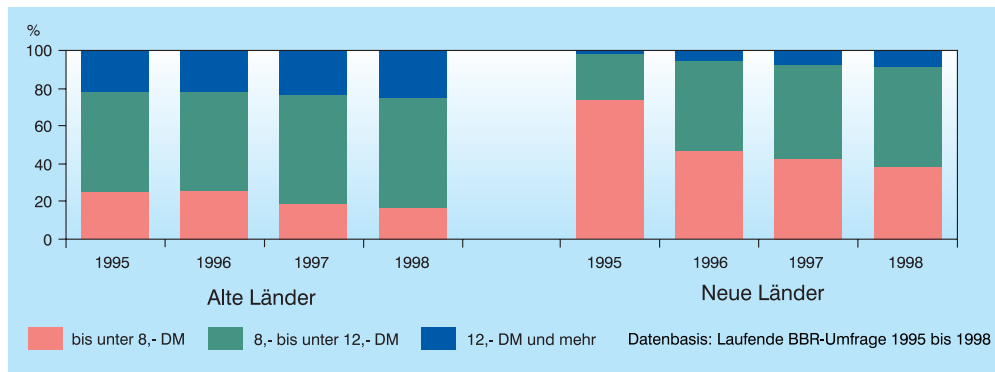
Bis Mitte der 90er Jahre stieg die Bruttokaltmiete je m² Wohnfläche in den alten Ländern im jährlichen Schnitt um 4,7 %, wobei die BBR-Umfrage für den Zeitpunkt 1992 zu 1993 sogar eine Steigerung von 8 % erfaßt hat. Seit 1996 fällt der Anstieg moderater aus, im Schnitt ist eine jährliche Steigerung von 1,8 % zu erkennen.

Für die neuen Länder ist eine von der Tendenz her ähnliche Entwicklung festzustellen, wobei die Trendwende erst 1997 und damit um ein Jahr verschoben eingetreten ist. Zudem fielen die Mietsteigerungsraten bis 1996 deutlich höher als in den alten Ländern aus. Im Schnitt stiegen die Quadratmetermieten Bruttokalt in den neuen Ländern von 1993 bis 1996 jährlich um 15 %. Von 1996 bis 1998 lassen sich Steigerungsraten von jährlich 3,4 % feststellen (vgl. Abb. 8). Es ist allerdings zu bedenken, daß die Verbesserung des Wohnstandards in den neuen Ländern in einem beachtlichen Tempo vonstatten gegangen und auch noch aktuell zu beobachten ist. Die überdurchschnittlichen Mietsteigerungen der letzten Jahre müssen deswegen vor dem Hintergrund dieser Qualitätsverbesserung gesehen werden.

Auf der Grundlage der Entwicklung der Bruttokaltmieten in den 90er Jahren lassen sich Aussagen über die weitere Angleichung der Mieten zwischen Ost und West treffen. Bei weiterhin dynamischem Verlauf der Mieten in Ostdeutschland wird bereits ab

Abbildung 8
Entwicklung der Bruttokaltmieten



Abbildung 9
Verteilung der Bruttokaltmieten 1995–1998

den Jahren 2000/2001 eine deutliche Angleichung der Mieten vollzogen sein, und spätestens ab 2002/2003 sind ähnliche Mietniveaus für beide Teile Deutschlands zu erwarten.

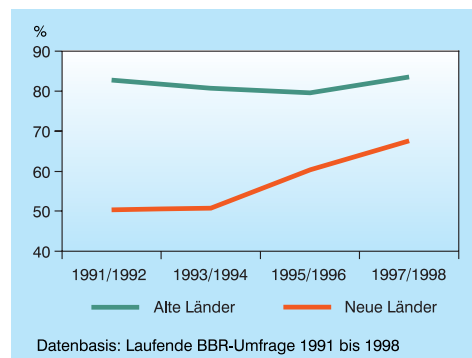
Bei verlangsamttem Verlauf der Mietentwicklung in Ostdeutschland ist prinzipiell von einem Fortbestand der unterschiedlichen Mietniveaus auszugehen. Allerdings deutet der immer noch bestehende Modernisierungsbedarf bei den Altbauten darauf hin, daß eine stetig überdurchschnittliche Mietentwicklung in Ostdeutschland wahrscheinlicher als eine Stagnation erscheint.

Zudem weisen die Einbrüche bei den Fertigstellungszahlen im Geschloßwohnungsbau daraufhin, daß ein Ende des Wohnungsmarkt-Zyklus mit einem aktuell bestehenden Angebotsüberhang zu erwarten ist und eine neue Wohnungsknappheit die Mietentwicklung dynamisieren wird.

Für eine rasche Angleichung spricht auch, daß der Anteil günstiger Mieten (bis unter 8 DM Bruttokalt) in Ostdeutschland seit 1995 von knapp 75 % auf 1998 38 % gesunken ist. Demgegenüber stieg der Anteil von eher teuren Mieten (ab 12 DM) im selben Zeitraum von 1,5 % auf knapp 9 % (vgl. Abb. 9). Im Vergleich dazu ist in Westdeutschland der Anteil günstiger Mieten (unter 8 DM je m² Wohnfläche) von 1995 25,1 % auf 1998 15,8 % gesunken, während der Anteil teurerer Mieten von 21,9 auf 25,7 % gestiegen ist.

Wohnzufriedenheit, Mobilität und Segregationserscheinungen

In den neuen Ländern hat der Modernisierungsschub im Wohnungsbestand einen Sprung in der Wohnzufriedenheit gebracht. Während in den alten Ländern die Zufriedenheit mit der Ausstattung der Wohnung bei gut 80 % stagniert, ist in den neuen Ländern die zu Beginn der 90er Jahre herr-

Abbildung 10
Zufriedenheit mit der Wohnungsausstattung

schende Unzufriedenheit der Mieter über die Ausstattung ihrer Wohnung deutlich zurückgegangen. Mittlerweile empfinden knapp 70 % der befragten ostdeutschen Haushalte die Ausstattung als ausreichend (vgl. Abb. 10).

Neben der mangelhaften Ausstattung der Wohnung bildete auch die geringe Wohnungsgröße ein Charakteristikum der DDR-Wohnungsversorgung. Aufgrund der hohen Mobilität hat sich die Wohnflächenversorgung inzwischen aber verbessert, wobei der Abstand zu den alten Ländern noch nicht ausreichend verringert werden konnte. Diese Verbesserung zeigt sich vor allem in der Beurteilung der Wohnungsgröße (vgl. Abb. 11).

Dort, wo Erneuerungsmaßnahmen erfolgt sind, zeigen sie auch eine deutliche Wir-

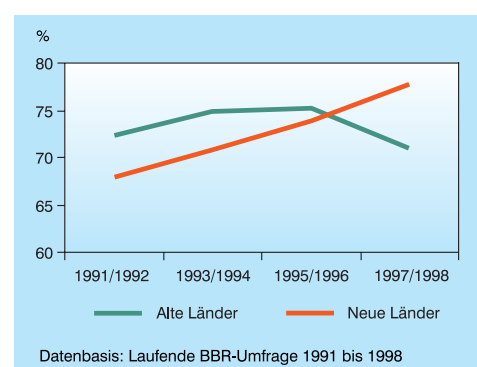
Abbildung 11
Zufriedenheit mit der Wohnungsgröße

Abbildung 12
Beurteilung der Miete
als angemessen

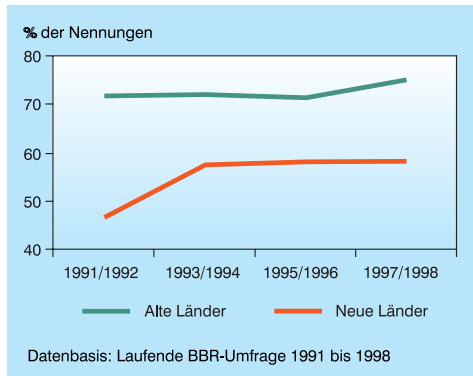


Abbildung 13
Entwicklung ausgewählter
Auszugsmotive
in den neuen Ländern

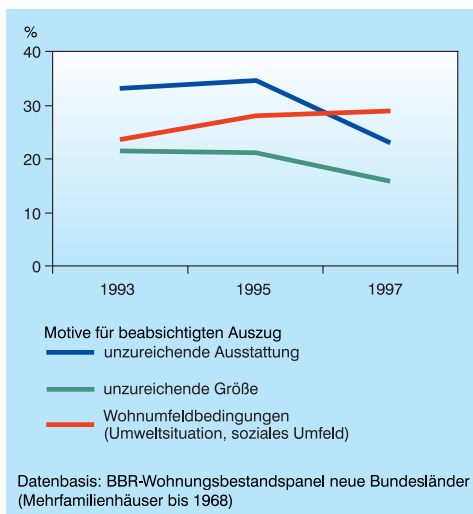
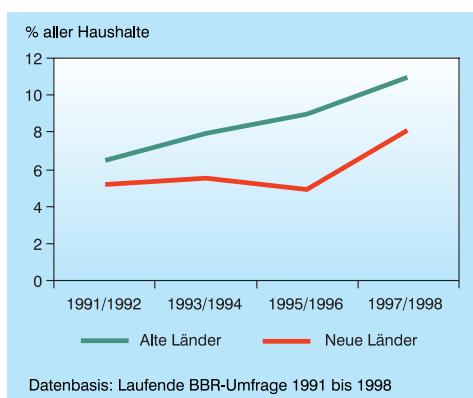


Abbildung 14
Anteil von Neueinzügen



kung: Die Wohnzufriedenheit wächst, wobei die langjährige Bindung der Mieter an ihre Wohnungen durch die rasanten Umbrüche in Staat und Wirtschaft aber nur teilweise beeinträchtigt wurde. Die umfangreichen Erneuerungsmaßnahmen schlagen sich natürlich auch in entsprechend erhöhten Mieten nieder. Inzwischen unterscheiden sich die Miethöhe und die Mietbelastung in Ostdeutschland nur noch graduell von den Werten im Westen.

Wie die Abbildung 12 zeigt, ist die Bereitschaft, eine höhere Miete zu tragen, seit 1991/1992 gestiegen, jedoch stagniert die Beurteilung der Miete als angemessen auf einem Niveau von unter 60 %. Offensichtlich ist die Bereitschaft der Mieter, die ständige Erhöhung ihrer Miete mitzutragen, nicht grenzenlos. In den alten Ländern ist dieser Anteil trotz der in den 90er Jahren erfolgten Mietsprünge bei 75 % angelangt.

Neben den klassischen Wohnwertmerkmalen Ausstattung und Wohnungsgröße ist in den letzten Jahren der Einfluß des Wohnumfeldes auf die Wohnzufriedenheit und die Bindung an die Siedlung gestiegen (vgl. Abb. 13). Bei Befragungen im älteren Geschlechtswohnungsbestand der neuen Länder äußerten Mieter, die einen Auszug beabsichtigen, zunehmend Unzufriedenheiten über das Wohnumfeld in sozialer und ökologischer Hinsicht.

Wachsende Unzufriedenheit führt bei angespannten Wohnungsmärkten, wie sie in Deutschland in den letzten zwei bis drei Jahren vorzufinden waren, zu erhöhter Fluktuation, die sich über den Anteil der neueingezogenen Haushalte (Wohndauer bis zu einem Jahr) quantifizieren läßt. Seit der Wohnungsknappheit zu Beginn der 90er Jahre hat sich der Anteil mobiler Haushalte in den alten Ländern kontinuierlich von 6,5 % auf fast 11 % erhöht, für die neuen Länder hat vor allem der Übergang in das Vergleichsmietensystem seit 1997 eine deutliche Steigerung der räumlichen Mobilität verursacht (vgl. Abb. 14).

Strukturen und Trends auf den regionalen Wohnbaulandmärkten

Diethard Rach
Renate Müller-Kleißler

Einführung

Im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung dient der Bauland- und Immobilienmarktbeobachtung das sogenannte Bodenmarktberichtssystem. Mit ihm werden alle wesentlichen Daten und Informationen zur Ausprägung und Entwicklung der Regional- und Sachteilmärkte systematisch erfasst und anwendungsorientiert aufbereitet. Besondere Beachtung finden bei der Datenaufbereitung und der nachfolgenden Berichterstattung die Schwerpunkte

- Entwicklung der Baulandumsätze u. a. als Indikator der Funktionsfähigkeit des Baulandmarktes,
- Entwicklung der Baulandpreise u. a. im Hinblick auf den Zugang zum Bauland für Bauwillige und die Kostenbelastung beim Bauen, ferner
- Entwicklung und Verfügbarkeit von Baulandreserven/Baulandpotenzialen im Hinblick auf die Sicherung einer nachhaltigen, raum- und sozialverträglichen Siedlungsentwicklung.

Das Bodenmarktberichtssystem stützt sich materiell auf amtliche Fachstatistiken, speziell die Kaufwertestatistiken des Bundes und der Länder, ferner auf die sachlich besonders aussagekräftigen Geschäftsführungsstatistiken der Gutachterausschüsse für Grundstückswerte. Von besonderer Bedeutung sind daneben eigene empirische Erhebungen des Bundesamtes, speziell die alle zwei Jahre durchgeführten Wohn- und Gewerbebaulandumfragen zum Stand und zur Entwicklung der Baulandbestände im Verhältnis zum Bedarf, zur Marktverfügbarkeit der Baulandreserven und zum Einsatz bestehender Instrumente zur Baulandmobilisierung und Baulandneuausweisung.

Struktur der Baulandmärkte

Das Baulandmarktgeschehen im Bundesgebiet wird seit Jahren durch den vorrangigen Handel mit baureifen Grundstücken geprägt.

Nach der Kaufwertestatistik entfielen 1998 in den alten Ländern über 85 %, in den neuen Ländern über 80 % der insgesamt erfassten Kauffälle von Bauland und jeweils rund 80 % der aufgewendeten Kaufsummen sowie gut 50 % der umgesetzten Flächen auf

die Baulandart Baureifes Land. Die übrigen Baulandarten sind demgegenüber in den alten wie den neuen Ländern gleichermaßen am Marktgeschehen nur nachrangig beteiligt. Allein bei der umgesetzten Fläche kommt dem Rohbauland (1998 knapp 25 %) und dem Industrieland (um 20 %) eine erhöhte quantitative Bedeutung zu.

Die Umsatzrelationen in den neuen Ländern – hier wurde in früheren Jahren wesentlich mehr Rohbauland gehandelt – haben sich damit weitgehend denjenigen in den alten Ländern angeglichen. Maßgeblich hierfür ist insbesondere eine zwischenzeitlich in den meisten Städten und Gemeinden konsolidierte, funktionsfähige Bauleitplanung mit bedarfsorientierter Ausweisung und Erschließung der benötigten baureifen Grundstücke.

Die veräußerten baureifen Grundstücke dienen – wie sachlich differenzierte Angaben der Gutachterausschüsse für Grundstückswerte belegen – in den alten wie in den neuen Ländern vorrangig dem individuellen Ein- und Zweifamilienhausbau. Insbesondere in den Landkreisen dominiert dieses Marktsegment mit Anteilswerten um 90 % mit großem Vorsprung vor dem korrespondierenden Markt für Geschosswohnungsbaugrundstücke. Aber auch in den Stadtkreisen werden mehrheitlich Ein- und Zweifamilienhausgrundstücke umgesetzt. Grundstücke für den Geschosswohnungsbau sind nur in den größeren Städten für das Baulandmarktgeschehen von nennenswerter Bedeutung.

Entwicklung der Wohnbaulandumsätze

Die Wohnbaulandumsätze steigen derzeit – nachdem sie 1994 und 1995 sowie nach kurzer Belebung 1996 auch 1997 stärker rückläufig waren – wieder in nahezu allen Teilräumen des Bundesgebietes kräftig an. Im Jahr 1998 haben sich beim Baureifen Land die Kauffälle bundesweit um knapp 11 000 Fälle (+12 %) auf gut 100 000 Fälle und die umgesetzte Fläche um knapp 900 ha (+10,5 %) auf rund 9 400 ha erhöht. Bei den Kauffällen findet sich derzeit damit im Langfristvergleich nach 1994 (101 500 Fälle) das zweitbeste Jahresergebnis.



Berlin, Neubaugebiet
Groß-Glienicke, 1994

Die Kauffallsteigerungen erfolgen insbesondere in den alten Ländern mit einer Gesamtzunahme von knapp 15 % (vgl. Abb. 1). In den neuen Ländern sind die Kauffallsteigerungen deutlich geringer ausgeprägt. Die Gesamtzunahme – vornehm-

lich auf Grund von positiven Entwicklungen in Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern bei z. T. stärker rückläufigen Entwicklungen in Sachsen-Anhalt und Sachsen – beläuft sich auf +5,5 %.

Die Umsatzzunahmen auf den Wohnbaulandmärkten betreffen fast ausschließlich Grundstücke für den individuellen Wohnungsbau. Bei den Grundstücken für den Geschosswohnungsbau finden sich – vor allem in den Landkreisen – eher Abnahmen. Innerhalb des Wohnbaulandmarktes erfolgt insofern in Fortsetzung einer in den letzten Jahren eingetretenen allgemeinen Änderung im Erwerbsverhalten von Wohnimmobilien eine weitere Umschichtung in Richtung Privatnutzung. Diese Entwicklungen verdeutlichen u. a. auch die relativ stark steigenden Baugenehmigungszahlen vor allem im Einfamilienhausbau (vgl. Abb. 2).

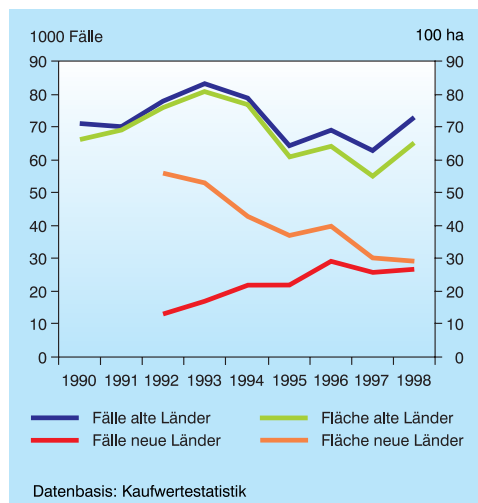
Entwicklung der Baulandpreise

Wie die Umsätze sind auch die Kaufpreise für Wohnbauland 1998 auf breiter Front angestiegen. Nach der Kaufwertestatistik ist im Bundesgebiet insgesamt beim Baureifen Land eine durchschnittliche Preissteigerung von knapp 8 % auf gut 136 DM/m² festzustellen. Im Einzelnen sind die Kaufwerte in den alten Ländern um knapp 6 DM (+3,8 %) auf rund 158 DM/m² und in den neuen Ländern mit Berlin-Ost um rund 8,50 DM (+10,5 %) auf rund 89 DM/m² angestiegen. Das durchschnittliche Preisniveau in den neuen Ländern hat sich damit geringfügig um drei Prozentpunkte auf rund 56 % desjenigen in den alten Ländern erhöht.

Die für die alten und neuen Länder insgesamt ermittelten Steigerungsraten für 1998 beruhen auf tendenziell in allen Gemeindegrößenklassen ähnlich verlaufenden Kaufwerterhöhungen. Etwas kräftigere Preisauftriebstendenzen sind allein in den kleineren Großstädten mit 100 000 bis unter 200 000 Einwohnern festzustellen, während andererseits in den bevölkerungsreicheren Großstädten unterdurchschnittliche, z. T. sogar rückläufige Preisentwicklungen aufgetreten sind (vgl. Tab.1).

Das seit Jahren bestehende gravierende Preisgefälle zwischen Kernstädten und Umland hat sich kaum verändert. Die in den größeren Siedlungszentren sehr hohen Baulandpreise fördern die Verlagerung des Baulandmarktgeschehens in die Umlandbereiche. In ihnen stehen absolut wie im Verhältnis zur Nachfrage oft deutlich höhe-

Abbildung 1
Umsätze von Baureifem
Land 1990–1998



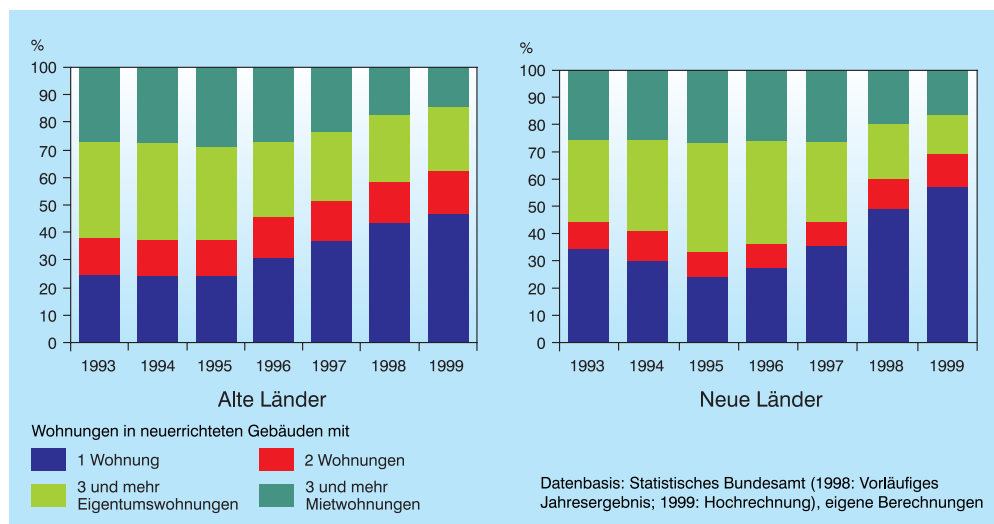


Abbildung 2
Baugenehmigungen
von Wohnungen in den
neuen und alten Ländern
1993–1999

Tabelle 1

Kaufwerte für Baureifes Land im Stadt-Umland-Gefüge der alten und neuen Länder 1997 und 1998

	Kaufwerte für Baureifes Land in DM/m ²		Entwicklung 1997–1998	
	1997	1998	DM/m ²	%
Alte Länder				
Große Kernstädte	527	497	- 30	- 5,7
Kleine Kernstädte	322	333	+ 11	+ 3,5
Umlandkreise	179	188	+ 9	+ 5,1
Ländliche Kreise	93	99	+ 6	+ 6,6
Neue Länder				
Große Kernstädte	169	165	- 4	- 2,2
Kleine Kernstädte	173	201	+ 28	+ 16,1
Umlandkreise	59	62	+ 3	+ 5,8
Ländliche Kreise	76	77	+ 1	+ 1,2

Quelle: Kaufwertestatistik

re Baulandangebote zur Verfügung, die zudem immer noch vergleichsweise preiswert sind.

Entwicklung der Wohnbaurand- versorgungslage

Wohnbaurandversorgungslücken

Die Ergebnisse der Baulandumfrage 1997/98 des Bundesamtes für Bauwesen und Raumordnung belegen, dass derzeit wie auch schon in früheren Jahren in vielen Städten und Gemeinden Baulandversorgungslücken bestehen. Die Lücken betreffen in den alten wie in den neuen Ländern insbesondere Bauflächen für den individuellen Ein- und Zweifamilienhausbau, die in 64 % aller umfragebeteiligten Städte und Gemeinden fehlen. Die Versorgungs-

lage mit Bauflächen für den sozialen (Geschoss-)Wohnungsbau und noch mehr mit Bauflächen für den privatfinanzierten Mietwohnungsbau sowie für den Bau von Eigentumswohnungen stellt sich demgegenüber wesentlich günstiger dar.

Mittelfristig, d. h. innerhalb der nächsten fünf Jahre, wird sich die Baulandversorgungslage in den alten, vor allem aber in den neuen Ländern erheblich verbessern. Bundesweit wird sich der Anteil der Städte und Gemeinden mit Versorgungslücken nach 83 % 1995 und 70 % 1997/98 auf dann 58 % verringern. Die größten Defizite werden nach wie vor bei den Bauflächen für den individuellen Wohnungsbau erwartet, während bei den Flächen für den Bau von Eigentumswohnungen bzw. für den privatfinanzierten Mietwohnungsbau sogar nur

ein Viertel der Städte und Gemeinden mit bleibenden Versorgungslücken rechnet.

Im großräumigen Vergleich belegen die quantifizierten Bedarfsangaben im Gegensatz zu den qualitativen Einschätzungen vor allem Baulandversorgungslücken in den neuen Ländern. Um die Jahreswende 1997/98 ergaben sich hier im Durchschnitt aller umfragebeteiligten Städte Flächenfehlbestände für rund 375 Wohneinheiten/Stadt gegenüber nur knapp 290 Einheiten in den alten Ländern. Auch im Verhältnis zu der in den jeweiligen Städten und Gemeinden lebenden Bevölkerung stellte sich die Versorgungslage in den neuen Ländern wesentlich ungünstiger dar. Insgesamt kann jedoch auch hier von einer Entspannung der Baulandnachfrage ausgegangen werden.

Baulandbestände und -potenziale

Den bestehenden bzw. für die kommenden Jahre erwarteten Lücken in der Wohnbaulandversorgung stehen ganz erhebliche, noch nicht wohnwirtschaftlich genutzte Baulandbestände und -potenziale der verschiedensten Entwicklungsstände gegenüber. Großräumig gesehen sind die Städte und Gemeinden in den alten Ländern mit im Durchschnitt rund 26 ha/Stadt deutlich besser mit baureifen Baulandbeständen ausgestattet als diejenigen in den neuen Ländern (rund 16 ha/Stadt). Im Verhältnis zur jeweiligen Einwohnerschaft ergeben sich allerdings in den Kommunen der neu-

en Länder infolge der im Mittel wesentlich geringeren Bevölkerungsdichte um knapp ein Viertel höhere Baulandversorgungsmöglichkeiten (5 000 m² gegenüber gut 4 000 m² pro 1 000 Einwohner) als in den alten Ländern.

Mittelfristig wird sich die Baulandversorgungslage in den neuen Ländern infolge einer intensiv betriebenen Baulandbereitstellung erheblich verbessern. Im Durchschnitt der Kommunen steht dann mit fast 31 ha/Stadt bzw. knapp 10 000 m² pro 1 000 Einwohner fast das Doppelte an Bauflächen gegenüber dem aktuellen Bestand zur Verfügung. In den alten Ländern verbessert sich die Versorgungslage dagegen nur geringfügig.

Bilanz der aktuellen und mittelfristigen Wohnbaulandbedarfe und Wohnbaumöglichkeiten

Die in praktisch allen Städten und Gemeinden vorhandenen Baulandbestände¹ und -potenziale² übertreffen sehr oft die bestehenden bzw. mittelfristig erwarteten Versorgungslücken (Bedarfe an Wohneinheiten). Rein rechnerisch (Marktverfügbarkeit und restriktionsfreie Bebaubarkeit vorausgesetzt) können in der Mehrzahl der Städte und Gemeinden die zur Jahreswende 1997/98 von den Planungsämtern geschätzten Wohnbaulandbedarfe auf vorhandenen baureifen Grundstücken abgedeckt werden. Auch in Bezug auf die mittelfristig erwartete Wohnbaulandversorgung finden

(1)
Baureife Flächen

(2)
Flächen mit begonnener bauleitplanerischer Entwicklung, für die in den nächsten fünf Jahren die Baureife erwartet wird.

Tabelle 2
Baureife Wohnbaulandbestände und mittelfristig nutzbare Wohnbaulandpotenziale nach Gemeindegruppen, alte und neue Länder 1997/98

Gemeindegrößengruppe	Baureife Wohnbaulandbestände		Mittelfristig nutzbare Wohnbaulandpotenziale [*]	
	Flächen		Flächen	
	ha je Stadt	m ² je 1 000 Ew	ha je Stadt	m ² je 1 000 Ew
unter 20 000 Einwohner	7,5	7 175	10,6	10 183
20 000 bis unter 50 000 Einwohner	21,8	6 875	24,0	7 564
50 000 bis unter 100 000 Einwohner	35,0	5 061	38,0	5 491
100 000 bis unter 200 000 Einwohner	48,8	3 787	57,1	4 438
200 000 bis unter 500 000 Einwohner	113,6	3 995	166,0	5 837
über 500 000 Einwohner [*]	82,2	1 219	168,7	2 502
Alte Länder	26,1	4 098	28,7	4 506
Neue Länder [*]	16,1	5 091	30,9	9 768
Insgesamt [*]	23,1	4 268	29,3	5 409

^{*} ohne Berlin

Quelle: BBR-Baulandumfrage 1997/98

Tabelle 3
Wiedernutzungspotenziale nach Gemeindegruppen, alte und neue Länder 1997/98

Gemeindegrößengruppe	Wiedernutzungspotenziale ¹				
	ha je Stadt	je Stadt	je 1000 Einwohner	in % des Gesamtpotenzials ²	in % des Bedarfs ³
unter 20 000 Einwohner	3,3	136	10,3	42,0	61,9
20 000 bis unter 50 000 Einwohner	3,5	83	2,6	17,4	23,8
50 000 bis unter 100 000 Einwohner	14,1	528	7,7	38,9	56,5
100 000 bis unter 200 000 Einwohner	49,7	753	6,1	32,8	29,4
200 000 bis unter 500 000 Einwohner	47,6	3 888	12,7	33,2	68,1
über 500 000 Einwohner					
Alte Länder ⁵	7,8	338	5,9	27,9	40,3
Neue Länder ⁵	19,6	926	12,9	36,8	70,1
Insgesamt ⁴	11,6	527	8,5	32,3	53,0

¹ nur Wiedernutzungspotenziale in konkreter bauleitplanerischer Bearbeitung

² Flächen einschließlich Wiedernutzungspotenziale mit Entwicklung der Baureife (nur Flächen mit vorhandenem oder in konkreter Erarbeitung befindlichem Planungsrecht und gesicherter Erschließung)

³ mittelfristig erwarteter Gesamtbedarf an Wohnungen

⁴ nicht repräsentative Singulärdaten ⁵ ohne Städte mit 500 000 und mehr Einwohnern

Quelle: BBR-Baulandumfrage 1997/98

sich im Bundesdurchschnitt wie im Mittel der alten Länder positive Bilanzwerte.

Berücksichtigt man zusätzlich noch die Wiedernutzungspotenziale, dann gestaltet sich das Verhältnis von mittelfristig möglicher zu benötigter Wohnbauleistung noch günstiger. Auf diesen Flächen³ können im Durchschnitt aller Städte und Gemeinden gut 50 %, in den bevölkerungsreicheren Großstädten sowie im Mittel der neuen Länder sogar rund 70 % der mittelfristig benötigten Wohnbauleistung vollzogen werden (vgl. Tab. 3). Von genereller Baulandknappheit kann daher also nicht gesprochen werden. Dennoch tritt vielerorts – zumindest faktisch, wie die Angaben zu den Versorgungslücken belegen – Baulandmangel auf. Ursächlich hierfür ist meist eine gegebene und zu erwartende unzulängliche Marktverfügbarkeit der im Grunde ausreichend vorhandenen baureifen wie der bauleitplanerisch bearbeiteten Baugrundstücke.⁴

Bedeutung der Marktverhältnisse und -entwicklungen für den Baulanderwerb und die Flächenbeanspruchung

Mit den Baulandmarktverlagerungen in das Umland sind zwei größere Problemkomplexe verbunden. Die zunehmende Aufsiedelung der Städte und Gemeinden im Einflussbereich der Agglomerationskerne führt

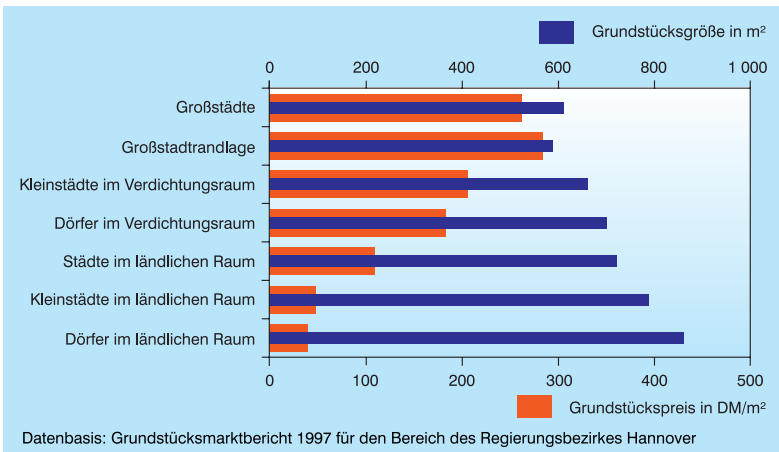
zum einen i. d. R. zu erheblichen Preissteigerungen (Spill-over-Effekt). Sie, vor allem aber die auch hier zwischenzeitlich erreichten absoluten Preisniveaus insbesondere in den traditionell hochpreisigen Räumen in Süd- und Südwestdeutschland (Maklerverbände berichten von 400 bis 900, z. T. deutlich über 1 000 DM/m² Bauland) können örtlich und regional zu erheblichen Zugangsschwernissen beim Erwerb der derzeit wie wohl auch in näherer Zukunft besonders begehrten Baugrundstücke für den individuellen Wohnungsbau führen. Hier von sind zusehends mehr potenzielle Baulanderwerber betroffen, weiten sich doch die Räume mit höherem Preisniveau ab 250 DM/m² im Kreisdurchschnitt stetig aus, mittlerweile auch in den neuen Ländern (vgl. Karte S. 60).

Der zweite, mit der Baulandmarktverlagerung in das Umland verbundene Problemkomplex betrifft den wachsenden Landschaftsverbrauch. Die fortschreitende, oft räumlich dispers erfolgende Aufsiedelung der Suburbanisationsräume erfordert einen erheblichen Flächenaufwand für die Erschließung und Anbindung der Neubaugebiete, ferner für vielfach neu zu errichtende oder zu erweiternde Infrastruktureinrichtungen. Der trotz der beobachtbaren überproportionalen Preiszuwächse immer noch vergleichsweise preiswerte Grundstückserwerb in vielen eher ländlich oder kleinstädtisch geprägten, städtebaulich

(3) Einbezogen sind hier nur Wiedernutzungspotenziale mit bereits konkreter bauleitplanerischer Bearbeitung

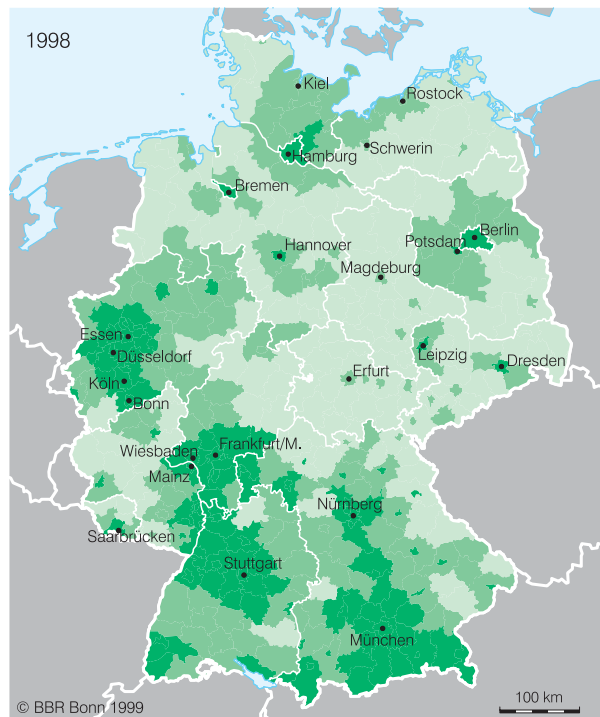
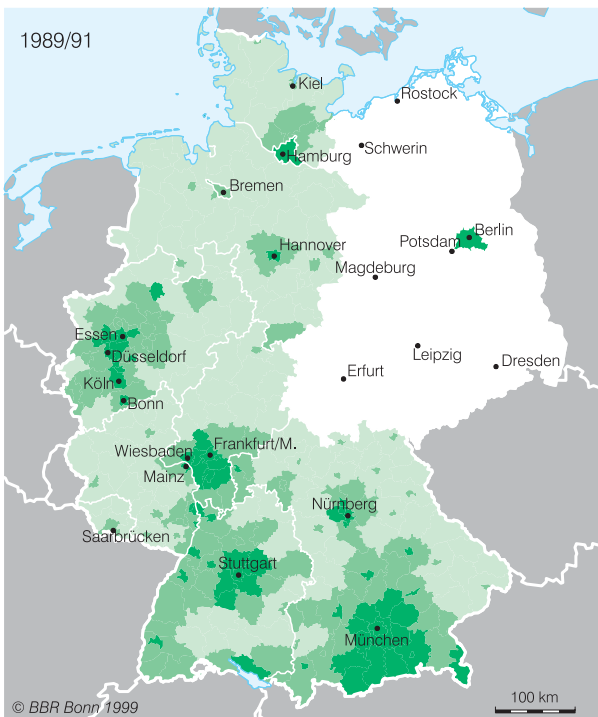
(4) Zu diesem Fragenkomplex wie zur Frage der Baulandversorgungslage insgesamt einschließlich der seitens der Kommunen unternommenen Lösungsversuche wird in Kürze ein ausführlicher Bericht des Bundesamtes für Bauwesen und Raumordnung zur Baulandumfrage 1997/98 publiziert werden.

Abbildung 3
Grundstücksgröße und Grundstückspreise im Stadt-Umland-Gefüge



meist geringer verdichteten Städten und Gemeinden auch des engeren Umlandes der Agglomerationskerne, daneben die dort i. d. R. immer noch wesentlich größere Verfügbarkeit von Bauland als solchem, fördert zudem auch die auf unmittelbarer Wohnbautätigkeit beruhende Flächeninanspruchnahme. Der Geschosswohnungsbau nimmt ab, der flächenaufwendige Ein- und Zweifamilienhausbau mit Schwerpunkt bei den frei stehenden Häusern nimmt zu. Hierbei steigen die je m² Wohnfläche in Anspruch genommenen Grundstücksflächen wie auch die absoluten Grundstücksgrößen mit abnehmenden Bodenpreisen deutlich an (vgl. Abb. 3).

Kaufwerte für Baureifes Land 1989/91 und 1998



Durchschnittlicher Kaufwert für Baureifes Land in DM/m²

- keine Angaben
- bis unter 100
- 100 bis unter 250
- 250 und mehr

Datenbasis: Kaufwertestatistik

Anmerkung:
Daten zu Berlin 1989/91 nur Berlin (Ost)
Kreise, Stand 1.1.1996

Strukturen und Trends auf den regionalen Gewerbebaulandmärkten

Fabian Dosch
Gisela Beckmann

Die Gewerbebaulandumfrage 1997/98

Die Gewerbebaulandumfrage 1997/98 ist Teil der Baulandumfrage. 1997/98 wurde die zweite Wiederholungsumfrage¹ durchgeführt. An ihr beteiligten sich 310 Städte und Gemeinden (64,9 %), darunter fast alle Großstädte. Die Fragen wurden überwiegend durch die Planungsämter oder die kommunale Wirtschaftsförderung beantwortet. Die Ergebnisse basieren auf Städten mit insgesamt 33 Mio. Einwohnern oder 40 % der Bevölkerung. Thematische Schwerpunkte der Gewerbebaulandumfrage 1997/98 bilden die regional differenzierende Erhebung gewerblicher Wiedernutzungspotentiale, die Bilanzierung evtl. vorhandener Versorgungslücken mit baureifen Baulandreserven sowie Probleme der und Aktivitäten zur (Re-)Aktivierung vorhandenen Gewerbebaulandes.

Gewerbebaulandversorgung

Grundsätzlich zeigt sich eine deutliche und anhaltende Entspannung hinsichtlich der Versorgungsengpässe in den an der Umfrage beteiligten 310 Städten und Gemeinden im Vergleich zu 1993. Gewerbebaulandmangel tritt vor allem noch für das produzierende Gewerbe, insbesondere in den Ländergruppen West und Mitte, und in den Altbundesländern generell häufiger als in den neuen Bundesländern auf. Aktuelle Versorgungslücken im Dienstleistungssektor demgegenüber sind stark rückläufig.

Die Kommunen erwarten gegenüber der aktuellen Situation mittelfristig keine Änderung bezüglich der (geringen) Versorgungslücken (vgl. Tab. 1). Nach der qualitativen mittelfristigen Bedarfseinschätzung entspannt sich 1997/98 die Gewerbebaulandversorgung gegenüber 1995 generell weiter, im Trend zu 1993 sogar erheblich. Seit 1993 ist ein Rückgang um mehr als 60 % festzustellen. Gründe für die weiter sinkenden Bedarfseinschätzungen 1997/98 gegenüber 1995 und 1993 liegen zum einen in dem – gegenüber einer sinkenden Nachfrage – deutlich ausgeweiteten Angebot, einer stärkeren Nutzung von Bestandsflächen, aber auch einer zurückhaltenderen Bedarfseinschätzung.

Tabelle 1
Aktueller und mittelfristiger Gewerbebaulandbedarf in mindestens einem Marktsegment nach Ländergruppen

Ländergruppe	Aktueller und mittelfristiger Bedarf	Aktueller, aber kein mittelfristiger Bedarf	Kein aktueller, jedoch mittelfristiger Bedarf	Weder aktueller noch mittelfristiger Bedarf
	Anteil der Städte in %			
Nord	19,2	11,8	13,7	54,9
West	51,1	11,1	11,1	26,7
Mitte	26,5	23,5	2,9	47,1
Süd	35,5	3,9	13,2	47,4
Alte Länder	33,5	10,7	11,2	44,7
Ost	23,7	5,4	8,6	62,4
Insgesamt	30,4	9,0	10,4	50,2

Quelle: Gewerbebauland-Umfrage 1997/98

Ein Zeitvergleich der qualitativen aktuellen und mittelfristigen Einschätzung des Gewerbebaulandbedarfs 1997/98 gegenüber 1995 für 222 Städte (72 %) verdeutlicht diesen Rückgang der Versorgungsengpässe. 1997/98 beträgt das Verhältnis der Städte mit mittelfristigem Gewerbebaulandbedarf zu denjenigen ohne nur noch 0,3 : 1. Hatten 1995 noch 59 oder 27 % der Städte mittelfristigen Baulandbedarf, waren es 1997/98 nur noch 48 oder 22 % der Städte. In den neuen Bundesländern gingen die Vergleichswerte von elf auf sechs Städte zurück, so daß nur jede zehnte Stadt mittelfristigen Bedarf angibt.

Als Gründe für die weiter sinkenden Bedarfseinschätzungen 1997/98 gegenüber 1995 und 1993 sind zum einen ein gegenüber sinkender Nachfrage deutlich ausgeweitetes Angebot verantwortlich, zum anderen eine stärkere Nutzung von Bestandsflächen sowie eine zurückhaltendere Bedarfseinschätzung.

Mittelfristig weitere Entspannung auf den Gewerbebaulandmärkten

Nach qualitativer Einschätzung der an der Umfrage beteiligten Städte werden lediglich 40 %, in den neuen Bundesländern sogar weniger als ein Drittel von mittelfristigen Engpässen mit Gewerbebauland betroffen sein. Versorgungslücken in beiden Marktsegmenten haben mittelfristig in den

(1) Die Ergebnisse der Baulandumfrage 1993 sind veröffentlicht in: Bundesforschungsanstalt für Landeskunde und Raumordnung: Bestand, Bedarf und Verfügbarkeiten von Baulandreserven – Umfrageergebnisse und Regionalerhebungen. – Bonn 1994. = Materialien zur Raumentwicklung, H. 64

Die Ergebnisse der Baulandumfrage 1995 sind veröffentlicht in: Bundesforschungsanstalt für Landeskunde und Raumordnung: Wohn- und Gewerbebaulandreserven – Ergebnisse der Baulandumfrage 1995. – Bonn 1996. = Materialien zur Raumentwicklung, H. 77

alten Bundesländern nur jede vierte und in den neuen Bundesländern sogar nur jede achte Stadt.

Im Ergebnis nicht überraschend stellt – wie schon 1995 – individuelles Eigentümerverhalten das Haupthindernis in der Bereitstellung vorhandener baureifer Gewerbegrundstücke dar. 258 von 293 Städten (90 %) gaben an, betroffen zu sein, davon allein 160 Städte (55 %) mit „trifft häufig zu“. Das Eigentümerverhalten (insbesondere individuelle betriebliche Bodenbevorzugung, Baulandbedarfssicherung im Falle von Betriebserweiterungen) stellt in den alten Bundesländern nach wie vor ein größeres Problem dar als in den neuen. Probleme bei der Gewerbebaulandmobilisierung durch „ungeklärte Eigentumsverhältnisse“ und „unzureichende Infrastruktur und Lage“ wurden dagegen in den neuen Bundesländern wesentlich häufiger als Problem genannt als in den alten Bundesländern.

In den neuen Bundesländern steht Gewerbebauland in großem Umfang zur Verfügung, allerdings in regional sehr ungleichem Maße; und dies trotz hoher Belegungsgrade von mehr als 70 % (DifU 1995)² bzw. 76 % nach der Gewerbebaulandumfrage 1997/98. Dementsprechend zeigt der Großraum Ost bei den meisten Fragen zu Hemmnissen der Gewerbebaulandmobilisierung keine besonderen Unterschiede zu den übrigen Ländergruppen. Lediglich die „ungeklärten Eigentumsverhältnisse“ sind – weiterhin – nur im Osten ein besonderes Problem. Als überdurchschnittlich problematisch erweisen sich u. a. auch Lagekriterien.

Gewerbebaulandreserven

Im Durchschnitt aller befragten Städte nehmen Gewerbeflächen 4,2 % der Katasterfläche ein. Der Gewerbeflächenbestand steigt mit zunehmender Gemeindegröße

und erreicht in Metropolen 6,9 %, während in den Landgemeinden nur 2,2 % der Katasterfläche beansprucht werden. Im Vergleich der Landesteile nehmen die Gewerbeflächen in den alten Ländern 4,4 % und in den neuen Bundesländern 3,6 % ein. Der Auslastungs-/Belegungsgrad der Gewerbeflächen beträgt im Bundesmittel 83 %, weitgehend unabhängig von der Gemeindegröße. Der Auslastungsgrad ist in den Umlandgemeinden praktisch genauso hoch wie in den Kernstädten. Im Westen liegt er mit 85 % etwas höher als in den neuen Bundesländern mit 76 %. Im Vergleich zum Gewerbeflächenbestand nehmen die Gewerbebaulandreserven mit 30 % ein knappes Drittel der für Gewerbe zur Verfügung stehenden Fläche ein, in den neuen Bundesländern mit 40 % jedoch deutlich mehr als im alten Bundesgebiet mit 26 %.

Bezogen auf die Katasterfläche weisen die Großräume Norden und Osten im Vergleich der Ländergruppen die größten Reserven an Gewerbebauland auf, während im Westen und Süden nur knapp die Hälfte des Vergleichswertes erreicht wird. Im Großraum Ost steht in kleineren Städten sowie im Umland von Großstädten nach wie vor ein zum Überangebot tendierendes Potential baureifer Gewerbeflächen den Flächenengpässen in den großen Städten gegenüber, gegenüber 1995 allerdings in abgeschwächter Form.

Umgerechnet auf Einwohner werden als baureife Gewerbebaulandreserven durchschnittlich 13,0 m²/Einwohner angegeben, davon sind 4,3 m²/Einwohner baureif (vgl. Tab. 2). Exakt diese Menge ist auch als Fläche mit Entwicklung der Baureife und als nicht baureife Fläche nachgewiesen. Gegenüber 1995 ist ein leichter Anstieg der personenbezogenen Gewerbebaulandreserven zu verzeichnen. In den neuen Ländern (18 m²/Einwohner) wurden im Ver-

(2) Kühn, Gerd; Floeting, Holger: Kommunale Wirtschaftsförderung in Ostdeutschland, DifU-Beiträge 13. – Berlin 1995

Tabelle 2
Gewerbebaulandreserven
gemäß vorbereitender
und verbindlicher
Bauleitplanung 1997/98

Ländergruppe	Gewerbebaulandreserven							
	Insgesamt		Baureife Flächen		Flächen mit Entwicklung der Baureife		Nicht baureife Flächen	
	ha/ Stadt	m ² /Ein- wohner	ha/ Stadt	m ² /Ein- wohner	ha/ Stadt	m ² /Ein- wohner	ha/ Stadt	m ² /Ein- wohner
Alte Länder	106,0	11,8	35,0	3,9	34,0	3,8	37,0	4,1
Neue Länder	105,0	17,8	35,0	5,9	38,0	6,3	32,0	5,4
Insgesamt	105,5	13,0	34,8	4,3	35,4	4,3	35,3	4,3

Quelle: Gewerbebauland-
Umfrage 1997/98

gleich zu den alten Ländern (12m²/Einwohner) je Einwohner rund ein Drittel mehr Gewerbebaulandreserven vorgehalten.

Die Gewerbebaulandreserven übersteigen die Bedarfe im Bundesmittel sowohl aktuell (nur baureife Reserven) und mittelfristig (nur mittelfristig entwickelte Reserven) um das Vierfache.

Wiedernutzungspotentiale

78 % der an der Umfrage beteiligten Städte verfügen über gewerbliche und militärische Brachflächen, die potentielle Baulandreserven für Gewerbebezüge darstellen. Das Vorhandensein potentiell wiedernutzbarer Flächen steigt mit der zentralörtlichen Bedeutung der Städte und der Gemeindegröße; umgekehrt sinkt mit zunehmender Gemeindegröße aber der Anteil der Flächen in konkreter bauleitplanerischer Bearbeitung. Baureife Flächen machen im Bundesmittel nur 45 % der Wiedernutzungspotentiale aus; dies ist ein geringerer Anteil als 1995. Das durchschnittliche Wiedernutzungspotential summiert sich auf 50 ha pro Stadt, in Einzelfällen auf bis zu 520 ha. Die flächenmäßig größten Wiedernutzungspotentiale liegen in den neuen Bundesländern, wovon sich fast die Hälfte in konkret bauleitplanerischer Bearbeitung befindet.

Der Gesamtumfang gewerblicher Wiedernutzungspotentiale beläuft sich laut den beteiligten Städten auf 10 307 ha. Eine Hochrechnung über die Einwohnerzahl ergibt für das gesamte gewerbliche Wieder-

nutzungspotential Deutschlands – ohne Einschluß der Wiedernutzungspotentiale für Wohnbauzwecke – insgesamt 40 000 ha. Im Durchschnitt aller Befragungen erscheint die Anschlußnutzung aufgrund von Altlastenvorbehalten in nur 12 % der Flächen problematisch. Neben der Bevorzugung von Flächen im Außenbereich, insbesondere in den neuen Bundesländern, wird das Eigentümerverhalten in den alten Bundesländern als das größte Hemmnis des Brachflächenrecyclings eingestuft.

Die Städte und Gemeinden in den neuen Ländern haben in den vergangenen zehn Jahren fast das Vierfache der ehemaligen Brachfläche im Vergleich zu den alten Länder wiedergenutzt, wo insbesondere in den Städten der Ländergruppe West rein quantitativ viel wiedergenutzt wurde. Im Bundesdurchschnitt erfolgten 66 % der Wiedernutzung auf Grundstücken mit Gebäuden, 34 % auf unbebauten Brachen. Abgesehen von fünf Ausnahmen sind in jeder ostdeutschen Stadt Wiedernutzungspotentiale vorhanden.

Im Vergleich der Ländergruppen verfügen auch die neuen Länder über die quantitativ größten Wiedernutzungspotentiale pro Stadt. Die Ländergruppe West verfügt über ähnlich hohe Potentiale, die sich überwiegend aus gewerblichen Brachflächen und nur zu geringen Teilen aus Konversionsflächen zusammensetzen. In der Ländergruppe West unterliegen weniger als 30 % der Flächen konkreter bauleitplanerischer Bearbeitung (vgl. Tab. 3).

Tabelle 3
Ausgewählte Ergebnisse der Gewerbebauland-Umfrage 1997/98

Ländergruppe	Gewerbe- flächen- bestand in % der Kataster- fläche	Gewerbe- flächen- reserven in % vom Gewerbe- flächen- bestand	Aus- lastungs-/ Belegungs- grad beste- hender Gewerbe- flächen	Städte mit Wieder- nutzungs- potentialen	Wiedernutzungs- potential für Gewerbebezüge		Recycling- quote (Wieder- nutzung ehemaliger Brach- flächen)	Gewerblich wieder- genutzte ehemalige Gewerbe- brachen
					aus Gewerbe- brachen	aus Konversions- flächen		
	Anteil der Städte ¹ in %							ha je Stadt
Nord	4,2	32,0	83,8	63,5	59,6	40,4	28,9	10,6
West	5,5	18,7	84,8	76,5	79,2	20,8	41,2	15,1
Mitte	4,0	21,8	70,2	79,4	26,4	67,5	55,9	13,1
Süd	3,9	24,3	91,9	67,9	49,3	50,7	32,1	11,3
Alte Länder	4,4	25,5	85,0	70,7	58,1	41,0	37,0	12,5
Ost	3,6	43,3	76,4	94,7	64,1	27,5	60,6	46,6
Insgesamt	4,2	29,4	23,0	78,0	60,7	35,2	44,0	–

¹ Anteil bezogen auf die Gesamtzahl der Städte, die zu dem jeweiligen Thema Angaben gemacht haben

Quelle: Gewerbebauland-Umfrage 1997/98, eigene Berechnungen

Flächenrecycling und Wiedernutzung

137 Städte und Gemeinden vermochten die in den letzten zehn Jahren „gewerblich wiedergenutzten“ Flächen hinsichtlich ihrer Flächengröße zu quantifizieren. Insbesondere die Städte der neuen Bundesländer verfügen mit 57 Städten und bis zu 300 ha in den letzten zehn Jahren über umfangreich erfolgte wiedergenutzte Flächen, die in 16 Kommunen die derzeit vorhandenen Wiedernutzungspotentiale sogar übersteigen.

Insgesamt wurden diese mit 3 665 ha bzw. 27 ha pro Stadt beziffert. Durchschnittlich erfolgten 66 % der Wiedernutzung brachliegender Flächen auf Grundstücken mit Gebäuden; d. h. ein Drittel der Wiedernutzung erfolgte auf Brachflächen ohne Gebäudeanteile. In den alten Bundesländern ist der Anteil bereits wiedergenutzter ehemalige

Brachflächen in den Ländergruppen West und Mitte überdurchschnittlich groß, und in den neuen Länder im Vergleich zu den alten Ländern etwa viermal so hoch. In den Kernstädten befinden sich die größten bereits wiedergenutzten Flächen, gleiches gilt für die Großstädte und Metropolen mit mehr als 200 000 Einwohnern.

Eine regional differenzierte Betrachtung zeigt für den Osten eine Recyclingquote von 61 % und eine mit 56 % ebenfalls überdurchschnittlich hohe Quote für die Mitte. Für den Westen konnte eine Quote von 41 % ermittelt werden; im Süden liegt sie knapp über 30 %, im Norden verfügt deutlich weniger als jede dritte Stadt über gewerblich wiedergenutzte ehemalige Brachflächen. Dies steht sicherlich auch im Zusammenhang mit den umfangreichen flächennutzungsplanerisch ausgewiesenen Gewerbeflächenreserven in der Ländergruppe Nord.

Gewerbegebiet Hornstorf bei Wismar, 1992 und 1994



Probleme auf den örtlichen Gewerbebaulandmärkten

Trotz der vielerorts vorhandenen Angebotsüberhänge und der umfangreichen Wiedernutzungspotentiale sind die örtlichen Gewerbebaulandmärkte gewiß nicht frei von Problemen. Diese sind – erwartungsgemäß – in den Kernstädten deutlich größer als in den von Agglomerationsräumen entfernter gelegenen Städten. Dieser mit zentralörtlicher Bedeutung und Gemeindegröße steigende „Problemgradient“ gilt für praktisch alle befragten Gründe, insbesondere Eigentumsverhältnisse, Lagekriterien, Flächenzuschnitt sowie Altlastenproblematik. Bei den Detailproblemen stellt nach wie vor die Konkurrenz „Grüne Wiese“ zur Innenstadt zusammen mit der Schädigung der Stadtentwicklung durch großflächigen Einzelhandel das größte Problem für die örtlichen Gewerbebaulandmärkte dar – in den alten wie in den neuen Bundesländern gleichermaßen. Nahezu genauso problematisch eingestuft wird die Filialisierung des innerstädtischen Einzelhandels.

Zwischen den Ländergruppen gibt es bemerkenswerte Unterschiede. Insbesondere in den Städten der Ländergruppe West und Mitte treten die vergleichsweise größten Probleme auf. Dabei werden die Filialisierung des innerstädtischen Einzelhandels sowie Trennung von Wohnen- und Gewerbe am häufigsten von Städten der Ländergruppe West genannt. Leerstände durch ein hohes Niveau innerstädtischer Gewerbeflächenmieten sowie die Verlagerung und Ab-

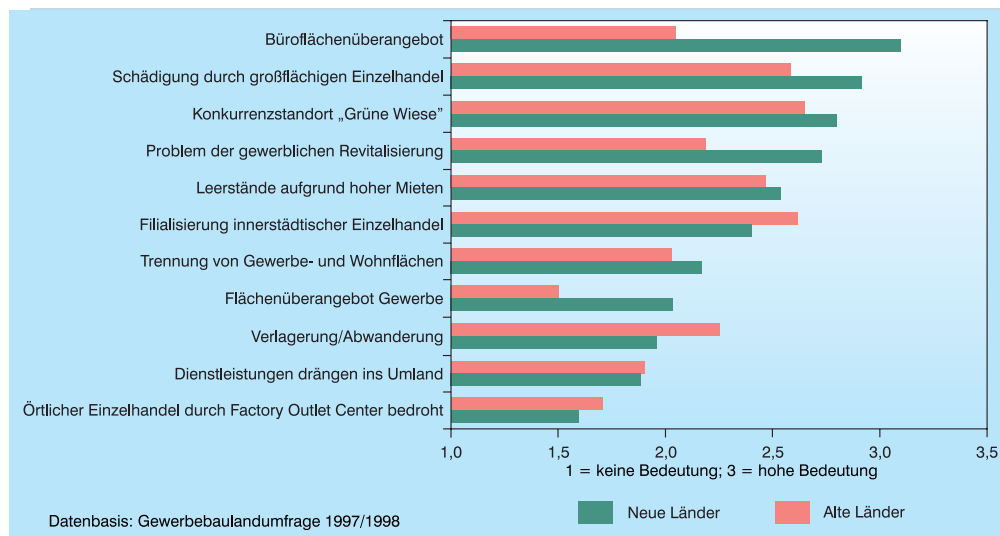


Abbildung 1
Probleme auf den örtlichen Gewerbebaulandmärkten

wanderung von Betrieben werden insbesondere in der Ländergruppe Süd Mobilisierungshemmnisse eingestuft. In den neuen Ländern wird als gravierendstes Problem ein Überangebot von Büroflächen und Flächen für das produzierende Gewerbe genannt.

Im bundesweiten Mittel werden die Probleme auf den örtlichen Gewerbebaulandmärkten als relativ unbedeutend eingeschätzt. Dennoch gaben bei einer regional differenzierten Betrachtung die Großstädte > 200 000 Einwohner und Metropolen sowie die Kernstädte und die Städte der neuen Länder überdurchschnittlich oft an, Probleme auf örtlichen Gewerbebaulandmärkten zu haben. In den alten Ländern sind diese in den Städten der Ländergruppe West und Mitte am größten. Eine nicht bedarfsgerechte Baulandbereitstellung bzw. -neuausweisung wird von Städten der Ländergruppe West und in den Großstädten zwischen 200 000 und 500 000 Einwohner am stärksten gewichtet.

Im Ergebnis nicht überraschend stellt – wie schon 1995 – die Konkurrenz „Grüne Wiese“ zur Innenstadt zusammen mit der „Schädigung der Stadtentwicklung durch großflächigen Einzelhandel“ ein großes Problem für die örtlichen Gewerbebaulandmärkte dar. Nahezu genauso problematisch eingestuft wird die „Filialisierung des innerstädtischen Einzelhandels“ sowie ein „hohes Niveau innerstädtischer Gewerbeflächenmieten bewirkt Leerstände“.

Hinter den bundesweiten Mittelwerten verbergen sich z. T. erheblich regionale Unterschiede (vgl. Tab. 3). So wird das Problem des Überangebots an Büroflächen in den

neuen Bundesländern (hohe Bedeutung in 33 % von 88 Städten) wesentlich höher bewertet als in den alten Ländern. Auch die Schädigung der Stadtentwicklung durch großflächigen Einzelhandel (hohe Bedeutung in 30 % von 89 Städten) und Probleme der gewerblichen Revitalisierung der Innenstädte (hohe Bedeutung in 19 % der Städte Ost) werden in den neuen Bundesländern gegenüber den alten Bundesländern höher eingestuft (vgl. Abb. 1). Hinsichtlich der Problemgewichtung der Konkurrenzsituation zwischen den Gewerbestandorten „Grüne Wiese und Innenstadt“ sowie „Leerstände aufgrund hoher Mieten“ gibt es in beiden Landesteilen keine deutlichen Unterschiede. In den alten Ländern wird die „Filialisierung“ sowie die „Verlagerung und Abwanderung alteingesessener Betriebe“ problematischer als in den neuen Ländern eingestuft.

Gründe einer nicht bedarfsgerechten Gewerbebaulandbereitstellung

In den neuen Bundesländern werden finanzielle Probleme für den kommunalen Grunderwerb und hohe Preisforderungen privater Grundstückseigentümer seltener als in den alten Bundesländern genannt, während demgegenüber in den alten Bundesländern eine unzureichende Finanzausstattung der Kommunen für die Erschließung und insbesondere die Umwelt- und Naturschutzplanung höher eingestuft werden.

Für ein Viertel aller ostdeutschen Kommunen ist eine unzureichende kommunale Finanzausstattung sowohl für Erschließung als auch Grunderwerb wichtig. „Interkom-

munale Konkurrenz“ oder „Restriktionen durch Landes-/Regionalplanung oder Umwelt- und Naturschutz“ wird nur eine geringe Bedeutung beigemessen.

Fast alle Städte, insbesondere aber die Großstädte, bemühen sich um eine zügige Mobilisierung des Gewerbebaulandes. Zu den getroffenen Maßnahmen gehören vor allem – speziell in den Städten der alten Länder – die Erstellung und fortlaufende Führung von Baulandkatastern zur Information der Verwaltung und politischen Vertretungskörperschaft, aber auch der Bevölkerung. In über 50 % der auskunftgebenden Städte existieren zumindest für Teilflächen Gewerbebaulandkataster. 32 % verfügen über ein flächendeckendes Gewerbebaulandkataster, darunter die meisten Metropolstädte und besonders häufig Städte in Nordrhein-Westfalen. In den neuen Bundesländern ist der Anteil der Städte mit einem flächendeckenden Gewerbebaulandkataster auf 22 % deutlich gestiegen und in zusätzlich 37 % der Städte geplant.

Fazit: Große Gewerbebaulandpotentiale im Osten

Im Vergleich der beiden Landesteile weisen die neuen Bundesländer erhebliche, weiter gestiegene Angebotsüberhänge an Gewerbebauland auf. Nur in den ostdeutschen Großstädten kann auch im Vergleich mit westdeutschen Städten nach wie vor nicht

von einem Überangebot von erschlossenen baureifen Gewerbeflächen gesprochen werden. Gleichwohl, mittelfristig erwartet nur noch jede zehnte Stadt in den neuen Bundesländern Versorgungslücken. Allerdings stellt die Mobilisierung der umfangreichen Gewerbebaulandreserven vielerorts ein Problem dar, u. a. aufgrund ungeklärter Eigentumsverhältnisse, unzureichender Infrastrukturausstattung und ungünstiger Lage. Durch den vielerorts ausgeprägten deutlichen Überhang an baureifen Gewerbeflächen stellt die Mobilisierung und Vermarktung des großen Angebots eines der Hauptprobleme auf den örtlichen Gewerbebaulandmärkten dar. Der Auslastungsgrad vorhandener Gewerbeflächen liegt in den neuen Bundesländern mit 76 % geringfügig unter dem Wert der alten Bundesländer mit 85 %.

Hinzu kommen umfangreiche Wiedernutzungspotentiale, über die praktisch jede ostdeutsche Stadt verfügt. Von fast zwei Dritteln der Kommunen in den neuen Ländern wurden ehemalige Brachflächen in den vergangenen zehn Jahren in erheblichem Umfang einer gewerblichen Wiedernutzung zugeführt. Dennoch stellen vor allem Standortkonkurrenzen, (Büro-)Flächenüberangebote und unzureichende Finanzausstattung der Kommunen 1997/98 nach wie vor gravierende Probleme auf den örtlichen Gewerbebaulandmärkten dar.

Förderpolitik für die neuen Länder

Markus Eltges

1 Deutsche Einheit als förderpolitische Herausforderung

Mit der Einheit Deutschlands stand fest, dass die förderpolitischen Anstrengungen eine neue Dimension benötigten. Ging und geht es in den alten Ländern darum, einzelne Regionen oder Landstriche vor dem wirtschaftlichen Wegbrechen zu bewahren, so mußten mit der Einheit neue Quantitäten und Qualitäten struktureller Probleme bewältigt werden. Aus regional- und raumordnungspolitischer Sicht ist es wichtig zu betonen, dass der finanzielle Mitteleinsatz in den neuen Ländern von Beginn an flächendeckend erfolgte. Eine regionalpolitische Differenzierung, etwa dem Wachstumspolkonzept oder dem Konzept der axialen Entwicklungskorridore folgend, war politisch nicht vermittelbar.¹

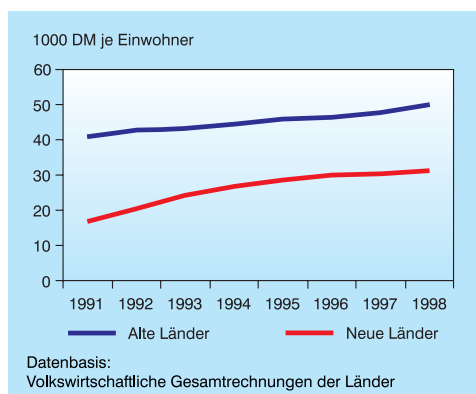
Unter der Forderung des Grundgesetzes nach der Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse mußte ein ehemals selbständiges Staatsgebiet mit rund 17 Mio. Einwohnern an die wirtschaftlichen und sozialen Standards der alten Länder herangeführt werden. Eine nicht konkurrenzfähige Wirtschaft sowie eine völlig vernachlässigte Infrastruktur stellten dabei die Haupthindernisse des wirtschaftlichen und sozialen Aufbaus dar. Ein zentraler Indikator für den Unterschied in der wirtschaftlichen Leistungskraft zwischen alten und neuen Ländern bildet das Bruttoinlandsprodukt je Einwohner. Kurz nach der Einheit im Jahre 1991 erreichte die ostdeutsche Wirtschaft ein Niveau von rund 41 % der alten Länder. Im Jahre 1998 liegt das Niveau bei 63 % der alten Länder (vgl. Abb. 1).² Auf der einen Seite belegt dieser Aufholprozess die Erfolge

des wirtschaftspolitischen Handelns. Auf der anderen Seite zeigt dieser Abstand aber auch, dass der Weg zur Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse noch lang sein wird, zumal der Konvergenzprozess seit Mitte der 90er Jahre deutlich an Dynamik verloren hat.³

Die enorme politische Herausforderung hat es dabei notwendig gemacht, dass Bund, Länder und Gemeinden sowie alle sozialversicherungspflichtig Beschäftigten über die Bundesanstalt für Arbeit sowie die Europäische Union sich am Aufbau der neuen Länder beteiligen:

- Aus dem Bundeshaushalt sind zwischen 1991 und 1998 durchschnittlich rund 100 Mrd. DM direkt an die neuen Länder geflossen.
- Die Treuhandanstalt im Besitz des Bundes und ihre Nachfolgegesellschaften, die die früheren volkseigenen Betriebe wettbewerbsfähig zu strukturieren und zu privatisieren hatten, haben allein zwischen 1990 und 1994 diesen Prozess mit netto rund 205 Mrd. DM unterstützt.
- Die Förderbanken des Bundes unterstützen den wirtschaftlichen Aufbau mit jährlich gut 23 Mrd. DM durch zinsgünstige Darlehen. Hauptanliegen ist hier die Schaffung eines wettbewerbsfähigen Mittelstandes und eines attraktiven Wohnraumangebotes.
- Die beitragsmittelfinanzierte Arbeitsmarktpolitik der Bundesanstalt für Arbeit schlägt mit jährlich rund 40 Mrd. DM zu Buche.
- Die alten Länder mit ihren Gemeinden waren zwischen 1990 und 1994 an dem Fonds Deutsche Einheit mit einem Zuschuss von 16,1 Mrd. DM beteiligt und tragen ab 1995 gemeinsam mit dem Bund je zur Hälfte die Zins- und Tilgungslast dieses Sondervermögens. Ab dem Jahre 1995 sind die alten Länder über den Länderfinanzausgleich mit jährlich rund 10 Mrd. DM am Aufbau der neuen Länder direkt beteiligt. Darüber hinaus sind Bund, Länder und Gemeinden anteilmäßig an den Steuerausfällen beteiligt, die sich auf Grund von steuerlichen Fördermaßnahmen zu Gunsten der neuen Länder ergeben.
- Die Europäische Union hat die neuen Länder seit 1991 in ihre höchste Förderpriorität, vergleichbar Griechenland

Abbildung 1
Entwicklung des Bruttoinlandsproduktes



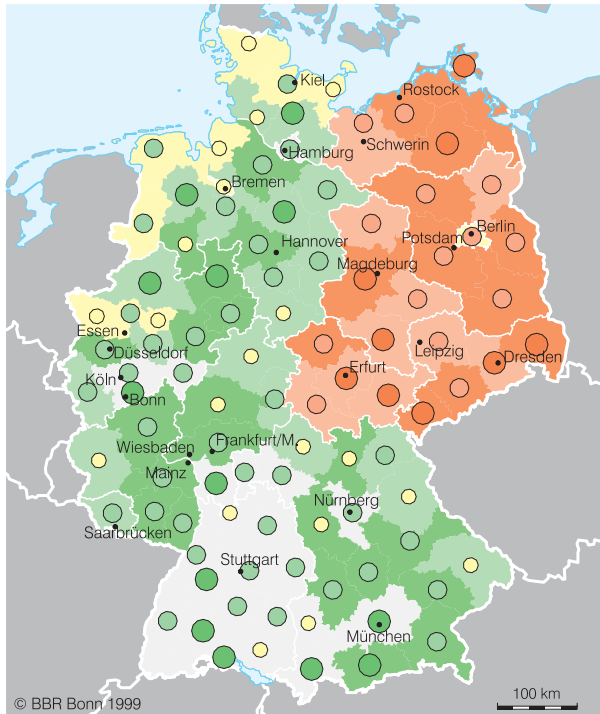
(1) Gleichwohl hat sich in der Förderpraxis im Rahmen der Arbeitsmarkt- und Wirtschaftsförderpolitik ein deutliches regionales Land-Stadt-Gefälle in den neuen Ländern herauskristallisiert. Zwar besteht dieses in den alten Ländern in diesen Förderbereichen auch, aber nicht in dieser Schärfe.

(2) Die Angaben beruhen auf eigenen Berechnungen auf der Basis des Arbeitskreises „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“, Stuttgart 25.3.1999

(3) Vgl. auch ohne Autor: Ost und West sind noch keine wirtschaftliche Einheit. In: Handelsblatt, Nr. 109 vom 10.6.1999

Einsatz raumwirksamer Mittel

Stadtbezogene Maßnahmen



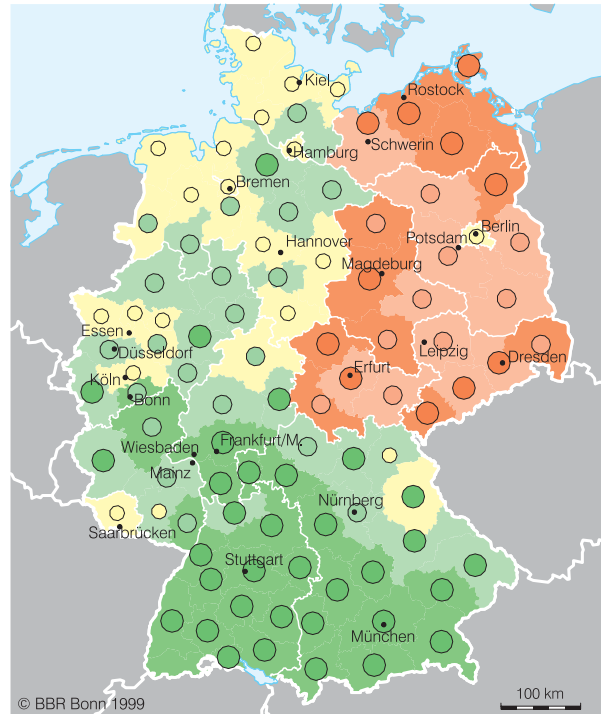
© BBR Bonn 1999

100 km

□ GRW-wirtschaftsnahe Infrastruktur 1991-1998 (Bund = 338 DM/E.)

○ Städtebauliche Sanierungs- und Entwicklungsmaßnahmen 1991-1998 (Bund = 53 DM/E.)

ABM und berufliche Bildung



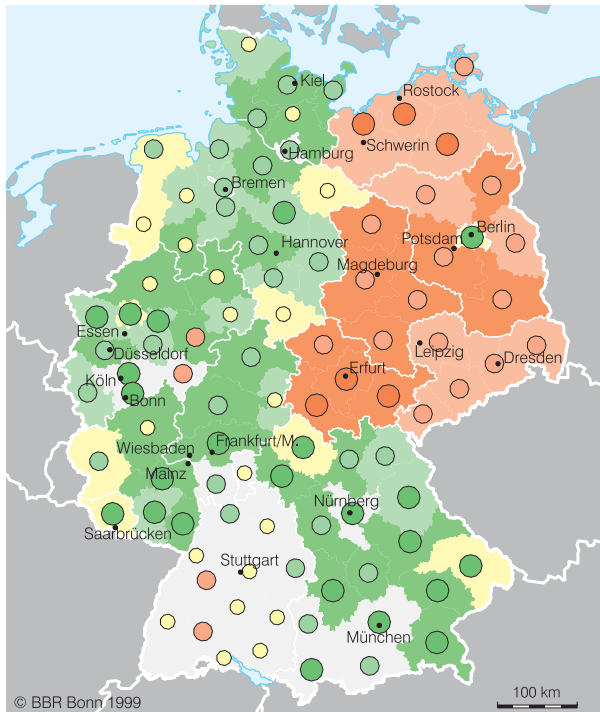
© BBR Bonn 1999

100 km

□ Allgemeine Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen 1991-1997 (Bund = 756 DM/E.)

○ Maßnahmen zur beruflichen Bildung 1991-1997 (Bund = 1422 DM/E.)

Wirtschaft



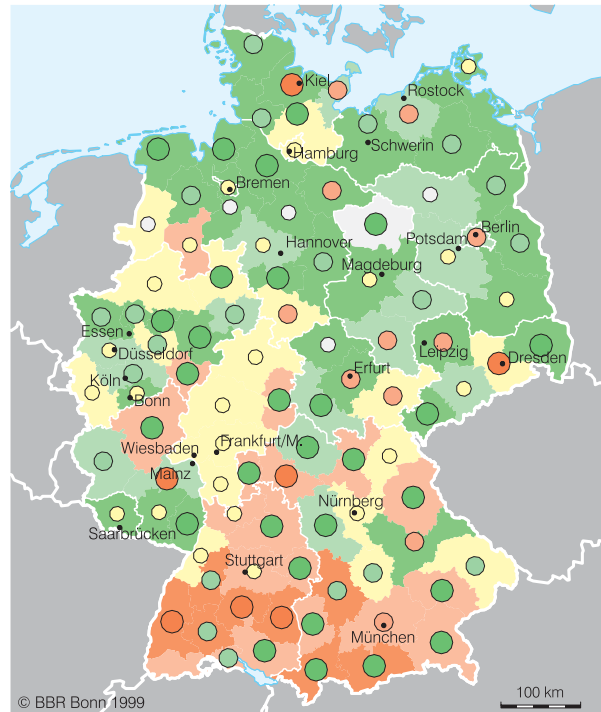
© BBR Bonn 1999

100 km

□ GRW-Förderung der gewerblichen Wirtschaft 1991-1998 (Bund = 507 DM/E.)

○ KfW-Mittelstandsprogramm und ERP-Existenzgründungskredite 1991-1998 (Bund = 1540 DM/E.)

Forschung



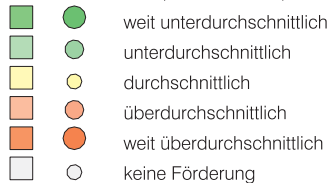
© BBR Bonn 1999

100 km

□ ERP-Innovationsprogramm 1996-1998 (Bund = 44 DM/E.)

○ Gemeinschaftsaufgabe Ausbau und Neubau von Hochschulen 1991-1997 (Bund = 141 DM/E.)

Fördermittel je Einwohner



Datenbasis: Laufende Raumbeobachtung des BBR Raumordnungsregionen, Stand 1.1.1996

oder Portugal, aufgenommen. In der ersten Phase zwischen 1991 und 1993 flossen 3 Mrd. ECU oder rund 6 Mrd. DM aus Brüsseler Kassen in die neuen Länder. Zwischen 1994 und 1999 hat Europa sein Engagement zu Gunsten der neuen Länder mit 13,6 Mrd. ECU oder rund 27 Mrd. DM deutlich erhöht. Auch nach dem Jahre 2000 werden die neuen Länder mit rund 20 Mrd. EURO oder fast 40 Mrd. DM bis zum Jahre 2007 aus Brüssel unterstützt.

Die finanzielle Hauptlast bei der Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse liegt beim Bund. Diese Verantwortung wird darin deutlich, dass im Durchschnitt der Jahre 1991 bis 1998 rund 13 % des ostdeutschen Bruttoinlandsproduktes durch Bundeszahlungen gedeckt wird. In den alten Ländern beträgt diese Abhängigkeit 2 %. Werden die beitragsfinanzierten Mittel der Arbeitsmarktpolitik sowie die Zahlungen im Länderfinanzausgleich und EU-Mittel hinzugezählt, so wird in den neuen Länder jede vierte Mark des Bruttoinlandsproduktes durch diese raumwirksamen Fördermittel gedeckt (alte Länder 4 %).

Im Folgenden wird das raumwirksame Engagement des Bundes näher beleuchtet. Hierbei stehen die Politikbereiche

- Finanzkraftausgleichspolitik,
- großräumige Verkehrspolitik,
- Wirtschaftsförderung,
- Arbeitsmarktpolitik,
- Forschung und Entwicklung,
- Stadtentwicklung sowie
- Agrarpolitik

im Mittelpunkt (vgl. Karte). Dabei muss berücksichtigt werden, dass im Rahmen der Arbeitsmarktpolitik und der Wirtschaftsförderung die Bundesmittel Zahlungen der Europäischen Union vielfach beinhalten. Bei den Angaben handelt es sich um Ist-Ausgaben bzw. um bewilligte zinsgünstige Darlehen im Zeitraum der Jahre 1991 bis 1998. Um die Bedeutung der Zahlungsströme im Ost-West-Vergleich vergleichen zu können, werden diese anhand der Einwohnerzahl relativiert, wobei Berlin den neuen Ländern zugeordnet ist.

2 Zentrale Instrumente der großräumigen Ausgleichspolitik

Besondere Bedeutung im Rahmen der Ausgleichspolitik kommt folgenden Politikbereichen zu, da sie unmittelbar Einfluß auf die Entwicklung in den Teilräumen Deutschlands nehmen:

- **Finanzausgleichspolitik:** Dieser Politikbereich greift unmittelbar in das Finanzgefüge zwischen den Ländern (Länderfinanzausgleich) oder den Gemeinden (kommunaler Finanzausgleich) mit dem Ziel ein, Länder und Gemeinden in die Lage zu versetzen, öffentliche Aufgaben ohne größere regionale Unterschiede wahrnehmen zu können (Gleichwertigkeitsziel).
- **Großräumige Infrastrukturpolitik:** Mit diesem Politikbereich werden Städte und Regionen über Netze von Straßen, Schienen und Wasserwegen verbunden. Erst hiermit wird der Austausch von Gütern und Dienstleistungen als Grundlage des wirtschaftlichen Wohlstandes in der Fläche ermöglicht.
- **Regionale Wirtschaftspolitik:** Dieser Politikbereich will die unternehmerische Arbeitsplatzbasis in strukturschwachen Regionen stärken und großräumige Unterschiede in der Wirtschaftskraft ausgleichen.

Allerdings haben auch andere Fachpolitiken raumwirksamen Charakter, auch wenn dieser nicht unmittelbar auf der Grundlage eines räumlichen Bezugssystems zum Tragen kommt. Zu nennen sind vor allem die

- Arbeitsmarktpolitik, deren Maßnahmen finanzausgleichend wirken, da strukturstarke Regionen mit einer großen Zahl an Beitragszahlern Räume mit Anpassungsproblemen und einer großen Zahl an Empfangsberechtigten unterstützen;
- Forschungs- und Entwicklungspolitik mit ihrer hohen Bedeutung für die regionale und nationale Wettbewerbsfähigkeit,
- Stadtentwicklungspolitik mit ihrer gezielt städtischen Ausrichtung sowie
- die Agrarpolitik mit ihrer besonderen Verantwortung für die ländlichen Räume.

Insgesamt können für den Zeitraum 1991 bis 1998 1 826,5 Mrd. DM⁴ an raumwirksamen Mitteln auf Länderebene verortet werden (vgl. Tab. 1). An dieser Summe partizipieren die neuen Länder mit 969 Mrd. DM. Pro Kopf der Bevölkerung erhalten die neuen Länder damit 54 800 DM. Dies entspricht einem Förderverhältnis neue zu alte Länder von 4 : 1. Abzüglich der Länderfinanzausgleichsmittel, der Beitragsmittel der Bundesanstalt für Arbeit sowie der EU-Mittel verbleiben rund 930 Mrd. DM an raumwirksamen Bundesmitteln. 53 % hiervon fließen in die neuen Länder.⁵

(4) In dieser Summe sind die zinsgünstigen Darlehen mit ihrem Förderwert, der mit näherungsweise 4 % der Darlehenssumme angesetzt wird, berücksichtigt.

(5) Die Begrenzung auf diese direkt ausgabewirksamen Fördermittel verkennt nicht den raumwirksamen Förderungscharakter anderer Unterstützungsformen. Von vergleichbarer Wirkung sind vor allem Steuervergünstigungen, bei denen an die Stelle einer Ausgabe eine Mindereinnahme für den Staat tritt, und Bürgschaften, bei denen der Staat das Ausfallrisiko einer Leistung oder Investition in einer gewissen Höhe trägt. Derartige Begünstigungen bzw. die in ihnen enthaltenen Subventionsäquivalente entziehen sich jedoch meist einer Regionalisierung.

Dieser Förderpräferenzvorsprung beruht auf einer formalen Zuordnung der Zahlungsströme. Hierbei ist zu berücksichtigen, dass durch die räumlichen und wirtschaftlichen Interaktionen zwischen neuen und alten Ländern letztere durch das förderpolitische Engagement des Bundes in den neuen Ländern auch profitiert haben. Der zusammenfassende Ost-West-Vergleich verstellt zudem den Blick auf die Unterschiede zwischen den einzelnen Ländern. Wird in einem nächsten Schritt die Aggregatebene „neue und alte Länder“ aufgebrochen, so ergibt sich eine Länder-Pro-Kopf-Verteilung, wie sie in Abbildung 2 dargestellt ist

In den alten Ländern belegen Bremen und das Saarland in der Ausstattung mit raumwirksamen Fördermitteln – gemessen in DM je Einwohner – die ersten Plätze. Hierzu tragen vor allem die Bundesergänzungszuweisungen bei. Am anderen Ende stehen Baden-Württemberg, Hessen, Nordrhein-Westfalen und Bayern. In den neuen Ländern erreichen die strukturschwächeren Länder Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt Spitzenwerte. Das unterdurchschnittliche Abschneiden von Berlin hat unter anderem statistische Gründe. Durch die Zusammenfassung von Berlin (West) und Berlin (Ost) kommt es zu Verzerrungen im Vergleich zu den übrigen neuen Ländern. Dies kommt insbesondere bei den Zahlungen im Rahmen der Arbeitsmarktpolitik zum Ausdruck, da beide ehemaligen Teile durch recht unterschiedliche Arbeitsmarktsituationen gekennzeichnet sind.

Werden nur die Bundesmittel in die Betrachtung einbezogen, so nimmt Berlin auf Grund der Berlin-Förderung der Jahre 1991 bis 1994 die führende Position ein.

Wird die vergleichende Ost-West-Betrachtung um eine differenzierte Maßnahmen-darstellung nach Ländern ergänzt, so ergibt sich auf der Basis einer Pro-Kopf-Analyse folgendes Bild:

- In den neuen Ländern zeigen sich nur Unterschiede im Niveau des raumwirksamen Mitteleinsatzes. Schwerpunktunterschiede zwischen den Ländern können nicht erkannt werden. Die Mittelausstattung in den Politikfeldern ist zwischen den neuen Ländern durchweg homogener als zwischen den alten Ländern. Dies gilt insbesondere für Mittel mit Finanzausgleichscharakter. Damit tragen diese Mittel zu einem eher gleichmäßigen Aufholprozess bei.
- Maßnahmen, die inhaltlich eng mit dem Bevölkerungsbesatz korrespondieren, variieren nicht oder kaum zwischen den einzelnen Ländern. Dies gilt für den Bereich Stadtentwicklung für neue und alte Länder gleichermaßen. Dieses Ergebnis resultiert nicht zuletzt daraus, dass die regionale Mittelverteilung unter anderem auf der Basis des Bevölkerungsanteils eines Landes an der Gesamtbevölkerung oder damit eng korrelierender Größen erfolgt.
- Maßnahmen, die inhaltlich an bestimmte Standortvoraussetzungen gebunden sind, streuen zwischen den einzelnen Ländern. Dies gilt zum Beispiel für die

Abbildung 2
Raumwirksame
Fördermittel 1991–1998

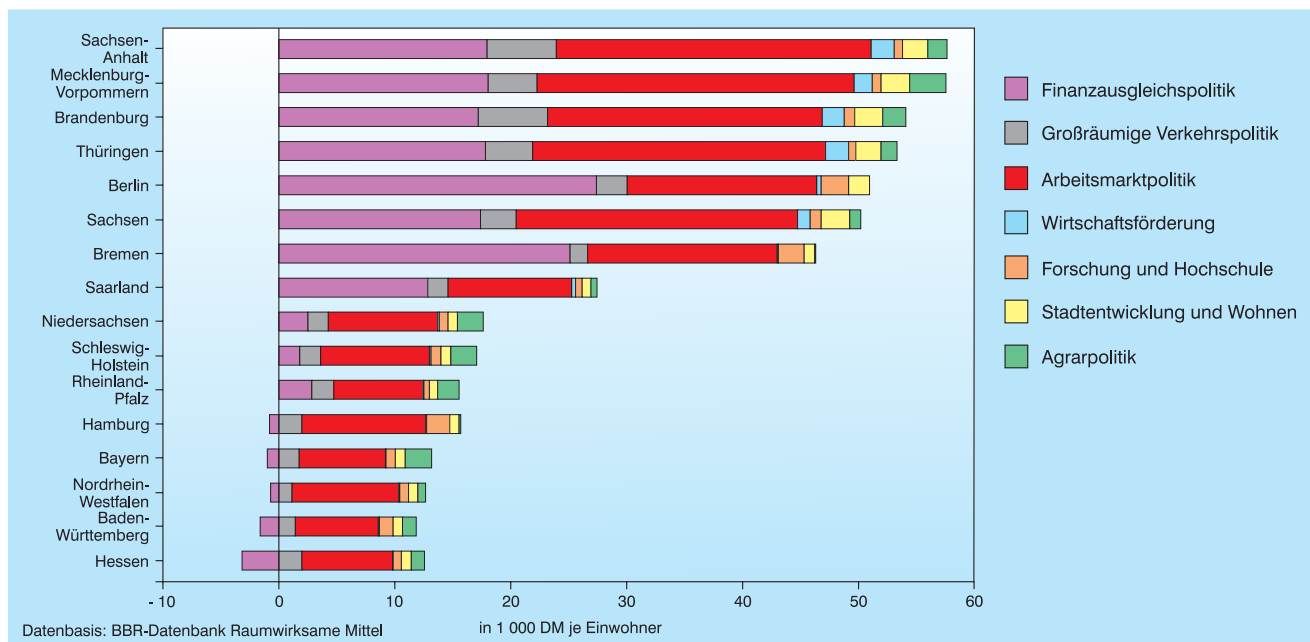


Tabelle 1
Raumwirksame Fördermittel an alte und neue Länder im Vergleich

Raumwirksame Bundesmittel	Zeitraum	gesamt	Alte Länder	Neue Länder	gesamt	Alte Länder	Neue Länder
		in Mrd. DM			in DM je Einwohner		
Finanzausgleichspolitik		296,5	46,6	249,9	3 638	731	14 132
Fonds Deutsche Einheit (Bundesanteil)	1991-94	85,1	0,0	85,1	1 044	0	4 814
Bundesergänzungszuweisungen	1991-98	119,9	46,6	73,3	1 471	731	4 145
Berlin-Förderung	1991-94	43,3	0,0	43,3	531	0	2 447
Aufbau Ost (1991-93 Gemeinschaftswerk)	1991-98	48,2	0,0	48,2	591	0	2 725
Großräumige Verkehrspolitik		172,7	99,6	73,1	2 119	1 561	4 134
Bundesfernstraßen	1991-98	68,4	43,0	25,4	839	674	1 437
Schienenwege	1991-98	63,0	27,7	35,3	773	434	1 996
Bundeswasserstraßen	1991-98	8,4	6,5	1,9	103	102	107
Regionalisierungsgesetz	1996-98	32,9	22,4	10,5	404	351	593
Arbeitsmarktpolitik		189,7	112,3	77,5	2 328	1 759	4 382
Leistungen nach dem Arbeitsförderungsgesetz ²	1991-98	189,7	112,3	77,5	2 328	1 759	4 382
Wirtschaftsförderung ¹		30,6	6,1	24,5	375	96	1 384
GRW - Gewerbliche Wirtschaft ³	1991-98	22,7	2,2	20,5	278	34	1 158
zinsgünstige Darlehensförderung:							
Kleine und mittlere Unternehmen		176,1	86,6	89,5	2 161	1 357	5 064
ERP-Existenzgründung	1991-98	34,6	11,3	23,3	424	176	1 317
KfW-Mittelstandsprogramm	1991-98	91,8	62,1	29,7	1 126	972	1 681
ERP-Aufbau- und Regionalprogramm	1991-98	27,2	8,9	18,3	334	140	1 035
Eigenkapitalhilfeprogramm	1991-98	22,6	4,4	18,2	277	68	1 031
Umweltprogramm							
ERP-Umweltprogramm	1991-98	22,4	12,2	10,3	275	190	582
Forschung und Hochschule ¹		75,7	55,8	19,9	929	874	1 125
Forschungsbereich		42,9	31,6	11,3	526	495	638
Wissenschaftliche Forschung (nach Art. 91b GG)	1991-98	22,7	14,3	8,3	278	225	470
Förderung der Großforschung (nach Art. 91b GG)	1991-98	20,1	17,1	3,0	246	268	167
zinsgünstige Darlehensförderung:							
ERP-Innovationsprogramm	1996-98	3,6	3,3	0,3	44	51	19
Hochschulbereich		32,8	24,2	8,6	403	379	487
GA Neu- und Ausbau der Hochschulen (nach Art. 91a GG)	1991-98	13,8	9,9	3,9	169	155	220
Hochschulsonderprogramme (nach Art. 91b GG)	1991-98	2,9	2,2	0,7	36	35	38
Ausbildungsförderung	1991-98	16,1	12,1	4,0	198	189	228
Stadtentwicklung und Wohnen ¹		91,1	51,3	39,8	1 117	804	2 249
Städtebauförderung	1991-98	6,6	2,2	4,4	81	35	246
Sozialer Wohnungsbau ⁴	1991-98	19,4	14,0	5,4	238	220	303
Eigenheimzulage (nur Bundesanteil)	1995-98	5,2	3,9	1,2	63	62	69
Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz	1991-98	42,2	29,0	13,2	518	454	747
GRW - Wirtschaftsnaher Infrastruktur ³	1991-98	13,9	1,2	12,6	170	19	715
zinsgünstige Darlehensförderung:							
KfW-Wohnraummodernisierungsprogramm	1991-98	69,2	0,0	69,2	850	0	3 917
KfW-Programm zur CO ₂ -Minderung	1996-98	3,4	3,4	0,1	42	53	4
KfW-Programm für junge Familien	1997-98	5,9	5,6	0,3	72	87	19
KfW-Infrastrukturprogramm	1996-98	17,3	12,4	4,9	213	194	278
Agrarpolitik		73,5	65,2	8,3	902	1 022	470
GA Agrarstruktur und Küstenschutz	1991-98	20,1	12,2	7,9	246	191	445
Landwirtschaftliche Sozialpolitik ⁶	1991-98	53,5	53,1	0,4	656	831	25
Bundesmittel insgesamt ¹		929,9	437,0	492,9	11 408	6 847	27 876
nachrichtlich: zinsgünstige Darlehen insgesamt		298,1	123,4	174,7	3 657	1 933	9 882
Raumwirksame Mittel anderer Institutionen							
Finanzausgleichspolitik der Länder		53,6	-41,9	95,5	657	-656	5 400
Fonds Deutsche Einheit (Länderanteil)	1991-94	53,6	0,0	53,6	657	0	3 031
Länderfinanzausgleich:	1991-98	0,0	-41,9	41,9	0	-656	2 369
Empfänger-Länder		62,6	20,3	42,3	768	318	2 393
Zahler-Länder		-62,6	-62,2	-0,4	-768	-975	-23
Arbeitsmarktpolitik der Bundesanstalt für Arbeit ²	1991-98	768,6	429,8	338,7	9 430	6 734	19 159
allgemeine Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen ⁴		69,2	16,6	52,6	849	261	2 974
Berufliche Bildung ⁴		133,6	65,2	68,4	1 639	1 021	3 869
Maßnahmen der EU	1991-98	74,5	32,7	41,8	914	513	2 362
EU-Strukturpolitik ⁵		35,6	8,7	26,9	437	137	1 521
Gemeinsame Agrarpolitik-EAGFL, Abteilung Garantie ⁶		38,9	24,0	14,9	477	376	841
Raumwirksame Mittel insgesamt ¹		1 826,5	857,6	968,9	22 409	13 437	54 796

Anmerkungen: ¹Darlehen mit Subventionsäquivalent von 4 % berücksichtigt; ²ohne besondere Dienststellen; ³Bewilligungsstatistik Bundesamt für Wirtschaft; ⁴teilweise einschließlich Modernisierungsförderung; ⁵geschätzt anhand indikativer Finanzplanung (Preisbasis 1994), Doppelzählung zur GRW in einzelnen Ländern möglich; ⁶soweit regionalisierbar

Quelle: Angaben der Bundesressorts, Kreditanstalt für Wiederaufbau, Deutsche Ausgleichsbank, Bundesanstalt für Arbeit, Operationelle EU-Programme, eigene Berechnungen

Bereiche Land- und Forstwirtschaft sowie Forschung und Entwicklung. Regionale Schwerpunkte der Land- und Forstwirtschaft sind die Länder Schleswig-Holstein, Niedersachsen, Rheinland-Pfalz, Bayern, Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern. Diese Länder kennzeichnet ein überdurchschnittlicher landwirtschaftlicher Erwerbstätigen- und Flächenbesatz. Eindeutige regionale Schwerpunkte der Ausgaben für Forschung und Entwicklung bilden die Länder Bayern, Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg in Westdeutschland. Da Fördermittel für Forschung und Entwicklung nur dorthin fließen können, wo entsprechende Forschungskapazitäten (Hochschulen etc.) vorhanden sind, erklärt sich diese regionale Schwerpunktsetzung. In den neuen Ländern fokussieren sich die Ausgaben für Forschung und Entwicklung auf Berlin.

Insgesamt belegt die Zusammenstellung der raumwirksamen Mittel die Schwerpunktsetzung zu Gunsten Ostdeutschlands und spiegelt somit das noch bestehende großräumige Disparitätenmuster wider.

2.1 Finanzausgleich als zentrales Element der Ausgleichspolitik

Das zentrale Element dieser Ausgleichspolitik ist der bundesstaatliche Finanzausgleich. Das Ziel des Finanzausgleichs besteht darin, alle Länder finanziell in die Lage zu versetzen, ihre öffentlichen Aufgaben derart wahrzunehmen, dass zwischen den Ländern keine gravierenden Unterschiede festzustellen sind. Allein der Länderfinanzausgleich umfasst nach der Neuordnung der bundesstaatlichen Finanzbeziehungen im Jahre 1995 ein Volumen von durchschnittlich 12 Mrd. DM pro Jahr. Von diesen 12 Mrd. DM fließen 10 Mrd. DM zum Steuerkraftausgleich an die neuen Länder.⁶ Im Einigungsvertrag vom 31.8.1990 sind wegen der erheblichen Unterschiede in der Steuerstruktur zwischen den alten und neuen Ländern Übergangsregelungen festgelegt worden. An Stelle eines gesamtdeutschen Finanzausgleichs wurde für die Zeit bis Ende 1994 der Fonds Deutsche Einheit eingerichtet. Die Fondsmittel beliefen sich im Zeitraum 1991 bis 1994 auf ein Gesamtvolumen von 139 Mrd. DM, wobei der Bund die Hauptlast trug.⁷ Ab 1995 sind die neuen Länder einschließlich Berlin vollständig und gleichberechtigt in

den gesamtdeutschen Länderfinanzausgleich unter Berücksichtigung der bisherigen Berlin-Förderung des Bundes einbezogen. Durch die Neuordnung des bundesstaatlichen Finanzausgleichs wurde für Ostdeutschland eine dauerhafte finanzielle Basis geschaffen, um in angemessener Zeit den infrastrukturellen Nachholbedarf abzubauen und den Anschluß an die Lebensverhältnisse in Westdeutschland finden zu können.

Zudem zahlt der Bund ab 1994 den neuen Ländern Bundesergänzungszuweisungen, und zwar unter anderem

- zum Abbau teilungsbedingter Sonderbelastungen sowie zum Ausgleich unterproportionaler kommunaler Finanzkraft von 1994 bis 2004 in Höhe von 14 Mrd. DM jährlich;
- in Höhe von 90 % der nach dem Länderfinanzausgleich verbleibenden Fehlbeträge zur länderdurchschnittlichen Finanzkraft an finanzschwache neue Länder. An diesen Zahlungen partizipieren auch die finanzschwachen Westländer Niedersachsen, Rheinland-Pfalz, Saarland und Bremen (1995–1998: rund 21 Mrd. DM).

Der Finanzausgleich wird durch die großen Investitionsförderprogramme zum Aufbau Ost flankiert (1991–1998: 51 Mrd. DM). Das 1993 ausgelaufene Programm Aufschwung Ost wurde 1995 durch das Investitionsförderungsgesetz Aufbau Ost mit einem jährlichen Finanzvolumen von 6,6 Mrd. DM abgelöst. Das Programm hat eine Laufzeit bis zum Jahre 2004. Durch diese Finanzhilfen zum Ausgleich unterschiedlicher Wirtschaftskraft werden folgende Investitionen gefördert:

- Maßnahmen zur Verbesserung der wirtschaftlichen Infrastruktur,
- Maßnahmen zur Förderung des Wohnungsbaus, insbesondere zur Modernisierung und Instandsetzung, einschließlich des Studentenwohnraumbaus,
- Maßnahmen zur Förderung des Städtebaus, insbesondere zur Stadt- und Dorferneuerung, einschließlich Erhaltung und Erneuerung historischer Stadtkerne,
- Maßnahmen zur Förderung der Aus- und Weiterbildung im beruflichen Bereich unter Einschluß der Hochschulen und Fachhochschulen,
- Maßnahmen zur Förderung von Wissenschaft, Forschung und Entwicklung,
- Für die wirtschaftliche Entwicklung bedeutsame Maßnahmen zur Förderung

(6) Der Bund hat jedoch durch die Abgabe von sieben Prozentpunkten auf sein Umsatzsteuereinkommen die Länder in die Lage versetzt, ab 1995 Berlin und die neuen Länder voll in den Länderfinanzausgleich einzubeziehen. Einnahmeverlust für den Bund: rund 17 Mrd. DM 1995.

(7) Hinzu kommen 22 Mrd. DM für das Jahr 1990, so dass sich das Gesamtvolumen des Fonds Deutsche Einheit auf 161 Mrd. DM beläuft.

kommunaler Investitionen, insbesondere Investitionen zum Aufbau und zur Erneuerung von sozialen Einrichtungen.

Pro Kopf der Bevölkerung erhalten die neuen Länder damit im Rahmen der Finanzausgleichspolitik des Bundes – ohne Länderfinanzausgleich im engeren Sinne – rund 14 300 DM je Einwohner. Dies entspricht einem Förderverhältnis neue zu alte Länder von 20 : 1. Schwerpunkte in den alten Ländern sind Bremen und das Saarland auf Grund von Bundesergänzungszuweisungen. Berlin hat im Zeitraum 1991–1998 innerhalb der neuen Länder die Spitzenposition inne.

2.2 Fachplanungen und -politiken

Darüber hinaus haben zahlreiche Fachplanungen und -politiken den Auf- und Umbau der neuen Länder unterstützt. Der insgesamt eindeutige Fördervorsprung zu Gunsten der neuen Länder trägt dabei den unterschiedlichen Ausgangssituationen und Problemlagen in Ost- und Westdeutschland Rechnung. Geht es in den alten Ländern darum, Bestehendes zu pflegen, zu erhalten und Entwicklungsengpässe zu beseitigen, so verlangt der erfolgreiche Transformationsprozess in den neuen Ländern den Aufbau einer neuen und leistungsfähigen Wirtschafts- und Infrastruktur. Die damit notwendigerweise einhergehenden Verwerfungen alter Strukturen verlangen eine konsequente infrastruktur-, arbeitsmarkt- und wirtschaftspolitische Flankierung.

Verkehr und Kommunikation

Im eher großräumig orientierten Bereich „Verkehr und Kommunikation“ hat die Bundesregierung den neuen Ländern einen beträchtlichen und notwendigen Fördervorsprung vor den alten Ländern gewährt, um unter anderem die binnen kurzer Zeit völlig neu entstandenen Dimensionen der Mobilität verkraften zu können.⁸ Die sprunghaft gestiegene Verkehrsnachfrage verlangte den zügigen Ausbau der Verkehrsinfrastruktur bei Straße, Schiene und Wasserwegen in den neuen Ländern und zwischen den neuen und den alten Ländern. Kernstück der für das Zusammenwachsen der alten und neuen Länder wichtigen Infrastrukturinvestitionen sind die im April 1991 vom Bundeskabinett beschlossenen Verkehrsprojekte Deutsche Einheit. Dieses Investitionsprogramm mit einem Volumen von rund 70 Mrd. DM (Preisstand 1997)



Chemnitz, VW-Werk

umfasst neun Schienen- und sieben Autobahnprojekte mit jeweils etwa 2 000 km Länge sowie ein Wasserstraßenprojekt. Ferner hat die Deutsche Telekom AG bis Ende 1997 ca. 50 Mrd. DM in Ostdeutschland in das dortige Telekommunikationsnetz investiert. Dieses ist inzwischen vollständig digitalisiert. Damit haben die neuen Länder einen Ausbaustand erreicht, der über dem der alten Länder liegt.

Auch haben die neuen Länder an der Regionalisierung des Schienenpersonennahverkehrs im Zuge der Bahnreform teilgenommen. Durch die regionale oder lokale Verantwortung für die Bestellung von SPNV-Leistungen ist eine bürgernähere Gestaltung des ÖPNV erreicht worden. Mit dem Regionalisierungsgesetz sind damit die Voraussetzungen geschaffen worden, auch in den neuen Ländern eine marktgerechte Erschließung der Fläche sowie die Verbindung zwischen Stadt und Umland zu gewährleisten.

In Deutschland wurden von 1991 bis 1998 173 Mrd. DM in die großräumige Verkehrsinfrastruktur investiert. Die neuen Bundesländer wurden überproportional berücksichtigt, denn im gleichen Zeitraum wurden hier 73 Mrd. DM, 42 % aller Verkehrsinfrastrukturinvestitionen des Bundes realisiert. Gemessen an dem Bevölkerungsanteil der neuen Länder mit 22 % ist dies ein weit überproportionaler Anteil. 35 Mrd. DM wurden in den Schienenbereich, 25,4 Mrd. DM in die Bundesfernstraßen und rund 2 Mrd. DM in die Bundeswasserstraßen investiert. Im Rahmen des Regionalisierungsgesetzes erhielten die neuen Ländern zur Gestaltung des ÖPNV

(8) Infrastrukturinvestitionen stützen die Baunachfrage, erhalten in beträchtlichem Maße Arbeitsplätze und fördern gleichwertige Lebensbedingungen in allen Regionen. Von diesen Investitionen geht eine bedeutende Verstärkung der konjunkturellen Entwicklung im gesamten Bundesgebiet aus.

Tabelle 2
Förderung pro Kopf in DM je Einwohner

	Alte Länder		Neue Länder	
	Agglomerationen	Nicht-Agglomerationen	Agglomerationen	Nicht-Agglomerationen
Insgesamt		+		+
Arbeitsmarkt				
Allgemeine Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen 1991–1997	+			+
Maßnahmen zur beruflichen Bildung 1991–1997	+			+
Wirtschaftsförderung				
GRW-Förderung der gewerblichen Wirtschaft (ohne Fremdenverkehr) 1991–1998		+		+
GRW-Förderung des Fremdenverkehrs 1991–1998		+		+
KfW-Mittelstandsprogramm 1991–1998 (einschließlich Investitionskreditprogramm)		+		+
Eigenkapitalhilfeprogramm 1991–1998		+		+
ERP-Existenzgründungskredite 1991–1998		+		+
ERP-Regionalprogramm und -Aufbauprogramm 1991–1998		+		+
ERP-Umweltprogramm 1991–1998 (ohne 1997)		+		+
Forschung und Entwicklung				
ERP-Innovationsprogramm 1996–1998		+	+	
Hochschulbereich				
Gemeinschaftsaufgabe Ausbau und Neubau von Hochschulen einschließlich der Hochschulkliniken 1991–1997	+		+	
Stadtentwicklungspolitik				
Städtebauförderung 1991–1998		+		+
GRW – wirtschaftsnahe Infrastruktur 1991–1998		+		+
KfW-Wohnraummodernisierungsprogramm 1991–1998				+
KfW-Programm für junge Familien 1996–1998		+		+
KfW-Programm zur CO ₂ -Minderung 1996–1998 (ab 1998 auch in neuen Bundesländern)		+	+	
KfW-Infrastrukturprogramm 1996–1998	+		+	

+ = über Wert des Vergleichsraumtyps

Quelle: nach Angaben der Bundesressorts, KfW, DtA, Bundesanstalt für Arbeit, eigene Berechnungen

Regionalprofile ausgewählter Förderbereiche im Zeitraum 1991–1998

Die Regionen außerhalb der Agglomerationen in den neuen Ländern bilden die eindeutigen regionalen Förderschwerpunkte (vgl. Tab. 2). Obwohl in diesen Regionen 53 % der Bevölkerung leben, nehmen diese 63 % der Mittel in Anspruch (pro Kopf: 24 200 zu 16 000 DM). Diese Räume weisen vor allem eine deutlich höhere Pro-Kopf-Förderung in den finanziell gewichtigen Bereichen „Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen“, „Maßnahmen zur beruflichen Bildung“ sowie bei allen Instrumenten der Wirtschaftsförderung auf. Ausnahmen: Ausgaben für den Hochschulbau, für Forschung und Entwicklung sowie die kleineren KfW-Programme zum Infrastrukturausbau und CO₂-Minderung. Unterschiede zu den Regionstypen der alten Länder besteht im Wesentlichen nur im Bereich des Arbeitsmarktes. In den alten Länder konzentrieren sich die Maßnahmen auf die Agglomerationsräume. In der Gesamtschau teilen sich Agglomerationen und Nicht-Agglomerationen die Mittel zu 50 %. Pro Kopf bedeutet dies einen Fördersprung zu Gunsten der eher ländlichen Räume (pro Kopf: 3 450 zu 3 035 DM).

1996 bis 1998 10,5 Mrd. DM. Bisher wurden – neben den notwendigen Ersatz- und Erhaltungsinvestitionen – etwa 5 400 km Schienenwege sowie insgesamt rund 11 700 km Straßen um-, neu- oder ausgebaut. Die Verkehrsprojekte Deutsche Einheit machen einen entscheidenden Teil der Verkehrsinvestitionen in den neuen Bundesländern aus. Ihre Finanzierung erfolgt

vorrangig. Mit diesem Investitionsvolumen wurden Eisenbahnstrecken mit einer Länge von rund 1 150 km modernisiert, rund 70 km Autobahnen neu- bzw. rund 370 km ausgebaut. Weitere rund 480 km Autobahnen waren Ende 1998 im Bau. Wesentliche Teile der VDE sollen bis Anfang des nächsten Jahrzehnts fertig gestellt werden.

Pro Kopf der Bevölkerung erhalten die neuen Länder damit im Rahmen der großräumigen Verkehrspolitik 4 134 DM je Einwohner. Dies entspricht einem Förderverhältnis neue zu alte Länder von 2,6 : 1. Schwerpunkte in den alten Ländern sind Hamburg, Hessen und Rheinland-Pfalz. Brandenburg und Sachsen-Anhalt haben im Zeitraum 1991 bis 1998 innerhalb der neuen Länder die Spitzenposition inne. Zu diesem Ergebnis tragen insbesondere die Verkehrsverbindungen von und nach Berlin bei.

Arbeitsmarkt

Die Arbeitsmarktpolitik unterstützt und flankiert den wirtschaftlichen Wandel. Sie trägt zu einer Realisierung eines möglichst hohen Beschäftigungsstandes und zur Verbesserung der Beschäftigungsstruktur bei. Der Arbeitsmarktpolitik stehen hierfür eine Vielzahl von Instrumenten zur Verfügung. Im Rahmen der passiven Arbeitsmarktpolitik zielen die Instrumente vor allem auf eine soziale Flankierung struktureller Wandlungsprozesse z. B. durch Vorruhestandsregelungen, Arbeitslosengeld und -hilfe. Die aktive Arbeitsmarktpolitik will hingegen die Beschäftigten auf die neuen Herausforderungen am Arbeitsmarkt vorbereiten und qualifizieren.

Ohne eine angemessene Absicherung der vom Beschäftigungsabbau betroffenen Personen und ohne den sinngebenden Charakter der Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik wäre in der Bevölkerung die notwendige Akzeptanz und Bereitschaft für die Belastungen des Strukturwandels nicht vorstellbar. Dies gilt insbesondere für Ostdeutschland, da bedingt durch die Probleme des Übergangs von der Plan- zur Marktwirtschaft ein Großteil der Arbeitsplätze weggefallen ist.

Für Maßnahmen der aktiven und passiven Arbeitsmarktpolitik wurden im Zeitraum 1991–1998 insgesamt 769 Mrd. DM aus Beitragsmitteln der Bundesanstalt für Arbeit bereit gestellt. Davon entfielen rund 340 Mrd. DM auf Ostdeutschland (44 %). Im gesamtdeutschen Durchschnitt wurde etwa jede vierte Mark für Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik, d. h. für berufliche Fort- und Umschulungsmaßnahmen sowie Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, ausgegeben. Der Schwerpunkt der aktiven Arbeitsmarktpolitik liegt in Ostdeutschland, wo rund 60 % der Mittel eingesetzt wurden. Auf einen Einwohner in Ostdeutschland entfällt

ein Wert von rund 19 000 DM gegenüber 6 700 DM in Westdeutschland. Dies entspricht einem Förderverhältnis von 3 : 1.

Zusätzlich wurden im Zeitraum 1991–1998 rund 190 Mrd. DM für Leistungen nach dem Arbeitsförderungsgesetz oder gleichartige Leistungen aus Mitteln des Bundes verausgabt (Kapitel 1112 des Bundeshaushaltes). Der inhaltliche Schwerpunkt liegt bei der Arbeitslosenhilfe und dem Altersübergangsgeld. Die regionale Verteilung der Mittel folgt der Zahl der empfangsberechtigten Personen. 41 % der Mittel gingen nach Ostdeutschland.

Pro Kopf der Bevölkerung erhalten die neuen Länder damit im Rahmen der Arbeitsmarktpolitik rund 23 500 DM je Einwohner. Dies entspricht einem Förderverhältnis neue zu alte Länder von 2,8 : 1. Schwerpunkte in den alten Ländern sind die nördlichen Länder und das Saarland. Diese Mittelverteilung spiegelt damit das Nord-Süd-Gefälle in der regionalen Arbeitslosigkeit wider. Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern erhalten aufgrund ihrer Arbeitsmarktsituation im Zeitraum 1991–1998 innerhalb der neuen Länder die meisten Arbeitsmarktmittel je Einwohner.

Wirtschaftsförderung

Die Lösung der Arbeitsmarktprobleme bedingt öffentliche und private Investitionen für eine rasche Entwicklung wettbewerbsfähiger Strukturen. Dies gilt für die alten, aber im besonderen Maße für die neuen Länder. Der regionalen Wirtschaftsförderung kommt hierbei eine erhebliche Bedeutung zu. Im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“, dem Standbein der regionalen Wirtschaftsförderung, hat sich die Bundesregierung im Zeitraum zwischen 1991 und 1998 mit 23 Mrd. DM an Ländermaßnahmen zur Förderung der gewerblichen Wirtschaft beteiligt (ohne Gemeinschaftswerk Aufschwung Ost). 20,5 Mrd. DM flossen hiervon in die neuen Länder. Die Mittel werden nicht nur zur Förderung einzelbetrieblicher Investitionen eingesetzt, sondern auch, um Fachprogramme der Länder zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit und Innovationskraft kleiner und mittlerer Unternehmen zu flankieren.

Ein weiterer zentraler Schwerpunkt im Bereich Wirtschaftsförderung liegt in der Unterstützung kleiner und mittlerer Unternehmen. Diese Schwerpunktsetzung wird mit der wirtschaftspolitischen Bedeutung



Boitzenburg, Gleisbau

begründet, die dem Mittelstand mit Blick auf den Wettbewerb und Strukturwandel zugeschrieben wird. Auch erwartet man von ihm einen wichtigen Beitrag zur Schaffung neuer Arbeitsplätze und Impulse für die Innovationsfähigkeit des wirtschaftlichen Gesamtsystems. Dies zeigt sich nicht zuletzt an dem Volumen zinsgünstiger Kredite, die für Vorhaben kleiner und mittlerer Unternehmen in West- und Ostdeutschland vergeben wurden. Im Zeitraum 1991–1998 waren dies insgesamt rund 176 Mrd. DM, wovon rund 90 Mrd. DM auf Vorhaben in Ostdeutschland entfielen. Innerhalb dieses Maßnahmenpakets kommt der öffentlichen Existenzgründungsförderung eine besondere Bedeutung zu.

Insgesamt hat die Bundesregierung im Bereich Wirtschaftsförderung 30,6 Mrd. DM verausgabt, wobei 24,5 Mrd. DM in den neuen Ländern wirksam wurden. Auf einen Einwohner in den neuen Ländern entfällt somit ein Wert von rund 1 400 DM gegenüber rund 100 DM in den alten Ländern, was einem Verhältnis von 14 : 1 entspricht. Schwerpunkte in den alten Ländern sind die nördlichen Länder Schleswig-Holstein und Niedersachsen. Aber auch Baden-Württemberg erreicht auf Grund einer weit überdurchschnittlichen Inanspruchnahme der kreditfinanzierten Mittelstandsförderung hohe Werte. Thüringen hat unter anderem auf Grund der hohen ERP-Existenzgründungsförderung im Zeitraum 1991–1998 innerhalb der neuen Länder die meisten Mittel je Einwohner eingeworben.

Forschung und Entwicklung, Hochschule

Die zur Förderung von Forschung und Entwicklung eingesetzten Mittel spielen eine wichtige Rolle bei der Bewältigung der strukturellen Probleme der Volkswirtschaft. Investitionen in diesen Bereichen gelten als strategischer Ansatzpunkt, um die Position der Bundesrepublik und ihrer Regionen im Prozess der Globalisierung zu stärken. Ziel ist es, eine international wettbewerbsfähige Forschung zu ermöglichen und über die Entwicklung neuer Produkte und Produktionsverfahren zur Sicherung des Wirtschaftsstandorts Deutschland beizutragen. Neben finanziellen Förderprogrammen erfordert dies aber auch die Schaffung entsprechender Rahmenbedingungen auf der gesamtstaatlichen Ebene (z. B. Regulierungsdichte).

Die Raumwirksamkeit der Mittel für den Ausbau des Hochschulwesens und der wissenschaftlichen Forschung ist unbestritten. In der Vergangenheit wurden daher Hochschuleinrichtungen verstärkt in ländlichen oder strukturschwachen Räumen gegründet, um diesen Impulse für die regionale Entwicklung zu geben. Diese Zielsetzung spielte oftmals auch bei der Standortbestimmung öffentlich finanzierter Forschungseinrichtungen eine wichtige Rolle. Zur Verbesserung des Wissenstransfers zwischen wissenschaftlicher Forschung und der Wirtschaft sind inzwischen an fast allen Hochschulen und Forschungseinrichtungen entsprechende Transfer- oder Forschungskontaktstellen eingerichtet worden. Die Spannweite der institutionalisierten Ansätze reicht von der zusätzlichen Wahrnehmung der Transferfunktion durch einzelne Mitarbeiter bis zur mit mehreren Mitarbeitern besetzten Transferstelle. Deren Wirkungskreis erstreckt sich in vielen Fällen über das jeweilige regionale Umfeld hinaus und kann je nach Grad der Spezialisierung und fachlichen Ausrichtung auf die gesamte Bundesrepublik bis ins Ausland reichen. 1996 gab es in Deutschland insgesamt 335 staatliche bzw. staatlich anerkannte Hochschulen, darunter 113 Universitäten und vergleichbare Einrichtungen.

Der Aus- und Neubau von Hochschulen einschließlich der Hochschulkliniken gehört zu den im Grundgesetz verankerten Gemeinschaftsaufgaben von Bund und Ländern. Der Bund beteiligt sich ferner an drei Hochschulsonderprogrammen. Bedingt durch die historisch gewachsene Struktur wurde der überwiegende Teil der

Mittel für Hochschulen und wissenschaftliche Forschung in Westdeutschland ausgegeben. Der Aufbau der ostdeutschen Forschungs- und Hochschullandschaft ist inzwischen abgeschlossen. Im Kontext der harten Infrastrukturinvestitionen dürfen die Investitionen in Humankapital nicht vernachlässigt werden. Das Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAFöG) trägt nicht nur zur gesellschaftlichen Chancengleichheit bei, sondern hat auch Zukunftsinvestitionscharakter.

Im Rahmen der gemeinsamen Forschungsförderung von Bund und Ländern nach Art. 91b GG beteiligt sich der Bund schwerpunktmäßig an der Grundfinanzierung gemeinsamer getragener Forschungseinrichtungen (institutionelle Förderung). Hierzu zählen die Max-Planck-Gesellschaft, die Deutsche Forschungsgemeinschaft, die Fraunhofer-Gesellschaft, die Helmholtz-Zentren sowie die Einrichtungen der Blauen Liste. Neben der wissenschaftlichen Forschungsförderung wird insbesondere die Großforschung unterstützt.

Das Pendant zum öffentlich finanzierten Wissenschaftssektor ist der Forschungs- und Entwicklungssektor innerhalb der Wirtschaft. Er gilt als wesentlicher Bestandteil des Entwicklungspotentials von Regionen und als maßgebliche Bestimmungsgröße der regionalen Wettbewerbsfähigkeit. Forschung und Entwicklung innerhalb der Wirtschaft wird daher im Rahmen verschiedener Fachprogramme gefördert. Diese Programme greifen nur in solchen Regionen, in denen sich programmadaquate Antragsteller finden. Bedingt durch die regionale Verteilung FuE-treibender Unternehmen und der Unternehmenszentralen kann ein Großteil der Forschungsmittel – insbesondere im Rahmen der direkten und indirekten Projektförderung – formal den Verdichtungsräumen zugeordnet werden. Über betriebliche Verflechtungen und im Rahmen der räumlich-funktionalen Arbeitsteilung werden diese Mittel aber auch in anderen Regionen raumwirksam. Beim ERP-Innovationsprogramm, dessen Zielgruppe innovationsorientierte mittelständische Unternehmen sind, ergibt sich ein etwas anderes räumliches Verteilungsmuster, für das der regionale Besatz mit mittelständischen Unternehmen maßgeblich ist.

Insgesamt hat die Bundesregierung im Bereich Forschung und Hochschule 76 Mrd. DM verausgabt, wobei rund 20 Mrd. DM in den neuen Ländern wirksam wurden. Auf

InnoRegio

Innovative Impulse für die Region

Die Bundesregierung will die Innovationskraft der Regionen in den neuen Ländern weiter stärken. Das Bundesministerium für Bildung und Forschung hat daher 1999 mit InnoRegio ein neues Förderprogramm für die Regionen Ostdeutschlands aufgelegt. Geplant ist, 500 Mio. DM bis zum Jahre 2005 für die Entwicklung von regionalen Zukunftsideen bereit zu stellen. Ziel ist es, durch die Bündelung der bestehenden Potenziale von Bildungs- und Forschungseinrichtungen sowie Wirtschaft und Verwaltung neue Arbeitsplätze zu schaffen. Durch verstärkte Kooperation von Forschungseinrichtungen mit Betrieben sollen marktfähige Produkte und Dienstleistungen entwickelt werden.

einen Einwohner in den neuen Länder entfällt somit ein Wert von 1 125 DM gegenüber 874 DM in den alten Ländern, was einem Verhältnis von 1,3 : 1 entspricht. Schwerpunkte in den alten Ländern sind die Stadtstaaten Bremen und Hamburg sowie Baden-Württemberg. In den neuen Ländern fokussieren sich die Ausgaben auf Berlin. Von den Flächenländern entwickeln sich Brandenburg und Sachsen zu Schwerpunktländern der Forschung.

Stadtentwicklungspolitik

Die Städte und die hoch verdichteten Räume sind die gesamtwirtschaftlichen Arbeitsmarktzentren und Wachstumspole, von denen im Zuge der räumlich-funktionalen Arbeitsteilung Impulse auf ihr Umland und andere Regionen ausstrahlen. Das Gros der Arbeitsplätze ist in Städten konzentriert. Städte sind in der Regel auch Standort von höherwertigen Wissenstransferinstitutionen. Leistungsfähige und im überregionalen Standortwettbewerb konkurrenzfähige Städte bilden mit ihren Wachstumsgewinnen die fiskalische Grundlage für eine gesamtstaatliche Ausgleichspolitik. Bedingt durch die vielfältigen Probleme im Zuge des Transformationsprozesses (Mängel der technischen Infrastruktur, Verödung der Innenstädte, hoher Sockel an Arbeitslosigkeit und damit einhergehende soziale Probleme) können die ostdeutschen Städte diese Wachstumsfunktion nur begrenzt wahrnehmen, da ein Großteil ihrer finanziellen Leistungskraft für die Bewältigung innerstädtischer Probleme aufgebracht werden muß.

Welche Bedeutung die Städte für die neuen Länder haben, zeigen einige siedlungsstrukturelle Kennzeichen. Nur 20 % der Gemeinden weisen eine Einwohnerzahl von mehr als 2 000 Einwohnern auf. In diesen 20 % leben aber 80 % der Bevölkerung. Noch deutlicher wird die Bedeutung der Städte, wenn die Größenklasse „über 50 000

Einwohner“ betrachtet wird: In 0,4 % der Gemeinden leben 26 % der ostdeutschen Bevölkerung. Wird Berlin (Ost) in diese Betrachtung einbezogen, so erhöht sich die Bevölkerungskonzentration in Städten über 50 000 Einwohner sogar auf 32 %. Es liegt auf der Hand, dass sich bei dieser Bevölkerungskonzentration die strukturellen Verwerfungen vor allem in den städtischen Räumen widerspiegeln. Diese oftmals als industrielle Kerne ausgebauten Standorte wurden vom Verlust der industriellen Wettbewerbsfähigkeit und vom Arbeitsplatzabbau der Kombinate besonders hart getroffen. 25 % der ostdeutschen Arbeitslosen leben in den 25 Städten mit über 50 000 Einwohnern. Einschließlich Berlin (Ost) sind es 32 %. Erhalten im Durchschnitt der neuen Länder 28 Personen je 1 000 Einwohner lau-

fende Leistungen zum Lebensunterhalt (Sozialhilfe), so verdoppelt sich diese Zahl in den Mittel- und Großstädten auf 54 Personen je 1 000 Einwohner im Jahre 1996.

Stadtentwicklung beinhaltet ein vielfältiges Bündel an Einzelmaßnahmen, um entsprechend den jeweiligen Rahmenbedingungen Entwicklungsengpässe in den Städten abzubauen. Im Zeitraum 1991–1998 wurden rund 87 Mrd. DM an Zuschüssen und 96 Mrd. DM an Krediten im Maßnahmenfeld „Stadtentwicklung“ investiert, wobei sich einwohnerbezogen ein deutliches Fördergefälle zu Gunsten der ostdeutschen Länder ergibt.

Im Bereich Wohnen liegt der Schwerpunkt in Westdeutschland bei der Verbesserung der Neubauförderung und der sozialen Absicherung des Wohnens. In Ostdeutschland besteht die zentrale Aufgabe der Wohnungspolitik im Aufbau einer sozialen Wohnungsmarktwirtschaft sowie in der Instandsetzung und Modernisierung des über Jahre hinweg vernachlässigten Wohnungsbestandes. In zunehmendem Maße gewinnt auch der Wohnungsneubau an Bedeutung. Die Mittel des Bundes für den Wohnungsbau wurden schwerpunktmäßig für Vorhaben in Ostdeutschland aufgewendet. Allein im Rahmen des KfW-Modernisierungsprogramms wurde ein Kreditvolumen in Höhe von 69 Mrd. DM in Ostdeutschland eingesetzt. An diesem Programm haben Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern am stärksten partizipiert. Der Fördervorsprung Ostdeutschlands zeigt sich auch beim Mitteleinsatz für den sozialen Wohnungsbau und der Eigenheimzulage.

(9) Für die neuen Länder gibt es zusätzlich die Programmbereiche „Städtebaulicher Denkmalschutz“ und „Städtebauliche Weiterentwicklung großer Neubaugebiete“. Zu Gunsten der neuen Länder legte der Bund in den ersten Jahren nach der Einheit Deutschlands darüber hinaus verschiedene Sonderprogramme auf, nämlich für städtebauliche Modellvorhaben (1991–1994), für Erschließung von Wohngebieten (1993/94) für Städtebauliche Entwicklung von Wohngebieten (1993) und für städtebauliche Planungsleistungen (1991/92).

Potsdam, Geoforschungszentrum



Potsdam, Holländisches Viertel



Als besonders wichtig sind die ökonomischen Impulse durch die städtebaulichen Sanierungs- und Entwicklungsmaßnahmen im Rahmen der Städtebauförderung zu bewerten. Sie haben den Aufbau des mittelständischen Baugewerbes in Ostdeutschland sehr unterstützt. Im Zeitraum 1991–1998 wurden für den Bereich der städtebaulichen Sanierungs- und Entwicklungsmaßnahmen rund 6,6 Mrd. DM verausgabt.⁹ Die regionale Verteilung der Mittel bezogen auf die Einwohner dokumentiert den Fördervorsprung der ostdeutschen Länder.

Die Finanzhilfen nach dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz dienen maßgeblich zur Verbesserung der Verkehrssituation in den Städten und Gemeinden. Die geförderten Maßnahmen können sowohl im

kommunalen Straßenbau als auch im öffentlichen Personenverkehr liegen. Die Mittel des Bundes sind eine wesentliche Voraussetzung zur Schaffung eines leistungsfähigen und attraktiven ÖPNV in Stadt und Land. Zwischen 1991–1998 hat die Bundesregierung etwa 42,2 Mrd. DM in dieses Maßnahmenfeld investiert, wovon rund 13,2 Mrd. DM auf Ost- und etwa 29 Mrd. DM auf Westdeutschland entfallen.

Die Infrastrukturförderung der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ konzentriert sich auf den wirtschaftsnahen Bereich, der primär in der Zuständigkeit der Städte und Gemeinden liegt. Im Zeitraum 1991–1998 wurden 9,5 Mrd. DM an Bundesmitteln zur Verfügung gestellt. Diese Mittel dienen u. a. zur Erschließung von Industrie- und Gewerbegebieten einschließlich der Wiedernutzbarmachung brach liegender Flächen, zur Errichtung oder Ausbau von Verkehrsverbindungen von Gewerbebetrieben an das Verkehrsnetz, zur Geländeerschließung für den Fremdenverkehr sowie öffentlicher Einrichtungen des Fremdenverkehrs und zur die Errichtung von Forschungs-, Technologie- und Gründerzentren.

Die Inanspruchnahme der Infrastrukturförderung erfolgt regional in unterschiedlicher Intensität. Das räumliche Muster spiegelt sowohl vorhandene Ausstattungsdefizite und wirtschaftsstrukturelle Potenziale als auch regionalpolitische Förderstrategien wider. Die überdurchschnittliche Inanspruchnahme einzelner Räume in Mecklenburg-Vorpommern hängt mit deren unzureichender infrastrukturellen Ausstattung und der daraus resultierenden begrenzten Attraktivität für gewerbliche Investoren zusammen. Daneben ist eine überdurchschnittliche Inanspruchnahme der Infrastrukturförderung für Regionen in Sachsen festzustellen.

Insgesamt hat die Bundesregierung im Bereich der Stadtentwicklung rund 91 Mrd. DM verausgabt, wobei rund 40 Mrd. DM in den neuen Ländern wirksam wurden. Auf einen Einwohner in den neuen Ländern entfällt somit ein Wert von rund 2 250 DM gegenüber rund 800 DM in den alten Ländern, was einem Verhältnis von 2,8 : 1 entspricht. In den alten Ländern bilden das Saarland und Schleswig-Holstein die Eckpunkte der Förderintensität. Innerhalb der neuen Länder hat Sachsen die Spitzenposition inne. Zu diesem Ergebnis tragen insbesondere jene Mittel bei, die für die Förde-

rung der wirtschaftsnahen Infrastruktur verausgabt werden.

Land- und Forstwirtschaft

Auch die Land- und Forstwirtschaft in den neuen Ländern unterliegt seit der Einheit Deutschlands einem starken Anpassungsdruck. So hat sich in den neuen Ländern die Zahl der Erwerbstätigen in der Landwirtschaft von 1991 bis 1997 mehr als halbiert (alte Länder: -25 %).

Die Agrarpolitik der Bundesregierung zielt im Kern darauf ab, die Funktionen der Land-, Forst-, Fischerei- und Ernährungswirtschaft zu sichern und zu fördern. Die Agrarpolitik übernimmt damit eine besondere Verantwortung für den ländlichen Raum. Ein wesentliches Standbein dieser Politik besteht in der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“. Die Bundesregierung hat durch diesen Einsatz den strukturellen Anpassungsprozess der Landwirtschaft durch eine Vielzahl von Maßnahmen begleitet. Im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe setzt die Bundesregierung insbesondere zur Stärkung leistungsfähiger Betriebe, zur Verbesserung der Infrastruktur im ländlichen Raum und zur Unterstützung der Landwirtschaft in benachteiligten Gebieten erhebliche Mittel ein. Die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ zielt auf die Gewährleistung einer leistungsfähigen, umweltgerechten, auf künftige Anforderungen ausgerichteten und im gemeinsamen Markt wettbewerbsfähigen Land- und Forstwirtschaft sowie auf die Verbesserung des Küstenschutzes. Die Zielgruppe sind landwirtschaftliche Unternehmen, öffentliche Körperschaften und private Unternehmen. Der Maßnahmenkatalog umfaßt die Förderung

- einzelbetrieblicher Investitionen in der Landwirtschaft,
- landwirtschaftlicher Betriebe in benachteiligten Gebieten,
- einer markt- und standortangepassten Landbewirtschaftung,
- im Bereich der Marktstrukturverbesserung,
- der Dorferneuerung,
- wasserwirtschaftlicher, kulturbautechnischer und forstwirtschaftlicher Maßnahmen sowie
- des Küstenschutzes.

Im Berichtszeitraum hat die Bundesregierung im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe

be insgesamt 20 Mrd. DM verausgabt, wovon knapp 8 Mrd. DM in den neuen Ländern eingesetzt wurden. Begleitet werden diese Fördermaßnahmen durch eine aktive landwirtschaftliche Sozialpolitik für bäuerliche Familienbetriebe.

Hauptstützungspfeiler der Land- und Forstwirtschaft ist die gemeinsame Agrarpolitik der Europäischen Union. Mit der Einheit Deutschlands ist dieses Mengen- und Preispolitiksystem zügig auf die neuen Länder übertragen worden. Insbesondere die großbetrieblichen landwirtschaftlichen Strukturen in den neuen Ländern tragen dazu bei, dass die Zahlungen im Rahmen der gemeinsamen Agrarpolitik die Pro-Kopf-Zahlungen dem Zweifachen der alten Länder entsprechen.

Insgesamt hat die Bundesregierung im Bereich der Agrarpolitik einschließlich der EU-Markt- und Preispolitik 112 Mrd. DM verausgabt, wobei 23 Mrd. DM in den neuen Ländern wirksam wurden. Auf einen Einwohner in den neuen Ländern entfällt somit ein Wert von 1 310 DM. Insgesamt ist das Förderverhältnis damit fast ausgeglichen. Auf Grund der gewerblichen Organisationsform der ostdeutschen Landwirtschaft partizipieren diese Betriebe derzeit kaum an der landwirtschaftlichen Sozialpolitik. Diese Maßnahmen sind eher auf kleinbäuerliche Strukturen im Familienbesitz ausgerichtet. Schwerpunkte in den alten Ländern sind die Länder Schleswig-Holstein, Niedersachsen, Rheinland-Pfalz und Bayern. In den neuen Länder hat Mecklenburg-Vorpommern die Spitzenposition inne.

3 Fazit und Schlußfolgerungen

Insgesamt spiegeln die Förderaktivitäten des Bundes das noch bestehende großräumige Disparitätenmuster im Zeitraum 1991–1998 wider. Die Prioritätensetzung zu Gunsten der ostdeutschen Länder zeigt, dass die Schaffung gleichwertiger Lebensbedingungen einen nachprüfbaren Stellenwert bei der Ausgestaltung der Förderpolitik des Bundes hat.¹⁰ Es besteht Einigkeit darüber, dass auch in den nächsten Jahren der wirtschaftliche Aufbau Ostdeutschlands im Mittelpunkt staatlichen Handelns stehen wird. Dabei dürfen jedoch die regionalen Problemlagen in den westlichen Ländern und die Bedeutung strukturstarker Regionen als gesamtwirtschaftliche Wachstumspole für die Entwicklung strukturschwacher Regionen nicht übersehen werden. Beide Raumtypen müssen entsprechend ihrer Stärken und Schwächen gefördert und am Mitteleinsatz der verschiedenen Fachplanungen partizipieren.

Trotz aller strukturpolitischer Bemühungen auf nationaler und europäischer Ebene ist zu betonen, dass Rahmenbedingungen wie Steuerpolitik, FuE-Politik oder Regulierungsdichte die regionalen Entwicklungsverläufe und den Stand der Regionen im Prozess des wirtschaftlichen Strukturwandels maßgeblich bestimmen. Einzelne Aspekte aus diesen Politikfeldern erfordern internationale Kooperationen und europaweit abgestimmte Maßnahmen. Nur wenn die gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen positive Wachstumsanreize schaffen, können strukturpolitische Maßnahmen greifen und zu einem Abbau regionaler Disparitäten führen.

(10)

Hierbei ist jedoch zu berücksichtigen, dass der Fördervorsprung Ostdeutschlands auf einer formalen Zuordnung der Zahlungsströme beruht und dass die alten Länder über räumliche und wirtschaftliche Interaktionen vom Engagement des Bundes in Ostdeutschland profitiert haben.

Angleichung ist keine Einbahnstraße: Einige Befunde zur Entwicklung der subjektiven Wohlfahrt in Ost- und Westdeutschland in den 90er Jahren

Ferdinand Böltken

Am Ende der 90er Jahre wird in der öffentlichen Diskussion ein eher skeptisches Bild der seit der Wende erreichten Angleichung der Lebensverhältnisse zwischen den alten und neuen Ländern der Bundesrepublik gezeichnet. Die außerordentlichen finanziellen Anstrengungen und die in Teilen erreichten Verbesserungen haben offenbar nur z. T. die hochgesteckten Erwartungen erfüllt, Ernüchterung und Enttäuschung scheint an die Stelle dieser Erwartungen getreten zu sein.¹ Die Fähigkeit zu erfolgreichem Strukturwandel scheint nicht nur im Osten zunehmend skeptisch beurteilt zu werden, wofür die sinkende Wahlbeteiligung der jüngsten Wahlen als Beleg gelten könnte. In dieses Bild passen dann auch Ergebnisse von Umfragen, die eher von enttäuschten Hoffnungen als von erreichten Verbesserungen berichten oder dies zumindest in den Schlagzeilen signalisieren.² Dagegen scheinen Berichte über positive Tendenzen³ weniger Beachtung zu finden.

Subjektive Befindlichkeiten zu den Lebensumständen in der Bundesrepublik werden auch mit der laufenden BBR-Umfrage⁴ erhoben. Sie zeigen, wie im folgenden skizziert wird, im Zeitvergleich ein von den eher negativen Momentaufnahmen abweichendes Bild. So zeigt sich, daß die allgemeine Lebenszufriedenheit im Osten in den letzten Jahren deutlich zugenommen hat.

1 Entwicklung der allgemeinen Lebenszufriedenheit

In der BBR-Umfrage wird als generellster Indikator für „Wohlfahrt“ und subjektive Lebensqualität die allgemeine Zufriedenheit mit dem Leben erhoben (Frage: Wie zufrieden sind Sie gegenwärtig, alles in allem, mit Ihrem Leben? Vorgabe einer Skala von 1 = sehr unzufrieden bis 7 = sehr zufrieden). Im Kontext des Erhebungsprogramms, das jeweils nach den objektiven Gegebenheiten der Wohn-, Arbeits- und Lebensbedingungen und dann nach der Zufriedenheit mit diesen Gegebenheiten fragt⁵, wird dabei die „Lebenszufriedenheit“ in die Nähe von Zufriedenheit mit dem aktuellen Lebensstandard gerückt.

Vergleicht man die Entwicklung dieser allgemeinen Lebenszufriedenheit zwischen 1993 und 1998⁵, dann zeigt sich im Osten eine sehr starke Zunahme der positiven Einschätzungen (vgl. Abb. 1). Während noch 1993 nur etwa ein Drittel (34,2 %) der ostdeutschen Befragten mit ihren Lebensumständen eindeutig zufrieden waren (Werte 6 und 7), gaben dies 1998 über die Hälfte (51,5 %) an. Es liegt also ein Zuwachs an Zufriedenheit von mehr als 17 Prozentpunkten vor. Zugleich hat der Prozentsatz der Unzufriedenen (Skalenwerte 1–3) um sieben Prozentpunkte, von 14 % im Jahre

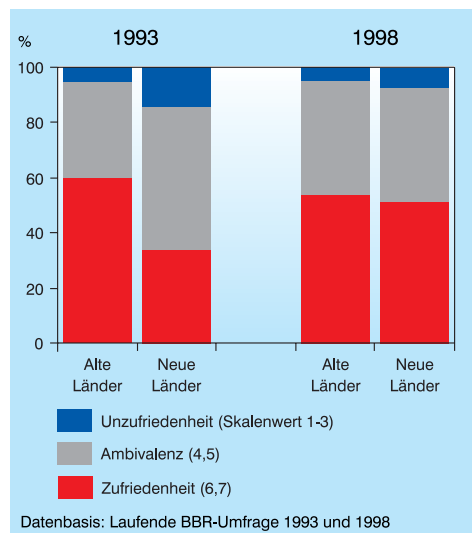
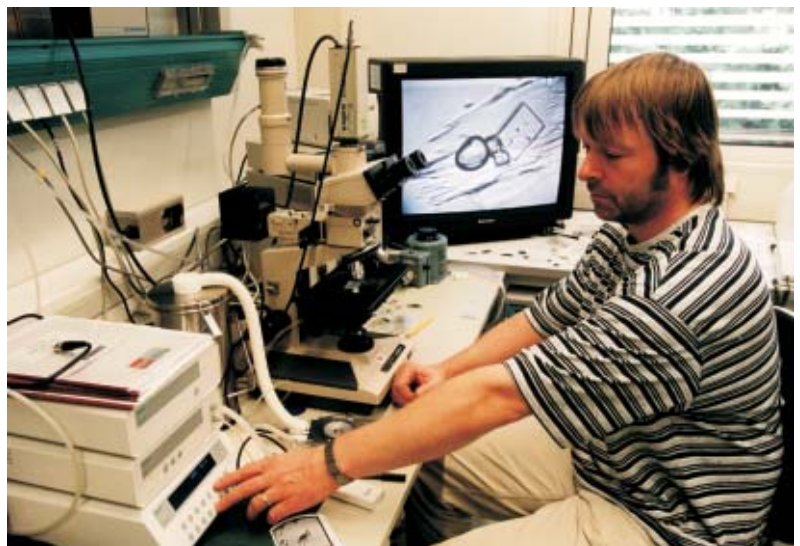


Abbildung 1
Allgemeine
Lebenszufriedenheit

Wissenschaftler am
Geoforschungszentrum
in Potsdam



1993 auf 7 % in 1998, abgenommen, und auch die eher ambivalente Bewertung der Lebensumstände (Skalenwerte 4 und 5) ist von 52 auf 41 % zugunsten der eindeutig positiven Bewertung zurückgegangen.

Dieser Steigerung der subjektiven Lebensqualität im Osten steht eine sinkende Lebenszufriedenheit im Westen gegenüber. Die noch 1993 sehr ausgeprägte Zufriedenheit (60,7 %) ist um sechs Prozentpunkte, auf 54,3 % abgesunken, womit sie nur noch knapp über der des Ostens liegt. Auch der 1993 noch erhebliche Unterschied der Unzufriedenheit hat sich 1998 stark abgeschwächt, weil der Abnahme im Osten ein gleichbleibender Anteil von etwa 5 % im Westen gegenübersteht. Gestiegen ist im Westen die eher ambivalente Beurteilung, die zu Lasten der eindeutigen Zufriedenheit von 34 auf 41 % ansteigt.

Insgesamt nähert sich damit die Zufriedenheit mit dem Leben bzw. den Lebensumständen zwischen Ost und West sehr stark an. Während noch 1993 eine Ost-West-Differenz der Zufriedenheit von mehr als 26 Prozentpunkten vorlag, ist dieser Unterschied 1998 auf weniger als drei Prozentpunkte gesunken; der Unterschied an Unzufriedenheit, der 1993 noch neun Prozentpunkte betrug, ist auf zwei Prozentpunkte abgesunken, die ambivalente Beurteilung von einer Prozentpunkt-Differenz von 18 % im Jahre 1993 auf eine Differenz von weniger als einem Prozentpunkt.

Faßt man die Angaben zur Zufriedenheit (Mittelwert der Skalenwerte von 1 bis 7) zusammen, dann ergibt sich im Westen für 1993 ein Wert von 5,5, im Osten von nur 4,9. 1998 steht dagegen dem leicht gesunken westlichen Durchschnittswert von 5,4 ein deutlich gestiegener östlicher Mittelwert von 5,3 entgegen.

Es hat damit zwischen 1993 und 1998 eine weitgehende Angleichung der subjektiven Bewertung der Lebensverhältnisse stattgefunden, wobei diese Angleichung allerdings nicht nur dem Anstieg der positiven Bewertungen im Osten, sondern auch dem Rückgang im Westen zuzuschreiben ist: dem subjektiven Wohlfahrtsgewinn im Osten steht ein subjektiver Wohlfahrtsverlust im Westen gegenüber.

Diese Tendenzen hängen nicht zuletzt mit der Beurteilung der wirtschaftlichen Lage der Befragten in Ost und West zusammen.

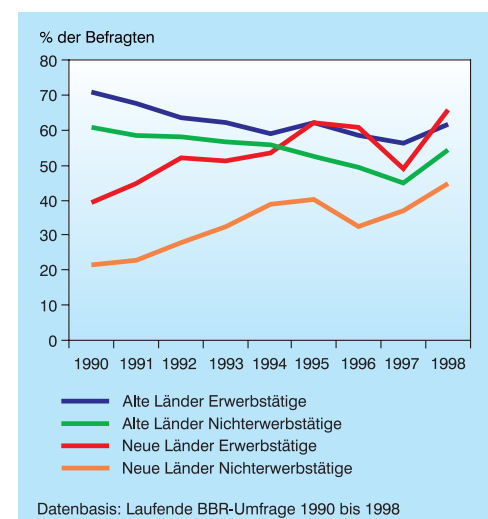
2 Beurteilung der wirtschaftlichen Lage

2.1 Aktuelle wirtschaftliche Lage

Die BBR-Umfrage erhebt regelmäßig die subjektive Einschätzung der wirtschaftlichen Lage (Frage: Wie beurteilen Sie heute Ihre eigene wirtschaftliche Lage? Dabei können sich die Befragten auf einer Skala von 1 (= sehr gut) bis 5 (= sehr schlecht) einordnen. Diese Einschätzung zeigte 1990 sehr starke Ost-West-Unterschiede: Nur etwa ein Drittel (33,6 %) der Befragten im Osten bezeichneten ihre Lage als gut (Skalenwerte 4,5), gegenüber ca. zwei Dritteln (65,9 %) im Westen (vgl. Abb. 2). Diese Schere von über 30 Prozentpunkten hat sich im Verlauf der 90er Jahre weitgehend geschlossen (Prozentpunkt-Differenz 1998: 4 %), wobei im Westen ein Absinken der positiven Einschätzung (auf 58 % in 1998), im Osten ein sehr viel deutlicherer Anstieg (auf 54 % in 1998) vorliegt.⁶

Diese Entwicklung wird in Abbildung 2 aufgezeigt, wobei nach Erwerbstätigen und Nichterwerbstätigen unterschieden wird. Dabei zeigt sich insbesondere die starke Angleichung der subjektiven Einschätzungen bei den Erwerbstätigen, die ab 1995 kaum noch signifikante Ost-West-Unterschiede aufweisen. Dies ist einmal auf eine sinkende positive Bewertung im Westen, vor allem aber auf eine Zunahme der positiven Einschätzungen im Osten zurückzuführen. Eine ähnliche Tendenz zeigt sich auch bei den Nichterwerbstätigen, wobei sich hier allerdings die Schere zwischen Ost und West nicht in gleichem Maße schließt

Abbildung 2
Beurteilung der aktuellen persönlichen wirtschaftlichen Lage (positive Bewertung)



wie bei den Erwerbstätigen. Gerade bei dem im Osten seit 1990 stark zunehmenden Anteil der Nichterwerbstätigen (1990: 31 %, West 50 %; 1998: Ost 56 %, West 46 %) zeigen sich demnach auch gegen Ende der 90er Jahre noch deutliche Ost-West-Disparitäten.

2.2 Arbeitsplatzsicherheit

Deutliche Ost-West-Disparitäten verbleiben aber auch bei den Bewertungen der Erwerbstätigen, wenn man die Einschätzung der Arbeitsplatzsicherheit betrachtet (Frage: Wie schätzen Sie die Sicherheit Ihres eigenen Arbeitsplatzes ein? Halten Sie ihn für sehr/eher sicher, eher/sehr unsicher?). 1998 halten im Westen 83 % der Erwerbstätigen ihren Arbeitsplatz für (sehr bzw. eher) sicher, im Osten dagegen nur 73 % der Erwerbstätigen (vgl. Abb. 3). Gegenüber 1990 fällt diese Disparität freilich vergleichsweise gering aus: Damals lag eine Prozentpunktdifferenz von über 50 % vor, mit außerordentlich geringer Sicherheitserwartung im Osten (nur 43 %) und einer sehr hohen Annahme von Arbeitsplatzsicherheit im Westen (94 %).

Beide Einschätzungen nehmen im Verlauf der 90er Jahre ab: einmal die sehr hohe subjektive Sicherheit im Westen, vor allem aber die außerordentliche Unsicherheit im Osten. Dabei dürfte letzteres auch darauf zurückzuführen sein, daß im Verlauf der 90er Jahre (bei abnehmender Erwerbsquote, s. o.) die unsicheren Arbeitsplätze zunehmend verloren gegangen sind.

2.3 Einschätzung der persönlichen wirtschaftlichen Entwicklung

Die zunehmend positive Bewertung der aktuellen persönlichen wirtschaftlichen Lage im Osten geht nicht mit einer entsprechenden Erwartung weiterer positiver Entwicklungen einher (Frage: Was glauben Sie, wie wird ihre wirtschaftliche Lage in einem Jahr sein: wesentlich/etwas besser, gleich, etwas/wesentlich schlechter?). Vielmehr zeigt sich, daß die zu Anfang der 90er Jahre sehr optimistischen Erwartungen (wesentlich besser/etwas besser) kontinuierlich zurückgehen und sich dem moderaten Optimismus im Westen angleichen. Das gilt in besonderem Maß für die Erwerbstätigen, deren zu Anfang der 90er Jahre sehr ausgeprägter Optimismus (vgl. Abb. 4) drastisch zurückgeht und sich dem relativ niedrigen, konstanten westlichen Niveau anpaßt. Bei den Nichterwerbstätigen zeigt sich eine

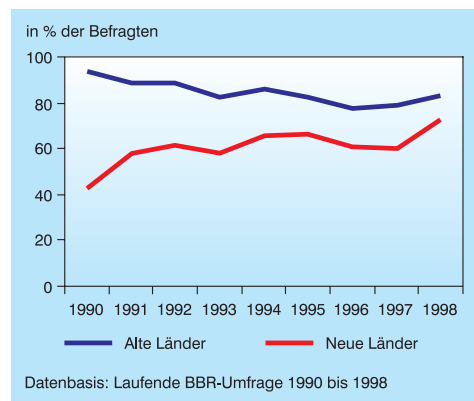


Abbildung 3
Einschätzung der Sicherheit des Arbeitsplatzes
(sehr sicher/eher sicher)

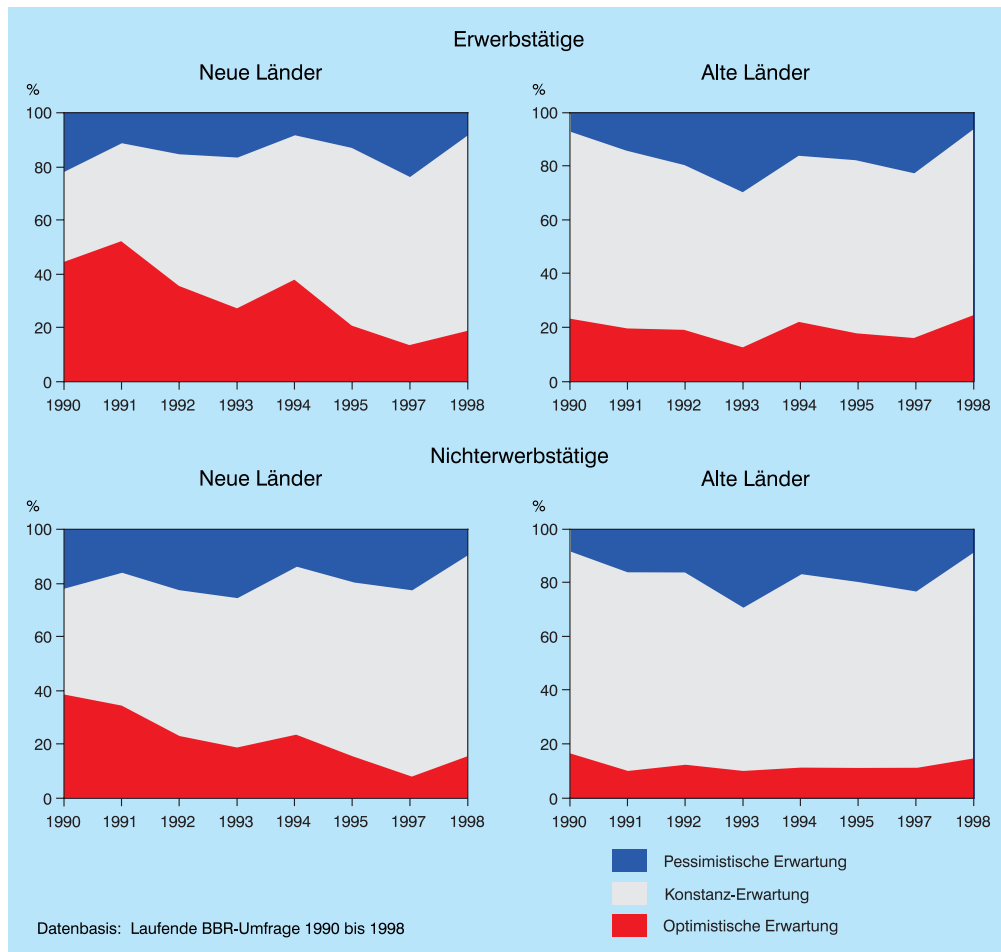
entsprechende Entwicklung, mit geringerem Niveau an optimistischen Erwartungen.

Dieser Rückgang der optimistischen Erwartungen (der, wie die Beurteilung der aktuellen Lage und der Arbeitsplatzsicherheit, 1998 gegenüber 1997 wieder positiver ist), geht nicht unbedingt mit einer entsprechenden Steigerung pessimistischer Erwartungen einher. Kennzeichnend ist vielmehr, daß ein zunehmender Anteil der Befragten im Osten, und zwar sowohl der Erwerbstätigen wie der Nichterwerbstätigen, davon ausgeht, daß sich keine einschneidenden Veränderungen in absehbarer Zeit einstellen werden, die persönliche wirtschaftliche Lage also als relativ konstant angesehen wird.

Blick auf das Gelände des ehemaligen Stahl- und Walzwerkes Riesa, 1994



Abbildung 4
Einschätzung der wirtschaftlichen Entwicklung für das nächste Jahr



3 Wirtschaftliche Lage und Lebenszufriedenheit

Die Lebenszufriedenheit der Befragten ist sehr deutlich von der Einschätzung der aktuellen wirtschaftlichen Lage abhängig, wobei sich diese Abhängigkeit 1998 noch klarer zeigt als 1993. Das gilt insbesondere für

den Osten. Bezeichnet man seine persönliche Lage als „gut“ (was 1998 54 % taten, während es 1993 nur 42 % taten), dann ist man zu mehr als 70 % auch mit seinem Leben insgesamt zufrieden (1993: nur 52 %). Schätzt man dagegen seine wirtschaftliche Lage als „schlecht“ ein (1993: 14 %; 1998:

Tabelle 1
Einschätzung der persönlichen wirtschaftlichen Lage und der allgemeinen Lebenszufriedenheit, 1993 und 1998 (Spalten-%)

	1993 Aktuelle wirtschaftliche Lage				1998 Aktuelle wirtschaftliche Lage			
	schlecht	teils, teils	gut	gesamt	schlecht	teils, teils	gut	gesamt
	Spalten-%							
West								
unzufrieden	20	6	3	5	35	5	1	5
teils, teils	52	45	26	34	51	59	29	41
zufrieden	28	49	71	61	14	36	70	54
gesamt (%)	8	33	60	100	7	35	58	100
Gamma		.48				.65		
Ost								
unzufrieden	36	13	7	14	24	9	2	7
teils, teils	54	62	41	52	69	59	25	41
zufrieden	10	24	52	34	8	32	73	52
gesamt (%)	14	44	42	100	10	37	54	100
Gamma		.53				.73		

Quelle:
Laufende BBR-Umfrage
1993 und 1998

10 %), dann ist man 1998 in geringerem Ausmaß zufrieden (zu 7,5 %) als in der gleichen Lage 1993 (10 %). Dies führt aber nicht zu einer entsprechenden Steigerung der Unzufriedenheit mit den Lebensumständen (der Anteil der Unzufriedenen bei schlechter Lage geht vielmehr von 36 % in 1993 auf 24 % in 1998 zurück), sondern zu einer eher ambivalenten Beurteilung des Lebens insgesamt. Vor allem wegen der eindeutig positiven Beurteilung der Lebensumstände bei guter Lage steigt damit der Zusammenhang von wirtschaftlicher Lage und Lebenszufriedenheit, was sich im sehr hohen Korrelationsmaß von .73 spiegelt, während 1993 der Zusammenhang weniger eindeutig war (.53).

Im Westen entwickeln sich die Dinge ähnlich, aber weniger dramatisch: wenn man die Lage als „gut“ bezeichnet, dann ist man 1998 wie 1993 zu ca. 70 % mit seinem Leben insgesamt zufrieden; bezeichnet man allerdings seine Lage als schlecht, dann verbindet sich dies 1998 mit einer geringeren Zufriedenheit (14 %; 1993: 28 %) und einer deutlich ausgeprägteren Unzufriedenheit (1993: 20 %; 1998: 35 %). Dies führt dazu, daß auch im Westen die Korrelation von wirtschaftlicher Lage und Lebenszufriedenheit steigt (von .48 in 1993 auf .65 in 1998).

Während also im Osten der engere Zusammenhang von wirtschaftlicher Lage und Lebenszufriedenheit darauf zurückzuführen ist, daß 1998 die subjektiv relativ gut Situierten (in ähnlich hohem Maß wie im Westen) zufriedener mit ihrem Leben sind, stellt sich dieser Zusammenhang im Westen deshalb enger dar, weil die allgemeine Lebenszufriedenheit der subjektiv schlecht Gestellten zurückgegangen ist und die Unzufriedenheit deutlich zugenommen hat und 1998 mit 35 % über dem entsprechenden Wert im Osten (24 %) liegt. Es bleibt, daß nicht nur die Beurteilung der wirtschaftlichen Lage, sondern auch ihre Bedeutung für die allgemeine Lebenszufriedenheit in West und Ost eine Tendenz zur Angleichung zeigt.

4 Erwerbsstatus und Lebenszufriedenheit

Die Lebenszufriedenheit ist im Westen relativ unabhängig davon, ob man erwerbstätig ist oder nicht. Dies gilt für 1993 und 1998, wobei 1998 generell ein geringeres Maß an Lebenszufriedenheit vorliegt. Im Osten dagegen spielt der Erwerbsstatus eine größere

Rolle für die Lebenszufriedenheit, und zwar 1998 noch stärker als 1993. Die Erwerbstätigen sind jeweils zufriedener als die Nichterwerbstätigen, wobei 1998 die gegenüber 1993 allgemein gestiegene Lebenszufriedenheit insbesondere für die Erwerbstätigen gilt: Sie sind zu 62 % mit ihrem Leben zufrieden, gegenüber nur 42 % der Nichterwerbstätigen.

4.1 Lebenszufriedenheit bei Erwerbstätigen

Differenziert man innerhalb der Gruppe der Erwerbstätigen nach der Einschätzung der Arbeitsplatzsicherheit, dann zeigt sich zunächst, daß im Westen 1993 und 1998 jeweils 83 % der Erwerbstätigen ihren Arbeitsplatz als sicher einstufen, wobei diese hohen Werte im Vergleich zu 1990 allerdings einen Verlust an Arbeitsplatzsicherheit bedeuten (vgl. Abb. 3). Dagegen zeigt sich im Osten eine hohe Steigerung der Arbeitsplatzsicherheit von 58 % in 1993 auf 73 % in 1998.

Diese Steigerung der subjektiven Sicherheit im Osten drückt sich zugleich in einer außerordentlichen Steigerung der allgemeinen Lebenszufriedenheit aus: 72 % derjenigen, die ihren Arbeitsplatz für sicher halten, zeigen sich 1998 auch mit dem Leben insgesamt zufrieden, womit sich die Lebenszufriedenheit dieser Gruppe gegenüber 1993

Tabelle 2
Lebenszufriedenheit bei Erwerbstätigen
nach Sicherheit des Arbeitsplatzes, 1993 und 1998

	1993 Sicherheit des Arbeitsplatzes			1998 Sicherheit des Arbeitsplatzes		
	eher unsicher*	eher sicher	gesamt	eher unsicher*	eher sicher	gesamt
Spalten-%						
West						
unzufrieden	7	4	4	12	3	5
teils, teils	49	32	35	63	37	41
zufrieden	44	64	61	25	60	54
gesamt (%)	17	83	100	17	83	100
Gamma		.36			.61	
Ost						
unzufrieden	14	9	11	9	2	4
teils, teils	59	49	53	55	26	34
zufrieden	27	42	35	36	72	62
gesamt (%)	42	58	100	27	73	100
Gamma		.27			.63	

* „unsicher“ einschließlich befristetem Arbeitsplatz

Quelle: Laufende BBR-Umfrage 1993 und 1998

um 30 Prozentpunkte erhöht. Dagegen wächst die Zufriedenheit der Erwerbstätigen mit eher unsicherem oder befristetem Arbeitsplatz um nur neun Prozentpunkte an.

Im Westen dagegen sinkt die Lebenszufriedenheit auch bei Erwerbstätigen mit sicherem Arbeitsplatz (von 64 % in 1993 auf 60 % in 1998), freilich sehr viel weniger als bei Befragten mit unsicheren Arbeitsverhältnissen, die 1993 noch zu 44 %, 1998 dagegen nur zu 25 % mit ihren Lebensumständen zufrieden sind (also eine Prozentpunkt-Differenz von 19 Prozentpunkten aufweisen).

Der Zusammenhang von Arbeitsplatzsicherheit und Lebenszufriedenheit entwickelt sich damit ähnlich wie der von wirtschaftlicher Lage und Zufriedenheit: Er wird in Ost und West enger (Korrelation Ost 1993: .27; 1998: .63; West 1993: .36; 1998: .61), wobei im Westen die Unzufriedenheit bei den relativ Benachteiligten, im Osten die Zufriedenheit bei den subjektiv Bevorzugten die ausschlaggebende Bedeutung hat.

4.2 Lebenszufriedenheit bei Nichterwerbstätigen

Differenziert man innerhalb der Gruppe der Nichterwerbstätigen nach nicht im Erwerbsleben Stehenden (Rentner, Hausfrau-

en, Studenten, sonstige) und nach Arbeitslosigkeit, dann wird zunächst das außerordentliche Maß von Arbeitslosigkeit im Osten unterstrichen. Dabei ist zu berücksichtigen, daß in Bevölkerungsumfragen der Anteil von Arbeitslosigkeit systematisch unterschätzt wird, weil Arbeitslose in höherem Ausmaß die Teilnahme am Interview verweigern oder nicht erreichbar sind. Es ist daher eher noch untertrieben, wenn 1993 Nichterwerbstätigkeit im Osten zu 35 %, 1998 zu immer noch 32 % von Arbeitslosigkeit geprägt ist. Dagegen ist im Westen Nichterwerbstätigkeit zu nur 7 % bzw. 6 % mit Arbeitslosigkeit verbunden.

Vergleicht man die Lebenszufriedenheit der Nichterwerbstätigen nach Arbeitslosigkeit und sonstiger Nichterwerbstätigkeit, dann zeigt sich im Westen wiederum in beiden Gruppen zwischen 1993 und 1998 eine sinkende Lebenszufriedenheit. Dies ist wiederum vor allem bei den Benachteiligten besonders spürbar: Die relativ wenigen Arbeitslosen zeigen eine Abnahme der Zufriedenheit von 24 % in 1993 auf 12 % in 1998, die sonstigen Nichterwerbstätigen eine Abnahme von 67 % auf 58 %. Diese Veränderungen führen dazu, daß die Korrelation zwischen Erwerbsstatus und Lebenszufriedenheit, die bereits 1993 sehr hoch war (.70), sich noch weiter steigert (.79).

Auch im Osten steigt der Einfluß des Erwerbsstatus auf die Lebenszufriedenheit 1993 (.40) auf 1998 (.67) deutlich an. Im Gegensatz zum Westen ist dies jedoch wiederum vor allem auf eine Steigerung der Lebenszufriedenheit bei den (nicht eindeutig benachteiligten) Nichterwerbstätigen von 39 % in 1993 auf 55 % in 1998 zurückzuführen, weniger auf das relativ schwache Absinken der Lebenszufriedenheit bei den Arbeitslosen (von 19 % in 1993 auf 17 % in 1998). Die relativ „günstige“ Gruppe erreicht damit fast das Zufriedenheitsniveau der westlichen Vergleichsgruppe. Die eindeutig „ungünstige“ Gruppe zeigt sich mit ihrem Leben 1998 – trotz gesunkener Lebenszufriedenheit – zufriedener als die Vergleichsgruppe im Westen.

5 Fazit

Die Lebensumstände werden, mißt man sie an der allgemeinen Lebenszufriedenheit, im Osten zunehmend positiv, im Westen dagegen eher stärker negativ bewertet. Damit ergibt sich ein deutlicher Abbau der subjektiven Disparitäten zwischen Ost und West. Dieser Disparitätenabbau zeigt sich

Tabelle 3
Lebenszufriedenheit bei Nichterwerbstätigen 1993 und 1998

	1993 Nichterwerbstätige			1998 Nichterwerbstätige		
	Arbeitslose	Rentner, Hausfrauen, sonstige	gesamt	Arbeitslose	Rentner, Hausfrauen, sonstige	gesamt
	Spalten-%					
West						
unzufrieden	24	5	6	26	4	5
teils, teils	52	29	30	63	38	40
zufrieden	24	67	64	12	58	55
gesamt (%)	7	93	100	6	94	100
Gamma		.70			.79	
Ost						
unzufrieden	27	13	18	16	4	8
teils, teils	53	48	50	67	41	50
zufrieden	19	39	32	17	55	42
gesamt (%)	35	65	100	32	68	100
Gamma		.40			.67	

Quelle: Laufende BBR-Umfrage 1993 und 1998

auch bei der Einschätzung der wirtschaftlichen Lage und der Arbeitsplatzsicherheit, wobei auch hier der positiven Bewertungstendenz im Osten eher negative Tendenzen im Westen gegenüberstehen. Die skizzierte Angleichung der Lebensumstände seit 1990 stellt sich damit nicht lediglich als Einbahnstraße dar, auf der der Osten sich dem unverändert hohen Niveau des Westens angleicht, sondern als eine gegenseitige Annäherung von Ost und West zu einem insgesamt niedrigeren Niveau.

Diese Abschwächung des Zufriedenheitsniveaus zeigt sich vor allem bei der Entwicklung der eindeutig positiven Bewertungen: So zeigen sich 1993 in der Bundesrepublik insgesamt 55,6 %, 1998 nur noch 53,8 % der Befragten mit ihrer Lebenssituation eindeutig zufrieden (gewichteter Ost-West-Mittelwert). Diese sinkende Zufriedenheit schlägt allerdings nicht in eindeutige Unzufriedenheit um, sondern eher in eine ambivalente Bewertung der Lebensumstände. Dies führt dazu, daß der Durchschnittswert der Zufriedenheitsangaben kaum absinkt: Einem gesamtdeutschen Mittelwert von 5,42 in 1993 steht 1998 ein fast konstanter Wert von 5,40 gegenüber. Es findet also eine Angleichung auf mittlerem Niveau statt.

Im Osten und im Westen zeigt sich 1998 im Vergleich zu 1993 ein engerer Zusammenhang zwischen der Einschätzung der wirtschaftlichen Lage und der Lebenszufriedenheit. Dies ist im Westen darauf zurück-

zuführen, daß die vergleichsweise kleinere Gruppe der relativ Benachteiligten ihre Lebensumstände insgesamt deutlich negativer beurteilt. Im Osten dagegen nimmt der Zusammenhang zwischen der Einschätzung der persönlichen Lage und der Lebenszufriedenheit vor allem deshalb zu, weil 1998 der zunehmende Anteil der relativ besser Gestellten ihre Lebensumstände insgesamt positiver bewerten als 1993, während die im Vergleich zum Westen immer noch deutlich größere Gruppe der subjektiv Benachteiligten kein entsprechendes Absinken der Lebenszufriedenheit zeigt.

Dies mag man als Zeichen von resignierender Hinnahme werten oder auf den Umstand zurückführen, daß Benachteiligung im Osten von vielen geteilt wird und daher subjektiv möglicherweise weniger diskriminierend wirkt. Die hier skizzierten Befunde, die zunehmend positiven Urteile und insbesondere die deutliche Zunahme an Zufriedenheit bei relativ guter Lage im Osten lassen auf jeden Fall nicht den Schluß zu, daß die seit 1990 unternommenen Anstrengungen zur Angleichung der Lebensumstände und die Aufbauleistungen im Osten keinen Niederschlag in der Bewertung der Lebensbedingungen durch die Betroffenen gefunden haben. Das Gegenteil ist der Fall, und zwar auf der subjektiven Ebene eher stärker als auf der Ebene der tatsächlichen Disparitäten.

Anmerkungen

(1)
So wird im Wochenbericht 23/1999 des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) unter Verweis auf Ergebnisse des Sozioökonomischen Panels (SOEP) und auf Daten der Allgemeinen Bevölkerungsumfrage (ALLBUS) von einer angesichts der tatsächlichen Entwicklung geringen Zunahme der Zufriedenheit mit den materiellen Lebensbedingungen in Ostdeutschland berichtet. Selbst bei gleichem Einkommen ist die Einkommenszufriedenheit geringer, was u. a. darauf zurückgeführt wird, daß im Osten das Gefühl vorwiege, im Vergleich zu anderen (zu Westdeutschen) benachteiligt zu sein. In: DIW-Wochenbericht 3/99, Berlin, Juni 1999, S. 442

(2)
Zeitschrift STERN, Nr. 23/1999: Die Bilanz. Wo ist das ganze Geld geblieben? Datenbasis u. a.: forsa – Umfrage im Auftrag des STERN vom 8. bis 12. September 1999

(3)
Habich, R.; Noll, H.-H.; Zapf, W.: Subjektives Wohlbefinden in Ostdeutschland nähert sich westdeutschem Niveau. Ergebnisse der Wohlfahrtssurveys 1998. In: Informationsdienst Soziale Indikatoren, Ausgabe 22, Juli 1999, S. 1–6. Auf der Basis zweier Umfragen (Wohlfahrtssurvey) von 1993 und 1998 wird hier von einer weitgehenden Angleichung der Zufriedenheitsangaben berichtet, wobei diese Angleichung – wie in der BBR-Umfrage – auf einem Anstieg im Osten bei gleichzeitiger Stagnation oder Senkung im Westen beruht.

(4)
Die laufende BBR-Umfrage wird jährlich als repräsentative Bevölkerungsumfrage durchgeführt, im Westen seit 1985, in Ost und West seit 1990. In Ost und West werden dabei voneinander unabhängige Stichproben gezogen. Die Fallzahl beträgt bis 1997 jeweils $n = 2\,000$, 1998 $n = 1\,500$ in West und $n = 1\,000$ in Ost. Dabei wird – auch bei den hier vorgelegten Auswertungen – Westberlin zum Westen, Ostberlin zum Osten gezählt. Das Fragenprogramm wird z.T. jährlich, z.T. in mehrjährigem Abstand repliziert. Die allgemeine Lohnzufriedenheit wurde nur 1993 und 1998 erhoben.

(5)
Es wird dabei zu unterscheiden versucht nach der objektiven Lage der Lebensverhältnisse, so wie sie die Befragten wahrnehmen, nach der jeweiligen Einschätzung (gut/schlecht; bedürfnisentsprechend oder nicht usw.) und der Zufriedenheit, die sich mit der jeweiligen Situation verbindet.

(6)
Diese zunehmend positiven Einschätzungen im Osten scheinen anderen Erhebungen (DIW, s. Anmerkung (1)) zu widersprechen, in denen eine nicht steigende oder gar sinkende Zufriedenheit mit der eigenen wirtschaftlichen Lage festgestellt wird. Dieser Unterschied erklärt sich daraus, daß in der BBR-Umfrage nicht die Zufriedenheit mit der Lage, sondern die Einschätzung der Lage selbst erhoben wird. Daß bei gleichem Einkommen in Ost die Zufriedenheit geringer ist als im Westen, könnte dann vermutlich auch darauf zurückzuführen sein, daß gleiche Leistung und Qualifikation unterschiedlich honoriert wird bzw. sich gleiches Einkommen mit unterschiedlicher Leistung verbindet.

Auswahlbibliographie zum Thema „Regionalbarometer neue Länder“

Die vorliegende Bibliographie bietet eine kurze Literaturlauswahl zum Thema dieses Heftes. Sie enthält nur Publikationen aus dem Bestand der Bibliothek des Bundesamtes für Bauwesen und Raumordnung (Bonn). Aufgrund der Fülle an Literatur, die sich mit den wirtschaftlichen und sozialen Dimensionen des ostdeutschen Transformationsprozesses befasst, wurden hier vor allem die Veröffentlichungen der letzten drei bis vier Jahre ausgewählt. Da dieses Angebot nur ein Ausschnitt aus der breiten Palette der wissenschaftlichen Diskussion dieses Themas sein kann, versteht sich diese Information vor allem als eine Plattform für den gezielten Einstieg in dieses hochinteressante Thema.

Ausgewählt und
bearbeitet:

WissR Dr. Steffen Maretzke
Bibl.OAR Ingrid Idolski
Bundesamt für Bauwesen
und Raumordnung
Am Michaelshof 8
53177 Bonn

Agglomerationsräume in Deutschland. Ansichten, Einsichten, Aussichten.

Hannover 1996. VI, 401 S., Kt.; Abb.; Tab.; Lit.=Forsch.-u.Sitzungsber. Akad.f.Raumforsch.u. Landesplanung. Bd.199

Agrarwirtschaft in den neuen Ländern. Aktuelle Situation u. Maßnahmen.

Bonn 1995. 67 S., Tab.; Lit.=Bundesminist.f. Ernähr.,Landwirtsch.u. Forsten informiert

Arbeit, Arbeitsmarkt und Betriebe. Hrsg.: B.Lutz, H.M.Nickel, R.Schmidt, A.Sorge; Kommission für die Erforschung des Sozialen und Politischen Wandels in den Neuen Bundesländern e.V., Halle/Saale.

Opladen: Leske u.Budrich 1996. XIX, 422 S., Abb.; Tab.; Lit.=Ber.z.soz.u.polit.Wandel in Osttdld. 1

Der **Arbeitsmarkt** in Ostdeutschland im Umbruch. Datensätze, Methoden u. ausgewählte Ergebnisse des Arbeitsmarkt-Monitors 1989-1994. Hrsg.: H.Bielenski, Ch.Brinkmann, H.Plicht, B.von Rosenblatt; Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung.

Nürnberg 1997. ca. 397 S., Abb.; Tab.; Lit.=Beitr.z.Arbeitsmarkt-u.Berufsforsch. 210

Arbeitsmarktentwicklung und aktive Arbeitsmarktpolitik im ostdeutschen Transformationsprozeß 1990-1996. Auftr.: Deutscher Bundestag, Enquete-Kommission „Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozeß der Deutschen Einheit“, Bonn.

In: IAB-Werkstattbericht, Nürnberg (1997)Nr.5, ca. 64 S., Kt.; Abb.; Tab.; Lit.

Armutsforschung und Sozialberichterstattung in den neuen Bundesländern. Hrsg.: R.Lutz, M.Zeng.

Opladen: Leske u.Budrich 1998. 323 S., Abb.; Tab.; Lit.

Aspekte der Transformation in Ostdeutschland. IEW-Tagungsband anlässlich eines Symposiums in Leipzig im Sept.1995. Hrsg.: C.Köhler, R.Pohl; Hrsg., Verant.: Institut für Empirische Wirtschaftsforschung.

Berlin: Duncker u.Humblot 1996. 196 S., Abb.; Tab.; Lit.=Veröff.d.Inst.f.Empir.Wirtschaftsforsch. Bd.34

Aufbau Ost – Chancen und Risiken für Deutschland und Europa. Unterrichtung durch die Bundesregierung.

In: Verh.d.Dt.Bundestages. Drucks., Bonn 13/5657(1996), S.4-53, Abb.; Tab.; Lit.

Aufbau Ost - die zweite Hälfte des Weges. Stand u. Perspektiven. Bericht der Bundesregierung zur Entwicklung in den neuen Ländern. Unterrichtung durch die Bundesregierung.

In: Verh.d.Dt.Bundestages. Drucks., Bonn 13/2489(1995), S.2-33, Abb.; Tab.; Lit.

Aufstieg für alle? Hrsg.: St.Hradil, E.Pankoke; Kommission für die Erforschung des Sozialen und Politischen Wandels in den Neuen Bundesländern e.V., Halle/Saale.

Opladen: Leske u.Budrich 1997. 518 S., Abb.; Tab.; Lit.=Beitr.zu d.Ber.z.soz.u.polit.Wandel in Osttdld. Bd.2.2

Baasch, Helga

Wohnwerterhöhung durch bedarfsgerechte Modernisierung von Plattenbauten.

In: Perspektiven der großen Neubaugebiete in den neuen Bundesländern. Hrsg.: Inst.f.Regionalentwickl.u.Strukturplanung e.V. Erkner 1998. S.67-79, Abb.; Tab.; Lit.=Graue Reihe. Mater.d.IRS. 17

Barjak, Franz

Beschäftigungsentwicklung in Ostdeutschland: räumliche Muster und Hinweise auf einige Determinanten.

In: Wirtsch.im Wandel, Halle/Saale 5(1999)3, S.13-20, Kt.; Tab.; Lit.

Bauland- und Immobilienmärkte 1996. Umsätze, Preise – Strukturen, Entwicklungen, Auswirkungen.=Bauland- und Immobilienmarktbericht 1996; Umschlagtitel. Bearb.: D.Rach, R.Müller-Kleißler; Bearb., Hrsg.: Bundesforschungsanstalt für Landeskunde und Raumordnung, Bonn; Auftr.: Bundesministerium für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau.

Bonn 1997. 75 S., Kt.; Abb.; Tab.; Lit.

Bauland- und Immobilienmärkte. Umsätze u. Preise – Strukturen, Entwicklungen, Auswirkungen. Ausgabe 1998.=Bauland- und Immobilienmarktbericht 1998; Nebentitel. Bearb.: D.Rach, R.Müller-Kleißler; Bearb., Hrsg.: Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung -BBR-, Bonn; Auftr.: Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen.

Bonn 1999. VI, 74 S., Kt.; Abb.; Tab.; Lit.=Berichte. Bd.2

Becker, Heinrich

Dörfer heute. Ländliche Lebensverhältnisse im Wandel 1952, 1972 u. 1993/95. Endbericht.

Bonn 1997. VIII, 327 S., Kt.; Tab.; Lit.=Schriftenr. d.Forschungsgesell.f. Agrarpolit.u. Agrarsoziol. 307

Behr, Adalbert

Städtebauförderung ist auch Wirtschaftsförderung. Programm „Städtebaulicher Denkmalschutz“ fördert Investitionen u. stabilisiert den Arbeitsmarkt in den neuen Ländern.

In: Bundesbaublatt, Wiesbaden 47(1998)H.10, S.16-21, Kt.; Abb.; Lit.

Benterbusch, Ulrich

Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“. Neuabgrenzung der Fördergebiete in Westdeutschland u. Ausgestaltung der Förderung in Ostdeutschland für die Jahre 1997-1999.

In: Inform.z.Raumentwickl., Bonn (1996)H.9, S.517-555, Tab.; Lit.

Bericht für den Bund-Länder-Planungsausschuß zur Überprüfung des Fördersystems der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“. Hrsg.: Bundesministerium für Wirtschaft.

Bonn 1995. 19 S., Lit.

Bielenski, Harald; Retzlaff, Arno; Rosenblatt, Bernhard von

Arbeitsmarkt-Monitor für die neuen Bundesländer. Umfrage 11/94. Daten für November 1994. Zusammenfassung wichtiger Ergebnisse. Bearb.: Infratest Sozialforschung GmbH, München; Mitarb.: Infratest Burke, Berlin; Hrsg.: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung.

Nürnberg: Geschäftsstelle f.Veröff.beim Landesarbeitsamt Nordbayern 1995. ca. 303 S., Abb.; Tab.; Lit.

Brenke, Karl; Eickelpasch, Alexander

Lage und Perspektiven der Unternehmen in Ostdeutschland. Ergebnisse einer Umfrage. Hrsg.: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung -DIW-.

Berlin: Duncker u.Humblot 1997. 124 S., Tab.; Lit.=Beitr.z.Strukturforsch. H.170

Büchel, Felix

Arbeits-Pendler zwischen West- und Ostdeutschland. Personen-, Haushalts- u. Arbeitsplatzstrukturen.

In: Migration in Stadtregionen der neuen Bundesländer. Hrsg.: Inst.f.Regionalentwickl.u.Strukturplanung e.V. Erkner 1998. S.31-48, Tab.; Lit.=Graue Reihe. Mater.d.IRS. 16

Bucher, Hansjörg; Gatzweiler, Hans-Peter; Kocks, Martina; Siedhoff, Mathias

Raumordnungsprognose 2010. Teilbereich regionalisierte Bevölkerungsprognose. Bearb., Hrsg.: Bundesforschungsanstalt für Landeskunde und Raumordnung, Bonn; Auftr.: Bundesministerium für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau.

Bonn 1995. 32 S., Kt.; Tab.; Lit.

Burdack, Joachim; Bode, Volker

Lehrstellensituation und Jugendarbeitslosigkeit in Deutschland.

In: Europa regional, Leipzig 4(1996)2, S.1-10, Kt.; Abb.; Tab.; Lit.

Csefalvay, Zoltan

Aufholen durch regionale Differenzierung? Von der Plan- zur Marktwirtschaft - Ostdeutschland u. Ungarn im Vergleich.

Stuttgart: Steiner 1997. XIII, 235 S., Kt.; Abb.; Tab.; Lit.=Erdkundl.Wissen. H.122

Dietrich, Michael; Dreyer, Kristine; Kühnert, Uwe

Neue Arbeitsplätze und „industrielle Kerne“ in der Region. Zwischenbilanz der Probleme u. Entwicklungen industrieller Schwerpunktstandorte in Brandenburg. Abschlußbericht des Projektes „Neue Arbeitsplätze u. 'industrielle Kerne' – Entwicklungsprozesse u. Problemfelder bei der Stabilisierung des Wirtschaftsstandortes am Beispiel Brandenburgs -NAIK-“. Hrsg., Förd.: Hans-Böckler-Stiftung.

Düsseldorf 1997. 169 S., Abb.; Tab.; Lit.=Graue R. N.F.121

Dorbritz, Jürgen

Der demographische Wandel in Ostdeutschland – Verlauf und Erklärungsansätze.

In: Z.f.Bevölkerungswiss., München 22(1997) H.2/3, S.239-268, Abb.; Tab.; Lit.

Dosch, Fabian

Dauerhafter Überschuß an Gewerbeflächen vorprogrammiert. Regionale Differenzierung der Gewerbeflächenentwicklung in den neuen Ländern.

In: Regionalbarometer neue Länder. 3. zusammenfassender Bericht. Hrsg.: Bundesforschungsanst.f.Landeskde.u.Raumordn. Bonn 1997. S.95-115, Kt.; Abb.; Tab.; Lit.=Mater.z.Raumentwickl. H.83

Eckey, Hans-Friedrich; Horn, Klaus

Verkehrsinfrastruktur und wirtschaftliche Entwicklung in den neuen Ländern.

In: Ber.z.dt.Landeskde., Trier 69(1995)H.1, S.57-86, Kt.; Tab.; Lit.

Ellger, Christof

Der Produktionsfaktor Wissen im Transformationsprozeß in Ostdeutschland. Räumliche Aspekte der Wissensakquisition von Betrieben in Süd-Brandenburg.

In: Raumentwicklung und Wettbewerbsfähigkeit. Aufbruch im Osten. 50. Dt. Georgaphentag Potsdam. Hrsg.: G.Heinritz, E.Kulke, R.Wießner. Stuttgart: Steiner 1995. S.148-159, Lit.=Tagungsber.u.wiss.Abhandlungen

Entwicklung und Sozialisation von Jugendlichen vor und nach der Vereinigung Deutschlands. Hrsg.: H.Sydow; Kommission für die Erforschung des Sozialen und Politischen Wandels in den Neuen Bundesländern e.V., Halle/Saale.

Opladen: Leske u.Budrich 1997. 222 S., Abb.; Tab.; Lit.=Beitr.z.d.Ber.z.soz.u.polit.Wandel in Osttdld. Bd.4.2

Erwerbstätigkeit und Arbeitslosigkeit in Deutschland. Entwicklung, Ursachen u. Maßnahmen. Teil 1: Entwicklung von Erwerbstätigkeit u. Arbeitslosigkeit in Deutschland u. anderen früh-industrialisierten Ländern; Teil 2: Ursachen steigender Arbeitslosigkeit in Deutschland u. anderen frühindustrialisierten Ländern; Teil 3: Maßnahmen zur Verbesserung der Beschäftigungslage. Bearb., Hrsg.: Kommission für Zukunftsfragen der Freistaaten Bayern und Sachsen. Bonn 1996-1997. ca. 616 S., Abb.; Tab.; Lit.

Fünf Jahre danach. Zur Entwicklung von Arbeitsmarkt u. Sozialstruktur im vereinten Deutschland. Hrsg.: H.-J. Andrefß.

Berlin: de Gruyter 1996. XI, 335 S., Abb.; Tab.; Lit.=Gesell.im Wandel. 4

Geppert, Kurt

Ballungsräume Ostdeutschlands als Wachstumspole?

In: Wochenber. Dt.Inst.f.Wirtschaftsforsch., Berlin 64(1997)29, S.499-507, Abb.; Tab.; Lit.

Gipper, Angelika

Verkehrsprojekte Deutsche Einheit -VDE-. Ihre Bedeutung für das Zusammenwachsen u. die Entwicklung Deutschlands u. Europas.

In: Verkehrszentralität. Hrsg.: B.Hollbach-Grömig; Dt.Inst.f.Urbanistik. Berlin 1995. S.65-86, Kt.; Tab.; Lit.=Difu-Materialien. 6/95

Gloede, Klaus

Transformationsbedingte Anforderungen an die regionale Wirtschaftspolitik in Ostdeutschland.

In: Seminarber. Gesell.f.Regionalforsch., Heidelberg 39(1997), S.41-62, Kt.; Abb.; Tab.; Lit.

Gornig, Martin; Görzig, Bernd; Schulz, Erika

Beschäftigung und Bevölkerung in den Bundesländern. Modellprojektionen bis zum Jahr 2010. Bearb.: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung -DIW-, Berlin; Hrsg., Auftr.: Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung -BBR-.

Bonn 1998. 47 S., Abb.; Tab.; Lit.=Arbeitspapiere. 7/1998

Gornig, Martin; Seidel, Bernhard; Vesper, Dieter; Weise, Christian; Ewers, Hans-Jürgen; Eckhardt, Carl Friedrich; Magnan, Rainer

Regionale Strukturpolitik unter den veränderten Rahmenbedingungen der 90er Jahre.

Berlin: Duncker u.Humboldt 1996. 152 S., Kt.; Tab.; Lit.=Sonderh. Dt.Inst.f.Wirtschaftsforsch. Nr.157

Graskamp, Rainer; Heilemann, Ullrich; Löbbe, Klaus

Die strukturelle Erneuerung Ostdeutschlands. Versuch einer Zwischenbilanz.

In: RWI-Mitteilungen, Berlin 47(1996)H.1/2, S.53-80, Abb.; Tab.; Lit.

Großwohnsiedlungen in europäischen Städten. Probleme u. Perspektiven aus der Sicht von Wissenschaft u. Praxis. Hrsg.: E.Müller; Institut für Länderkunde e.V.

Leipzig 1997. 104 S., Kt.; Abb.; Tab.; Lit.=Beitr.z.regionalen Geogr. 45

Hagedorn, Konrad; Beckmann, Volker; Klages, Bernd; Rudolph, Markus

Politische und ökonomische Rahmenbedingungen für die Entwicklung ländlicher Räume in den neuen Bundesländern.

In: Regionale Strukturen im Wandel. Hrsg.: A.Becker;Kommiss.f.d.Erforsch.d.Soz.u.Polit.Wandels in d.Neuen Bundesländern,Halle/Saale. Opladen: Leske u.Budrich 1997. S.355-500, Kt.; Abb.; Tab.; Lit.=Beitr.z.d.Ber.z.soz.u.polit.Wandel in Osttdld. Bd.5.1

Hannemann, Christine

Neubaugebiete in DDR-Städten und ihr Wandel.

In: Städtische Strukturen im Wandel. Hrsg.: U.Schäfer; Kommiss.f.d.Erforsch.d.Soz.u.Polit.Wandels in d.Neuen Bundesländern,Halle/Saale. Opladen: Leske u.Budrich 1997. S.217-249, Abb.; Tab.; Lit.=Beitr.z.d.Ber.z.soz.u.polit.Wandel in Osttdld. Bd.5.2

Hauser, Richard; Glatzer, Wolfgang; Hradil, Stefan; Kleinhenz, Gerhard; Olk, Thomas; Pankoke, Eckart; Below, Susanne von (Mitarb.); Knoke, Wolfgang (Mitarb.); Kollmorgen, Ray (Mitarb.); Ritter, Joachim (Mitarb.)

Ungleichheit und Sozialpolitik. Bearb.; Hrsg.; Kommission für die Erforschung des Sozialen und Politischen Wandels in den Neuen Bundesländern e.V., Halle/Saale.

Opladen: Leske u.Budrich 1996. XVI, 553 S., Abb.; Tab.; Lit.=Ber.z.soz.u.polit.Wandel in Osttdld. 2

Heimpold, Gerhard

Eine regionalisierte Analyse ausgewählter Investitionsförderprogramme für die gewerbliche Wirtschaft.

In: Transferleistungen, Wirtschaftsstruktur und Wachstum in den neuen Bundesländern. Hrsg.: Inst.f.Wirtschaftsforsch.Halle. Halle/Saale 1996. S.71-94, Kt.; Tab.; Lit.=Sonderheft. 1/1997

Heimpold, Gerhard

Regionale Disparitäten bei der Errichtung neuer Produktionskapazitäten in Ostdeutschland.

In: Wirtsch.im Wandel, Halle/Saale (1997)9, S.8-15, Kt.; Tab.; Lit.

Herausforderung Ostdeutschland. Fünf Jahre Währungs-, Wirtschafts- u. Sozialunion. Hrsg.: R.Pohl; Institut für Wirtschaftsforschung Halle, Halle/Saale.

Berlin: Analytica Verl. 1995. 454 S., Kt.; Abb.; Tab.; Lit.

Herfert, Günter

Die Region Leipzig. Wohnsuburbanisierung in der ersten Hälfte der 90er Jahre.

In: Migration in Stadtregionen der neuen Bundesländer. Hrsg.: Inst.f.Regionalentwicl.u.Strukturplanung e.V. Erkner 1998. S.51-65, Kt.; Abb.; Tab.; Lit.=Graue Reihe. Mater.d.IRS. 16

Hinrichs, Wilhelm

Länderübergreifende Wohnmobilität im vereinten Deutschland- Integration oder Differenz?

In: Allg.statist.Arch., Göttingen 81(1997)4, S.377-400, Abb.; Tab.; Lit.

Hinrichs, Wilhelm

Wohnbedingungen und ihre subjektive Wahrnehmung in Ostdeutschland 1990-1997.

Berlin 1997. 44 S., Abb.; Tab.; Lit.=Veröff.d.Abt. Sozialstruktur u. Sozialberichterstatt.d.Forschungsschwerpunktes Soz.Wandel, Instit.u. Vermittlungsprozesse d.Wissenschaftszentrums Berlin f.Sozialforsch. FS III 97-409

Hirschenauer, Franziska

Erwerbsbeteiligung und Arbeitslosigkeit in den west- und ostdeutschen Arbeitsmarktregionen.

In: Inform.z.Raumentwickl., Bonn (1997)H.1/2, S.63-75, Kt.; Abb.; Tab.; Lit.

Höhne, Jörg; Jaensch, Kerstin

Unterschiede und Gemeinsamkeiten der Zentrenentwicklung in den alten und neuen Bundesländern.

In: Inform.z.Raumentwickl., Bonn (1998)H.2/3, S.181-189, Lit.

Huege, Petra; Maretzke, Steffen

Ungleichgewichte am Arbeitsmarkt im Spiegel der Entwicklung von Arbeitskräfteangebot und -nachfrage.

In: Inform.z.Raumentwickl., Bonn (1997)H.1/2, S.77-95, Kt.; Abb.; Tab.; Lit.

Hullen, Gert

Lebensverläufe in West- und Ostdeutschland. Längsschnittanalysen des deutschen Family and Fertility Surveys.

Opladen: Leske u.Budrich 1998. 185 S., Abb.; Tab.; Lit.; Reg.=Schriftenr.d.Bundesinst.f.Bevölkerungsforsch. Bd.26

Irmen, Eleonore; Maretzke, Steffen

Frauen und ihre Erwerbsmöglichkeiten.

In: Inform.z.Raumentwickl., Bonn (1995)H.1, S.15-36, Kt.; Abb.; Tab.; Lit.

Iwanow, Irene

Die Entwicklung der Wohnflächennachfrage in den neuen Ländern. Methodischer Ansatz u. Analyseergebnisse zur Wohnungsnachfrage. Bestandteil des Projektes „Wohnungsmarktentwicklung“. Hrsg.: Institut für Ökologische Raumentwicklung e.V. -IÖR.

Dresden 1997. 31 S., Abb.; Tab.; Lit.=IÖR-Texte. 112

Jahresbericht der Bundesregierung zum Stand der Deutschen Einheit 1997. Hrsg.: Presse- und Informationsamt der Bundesregierung.

Bonn 1997. XVIII, 305 S., Tab.; Lit.=Ber.u.Dokumentationen

Jahresbericht der Bundesregierung zum Stand der Deutschen Einheit 1998. Unterrichtung durch die Bundesregierung.

In: Verh.d.Dt.Bundestages. Drucks., Bonn 13/10823(1998), 157 S., Abb.; Tab.; Lit.

Jena – Dessau – Weimar. Städtebilder der Transformation 1988-1990 u. 1995-1996. Hrsg.: W.Strubelt; Kommission für die Erforschung des Sozialen und Politischen Wandels in den Neuen Bundesländern e.V., Halle/Saale.

Opladen: Leske u.Budrich 1997. 205 S., Kt.; Abb.; Tab.; Lit.=Transformationsprozesse. Bd.29

Junkernheinrich, Martin

Infrastrukturaufbau in Ostdeutschland. Ausgangsbasis, Investitionsvolumen u. Finanzierungsalternativen.

In: Elemente regionaler Wirtschaftspolitik in Deutschland. Hrsg.: M.Holthus. Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft 1995. S.155-176, Abb.; Tab.; Lit.=Veröff.d.HWWA-Inst.f.Wirtschaftsforsch. Bd.22

Junkernheinrich, Martin

Ökonomische Tragfähigkeit oder dauerhafte Transferabhängigkeit? Anmerkungen zur regionalökonomischen Situation in den neuen Bundesländern.

In: Räumliche Disparitäten und Bevölkerungswanderungen in Europa. Hannover 1997. S.102-115, Kt.; Abb.; Tab.; Lit.=Forsch.-u.Sitzungsber. Akad.f.Raumforsch.u.Landesplanung. Bd.202

Jürgens, Ulrich; Eglitis, Andri

Einzelhandel im ländlichen Raum der neuen Bundesländer.

In: Geogr.Rdsch., Braunschweig 49(1997)H.9, S.484-490, Kt.; Abb.; Tab.; Lit.

Kalman, Michael

Regionale Konversion in Deutschland. Vergleichende Analyse regionaler Politikprozesse zur zivilen Bewältigung des militärischen Strukturwandels.

Münster: Lit Verl. 1997. 359 S., Tab.; Lit. Berlin, FU, Diss., 1996=Beitr.z.Konversionsforsch. Bd.6

Karrenberg, Hanns; Münstermann, Engelbert

Gemeindefinanzbericht 1995. Städtische Finanzen '95 – unter staatlichem Druck.

In: Städtetag, Stuttgart 48(1995)H.3, S.115-193, Abb.; Tab.; Lit.

Kind, Gerold

Die wirtschaftsräumliche Situation der fünf neuen Bundesländer vor dem Hintergrund der Entwicklung der früheren DDR.

In: Räumliche Auswirkungen des Transformationsprozesses in Deutschland und bei den östlichen Nachbarn. Hrsg.: J.Musil, W.Strubelt; Kommiss.f.d.Erforsch.d.Soz.u.Polit.Wandels in d. Neuen Bundesländern, Halle/Saale. Opladen: Leske u.Budrich 1997. S.141-150, Lit.=Transformationsprozesse. Bd.25

Kofner, Stefan

Einführung des Vergleichsmietensystems in Ostdeutschland. Eine Tagung am 25.Nov.1996 in Weimar. Hrsg., Verant.: Friedrich-Ebert-Stiftung, Forschungsinstitut, Abteilung Wirtschaftspolitik.

Bonn 1997. ca. 84 S., Abb.; Tab.; Lit.=Wirtschaftspolit.Diskurse. Nr.98

Koller, Martin

Arbeitsmarkt- und Einkommensindikatoren für die Neuabgrenzung der Fördergebiete 1996.

In: Inform.z.Raumentwickl., Bonn (1996)H.9, S.557-570, Kt.; Lit.

Krätke, Stefan; Heeg, Susanne; Stein, Rolf

Regionen im Umbruch. Probleme der Regionalentwicklung an den Grenzen zwischen „Ost“ und „West“.

Frankfurt/M.: Campus Verl. 1997. 447 S., Kt.; Abb.; Tab.; Lit.

Laschke, Bärbel

Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur begünstigen die Wirtschaftsansiedlung in Ostdeutschland.

In: Raumforsch.u.Raumordn., Köln 56(1998)H.5/6, S.406-413, Abb.; Tab.; Lit.

Lehmann, Udo; Mössinger, Wolfgang

Regionale Arbeitsplatzdynamik in den neuen Ländern.

In: Inform.z.Raumentwickl., Bonn (1996)H.1, S.29-38, Kt.; Abb.; Lit.

Lüschow, Jörg; Schalk, Hans Joachim; Untiedt, Gerhard

Langfristige regionale Arbeitsmarktentwicklung. Prognosen für die Bundesländer. Hrsg.: Bundesforschungsanstalt für Landeskunde und Raumordnung.

Bonn 1997. III, 24 S., Abb.; Tab.; Lit.=Arbeitspapiere. 4/1997

Mäding, Heinrich

Auswirkungen des wirtschaftlichen Strukturwandels und der regionalen Mobilität auf die kommunalen Finanzen.

In: Jahresbericht 1995. Hrsg.: Verb.Dt.Städtestatistiker. Oberhausen 1995. S.127-165, Abb.; Tab.; Lit.

Materialien zur Deutschen Einheit und zum Aufbau in den neuen Bundesländern. Unterrichtung durch die Bundesregierung.

In: Verh.d.Dt.Bundestages. Drucks., Bonn 13/2280(1995), S.2-531, Abb.; Tab.; Lit.

Meyer, Günter; Pütz, Robert

Transformation der Einzelhandelsstandorte in ostdeutschen Großstädten.

In: Geogr.Rdsch., Braunschweig 49(1997)H.9, S.492-498, Abb.; Tab.; Lit.

Mittelstand und Regionalentwicklung. Zum Aufbau mittelständischer Strukturen in den neuen Ländern. Themenheft. Red.: M.Zarth.

In: Inform.z.Raumentwickl., Bonn (1996)H.1, S.1-70, Kt.; Abb.; Tab.; Lit.

Mobilität und Migration in Deutschland. Beiträge zur Tagung am 15.u.16. Sept.1994 in Erfurt. Hrsg.: P.Gans, F.-J.Kemper; PH Erfurt/Mühlhausen, Institut für Geographie, Erfurt; Auftr.: Verband der Geographen an Deutschen Hochschulen e.V., Arbeitskreis Bevölkerungsgeographie, Bonn.

Erfurt 1994. V, 239 S., Kt.; Abb.; Tab.; Lit.=Erfurter geogr.Stud. H.3

Mutz, Gerd; Kühnlein, Irene; Holzer, Boris

Struktur der Erwerbsorientierungen und Beschäftigungserwartungen west- und ostdeutscher Erwerbspersonen. Gutachten. Hrsg.: Münchner Projektgruppe für Sozialforschung e.V.; Auftr.: Kommission für Zukunftsfragen der Freistaaten Bayern und Sachsen.

München 1997. 43 S., Tab.; Lit.=MPS-Texte. 4/97

Nägele, Frank

Der kooperative Bundesstaat in der Sackgasse? Regionale Wirtschaftspolitik vor u. nach der deutschen Vereinigung.

In: Jb.f.Regionalwiss., Heidelberg 18(1997/1998)H.2, S.113-125, Abb.; Lit.

Nägele, Frank

Regionale Wirtschaftspolitik im kooperativen Bundesstaat. Ein Politikfeld im Prozeß der deutschen Vereinigung.

Opladen: Leske u.Budrich 1996. 345 S., Tab.; Lit. Berlin, Univ., Diss., 1996

Neef, Rainer; Schäfer, Uta

Zusammenleben und Auseinanderleben. Veränderungen sozialer Lagen u. Beziehungen in Ostdeutschland.

In: Stadtentwicklung in Ostdeutschland. Soziale u.räumliche Tendenzen. Hrsg.: H.Häußermann, R.Neef. Opladen: Westdt.Verl. 1996. S.49-86, Lit.

Neue Wege in der regionalen Beschäftigungspolitik. Themenheft.

In: WSI-Mitteilungen, Köln 49(1996)12, S.725-794, Abb.; Tab.; Lit.

Ost und West in Deutschland - Träume, Wirklichkeit, Perspektiven. Beiträge zu den August-Lösch-Tagen 1996. Hrsg.: F.-J.Bade.

Heidelberg: Physica-Verl. 1998. VIII, 168 S., Kt.; Abb.; Tab.; Lit. =Heidenheimer Schr.z.Regionalwiss.

Der **ostdeutsche** Arbeitsmarkt in Gesamtdeutschland: Angleichung oder Auseinanderdriften? Hrsg.: D.Beer, Ch.Brinkmann, A.Deeke, S.Schenk; Kommission für die Erforschung des Sozialen und Politischen Wandels in den Neuen Bundesländern e.V., Halle/Saale.

Opladen: Leske u.Budrich 1997. 182 S., Abb.; Tab.; Lit.=Transformationsprozesse. Bd.21

Ott, Thomas

Zur Theorie der postsozialistischen Transformation in Ostdeutschland auf städtischer Ebene.

In: Geogr.Z., Stuttgart 85(1997)H.4, S.213-230, Abb.; Lit.

Perspektiven der großen Neubaugebiete in den neuen Bundesländern. Wissenschaftliches Symposium am 21.April 1997 im IRS Erkner. Dokumentation. Hrsg., Verant.: Institut für Regionalentwicklung und Strukturplanung e.V. -IRS-

Erkner 1998. 143 S., Kt.; Abb.; Tab.; Lit.=Graue Reihe. Mater.d.IRS. 17

Pfeiffer, Ulrich; Simons, Harald; Baba, Ludger (Mitarb.); Kröpel, Stefan (Mitarb.); Stanczus, Frank (Mitarb.); Reitz, Tanja (Mitarb.); Wolf, Anne (Mitarb.)

Wirtschaftliche Entwicklungsdefizite und Entwicklungsstrategien für Ostdeutschland. Gutachten. Hrsg.: Friedrich-Ebert-Stiftung.

Bonn 1998. 60 S., Abb.; Tab.; Lit.

Räumliche Auswirkungen des Transformationsprozesses in Deutschland und bei den östlichen Nachbarn. Hrsg.: J.Musil, W.Strubelt; Kommission für die Erforschung des Sozialen und Politischen Wandels in den Neuen Bundesländern e.V., Halle/Saale.

Opladen: Leske u.Budrich 1997. 306 S., Kt.; Abb.; Tab.; Lit.=Transformationsprozesse. Bd.25

Rambert, Laurence; Strohe, Hans Gerhard

Statistische Darstellung transformationsbedingter Veränderungen der Wirtschafts- und Beschäftigungsstruktur in Ostdeutschland, insbesondere am Beispiel des Landes Brandenburg. Hrsg.: Univ. Potsdam, Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät.

Potsdam 1997. 35 S., Abb.; Tab.; Lit.=Statist. Diskussionsbeitr. Nr.8

Raumordnerische Leitbilder für den Raum entlang der deutsch-polnischen Grenze. Deutschsprachige Zusammenfassung. Hrsg.: Bundesministerium für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau.

Bonn 1995. 23 S., Kt.; Tab.; Lit.

Raumplanung und Raumforschung in der DDR. Hrsg.: K.Eckart, G.Kehrer, K.Scherf;

Berlin: Duncker u.Humblot 1998. 227 S., Kt.; Abb.; Tab.; Lit.=Schriftenr.d.Gesell.f.Deutschlandforsch. Bd.57

Regionalbarometer neue Länder. 2. zusammenfassender Bericht. Bearb.: St.Maretzke; Hrsg.: Bundesforschungsanstalt für Landeskunde und Raumordnung.

Bonn 1995. 126 S., Kt.; Abb.; Tab.; Lit.=Mater. z.Raumentwickl. H.69

Regionalbarometer neue Länder. 3. zusammenfassender Bericht. Bearb.: St.Maretzke; Hrsg.: Bundesforschungsanstalt für Landeskunde und Raumordnung.

Bonn 1997. 140 S., Kt.; Abb.; Tab.; Lit.=Mater. z.Raumentwickl. H.83

Regionale Strukturen im Wandel. Hrsg.: A.Becker; Kommission für die Erforschung des Sozialen und Politischen Wandels in den Neuen Bundesländern e.V., Halle/Saale.

Opladen: Leske u.Budrich 1997. 573 S., Kt.; Abb.; Tab.; Lit.=Beitr.z.d.Ber.z.soz.u.polit.Wandel in Osttdld. Bd.5.1

Regionen im Vergleich. Gesellschaftlicher Wandel in Ostdeutschland am Beispiel ausgewählter Regionen. Hrsg.: H.Bertram; Kommission für die Erforschung des Sozialen und Politischen Wandels in den Neuen Bundesländern e.V., Halle/Saale.

Opladen: Leske u.Budrich 1996. XV, 216 S., Abb.; Tab.; Lit.=Transformationsprozesse. Bd.22

Roch, Isolde; Leimbrock, Holger; Mathey, Juliane; Siegel, Bernd; Walz, Ulrich; Wirth, Peter

Raumentwicklung und Nachhaltigkeit in Ostdeutschland. Entwicklungstendenzen, Konfliktfelder u. Gestaltungsmöglichkeiten.

In: Z.f.angew.Umweltforsch., Berlin 11(1998) H.3/4, S.522-531, Lit.

Sailer-Fliege, Ulrike

Die Suburbanisierung der Bevölkerung als Element raumstruktureller Dynamik in Mittelthüringen. Das Beispiel Erfurt.

In: Z.f.Wirtschaftsgeogr., Frankfurt/M.42(1998) H.2, S.97-116, Kt.; Abb.; Lit.

Schmude, Jürgen; Baunach, Martin

Die Umgestaltung der Unternehmenslandschaft Ostdeutschlands – eine Analyse des Transformationsprozesses der Jahre 1990 bis 1994 unter regionalen Aspekten.

In: Petermanns geographische Mitteilungen, Gotha 141(1997)5/6, S.371-384, Kt.; Tab.; Lit.

Schneider, Nicole

Wohnmobilität und Wohnverhältnisse in West- und Ostdeutschland.

Berlin 1997. 37 S., Tab.; Lit.=Veröff.d.Abt.Sozialstrukt.u.Sozialberichterstatt.d.Forschungsschwerpunktes Soz.Wandel,Institut.u.Vermittlungsprozesse d.Wissenschaftszentrums Berlin f.Sozialforsch. FS III97-404

Schneider, Nicole; Spellerberg, Annette

Lebensstile, Wohnbedürfnisse und räumliche Mobilität. Hrsg.: Wüstenrot Stiftung Deutscher Eigenheimverein e.V., Ludwigsburg.

Opladen: Leske u.Budrich 1999. 297 S., Abb.; Tab.; Lit.

Segert, Astrid; Zierke, Irene

Sozialstruktur und Milieuerfahrungen. Empirische u. theoretische Aspekte des alltagskulturellen Wandels in Ostdeutschland.

Opladen: Westdt.Verl. 1997. 284 S., Abb.; Lit.

Seitz, Helmut

Prognose der regionalen Verteilung der Beschäftigung in Ostdeutschland.

In: Mitt.aus d.Arbeitsmarkt-u.Berufsforsch., Stuttgart 29(1996)3, S.378-387, Abb.; Tab.; Lit.

Solga, Heike

Lebensverläufe und historischer Wandel in der ehemaligen DDR.

In: ZA-Information, Köln 38(1996), S.28-38, Tab.; Lit.

Sozialer und demographischer Wandel in den neuen Bundesländern. Hrsg.: H.Bertram, St.Hradil, G.Kleinhenz; Kommission für die Erforschung des Sozialen und Politischen Wandels in den Neuen Bundesländern e.V., Halle/Saale.

Berlin: Akademie Verl. 1995. X, 390 S., Kt.; Abb.; Tab.; Lit.; Reg.=Transformationsprozesse

Sozialreport 1995. Daten u. Fakten zur sozialen Lage in den neuen Bundesländern. Hrsg.: G.Winkler; Sozialwissenschaftliches Forschungszentrum Berlin-Brandenburg e.V.

Berlin 1995. 382 S., Abb.; Tab.; Lit.

The **spatial** consequences of the integration of the new German Länder into the Community. Hrsg.: European Union, Commission, Directorate-General for Regional Policy and Cohesion, Brussels.

Luxembourg: Office for Official Publ. 1996. 123 S., Kt.; Abb.; Tab.; Lit.=Regional Dev.Stud. 15

Stadtentwicklung in Ostdeutschland. Soziale u. räumliche Tendenzen. Hrsg.: H.Häußermann, R.Neef.

Opladen: Westdt.Verl. 1996. 323 S., Abb.; Tab.; Lit.

Städte im Aufbruch. Fünf Jahre kommunale Selbstverwaltung in den neuen Ländern. Hrsg.: Deutscher Städtetag.

Köln 1995. 137 S., Abb.; Tab.; Lit.=DST-Beitr.z. Kommunalpolit. H.21

Städtische Strukturen im Wandel. Hrsg.: U.Schäfer; Kommission für die Erforschung des Sozialen und Politischen Wandels in den Neuen Bundesländern e.V., Halle/Saale.

Opladen: Leske u.Budrich 1997. 429 S., Kt.; Abb.; Tab.; Lit.=Beitr.z.d.Ber.z.soz.u.polit.Wandel in Osttdld. Bd.5.2

Stand und Perspektiven des sozialen und politischen Wandels in Ostdeutschland. Themenheft.

In: Berliner J.f.Soziol. 7(1997)4, S.419-651, Abb.; Tab.; Lit.

Steiner, Viktor; Wolf, Elke; Egel, Jürgen; Almus, Matthias; Schrumpf, Heinz; Feldotto, Petra

Strukturanalyse der Arbeitsmarktentwicklung in den neuen Bundesländern. Bearb., Hrsg.: Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH-ZEW-, Mannheim; Bearb.: Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung e.V., Essen.

Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft 1998. 245 S., Kt.; Abb.; Tab.; Lit.=Wirtschaftsanalysen. Schriftenr.d.ZEW. Bd.30

Stiens, Gerhard

Entwicklungsdisparitäten im vereinten Deutschland und die neuen raumordnerischen Konzepte. Hrsg.: Bundesforschungsanstalt für Landeskunde und Raumordnung.

Bonn 1997. 28 S., Kt.; Lit.=Arbeitspapiere. 9/1997

Streibel, Günter

Umweltpolitik in der ehemaligen DDR und Probleme der Umstellung des Instrumentariums auf die Umweltpolitik der Bundesrepublik Deutschland.

In: Räumliche Aspekte umweltpolitischer Instrumente. Hannover 1996. S.198-213, Tab.; Lit.=Forsch.-u.Sitzungsber. Akad.f.Raumforsch.-u.Landesplanung. Bd.201

Strubelt, Wendelin; Genosko, Joachim; Bertram, Hans; Friedrichs, Jürgen; Gans, Paul; Häußermann, Hartmut; Herlyn, Ulfert; Sahner, Heinz; Becker, Annette (Mitarb.); Harth, Annette (Mitarb.); Kapphan, Andreas (Mitarb.); Ott, Thomas (Mitarb.); Schäfer, Uta (Mitarb.)

Städte und Regionen. Räumliche Folgen des Transformationsprozesses. Bearb., Hrsg.: Kommission für die Erforschung des Sozialen und Politischen Wandels in den Neuen Bundesländern e.V., Halle/Saale.

Opladen: Leske u.Budrich 1996. XIX, 531 S., Kt.; Abb.; Tab.; Lit.=Ber.z.soz.u.polit.Wandel in Osttdld. 5

Strukturwandel des Wohnungsmarktes in den neuen Bundesländern. Themenheft. Red.: M.Metzmacher.

In: Inform.z.Raumentwickl., Bonn (1997)H.11/12, S.709-859, Kt.; Abb.; Tab.; Lit.

Tamasy, Christine

Technologie- und Gründerzentren in Ostdeutschland. Wirksame Instrumente zur Förderung innovativer Unternehmen?

In: Z.f.Wirtschaftsgeogr., Frankfurt/M. 41(1997)H.4, S.223-232, Kt.; Abb.; Tab.; Lit.

Toepel, Kathleen

Zusammenwirken von nationaler und europäischer Regionalpolitik in den neuen Bundesländern. Eine kritische Bilanz.

Frankfurt/M.: Lang 1997. XVIII, 240 S., Abb.; Tab.; Lit. Kassel, Univ., Diss., 1996=Eur.Hochschul-schr.,R.5. Bd.2073

Transferleistungen, Wirtschaftsstruktur und Wachstum in den neuen Bundesländern. Beiträge einer wissenschaftlichen Tagung. Hrsg., Verant.: Institut für Wirtschaftsforschung Halle.

Halle/Saale 1996. 142 S., Abb.; Tab.; Lit.=Sonderheft. 1/1997

Voelzkow, Helmut; Hoppe, Andrea

„Druck von oben und von unten“. Zu Reformansätzen der deutschen Regionalpolitik als Reaktion auf Implementationsprobleme des Europäischen Regionalfonds in den neuen Bundesländern.

In: Politiknetzwerke und europäische Struktur-fondsförderung. Ein Vergleich zwischen EU-Mitgliedstaaten. Hrsg.: H.Heinelt. Opladen: Leske u.Budrich 1996. S.108-130, Lit.=R.Gesellschafts-polit.u.Staatstätigkeit. Bd.10

Von der Plan- zur Marktwirtschaft. Wirtschafts- u. sozialgeographische Entwicklungsprozesse in den neuen Bundesländern. Hrsg.: G.Meyer; Univ. Mainz, Geographisches Institut.

Mainz 1997. 177 S., Kt.; Abb.; Tab.; Lit.=Mainzer Kontaktstud.Geogr. Bd.3

Wagner, Ralf

Zur bedarfsgerechten Planung der technischen Infrastruktur in dünn besiedelten Regionen der fünf neuen Bundesländer am Beispiel von Entsorgungsanlagen.

In: Z.f.angew.Umweltforsch., Berlin 9(1996)H.2, S.267-274, Lit.

Wahse, Jürgen; Dahms, Vera; Schaefer, Reinhard

Beschäftigungsperspektiven von Ex-Treuhandfirmen. Umfrage 10/1995. Bearb.: Sozialökonomische Strukturanalyse e.V. -SÖSTRA-, Berlin; Mitarb., Auftr.: Bundesanstalt für Arbeit, Nürnberg; Treuhandanstalt Berlin. Hrsg.: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung.

Nürnberg: Geschäftsstelle f.Veröff.beim Landesarbeitsamt Nordbayern 1995. 160 S., Kt.; Abb.; Tab.; Lit.=Beitr.z.Arbeitsmarkt-u.Berufsforsch. 160.8

Waltersbacher, Matthias

Mietspiegel in Ostdeutschland. Empirische Befunde für den preisgebundenen Bestand.

In: Inform.z.Raumentwickl., Bonn (1997)H.11/12, S.837-851, Abb.; Tab.; Lit.

Wandeln oder weichen. Herausforderungen der wirtschaftlichen Integration für Deutschland. Hrsg.: R.Pohl, H. Schneider; Institut für Wirtschaftsforschung Halle.

Halle/Saale 1997. 292 S., Kt.; Abb.; Tab.; Lit.=Sonderheft. 3/1997

Wechselbeziehungen zwischen Transfers, Wirtschaftsstruktur und Wachstum in den neuen Bundesländern. Abschlußbericht. Gutachten. Bearb.: V.Dietrich, G.Heimpold, K.Holst, W.Komar, B.Laschke, G.Müller, J. Rothfels; Proj.-Ltg.: J.Ragnitz; Hrsg.: Institut für Wirtschaftsforschung Halle, Halle/Saale; Auftr.: Bundesministerium für Wirtschaft, Bonn.

Halle/Saale 1998. 280 S., Kt.; Abb.; Tab.; Lit.; Reg.=Sonderheft. 1/1998

Wechselbeziehungen zwischen Transfers, Wirtschaftsstruktur und Wachstum in den neuen Bundesländern.Gutachten. Proj.-Ltg.: J.Ragnitz; Hrsg.: Institut für Wirtschaftsforschung Halle, Halle/Saale; Auftr.: Bundesministerium für Wirtschaft, Bonn.

Halle/Saale 1997. 179 S., Abb.; Tab.; Lit.=Sonderheft. 4/1997

Wegner, Manfred

Die deutsche Einigung oder das Ausbleiben des Wunders. Sechs Jahre danach: eine Zwischenbilanz.

In: Aus Polit.u.Zeitgesch., Trier (1996)B 40, S.13-23, Abb.; Tab.; Lit.

Weiter wohnen in der Platte. Probleme der Weiterentwicklung großer Neubauwohngebiete in den neuen Bundesländern. Hrsg.: W.Rietdorf; Institut für Regionalentwicklung und Strukturplanung e.V. -IRS-, Erkner.

Berlin: Ed.Sigma 1997. 256 S., Kt.; Abb.; Tab.; Lit.

Wirtschaftsstandort Neue Bundesländer – Bildungsstandort Neue Bundesländer: Brauchen wir eine neue Ausbildungskultur? Eine Tagung am 27./28.April 1995 in Lutherstadt Wittenberg. Hrsg., Veranst.: Friedrich-Ebert-Stiftung, Forschungsinstitut, Abteilung Arbeits- und Sozialforschung.

Bonn 1995. 136 S., Abb.; Lit.=Gesprächskreis Arb. u.Soz. Nr.57

Wohnungsmarktentwicklungen im regionalen Vergleich. Hrsg.: K.Eichler; Institut für Ökologische Raumentwicklung e.V. -IÖR-.

Dresden 1998. 191 S., Kt.; Abb.; Tab.; Lit.=IÖR-Schriften. 26

Wohnungspolitik für die neuen Länder. Im Auftrag der Bundesregierung verfaßt. Expertenkommission Wohnungspolitik, Bonn.

Tübingen: Mohr 1995. VIII, 164 S., Abb.; Tab.; Lit.; Reg.

Zarth, Michael

Regionale und sektorale Trends der öffentlichen Gründungsförderung in Ostdeutschland. Eine Zwischenbilanz nach fünf Jahren.

In: Prozesse der Neugründung von Betrieben in Ostdeutschland. Hrsg.: P.Preisendorfer; Wirtsch.-u.Sozialwiss.Fak.d.Universität. Rostock 1996. S.147-165, Kt.; Tab.; Lit.=Rostocker Beitr.z. Regional-u.Strukturforsch. H.2

Zarth, Michael

Regionale Wirtschaftsförderung in Ostdeutschland. Bilanz, Perspektiven u. konzeptionelle Ausgestaltung.

In: Raumforsch.u.Raumordn., Köln 55(1997)H.3, S.199-209, Kt.; Tab.; Lit.

Ziegler, Astrid; Bartsch, Klaus (Mitarb.)

Neue regionale Disparitäten im vereinten Deutschland. Hrsg.: Hans-Böckler-Stiftung.

Düsseldorf 1996. 133 S., Kt.; Abb.; Tab.; Lit.=Graue Reihe. N.F.106

Ziegler, Astrid

Small is beautiful – eine Illusion? Zur Bedeutung der Förderung von kleinen u. mittleren Unternehmen für die Beschäftigungs- u. Strukturpolitik.

In: Inform.z.Raumentwickl., Bonn (1996)H.1, S.49-59, Abb.; Tab.; Lit.

Zierold, Katja

Veränderungen von Lebenslagen in ländlichen Räumen der neuen Bundesländer.

In: Regionale Strukturen im Wandel. Hrsg.: A.Becker; Kommiss.f.d. Erforsch.d.Soz.u.Polit. Wandels in d.Neuen Bundesländern,Halle/Saale. Opladen: Leske u.Budrich 1997. S.501-567, Tab.; Lit.=Beitr.z.d.Ber.z.soz.u.polit.Wandel in Osttdtl. Bd.5.1